

Redebuch

2018



Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo 2018

Grundsätze

Januar: 646. 647. 648. 649.

Februar: 650. 651. 652. 653.

März: 654. 655. 656. 657.

April: 658. 659. 660. 661.

Mai: 662. 663. 664.

Juni: 665. 666. 667. 668.

Juli: 669. 670. 671. 672. 673.

August: 674. 675. 676. 677.

September: 678. 679. 680. 681.

Oktober: 682. 683. 684. 685. 686.

November: 687. 688.

Dezember: 689. 690.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo*

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

646. Bremer Montagsdemo

am 08. 01. 2018

Der-Hartz-IV-Anstieg liegt noch unter der Teuerung



Ich wünsche allen hier ein gutes, gesundes und kämpferisches neues Jahr! Um fünf Euro ist Hartz IV zum 1. Januar gestiegen – wie großzügig! Das entspricht 1,4 Prozent. Allein die durchschnittliche Preissteigerung beträgt derzeit 1,8 Prozent, bei Lebensmitteln noch viel mehr. Die „Erhöhung“ ist also in Wirklichkeit eine Senkung! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Jetzt haben „Sondierungen“ für

eine weitere Große Koalition begonnen. Ob das klappt? Die SPD ist in Umfragen inzwischen auf 19 Prozent gesunken. Nur weiter so!

Eine widerwärtige Begleitmusik zu den Sondierungsgesprächen gab es in den letzten Tagen, eine verstärkte Hetze gegen Flüchtlinge: Sie seien verantwortlich für die Zunahme der Kriminalität. Schaut man sich die Zahlen genauer an, ergibt sich anderes Bild: Von 2007 bis 2014 sank die Gewaltkriminalität um 21,9 Prozent, seither ist sie wieder um 10,4 Prozent gestiegen. Dafür sollen die Flüchtlinge verantwortlich sein. Tatsächlich sind Flüchtlinge aber unterproportional gewalttätig kriminell.

Straftaten von „Nichtdeutschen“ oder „Fremden“ werden doppelt so häufig angezeigt wie Straftaten von Deutschen. 90 Prozent der Opfer von Gewalttaten von Flüchtlingen sind selbst Flüchtlinge. Dies ist oft den extrem schlechten Bedingungen in Asylunterkünften oder dem Verbot von Familiennachzug geschuldet. Unter den Flüchtlingen gibt es Kriminelle wie in jedem Volk, und wer ein Verbrechen begeht, muss dafür bestraft werden, aber was hier gemacht wird, ist etwas ganz anderes: Es wird gehetzt, um einen Sündenbock zu haben, weil niemand auf die Idee kommen soll, der Kapitalismus, die Überausbeutung oder die Selbstbereicherung der Reichen und Mächtigen sei schuld an Armut und Elend.

Zur weiteren Begleitmusik gehört, dass Horst Seehofer bei der CSU-Klausurtagung den erzreaktionären, faschistoiden Ministerpräsidenten Ungarns, Victor Orbán, empfängt und knutscht, während die CSU fordert, „Keimzellen der Kriminalität wie die ‚Rote Flora‘ konsequent zu schließen“. Der „Unternehmerverband

Gesamtmetall“ hat eine ganz eigenwillige Auffassung von Freiheit und Gleichheit: Er will Warnstreiks per Gericht verbieten lassen, weil die IG Metall eine Herabsetzung der Arbeitszeit fordert und dafür Lohnausgleich fordert. Das sei illegal. Für völlig legal hält es der Verband aber, den Acht-Stunden-Tag abzuschaffen, um die Arbeitszeit beliebig verlängern zu können

Donald Trump verhöhnt die bereits 20 Kältetoten in New York, es seien ja „nur Obdachlose“. Jetzt könnte man gut die Erderwärmung gebrauchen, gegen die sinnloserweise Billionen ausgegeben worden seien. Nun ist er zwar ein „sehr stabiles Genie“, wie er selbst festgestellt hat, aber jeder Laie weiß, dass die Erderwärmung nichts Gleichmäßiges ist: Die Temperatur geht nicht immer und überall langsam höher. Eine der Folgen ist gerade, dass es zu Extremwettern kommt, zu Stürmen, Dürren, aber auch extremer Kälte.

Die Arktis erwärmt sich viel schneller als die Tropen. Deshalb bricht der „Jetstream“ zusammen, ein Starkwind in großer Höhe, der in den gemäßigten Zonen von West nach Ost weht. Bleibt er aus, bilden sich langandauernde Tiefsttemperaturzonen. In New York wird mit einem weiteren Sinken auf minus 50 Grad Celsius gerechnet. Auf 700 Milliarden Dollar ist der Wehretat der USA gestiegen, und Trump hat schließlich „den größeren roten Knopf“. Wann jagen die Amerikaner diesen größenwahnsinnigen Kriegstreiber endlich aus dem Weißen Haus?

Im Iran demonstrieren die Menschen in über 60 Städten gegen das faschistische Regime. Die Polizei geht brutal gegen sie vor, es gibt 20 Tote. Auch in Deutschland, so letzten Freitag in Bremen, gab es Demonstrationen gegen das faschistische Ayatolla-Regime. Am Dienstag dieser Woche wird um 16 Uhr bei einer Demonstration ab Hauptbahnhof an die vor fünf Jahren ermordeten kurdischen Freiheitskämpferinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez erinnert. Der Geheimdienst Erdogans wird für die Morde verantwortlich gemacht; am Samstag forderten 25.000 Menschen in Paris Gerechtigkeit.

Kommendes **Wochenende** findet in **Berlin** zu Ehren von **Liebknecht**, **Luxemburg** und **Lenin** Europas größte **Demonstration** statt: für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und imperialistischen Krieg, für den Sozialismus.

Wolfgang Lange (MLPD)

Massiver Personalabbau auch ohne Automatisierung

Erst einmal wünsche ich allen Montagsdemonstranten ein frohes neues Jahr 2018. Immer wieder höre ich als Reaktion auf Hartz IV: „Was habe ich damit zu tun? Ich habe ja Arbeit, aber wir müssen mit immer weniger Leuten immer mehr leisten. Die ALG-II-Empfänger arbeiten gar nicht und bekommen trotzdem Geld!“

Davon abgesehen, dass es sehr kurzsichtig ist, sich nur um sich selbst zu drehen, wobei man schneller in der Arbeitslosigkeit landet als man denkt, ist nicht so sehr die Automatisierung ein Jobkiller, sondern der massive Personalabbau durch Stellenstreichungen seit den 90ern, besonders bei den Dienstleistern und Behörden, der nicht auf Automatisierung zurückzuführen ist.

Man kann da praktisch jedes Amt in Bremen nehmen: lange Wartezeiten, überall zu wenig Personal, lange Bearbeitungszeiten. Wenn in unserer Gesellschaft schon oft nur das Geld zählt, dann frage ich mich, ob mal jemand den volkswirtschaftlichen Schaden ausgerechnet hat, der dadurch entsteht. Genauso die viele verschwundene und gestohlene Post. Damit meine ich jetzt nicht jene, die man selbst in Behördenbriefkästen einwirft und die trotzdem nicht ankommt – dies wäre eine eigene Sonderveranstaltung wert –, sondern bei der Post verschwundene und gestohlene Briefe, besonders zur Weihnachtszeit.

Zeitzeugen werden sich noch an die Staatspost erinnern, die heute ja so verunglimpft wird. In den 80er Jahren verschwand bei mir genau ein (!) Brief von Hunderten. Jetzt verschwinden im Schnitt zwei Briefe im Monat. Nun ist dies von einem kranken Arbeitslosen vielleicht noch zu verschmerzen, aber bei kleinen Betrieben und Solo-Selbständigen wird dies zu einem immer größeren Problem, wenn bestellte Ware nicht ankommt und ersetzt werden muss. Oder, noch wichtiger, wenn Fristen versäumt werden, denn Behörden kommunizieren in erster Linie brieflich.

Die Lobhudelei auf „Lean Management“ bei DHL und Privatpost rechnet jedenfalls viele Faktoren nicht ein: den volkswirtschaftlichen Schaden durch verschwundene Post und die Kosten für die vielen Armutsrentner von morgen, denn die Bezahlung zum Mindestlohn bei den ach so dynamischen privaten Postdiensten und die zunehmende Auslagerung bei DHL durch „Dienstleister“ werden für die Sozialkassen und damit alle Steuerzahler richtig teuer. Stattdessen ist der ehemalige Bundesagentur-Boss Gerster heute Funktionär der privaten Postdienste. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich da.

Zuschrift von Christian König

Freche Bürgermeister

Es gab schon fast immer ein Beamtentum, und es hat viel menschlichen Schaden mit angerichtet. Heute meinen jene in den Behörden immer wieder ein Vorbild an Zuverlässigkeit zu sein, aber wenn man nur die Zeitung aufschlägt, braucht man nicht lange zu suchen, bis irgendein Skandal vermutet wird. Solch ein Verdacht kommt meist nicht aus der Luft. Was mich besonders wütend macht, ist ein Bürgermeister, der ganze 19 Wochen versteckt Urlaub machen konnte, ohne Meldung, denn ein Meldungssystem soll es nicht geben in Wilhelmshaven, so die

„Nordwestzeitung“. Der Bürgermeister macht Urlaub auf Mallorca, ein Chauffeur ist dabei: Soll man da noch ruhig bleiben? Ich bin es nicht mehr und habe es auch satt, wegen der Pfennigbeträge nach Hartz IV den Behörden sonst wo hinein zu kriechen, denn Geld für alles bei Arbeitslosen und „sozial“ Schwachen ist ganz klar in Hülle und Fülle da.

Wenn nur diese Macht- und Herrschaftsvertreter-Behörden so nicht da wären! Sie halten dich weiter klein und hörig, aber selber stecken sie sich Milliardenbeträge ein. Wenn das endlich mal öffentlich beleuchtet wird, kann von Demokratie keine Rede mehr sein. Brauchen wir überhaupt noch einen Ersten Bürgermeister? Der kostet auch noch mal 8.000 Euro im Monat. Nein, sage ich: Wenn die Politik von wirtschaftlicher Effizienz nur bei Arbeitern redet, brauchen wir eigentlich keine Bürgermeister mehr, ja, die müssen weg! Es können Gemeinden zusammengefasst werden in puncto obere Autorität. Besser wären natürlich ein paar sozialistische Oberhäupter in wenigen Landkreisen und dann eben viel Geld für staatliche Neueinstellungen, etwa im Straßenbau, weil die anderen ja alles verrotten lassen.

Bei mir haben sich in jeder kleinsten Ecke alle Oberen und Reichen der Gemeinde das Geld geholt. Da hat einer 20 Jahre gearbeitet, bekommt mit 50 Ruhegeld, die Frau auch, und mit 60 beziehen sie schon das dritte dicke Haus. Für mich ist das Ganze nur kriminell, indoktriniert und korrupt. Bei solchen Bedingungen lehne ich weiter jede Arbeit ab, zahle nie mehr Steuern und schimpfe an jeder Ecke über Politik und Gesellschaft. Ach ja, der Bürgermeister heißt Wagner. Der hat auch das Denkmal Südzentrale in Wilhelmshaven zerstört.

Günni, der „Mann mit dem großen Hut“

Die SPD kann sich klar gegen die Ziele von Davos stellen



1. Stell dir vor, du machst einen Vertrag mit vielen gegenseitigen Verpflichtungen. Du erfüllst alles und noch viel mehr. Dein Anliegen – die Möglichkeit und der Rechtsanspruch, von Teilzeit auf Vollzeit (alter Art) zu wechseln – geht einfach unter: abgelehnt! Die Behandlung wird behindert oder verhindert. Das ist denkbar, so stand es im **Koalitionsvertrag**, von allen Regierungsparteien akzeptiert. Die

SPD wollte dieses Versprechen umsetzen, aber CDU/CSU wollten einfach nicht. Sie haben weiterhin die Ausweitung der Beschäftigung nur auf weitere Köpfe

verteilt. Mit der Änderung gemäß Koalitionsvertrag wäre diese Augenwischerei nicht möglich! Noch eine Anmerkung: Warum Vollzeit „alter Art“? Aktuell gelten bereits 20 Wochenstunden der Bundesagentur für Arbeit als „Vollzeit“ für die Vermittlungsprämie.

Der Koalitionsvertrag-Vertrag hat auch Alleingänge nicht verhindert. Die Große Koalition hat sich verständigt, aber der Minister stimmt einfach für die Zulassung von Glyphosat. Er hat fatale Fakten geschaffen. Es ging auch mit anderen Akteuren. Frau Merkel hat die Verschärfung der Vorschriften für Pkw-Abgase per Telefonanruf verhindert. Besprochen wurde es anders. BMW hat es gefreut. Beim Umgang mit den genveränderten Produkten war die ablehnende Meinung klar. Auch hier hat Frau Merkel die Durchsetzung und Einführung ermöglicht.

Die Maut, die es erst gar nicht geben sollte, wurde eingeführt. Die Entlastung der Bayern vom Länderfinanzausgleich erfolgte umfassend. Die Finanzierung der Autobahnen durch Darlehn der Versicherungen beschert den Versicherungen allein schon durch den Mindestzinssatz von drei Prozent eine unschlagbare Rendite. Warum? Der Bund hätte mit dieser Finanzierung durch Minuszinsen Geld verdienen können, wie bei der Ausgabe von Bundesschatzbriefen. Die Aufstellung ist sehr unvollständig. Insgesamt verfolgt diese Regierung die Merksätze des Netzwerks von Davos.

Die SPD in einer Großen Koalition könnte hier nicht entgegen wirken. Die SPD kann sich klar gegen die Ziele des Netzwerks von Davos stellen und würde dann zwangsläufig die eigenen Wurzeln wiederfinden. Die soziale Spaltung wäre rückbaubar, der Anstieg der großen Vermögen etwas verlangsamt und abbaubar. Die SPD würde durch eine kluge Zukunftsplanung und Visionen überzeugen, zum Beispiel der Bürgerversicherung. Die SPD würde nicht die Bürde und Anrüchigkeit der Steuerbetrügereien der CDU mittragen. Der Bericht über die Schwarzen Kassen und Helmut Kohl macht es öffentlich, nachlesbar auf unserer Seite zur 642. Bremer Montagsdemonstration.

Der Außenminister schweigt zur Schwarzen Kasse in der Botschaft zu Paris: „Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris sollen jahrelang Hunderttausende Euro am französischen Staat vorbei aus einer Schwarzgeldkasse erhalten haben – gefüllt durch ein System von Scheinrechnungen für Firmenveranstaltungen. Das Außenministerium prüft nun die Vorwürfe.“

Ist Vertrauen noch vorhanden? „Der Auslandsgeheimdienst BND soll Willy Brandt eingehend bespitzelt haben. Das belegen Protokolle aus dem Nachlass des ehemaligen BND-Chefs Reinhard Gehlen“, so das ZDF. Brandt wurde demnach „in seiner Zeit als Vizekanzler und Außenminister vom Bundesnachrichtendienst geheimdienstlich umfangreicher überwacht, als bekannt ist“.

2. Beim 47. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos im vergangenen Januar waren sich die Anwesenden einig: keine Vermögensteuer, geringe Steuerbelastung, minimale Sozialausgaben. Die Anwesenden verständigten sich auf die Schaffung eines Netzwerks zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und

Lenkung der Politik. Dieses Netzwerk wird laufend ausgebaut, weltweit werden seine Leitsätze umgesetzt. Dieses Netzwerk hat keine Finanzsorgen. Das Geld von Rockefeller, der Schwedischen Reichsbank und anderen macht es möglich. „Enttarnt“ wurde dieses Netzwerk von der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 7. November 2017.

Der Umfang des Netzwerks ist aus dem umfangreichen und überzeugenden Faktencheck ersichtlich. Die Auswirkungen, der gezielte Einsatz von Professoren, sind erfolgreich. Das Ziel der Vermeidung von Steuern und Sozialausgaben wurde erreicht. Vordenker des Netzwerks haben auch Gerhard Schröder beraten: Soziale Einschnitte sind am besten mit leeren Kassen umsetzbar (nachlesbar auf der Seite zur 229. Bremer Montagsdemonstration). Die Lissabonner Strategie insgesamt ist wohl dem Netzwerk von Davos zuzuschreiben. Wirklich eine beeindruckende Leistung, aber leider für sehr viele Menschen sehr leidvoll!

Dieses Leid wird laufend größer, weil alle Reserven schmelzen und die Änderungen der Hartz-Gesetze den Leistungsentzug noch verfeinern und ausweiten. Das Netzwerk hat auch die „**Schuldenbremse**“ empfohlen, die Politik hat sie im Grundgesetz verankert. Allein diese Tatsache müsste zur sofortigen Aufhebung der Schuldenbremse reichen. Auch hier liegt der Vorteil bei den Reichen und nicht bei der Mehrheit der Menschen. Die Auswirkung der Schuldenbremse ist der Ausverkauf der öffentlichen Werte.

Wenn jetzt auch noch Investitionen verpflichtend terminiert werden, kommen die Reichen zum Zuge. Die öffentliche Hand ist auf die privaten Geldgeber angewiesen, um diese Verpflichtung zu erfüllen. Das wird sehr teuer. Die Reichen freut es! Warum läuft die Politik auch in diese Falle? Ein Umsteuern ist jetzt noch möglich! Inzwischen dürfte klar sein, dass die Verweigerung besserer Lebensbedingungen ein Irrweg ist. Die Binnenkaufkraft wäre ohne die Neubürger bereits jetzt erheblich gesunken. Eine Aufbesserung der Mindestsicherung und auch der Mindestlöhne würde sofort nachfragewirksam.

Auch bei der Lohn- und Rentenentwicklung schummelt die Bundesregierung. Die Löhne und Gehälter sind in Deutschland rückläufig. Deutschland hat arme Rentner. Die Reichen werden immer reicher, und das ist nicht gut für alle. Die Reichen haben den Bogen überspannt. Die Nichtzahlung der vorgesehenen Steuern hat die öffentlichen Haushalte austrocknen lassen. Wie sind solche Summen in den Steuerbetrugszentren, genannt Steuerparadiese, möglich?

Auf der Seite zur 630. Bremer Montagsdemonstration ist nachlesbar, dass ab 2000 bis heute im Außenhandel 2,5 Billionen Euro Überschuss erwirtschaftet wurden, aber rund eine Billion Euro nicht auffindbar sind. Fest steht nur, dass dieser Fehlbetrag nicht bei den Arbeitnehmer(inne)n gelandet ist. „Davos“ ist alle Jahre. In diesem Monat ist es wieder soweit. Hoffentlich erkennen diese Superreichen, dass der Bogen überspannt wurde. Der Krug geht so lange zu Brunnen, bis er bricht!

3. 250 Millionen Euro soll Luxemburg nach dem Willen der EU von Amazon an Steuern zurückfordern. Doch Luxemburg will das Geld nicht eintreiben und wehrt sich mit einer Klage gegen die Aufforderung. Damit wolle man „Rechtssicherheit herstellen“, berichtet die „Tagesschau“. „Amazon habe über einen Zeitraum von acht Jahren nur ein Viertel der Steuern gezahlt, die lokale Unternehmen entrichten mussten, erklärte damals die Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Solche selektiven Steuervergünstigungen seien nach den EU-Beihilfevorschriften verboten. Luxemburg habe zugelassen, dass Amazon den größten Teil seiner Gewinne auf ein Tochterunternehmen verlagerte, das nicht der luxemburgischen Besteuerung unterliege.“

Im gleichen Bericht wurde die Einigung zwischen Italien und Amazon vermeldet: „In Italien hatte der Fiskus wegen Steuerbetrugs in den Jahren 2011 bis 2015 gegen Amazon ermittelt. Nun sei eine Einigung erzielt worden, teilte das Finanzministerium mit – Amazon zahle 100 Millionen Euro. Laut italienischen Medienberichten hatte das US-Unternehmen seine in Italien erzielten Gewinne in Luxemburg versteuert, wo die Sätze deutlich niedriger liegen.“

Weitere Fakten zum **Steuerbetrug** mit staatlicher Unterstützung: „Acht Jahre lang hatte sich der Onlinehändler demnach zwischen 2006 und 2014 arm gerechnet, und zwar mit Hilfe maßgeschneiderter Gesetze der Steueroase Luxemburg. Amazon bezahlte gigantische Lizenzgebühren an eine Phantom-Holding namens Amazon Europe Holding Technologies – eine virtuelle Firma, die nichts leistete, keinen einzigen Mitarbeiter beschäftigte, und die vor allem keinen einzigen Cent Steuern in Luxemburg bezahlen musste.“

Hierzu die 492. Bremer Montagsdemonstration: „Der EU-Wettbewerbskommissar ist die treibende Kraft. Sein Motiv: ‚Wenn zu wenig Geld in den öffentlichen Kassen ist und die Bürger wegen der Krise viele Einschnitte hinnehmen müssen, dann kann nicht hingenommen werden, dass multinationale Konzerne zu wenig Steuern bezahlen.‘ Die Einstellung des EU-Kommissars ist sehr lobenswert. Eigentlich sollte jeder Verantwortliche insbesondere des öffentlichen Dienstes so handeln.“

4. Die Handelskammer in Bremen ist gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer. Sie hat in vielen Appellen an den Senat immer wieder die Unterstützung von Unternehmen eingefordert. Mir ist kein Aufruf der Handelskammer an die Unternehmen bekannt, durch Steuerehrlichkeit und Verzicht auf **Steuersparmöglichkeiten** endlich die Möglichkeiten der Politik zu stärken. Bremen ist ein führender Wirtschaftsstandort und kann seine Bürger nicht ausreichend umsorgen!

Die Handelskammer hat Unterstützung gefunden. Unter dem Titel „Wer wirklich die Unternehmenssteuer zahlt“ schreibt der „Weser-Kurier“: „Wenn der Fiskus wie in Bremen Firmen zur Kasse bittet, tragen einen Großteil der Last die Beschäftigten. Das zeigt eine neue Studie des ‚Ifo‘-Instituts.“

Sie liefert eine einzigartige Argumentation: „Für viele mögen solche Zusammenhänge überraschend wirken. Doch für Finanzwissenschaftler ist klar, dass

Unternehmen gar keine Steuern zahlen können. Unternehmen können auch nicht essen oder trinken, sagt dazu ‚Ifo‘-Chef Clemens Fuest. Formal erfasst das Finanzamt zwar mit der Gewerbesteuer die Gewinne der Firmen. Dies aber trifft die Menschen, die mit diesen Unternehmen zu tun haben. Dies können die Eigentümer sein, wenn deren Ausschüttungen sinken. Möglich ist aber auch, dass für die Kunden die Preise steigen und/oder für die Lieferanten sinken. Oder die Manager beziehungsweise die Inhaber überwälzen die Last auf die Beschäftigten.

Bei der Auswertung zeigt sich: Langt der Bürgermeister bei der Gewerbesteuer zu, hat dies Folgen für die Löhne, vor allem natürlich, wenn die durch Tarifverhandlungen auf Firmenebene festgelegt werden. Besonders betroffen sind nicht die Topverdiener, sondern die niedrig qualifizierten Beschäftigten, die Jüngeren und die Frauen. Bei Letzteren spielt wohl eine Rolle, dass sie häufiger Zweitverdiener in einer Familie sind. Daher können sie schlechter drohen, an einen anderen Standort zu einer anderen Firma zu wechseln. Sie sind weniger mobil, was die Verhandlungsposition schwächt.“

Wer keine Argumente hat, schafft es, die altbekannten Muster einzubauen, hier die Unterstellung, dass Gewerkschaften die Schlechterstellung von bestimmten Arbeitnehmergruppen mittragen. Topverdiener unterliegen meist nicht dem Tarifrecht, insofern hat die Tarifverhandlung hier keinen Einfluss. Außerdem sind Geringverdiener nicht zwingend „niedrig qualifiziert“. Das „Ifo“-Institut München hat diese Studie über die Gewerbesteuer von ihrem Präsidenten erläutern lassen.

„Ifo“-Präsident Clemens Fuest hat sich auch zur Steuerreform vom Donald Trump positiv geäußert. Wer ein Gutachten beauftragt, sollte vorher mit dem Gutachter das Ziel und die Verwendung besprechen. Wer eine Statistik, eine Studie oder ein Gutachten liest, sollte sich auch den Verfasser und dessen Einbindung ansehen. „Davos“ ist nur ein Interessennetzwerk.

Die Handelskammer Bremen hat mit der Landesregierung einen „Ausbildungspakt“ abgeschlossen. Die Zahl der Ausbildungsverträge in Bremen sollte erhöht werden. Nun erst wurde nachgerechnet: Die Zahl der Ausbildungsverträge ist um 500 gesunken. Die Nennung falscher positiver Zahlen zur Ausbildung hat in der Handelskammer Bremen eine lange Tradition. Erstmals wurde mir dies in der „Nacht der Jugend“ bewusst, nachlesbar auf der Seite zur 110. Bremer Montagsdemonstration.

Die Vorwürfe der Wirtschaft – „Warum haben wir keine Facharbeiter?“ – bestehen weiterhin. Schuld sind immer die anderen. „Warum ausbilden? Aus dem Ausland können wir die Mitarbeiter(innen) günstiger rekrutieren.“ Ich finde die Überschreitung von Ländergrenzen hervorragend. Nur diese Vernebelungsaktionen sind unpassend. Unpassend ist auch der Weg zur „Ausbildungsreife“. Nur der Jugendliche, der die „Ausbildungsreife“ verliehen bekommt, wird von dem Jobcenter als Bewerber für einen Ausbildungsplatz akzeptiert und vermittelt. Wollen wir uns dies wirklich weiterhin leisten? Deutschland hat nur den „Rohstoff“ Jugend.

Die Schüler der Grundschule sehen doch: Vielen älteren Schülern ist es auch dieses Jahr nicht gelungen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Dies geht aufs

Gemüt und senkt die Lernfähigkeit. Ex-Lehrer Stein hat damals angeregt, die Bewerbungsrunde früher zu starten, denn wer eine Ausbildungszusage in der Tasche hat, lernt motivierter. Ist irgendetwas in dieser Richtung unternommen worden? Nein. Die Politik hat die „Ausbildungsgarantie“ erfunden und gebrochen. Erreicht wurde der Stillstand. Gibt es in diesem wichtigen Detail nun tatsächliche Veränderungen und neue Wege?

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Markt noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! – PS. Siemens macht Gewinn in Milliardenhöhe und will Werke schließen. Der Konzern erhält aktuell circa 1,2 Milliarden Euro Fördergeld. Warum?

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Obergrenze 220.000 Flüchtlinge: Mit solch „hervorragenden Ergebnissen“ dient die SPD der ewigen CDU-Kanzlerin Merkel („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

647. Bremer Montagsdemo am 15. 01. 2018

Weiterer Rechtsruck der SPD



Die Einigung bei den Sondierungsgesprächen über eine dritte Große Koalition am Freitag brachte einen weiteren Rechtsruck mit sich, vor allem der SPD. Aber der Widerstand in der SPD wächst, denn nicht alle wollen ihre Überzeugungen verkaufen. Was sind die Ergebnisse? Es gibt weder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent noch eine Erhöhung des Rentenniveaus. Die gegenwärtig 48 Prozent werden als großer Erfolg verkauft, als ob

man davon leben könnte, wenn man vorher vielleicht 1.500 oder 1.800 Euro verdient hat. Die Rente mit 67 soll bleiben, sie ist kein Thema mehr.

Das Wort Bürgerversicherung taucht gar nicht mehr auf, es bleibt bei der Zwei-Klassen-Medizin. Es soll eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Höhe von 180.000 bis 220.000 Personen geben. Zentrale Aufnahme- und Abschiebelager sollen eingerichtet werden, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsländer“ gelten. Es heißt ade Klimaziele und Glyphosat-Verbot. Sogar bei Hartz-IV-Verbesserungen, wie von Schulz mal angekündigt, herrscht Fehlanzeige. Die SPD befindet sich weiter in der Zerreißprobe.

Sigmar Gabriel mischt weiter mit als amtierender Außenminister und führt einen „strategischen Dialog“ mit der türkischen Regierung. Kaum wurden ein paar Leute aus der Haft entlassen, schon jubeln die Medien, das Verhältnis zwischen Deutschland und Türkei sei wieder entspannt. Der Türkei-Urlaub boomt, dieses Jahr werden 14 Millionen Touristen erwartet. Ist alles wieder in Butter? Nach wie vor unterstützt Deutschland das faschistische Regime mit einem Milliarden-Deal. Türkische Auftragskiller können sich in Deutschland frei bewegen: Auf der Autobahn A4 fielen Schüsse auf den früheren Sankt-Pauli-Fußballer Deniz Naki.

Die „Entspannung“ mit Deutschland hat einen konkreten Hintergrund: Die Türkei bereitet einen Angriff auf Afrin vor, die westlichste Provinz des kurdischen Autonomiegebietes Rojava in Syrien. Alle Beamten und Soldaten wurden aufgefordert, bis Donnerstag dieser Woche die Stadt zu verlassen. Die „Entspannung“ mit Deutschland soll den Weg dafür freimachen, dass von Bundesregierung und Nato nicht mehr als ein „Du, du!“ kommt, wenn Afrin völkerrechtswidrig angegriffen wird – und Gabriel (SPD) ebnet dafür den Weg. Seit dem Wochenende werden

schwere Waffen wie Panzer in Stellung gebracht In Afrin leben große jesidische und alevitische Minderheiten, denen Erdogan mit Vernichtung droht. Internationale Solidarität ist gefordert! Diesen **Samstag, den 20. Januar 2018**, findet eine **Demonstration** für die Solidarität mit Afrin statt. Start ist um **15 Uhr** am **Bremer Hauptbahnhof**.

Bei der Demonstration anlässlich der Ermordung dreier Kurdinnen in Paris vor fünf Jahren gab es am Dienstag in Bremen ein massives Polizeiaufgebot. Mindestens zehn große Polizeiwagen fuhrten vorn, hinten und am Rand, damit ja niemand auf die Idee kommt, eine YPG-Fahne oder ein Öcalan-Bild zu zeigen. Die Bundesregierung macht sich zum Schergen Erdogans und verfolgt kurdische Politiker. So gibt es diese Woche wieder einen Prozess wegen „Mitgliedschaft in der PKK“ nach § 129a/b Strafgesetzbuch.

Vor 99 Jahren wurden die Vorkämpfer gegen Kapitalismus und für eine befreite Gesellschaft, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Am vergangenen Sonntag haben 12.000 Menschen an der „LLL-Demo“ in Berlin teilgenommen, 2.000 mehr als beim letzten Mal. Anlässlich der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie gibt es am Donnerstag Warnstreiks und Kundgebungen (ab 9 Uhr am Daimler-Tor 10 sowie um 10:30 Uhr am „Best Western Hotel“ in der August-Bebel-Allee).

Wolfgang Lange (MLPD)

„Andrea Nahles ist jetzt zum Äußersten bereit“: „Gegner der Großen Koalition bekommen neuerdings ganz doll Schimpfe“ („Die Zeit“)

„Wir haben es satt“: 33.000 Menschen demonstrieren in Berlin für eine Wende in der Agrarpolitik („N-TV“)

Die Ausrichtung der internationalen Politik auf die Anwendung militärischer Gewalt beenden!

Nach zwei Weltkriegen, der Periode des Kalten Krieges und der anschließenden Hoffnung auf eine Zeit des Friedens müssen wir vom „Bremer Friedensforum“ feststellen, dass Kriege und Aufrüstung wieder zunehmen. Über Japan fliegen nordkoreanische Raketen, um Atomangriffe zu üben, während US-Präsident Trump seinerseits mit einem Atomkrieg droht. In Syrien herrscht seit Jahren Krieg mit wechselnden Fronten und vielen sich einmischenden Staaten. Die militärische Provokation zwischen Russland und der Nato birgt sogar die Gefahr eines Krie-

ges in Europa! Mit einer Verdoppelung des Militäretats der Bundeswehr auf 70 Milliarden Euro will sich die Bundesrepublik als Führungsmacht eines militarisierten Europa positionieren.

Daher fordern wir: Die Ausrichtung der internationalen Politik auf die Anwendung militärischer Gewalt muss beendet werden! Gewaltsam lassen sich politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme nicht lösen. Vielfach sind auch strategische Gründe die wahren Motive für Interventionen. Aus diesen Erfahrungen sollten politische Lehren gezogen werden. Präventiv ist weltweit gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu Felde zu ziehen! Der globale Süden muss gestärkt werden. Stellen wir uns den Kriegstreibern und Kriegsprofiteuren in den Weg: Das Ziel muss eine Welt ohne Krieg und Militär sein!



Wir fordern außerdem von der Bundesregierung, dem Atomwaffen- Verbotsantrag beizutreten und die noch immer in Deutschland lagernden US-Nuklearwaffen abziehen zu lassen. Der Vertrag ist ein wichtiger Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Ebenso wichtig sind Verträge zum Verbot von militärischen Drohnen und autonomen Waffensystemen. Hier steht auch unsere Forderung an die Bundesregierung, auf die weitere Anschaffung und Entwicklung von Kampfdrohnen zu verzichten und eine internationale Ächtung der Waffensysteme zu erwirken.

Wir treten ein für eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Wir treten ein für die Auflösung der Bundeswehr und aller anderen Armeen. Wir engagieren uns entschieden gegen die Nachwuchswerbung der Bundeswehr. Daneben müssen alle Rüstungsexporte unterbunden werden. Wir sehen uns heute als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Aufrüstung und Krieg. Frieden ist ein Menschheitsprojekt. Nur in einer friedlichen Welt lassen sich die Zukunftsprobleme wie der Klimawandel, die Umweltzerstörung und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit lösen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“)

Government Shutdown: Am Jahrestag der Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump kommt es zum Stillstand seiner Regierung („*Spiegel-Online*“)

Kaufen Sie sich doch mal was Neues: Mit kaputten Zwangsupdates schießt Microsoft „einige“ Rechner mit „älteren“ AMD-Prozessoren ab („*Heise*“)

Applaus bleibt aus: Fast 44 Prozent der SPD-Parteitagdelegierten sind gegen die ewige Große Koalition („*Die Welt*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

648. Bremer Montagsdemo

am 22. 01. 2018

Krieg gegen die Kurden mit deutschen Panzern



1. Seit dem Wochenende führt die Türkei Krieg gegen Afrin (kurdisch: Efrin), mit eigenen Truppen und islamistischen Banden. 100 Flugzeuge bombardieren Städte und Dörfer, auch bei Kobanê, der bisher einzigen unzerstörten Gegend Syriens, wo Hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen wurden. Mit deutschen „Leopard-2A4“-Panzern sind sie acht Kilometer tief eingedrungen. Rheinmetall will in der Türkei jetzt eine Fabrik für diese Panzer errichten,

und die Bundesregierung unterstützt den Konzern dabei. Rheinmetall, der größte deutsche Waffenhersteller, liefert auch die Bomben an Saudi-Arabien, mit denen im Jemen die Bevölkerung beschossen wird. Von wegen „Keine Waffenexporte in Spannungsgebiete“! Das wird in voller Kenntnis der Bundesregierung lässig umgangen, indem Rheinmetall auch Fabriken in Südafrika und Italien unterhält, von denen aus dann Bomben und Granaten geliefert werden.

So unterstützt Deutschland das Regime in Ankara. Letzte Woche gab es ein Treffen Gabriels mit dem türkischen Außenminister Cavusoglu. Während sie in Goslar Tee tranken, wurde der Angriff vorbereitet. Auch Großbritannien war informiert und hat am 15. Januar 2018 eine Reisewarnung ausgesprochen. Bisher sind 22 Zivilisten gestorben, darunter sechs Kinder, außerdem drei kurdische Kämpfer. Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ, an denen sich auch Frauen beteiligen, sind aber in der Gegenoffensive: Mindestens zwei türkische Panzer wurden zerstört und die Truppen wieder zurückgedrängt.

Es gibt einen schmutziger Deal Ankaras mit Moskau: Russland zog sich aus Afrin zurück und überließ den Luftraum der Türkei, denn auch Russland verfolgt seine imperialistischen Ziele. Deswegen ist internationale Solidarität gefordert! Am Samstag gab es auf der ganzen Welt Demonstrationen. Allein in Bremen beteiligten sich daran über 1.000 Menschen. Am **Mittwoch** beginnt eine **Mahnwache** um **11 Uhr** auf dem **Marktplatz**, gefolgt von einer **Frauenkundgebung** ab **15 Uhr** vor der **Bürgerschaft**. Der Angriff der Türkei auf Rojava richtet sich gerade auch gegen Frauen, die dort nicht nur formal gleichberechtigt, sondern tatsächlich be-

freit sind. Dem faschistischen Erdogan-Regime ist das ein Dorn im Auge. Am Samstag gibt es weitere große Demonstrationen, auch in Bremen.

2. Aus purer Angst, bei Neuwahlen noch mehr abzustürzen, gab es am vergangenen Sonntag auf dem SPD-Parteitag eine knappe Mehrheit für Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU. Damit geht die Selbstdemontage der SPD weiter. Schulz ist ein Vertreter der Interessen des Großkapitals. Das war er auch schon als Präsident des EU-Parlaments und im SPD-Vorstand. Ob die brutale Demütigung und Ausplünderung Griechenlands oder die unsozialen Hartz-Gesetze: Schulz war immer dabei. Deswegen reicht es auch nicht, der Union in den Koalitionsverhandlungen noch ein bisschen mehr Zugeständnisse abzurufen. Der Widerstand gegen den Rechtsruck der Regierung und dagegen, alles den Profitinteressen unterzuordnen, muss von unten kommen – deswegen gehen wir auf die Straße!

In Görlitz demonstrierten am vergangenen Donnerstag 7.000 Menschen, obwohl die Stadt nur noch 56.000 Einwohner hat. Das ist so, als wären in Bremen 70.000 Menschen auf der Straße! Protestiert wurde gegen die Stilllegungspläne von Bombardier und Siemens: Trotz extremer Profite und hervorragender Auftragslage sollen dort Tausende Arbeitsplätze wegfallen, 2.100 beim Zughersteller Bombardier, 900 von insgesamt 6.900 bei Siemens, aber die Leute wehren sich gegen die Entindustrialisierung. Die Forderung „Arbeitereinheit in Ost und West!“ war bei der Demo zu lesen und fand viel Zuspruch. Neonazis, Pegida und AfD wollten bei der Demonstration mitmischen, was die Antifaschisten aber nicht zuließen.

Im Rahmen der Tarifrunde streikten am Donnerstag 10.000 Kolleg(inn)en in Bremen. Trotz Schneeregen und Sturm gab es eine Demonstration mit circa 4.000 Metallern, die sich das freche Angebot der Kapitalisten nicht gefallen lassen, die unter anderem eine Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen wollen. Stattdessen wird die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Der Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“ will Warnstreiks verbieten lassen: Die Forderung nach Lohnausgleich für eine Reduzierung der Arbeitszeit sei „illegal“, da dies zu einer „Ungleichheit“ führe. Welch guter Witz! Als ob sich die Kapitalisten jemals Sorgen gemacht hätten, wenn Arbeiter ungleich behandelt werden. Ganz im Gegenteil ist es gerade ein Wesensmerkmal des Kapitalismus, dass gespalten wird: Den einen gibt man mehr, den anderen weniger. Ganze Bevölkerungsteile werden gegen andere aufgehetzt, etwa Leiharbeiter gegen Festangestellte. Wenn diese Spaltung nicht mehr gelingt, haben die Kapitalisten ausgespielt, denn Millionen sind stärker als Millionäre!

Massenkämpfe gibt es auch in Tunesien gegen das Regime, gegen die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer und des Ölpreises. In den USA wurde in Hunderten Städten gegen „Shithole-Trump“ demonstriert. Gleichzeitig erfolgte ein dreitägiger „Government Shutdown“: Hunderttausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst wurden ohne Bezüge nach Hause geschickt. Die Welt ist in Aufruhr, aber

trotz Kriegen und Terror gibt es auch eine Tendenz, dass die Völker sich dagegen wehren und ihre eigenen Forderungen stellen. Internationale Solidarität und die Vereinigung aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte sind notwendig, um zur überlegenen Kraft zu werden. Dafür stehen das „Internationalistische Bündnis“ und die MLPD als Teil der Weltorganisation ICOR.

Wolfgang Lange (MLPD)

Sie bestimmen, wo's lang geht: 45 Deutsche besitzen so viel wie die Hälfte der Bevölkerung („*Spiegel-Online*“)

Hochschule verkämpft sich gegen „Sexismus“: Die Worte „Allein, Blumen, Frauen und ein Bewunderer“ sollen übermalt werden („*Tagesspiegel*“)

Die Wirtschaftsliberalen und ihre Erfüllungsgehilfen



1. Die SPD darf über eine dritte **Große Koalition**, jetzt im Schrumpfformat, verhandeln. Leider steht die Ursache der Spaltung unserer Gesellschaft noch immer nicht auf der Verhandlungsliste. In Davos treffen sich aktuell die Superreichen, darunter Vertreter und Akteure der „Mont-Pèlerin-Gesellschaft“. Dieses Netzwerk ist weltweit tätig. Sein Ziel, unverändert seit der Gründung im Jahr 1947, lautet:

keine Erbschaftsteuer, keine Vermögensteuer, überhaupt möglichst wenig Steuern zahlen. Der Staat soll nur notwendigste Ausgaben für Soziales leisten können. Nun finden wir im Sondierungsergebnis das Versprechen, es werde keine Steuererhöhung geben.

Sozialrechtler Harald Thomé erwartet folglich eine „Weiter-so-uns-geht-es-so-gut“-Politik anhand dieser Sondierungsgespräche. Katja Kipping hat eine Zusammenfassung vorgelegt, Professor Stefan Sell eine erste Bewertung des Bereichs Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht. „Pro Asyl“ spricht von einem „Sieg der Hardliner über Humanität und Menschenrechte“ Auch das „Neue Deutschland“ kommentiert, die SPD habe sich im Sondierungspapier mit der Union auf eine konservative Politik geeinigt.

Harald Thomé fasst zusammen: „Im sozialen Bereich wird sich nichts verändern, die Agenda-2010-Politik wird von den Sozialdemokraten nahtlos weitergeführt. Die SPD wird nach der Beendigung der Großen Koalition mit rund zehn Pro-

zent in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Ehrlich gesagt ist das dann auch richtig. Die Folgen für das Land werden dramatisch sein. Durch den dauerhaften Verrat an sozialdemokratischen Idealen wird die SPD im Nachkriegsdeutschland Wegbereiter der Etablierung einer faschistischen Partei werden. Daher müssen wir unsere Belange selbst in die Hand nehmen, uns konsequent einsetzen gegen soziale Ausgrenzung, zu geringe Hartz-IV-Leistungen, gegen verfassungswidrige Sanktionen, Behördenwillkür und Unrecht, gegen die Ausplünderung der Erde vor Kapitalinteressen, gegen alte und neue Nazis und für ein solidarisches Miteinander.“

Das sollten wir einfach machen! Es geht, immer wieder montags! Wer mit den jetzigen Rahmenbedingungen nicht einverstanden ist, sollte aktiv werden, einfach kommen und zuhören oder auch nachlesen. Wer möchte, kann seine Meinung am Offenen Mikrofon kundtun. Wer Probleme hat, kann diese mitbringen. Wir hören zu, reden darüber, und eventuell haben wir eine Idee. Diese Möglichkeit besteht nach unseren Grundsätzen aber nicht für Nazis und Rassisten! Wir zählen zwar nur wenige Köpfe auf dem Marktplatz, aber über 300 Besuche täglich auf unserer Website. Natürlich wäre die Präsenz auf dem Marktplatz für jeden sichtbar.

„Oxfam“, ein internationaler Verbund von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, schrieb zum Weltwirtschaftsforum in Davos 2014 treffend: „Die wachsende soziale Ungleichheit untergräbt demokratische Prozesse, sowohl in Industrie- als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Das ist das Ergebnis eines Berichtes zur Einkommens- und Vermögensungleichheit, den ‚Oxfam‘ heute kurz vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht. In ‚Working for the Few‘ warnt die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation davor, dass wohlhabende Eliten weltweit die Politik zu ihren Gunsten beeinflussen und wirtschaftliche Spielregeln in ihrem Sinne manipulieren.“

Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens. Die 85 reichsten Menschen besitzen ebenso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. ‚Oxfam‘ fordert die Regierungen auf, dringend zu handeln, um den Trend umzukehren, und appelliert gleichzeitig an die Teilnehmer(innen) des Weltwirtschaftsforums in Davos, konsequente Selbstverpflichtungen zur Lösung des Problems einzugehen.“ Hoffentlich hat der Appell diesmal Erfolg, bestimmt doch die „Mont-Pèlerin-Gesellschaft“ in Davos die Steuerung und Ideenvorgabe. Die Vertreter der Politik werden so zu Erfüllungsgehilfen. „G20“ heißt ihr Treffen. Falls die Politiker sich nicht endlich von diesem Mantra befreien, ist das ein Grund mehr zum Kopfzeigen auf dem Bremer Marktplatz!

2. Wie die Ziele von Davos umgesetzt werden, mittels eingegliedelter Institute und Universitäten, ist aus der Ergänzung des Faktenchecks der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 7. November 2017 ersichtlich. Die Forderungen mancher Sachverständigen und Professoren ergeben anders keinen Sinn. Bei genauem Hinsehen offenbart sich die Netzwerksverbundenheit, etwa die Manipulation von Professor Wolfgang Wiegand im Jahr 2006.

Die von Wiegard empfohlene weitere Senkung der **Körperschaftsteuer** hat Autor Karl Mai hinterfragt: „Außer bei den Kapitalgesellschaften gilt auch für Personengesellschaften ein starker Rückschlag in den Steuereinnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen infolge der Einkommenssteuerreform der Regierung Schröder ab 2001.“ Mai zeigt mit Grafiken die wachsende Diskrepanz zwischen den Einnahmen aus Dividenden und dem Aufkommen aus Ertragssteuern auf und verdeutlicht so die steuerbedingte Reichtumsvermehrung sowie die verheerenden Auswirkungen der Schröder'schen Steuerreformen auf die Finanzierung der Aufgaben der öffentlichen Haushalte.

„Die Ausfälle bei der Körperschaftssteuer beliefen sich in den Jahren 2001 und 2002 somit jeweils auf rund ein Prozent des Bruttoinlandprodukts“, bemerkte Professor Peter Bofinger dazu. Die deutsche öffentliche Haushaltskrise sei politisch hervorgerufen worden und diene im Weiteren als Vorwand zum massiven Sozialabbau. So hat das Netzwerk für die Durchsetzung von Hartz IV „leere Kassen“ empfohlen, nachzusehen in der Sendung „Die Anstalt“ vom November. Herr Schröder hat insbesondere über die Körperschaftsteuer diese Vorgabe umgesetzt. Da erschien die Ausarbeitung des „Wirtschaftsweisen“ Professor Wolfgang Wiegard wie bestellt.

Der damalige Kanzler Schröder hat damals auch die „Heuschrecken“ nach Deutschland eingeladen. Alfred Mechttersheimer hat die Auswirkungen beschrieben und Gegenwehr empfohlen: „Die Methode mit den härtesten Folgen für den einzelnen Bürger ist der Verkauf von Wohnimmobilien an ausländische Investoren. Diese haben seit 2002 etwa 25 Milliarden Euro in mindestens 600.000 Wohnungen investiert. Dieser Ansturm wurde durch die niedrigen Fremdkapitalkosten begünstigt, der die Aufkäufe besonders attraktiv machte. Doch ohne drastische Mieterhöhungen rechnet sich das Geschäft für die Investoren nicht. Bemerkenswert ist, dass sich staatliche Eigentümer, aber auch Gewerkschaften an diesen unsozialen Transaktionen beteiligen.“ Dies ist ebenfalls eine Auswirkung der Ära Schröder, die bis heute nachwirkt.

„Noch härter können die Menschen vom Weiterverkauf ihrer Kredite für Häuser oder Eigentumswohnungen getroffen werden. Deutsche Banken haben in den vergangenen Jahren mit dem Weiterverkauf von Krediten im Wert von mindestens 40 Milliarden Euro ihre Bilanzen saniert. Dabei handelt es sich nicht nur um faule Kredite, etwa für zweifelhafte Immobilienprojekte in den neuen Bundesländern, sondern auch um intakte Forderungen, die dann von den Fonds mit besonders aggressiven Methoden wie Zinssteigerungen und Zwangsversteigerungen eingetrieben werden. Der texanische Finanzinvestor ‚Lone Star‘ beispielsweise hat auf diese Weise viele Haus- und Wohnungskäufer in den Ruin getrieben, die von der bisher gewerkschaftseigenen Allgemeine Hypothekbank Rheinboden AG Kredite erhalten hatten.“

Bei Krediten für Unternehmen, die weiterverkauft wurden, entsteht so ein Einfallstor für „Heuschrecken“, wenn diese die übernommenen Darlehen in Firmenanteile umwandeln. Firmen können sich schützen, indem sie in den Kreditver-

trägen den Verkauf des Kredits oder zumindest die Umwandlung des Kredits in Firmenanteile ausschließen, dabei auch den Girokredit entsprechend absichern und zusätzlich den Zukauf von Forderungen im Zuge der Grundbuchabsicherung ausschließen. Die „Heuschrecken“ sind salonfähig. Auch anerkannte Institutionen vermitteln Kredite ohne diese Sicherheit der Ausschlussklausel. Wenn der Kreditgeber nicht will, sollte man nicht unterschreiben. Der aktuelle Zinssatz ist aus den Monatsberichten der Bundesbank ersichtlich.

Mechtersheimer fasst zusammen: „In allen Ländern beschleunigt sich die Umverteilung der Einkommen und Vermögen. Das gilt gerade auch für die USA. Selbst Mitglieder der US-Administration sorgen sich um die potentiellen Folgen der wachsenden sozialen Ungleichheit. In allen kapitalistischen Staaten wird die soziale Schieflage dann zum Problem, wenn sie nicht mehr durch die Konjunktur verdeckt wird und die staatlichen Sozialtats überfordert werden... Der neue Finanzkapitalismus ist ein fragiles Gebilde, weil ihm Stabilisatoren und Gegenkräfte fehlen wie Nationalstaatlichkeit, souveräne Politik, soziale marktwirtschaftliche Komponenten et cetera, die den Kapitalismus bändigen und mit der Demokratie zumindest grundsätzlich vereinbar machen. Stabil kann der neue Kapitalismus schon deshalb nicht sein, weil er auf organisierter Geldgier aufbaut und nicht auf wirtschaftlicher Vernunft.“ Gerhard Schröder hat's gemacht – und die SPD ist noch immer nicht aufgewacht!

3. Auch nach den vielen Jahren ist die Arbeit der **Jobcenter** nicht fehlerlos. Zwar gibt es Mitarbeiter(innen) in diesem Amt, die das hinkriegen, aber Fehlerlosigkeit ist kein Bewertungskriterium zur Beurteilung der Fallmanager. Fehler erfolgen eventuell auch aufgrund der Vorgaben sowie der dauernden Rechtsänderungen. Die Erfolgsquote der Widersprüche und Klagen ist unverändert hoch: Zusammengekommen liegt sie bei über 50 Prozent zugunsten der Leistungsberechtigten.

Wer zum Jobcenter geht, sollte sich möglichst jemanden mitnehmen. Keinen Fachmann, niemanden, der sich auskennt. Dieser sollte Papier und Stift nutzen, um den Gesprächsverlauf zu notieren. Nicht wörtlich – einfach in Stichworten das Wesentliche und die Stimmung festhalten. Sie werden merken, das Gespräch verläuft viel ruhiger als sonst. Ansonsten nichts unterschreiben, alles mitnehmen. Dann können Sie es in Ruhe ansehen und prüfen, eventuell einen Termin bei einer Beratungsstelle machen oder einfach hier bei der Montagsdemonstration vorbeikommen. Das Mitnehmen plus 14 Tage Zeit für die Rückgabe sind angemessen. Was der Sachbearbeiter nicht mitgeben will, muss auch nicht unterschrieben werden.

Sozialrechtler Harald Thomé schreibt auch über unanständige Ansinnen: „Mir wurde mehrfach von der Verwaltungspraxis des Jobcenters Berlin Steglitz-Zehlendorf berichtet, dass dort Unionsbürger(innen), die Anträge auf Hartz IV gestellt hatten, von den Mitarbeitern aufgefordert worden sind, eine Antragsrücknahmeerklärung zu unterzeichnen. Dies mit der Begründung, dass sie keinen SGB-II-Anspruch hätten, selbst dann nicht, wenn sie vorher ALG-I-Leistungen erhalten

hätten. Diese Verwaltungspraxis ist rechtswidrig. Es wird unter Darlegung falscher Tatsachen behauptet, es bestünde kein Leistungsanspruch.

Allen Menschen, die hier abgewimmelt wurden, ist zu raten, jetzt rückwirkend Leistungsansprüche geltend zu machen, denn der Verzicht ist bei Umgehung von Rechtsvorschriften unwirksam (§ 46 Absatz 2 SGB I). Das bedeutet, es gibt weiterhin einen wirksamen Antrag. Dieser muss nur weiterhin geltend gemacht werden. Die Beratungsstellen sollten die Unwirksamkeitsregel im Kopf haben und die Menschen offensiv dabei begleiten, wenigstens jetzt an ihr Geld zu kommen.“

Erstattungen aus der Einkommensteuererklärung und ALG II vertragen sich nicht: Die Steuererstattung wird auf den Leistungsbezug voll (ohne Freibetrag) angerechnet. Wer im Jahr 2018 in ALG II fällt, sollte umgehend die Einkommensteuererklärung abgeben, dabei jedoch an den schriftlichen Antrag einen kleinen Zettel hängen und mit der Bitte um vorherige Auszahlung auf den Termin zum Übergang in ALG II hinweisen. Solch ein kleiner Zettel ist auch bei anderen Wünschen hilfreich. Das Finanzamt ist menschlich und entgegenkommend. Ich habe auch schon einmal eine Antwort per kleinem Zettel erhalten: „War wie Joga – entspannend“. Damals mussten noch die Belege eingereicht werden, und an der Rücksendung der Belege hing die aufmunternde Antwort.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

649. Bremer Montagsdemo am 29. 01. 2018

Die SPD ist nicht mehr die Partei des „kleinen Mannes“



Die SPD lobt die im Sondierungsgespräch in Aussicht gestellten „Rentenverbesserungen“. Sie erwähnt nicht, dass die Renten der Neurentner *nach* 2000 allesamt geringer waren als *vor* der Rentenänderung. Ursache: Die geänderte Rentenformel führt bei gleicher Lebensleistung zu einer geringeren Rente, nachzulesen im Faktencheck zur Sendung „Die Anstalt“ vom April 2017 auf Seite 23. Die meisten Neurentner bleiben auch bei Umsetzung der in Aussicht gestellten Rentenverbesserung aktuell rund 30 Prozent niedriger. Verhindert werden soll nur die noch stärkere Absenkung.

Zitat: „Ein langjährig Versicherter bekommt heute real gut 30 Prozent weniger Rente als 2000! Ein Rechenbeispiel: Im Jahr 2000 betrug der Zahlbetrag einer Durchschnittsrente (35 Jahre Versicherte) laut Tabelle der Rentenversicherung 1.021 Euro (Seite 123). Die Differenz zur heutigen Nettorente von 848 Euro beträgt nominell 16,9 Prozent. Der Rentenbetrag von 2000 entspricht allerdings heute preisbereinigt 1.285 Euro. Die Differenz zu den 848 Euro, die heute gezahlt werden, beträgt also real 437,89 Euro oder 34 Prozent!“

Die Aufhübschung der geringen Renten auf zehn Prozent über dem Regelsatz ist an Bedingungen geknüpft, die nur einige erfüllen können, denn die Große Koalition hat die Rentenversicherungspflicht für ALG-II-Betroffene aufgehoben. Die ohnehin geringen Beiträge zur Rentenversicherung wurden so eingespart. Die SPD fügt sich dem Sachzwang des Geldes, obwohl klar ist, dass die Steigerung der Unternehmenserträge sich nicht in gleichem Umfang in den Steuerklärungen widerspiegelt. Die superreiche Minderheit lähmt die Demokratie.

Die SPD und ihre Schwesterparteien in Europa sitzen auf einem absteigenden Ast. Die SPD ist nicht mehr die Partei des „kleinen Mannes“: Diese einfachen Worte bringen es auf den Punkt. Die Agenda 2010 hat Raubbau an der sozialen Sicherheit der Lohnabhängigen betrieben. Trotzdem ist die SPD nicht bereit, dies zu ändern. Untergang ist so nur noch eine Frage von Monaten. In

der geschrumpften Großkoalition geht es für die SPD noch etwas schneller unter die Fünf-Prozent-Klausel, leider, denn das „Mont-Pèlerin“-Netzwerk freut sich. Die SPD-Mitglieder können es noch abmildern.

Die Nachrichten treiben die SPD vor sich her. Die ebenfalls mögliche Minderheitsregierung der CDU/CSU kommt nicht mehr vor. Die Oppositionsrolle wird als sich vor der Verantwortung zu drücken gewertet und insgesamt negativ dargestellt. Positiv wäre der Einfluss der Opposition auf die Minderheitsregierung. Endlich würden bei jedem Gesetz die Beteiligung und der Wille der Parteien klar ersichtlich. So zeigt sich auch, was die CDU/CSU nicht will. Bei all den positiven Meldungen zum Arbeitsmarkt ist Professor Heinz-J. Bontrup in der „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Januar 2018 der Kragen geplatzt: Es gebe keinen Grund zum Jubeln, Arbeitslosigkeit werde schlicht wegdefiniert.

„Einige reden schon von Vollbeschäftigung, viele von einem Fachkräftemangel. Die Jubelmeldungen zum deutschen Arbeitsmarkt reißen nicht ab, obwohl seit Mitte der 1970er Jahre in Deutschland eine chronische Massenarbeitslosigkeit vorliegt. Und dies bei einem fast ständigen Export von Arbeitslosigkeit ins Ausland. Die Exportüberschüsse machen es möglich. Im Ergebnis ein völliges System- und Politikversagen in einer angeblich sozialen Marktwirtschaft! Seit der Wiedervereinigung, mit der die Arbeitslosigkeit noch einmal kräftig zulegte, ist die Massenarbeitslosigkeit nicht im Geringsten gesunken und das entscheidende Arbeitsvolumen nicht gestiegen.“

So warten wir weiter auf einen Richterspruch. Da das Bundesverfassungsgericht ursprünglich noch im Jahr 2017 über das Vorlageverfahren zu den Sanktionen im SGB II entscheiden wollte, hat der Verein „Tacheles“ Mitte Dezember nachgefragt, wann denn nun mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Die Antwort vom 11. Januar 2018 lautete, das Bundesverfassungsgericht sei „bestrebt, das Verfahren in diesem Jahr einer Entscheidung zuzuführen“. „Dann hoffen wir mal“, kommentiert Sozialrechtler Harald Thomé, „dass das BVerfG zuverlässiger ist als die BER-Eröffnung und dass es die lange Zeit für eine weise Entscheidungsfindung nutzt!“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

650. Bremer Montagsdemo

am 05. 02. 2018

Das amtlich organisierte Misstrauen gegen Hartz-IV-Beziehende



1. Die geschrumpfte Große Koalition musste ihre Verhandlungen verlängern. Anschließend soll richtig ausformuliert werden. Wird diesmal eine Vereinbarung über Vertragsverletzung sowie Nichtstun getroffen, einschließlich fristloser Aufkündigung? Ist es nicht mutig von der SPD, überhaupt den Optimismus zu entfalten, diesmal würden sich CSU und CDU an die Vereinbarungen halten, und zwar

nicht nur den Buchstaben nach, sondern auch entsprechend dem Geiste des Lösungsansatzes?

Hauptthema müsste eigentlich eine Antwort auf das 1947 gegründete Netzwerk der „Mont-Pèlerin“-Gesellschaft sein. Deren Ziele sind: keine Erbschaftsteuer, keine Vermögensteuer, bei den anderen Steuern ein möglichst niedriger Satz sowie so wenig soziale Absicherung wie irgend möglich. Die Änderungen in Polen vor 2001 wurden von dem Netzwerk so kommentiert: „In Polen gelang es, den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der **Sozialpolitik** in kurzer Zeit durchzusetzen.“ Dies erfährt man aus einer Studie zur „Mont-Pèlerin-Society“ von Bernhard Walpen aus dem Jahr 2004 (Seite 258).

Sozialrechtler Harald Thomé hat über den Export von Hartz IV informiert: „Lohndumping, prekäre Beschäftigung, niedriger Mindestlohn und Massenverelendung sind offensichtlich bei Regierungen und natürlich den Arbeitgebern beliebt.“ Der Unterschied sei, dass es in anderen Ländern, etwa Finnland, viel mehr Gegenwehr und Proteste gebe. Die von Harald geschilderten Veränderungen entsprechen den Wünschen des „Mont-Pèlerin“-Netzwerks, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen und insbesondere „Die Anstalt“ im ZDF von November 2017.

2. Sehenswert sind die ARD-Dokumentation „Die Rentenlüge“ sowie „Alt und arm. Wenn die Rente nicht zum Leben reicht“. In letzterer werden die Schlechterstellungen durch besondere **Rentenregelungen** der neuen Bundesländer verständ-

lich erläutert. Es gab Anläufe, dies zu ändern, aber bei der Angleichung der Ost-Renten an die West-Renten wurden neue Nachteile geschaffen. In den neuen Bundesländern wurden die Einkommen höher bewertet, weil die Entlohnung geringer ist. Mit der Angleichung fällt diese Sonderregelung rückwirkend weg. Die junge Generation, alle künftigen Neurentner aus den neuen Bundesländern erhalten dann eine geringere Rente für ihre Lebensleistung. Die anwesenden Politiker und Fachleute haben dies nicht widerlegt.

Die Dokumentation zeigt anhand von Diagrammen die Entwicklung von Lohn und Gehalt sowie Unternehmensgewinnen. Es ist somit nachvollziehbar, dass Gewinnsteigerungen ohne Teilhabe der Beschäftigten verfrühstückt wurden – nicht nur in den neuen Bundesländern. Die Dokumentation stellt auch heraus, dass die neu bewilligten Renten immer geringer ausfallen. Erwerbsbiografien mit Lücken oder gering entlohnter Beschäftigung führen zu geringeren Rentenpunkten. Außerdem) wird durch die Rentenformel die Lebensleistung jedes Jahr geringer belohnt.

3. Die Information, dass Erwerbslose es nicht schaffen, einen Antrag auf Arbeitslosengeld II zu stellen, irritiert. Leider ist diese Aussage aber richtig. Das Jobcenter Braunschweig hat zugestanden, das rund 30 Prozent der Antragssteller auf ALG II abgewimmelt wurden, siehe 630. Bremer Montagsdemonstration. Andere Jobcenter geben dies nicht so offen zu. Dann sind die Fragebögen zur Antragstellung sehr umfangreich, jede(r) muss sich „nackig“ machen.

Die Angaben müssen alle mit entsprechenden Unterlagen bewiesen werden, **Glaubhaftmachung** reicht nicht. Zusätzlich sind die Kontoauszüge aller Konten vorzulegen, nach Wunsch des Jobcenters, wenigstens für die letzten drei Monate. Die geforderten Unterlagen hat niemand komplett zu Haus. Die aktuelle Meldebescheinigung ist noch am einfachsten zu besorgen. Zum Antrag auf ALG I sind wesentlich weniger Fragen zu beantworten und weniger Unterlagen vorzulegen.

Dagegen verzichtet das Finanzamt bei der Einkommensteuererklärung (früher: Lohnsteuerjahresausgleich) komplett auf alle Unterlagen: Der Mensch wird als glaubhaft angesehen. Das Finanzamt kann allerdings alle Unterlagen nachfordern. Das Finanzamt muss alle Ansprüche richtig bescheiden und vergisst keinen Freibetrag. Der Mensch kann auf eine ehrliche und umfassende Beratung zu seinem Anliegen vertrauen. Er gilt als ehrlich und vertrauenswürdig.

Das Finanzamt führt Klageverfahren zu strittigen Punkten im Steuerbescheid auf. Für diese Streitpunkte muss kein Widerspruch oder Einspruch erhoben werden. Wenn die Klage von der oder dem Steuerpflichtigen gewonnen wurde, werden alle betroffenen Steuerbescheide von Amts wegen berichtigt und ausgezahlt. Weitere Möglichkeiten der Berichtigung von Steuerbescheiden sind nachzulesen in einem Buch der „Stiftung Warentest“.

Die Arbeitsagentur kann die Leistungsansprüche richtig bescheiden und erfüllen. Der Bescheid umfasst die gesamte Dauer des Anspruchs auf ALG I. Falls der Bescheid fehlerhaft ist, muss Widerspruch erhoben werden. Bereits

auf der Antragsseite wird auf die Möglichkeit eines Vorschusses oder Abschlags hingewiesen.

Das Jobcenter schließt mit der Bundesagentur für Arbeit eine Zielvereinbarung gemäß §48b SGB II ab. Darin wird vom Jobcenter eine Minderauszahlung der Leistungen gemäß SGB II angeboten. Der Leistungsbescheid wird jetzt meistens für zwölf Monate ausgestellt, früher waren es sechs. Gegen den Bescheid ist Widerspruch möglich. Es ist dem Jobcenter möglich, Freibeträge zu „vergessen“. Vor der Bescheiderteilung steht der Antrag, und alle Angaben müssen mit Unterlagen nachgewiesen werden. Glaubhaftmachung reicht nicht.

Ein Beispiel: Wenn die Mietzahlungen durch Kontoauszüge belegt sind, muss trotzdem der Mietvertrag vorgelegt werden, auch wenn der Zahlungsbetrag unterhalb der Obergrenze für die Kosten der Unterkunft liegt, die Meldebescheinigung den Vermieter nennt und dieser als Zahlungsempfänger aus dem Kontoauszug ersichtlich ist. Nun gibt es aber Leute mit Mietvertrag „per Handschlag“.

Jetzt kommt es auf den Sachbearbeiter an: Falls er auf Vorlage des Mietvertrags besteht, kann dieser Vertrag nur mit aktuellem Datum abgeschlossen und unterschrieben werden. Im Text kann vermerkt werden, dass das Mietverhältnis per Handschlag zu einem früheren Zeitpunkt begonnen wurde. Wenn der Hauswirt dabei nicht mitmacht, ist eine mündliche Klarstellung des Sachverhalts zur Niederschrift ratsam. Wer dies beim Sachbearbeiter beantragt, erreicht oftmals, dass die Unterlagen ausreichen. Ansonsten kann man den Sachverhalt selbst aufschreiben und dem Jobcenter gegen Stempel aushändigen.

Diese Mühe kann sich bei jeder fehlenden Unterlage entsprechend wiederholen. Es gibt auch unklare Sachverhalte, zum Beispiel in einer Wohngemeinschaft. Ein weiterer Mensch in der Wohnung wird sehr gern als Vorwand für die Leistungsverweigerung genommen. So vergeht die Zeit. Der Anspruch bleibt ab dem Ersten des Antragsmonats erhalten, aber das Geld wird knapp. Für den Fall akuter Geldnot sieht das SGB II einen Vorschuss, also Abschlagsleistungen vor, die beim Fallmanager beantragt werden können. Je nach Dringlichkeit kann der Betrag bisher in bar mitgenommen werden. Geplant ist, diese Barauszahlungen durch Externe vorzunehmen: an der Supermarktkasse.

Falls diese Vorleistung verweigert wird, den Antrag mündlich zur Niederschrift wiederholen, diesen Antrag unterschreiben und in Kopie mitnehmen. Der Sachbearbeiter möge auch seine Ablehnung schriftlich aushändigen. Beides mitnehmen und, falls etwas unklar ist, einen Beratungsverein aufsuchen oder bei der Bremer Montagsdemonstration vorbeikommen. Dann Hilfe beim Sozialgericht per einstweiligem Rechtsschutzverfahren beantragen.

Diese kurze Ausführung zeigt: Der oder die Antragstellende ist einer trickreichen Bürokratie ausgesetzt. Das Jobcenter hat mit den Tugenden des deutschen Beamtentums nichts zu tun. Die Politik ermöglicht dies auch durch ungenaue gesetzliche Änderungen. Gerichtsurteile zugunsten der Leistungsberechtigten werden spät akzeptiert und oftmals durch Rechtsänderungen ausgebremst.

Das Jobcenter Berlin hat offenbar „Kunden“ bewusst falsch informiert, um weniger Leistung auszuführen oder weniger Erwerbslose in der Arbeitslosenstatistik zu haben, siehe 648. Bremer Montagsdemonstration. Eine solche Anweisung würde einen Vorgesetzten im Finanzamt den Job kosten. Insgesamt unvorstellbar, aber leider tägliche Wirklichkeit in Deutschland! Die ehrlichen und anständigen Mitarbeiter(innen) des Jobcenters leiden darunter.

Da hat sich eine neue Mitarbeiterin beworben, weil der Umgang mit Menschen interessanter sei als bloße Büroarbeit mit Papier. Von ALG II hat sie keine Ahnung: „Ich fragte, warum diese Stelle im Jobcenter frei sei, und mir wurde gesagt, meine Vorgängerin hat einfach zu viel bewilligt. Ich wurde eingestellt, eingewiesen und habe den Kundenkontakt genossen. Für Leistungsanträge sollte ich die Teamkolleginnen fragen. Das habe ich gemacht und selbst wenig genehmigt. Ich wunderte mich, weil Fragen nach der Leistungsbewilligung von anderen Kollegen unterschiedlich beantwortet wurden. In Besprechungen war eine Klärung unerwünscht.

Ich habe einer Mutter etwas nicht genehmigt und später erfahren, dass dieser Anspruch unstrittig war. Diese Mutter habe ich dann beim Arzt getroffen. Sie hat mir erzählt, wie meine Entscheidung ihr Leben beeinflusst hat. Sie hat meine Entscheidung akzeptiert, weil ich die Amtsperson war. Mich hat diese Begegnung sehr mitgenommen. Ich bin arbeitsunfähig geworden und habe diese Arbeit aufgegeben. Gesund bin ich aber nicht geworden. Ich träume schlecht. Bin ich ein Fall für die Berufsgenossenschaft? Es ist egal, ich kann es nicht durchstehen!“

4. Eine „sehr gute“ Entscheidung kommentiert Harald Thomé wie folgt: „Für eine solche Selbstverständlichkeit musste der Bundesgerichtshof entscheiden: Wer einen Fehler macht, muss ihn selbst wieder ausbügeln – jetzt auch beim ALG II. Der BGH bejaht einen unmittelbaren **Rückforderungsanspruch** eines Jobcenters gegen Vermieter wegen überhöhter Mietzahlungen. Inhaltlich ging es in dem Urteil darum, ob das Jobcenter, welches Mietzahlungen gemäß § 22 Absatz 7 SGB II direkt an einen Vermieter überwiesen hat, im Falle einer Fehlzahlung einen diesbezüglichen Rückforderungsanspruch unmittelbar gegenüber dem Vermieter geltend machen kann.

Das hat der BGH am 31. Januar 2018 bejaht und auch klargestellt, dass irrtümlich gezahltes Geld vermietetseitig nicht mit Forderungen gegen den Mieter verrechnet werden könne (Aktenzeichen VIII ZR 39/17). Das BGH-Urteil ist für die Sozialberatungspraxis relevant, da Jobcenter bei einem Wohnungswechsel des Öfteren noch an den früheren Vermieter zahlen und es dann der oder dem Leistungsberechtigten auftragen, dieses Geld zurückzuholen. Jetzt muss sich das Jobcenter selbst um die Rückforderung kümmern.

Durch das Urteil ist klargestellt, dass das Jobcenter einen eigenständigen Herausgabeanspruch gegen Vermieter wegen Mietzahlungen nach Vertragsende hat und in der Folge der Leistungsberechtigte damit nicht belastet werden darf, weil er gar nicht mehr Anspruchsinhaber ist. Indirekt wurde damit auch klarge-

stellt, dass die behördliche Falschzahlung das Jobcenter nicht von der Pflicht entbindet, die Kosten der Unterkunft monatlich im Voraus zu erbringen (§ 42 Absatz 1 SGB II).“

5. Die belgische Regierung pfeift scheinbar auf gute Nachbarschaft. Die Atommeiler im Lande sind noch maroder als gedacht. Trotzdem wird die Abschaltung abgelehnt. Gebrauch wird der Strom nicht. Diese beiden Kernkraftwerke sind im EU-Verbund sofort entbehrlich. Wer verdient sich damit eine goldene Nase? Wer in Belgien will keine Energiewende? Und warum nicht? **Atomkraft**, nein danke!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Kreisch: In der SPD gibt jetzt Pippi-Andrea den Ton an („Spiegel-Online“)

Der fortschrittliche Stimmungsumschwung nimmt zu



Die Verhandlungen zur Bildung einer weiteren Großen Koalition sind in die Verlängerung gegangen. In den Medien wird so getan, als ob es wesentliche soziale Zugeständnisse gäbe, aber das sind allenfalls Trostpflästerchen. Vor allem geht es um einen weiteren Rechtsruck im Interesse der Monopole. Dazu gehören der massive Ausbau und eine weitere Fasisierung des Gewaltapparats durch 15.000 neue Stellen, auch im Verfassungsschutz. Es soll mehr

Kameraüberwachung und Datenspionage geben sowie eine Aberkennung des deutschen Passes bei Doppelpass-Inhaber(inne)n, wenn „Extremismusverdacht“ besteht. Das ist klar gegen Revolutionäre gerichtet!

Der Militäretat soll erhöht werden zur Verstärkung deutscher Truppen in Afghanistan und Mali und zur Beschaffung und zum Einsatz von Kampfdrohnen. Das Recht auf Familiennachzug wird abgeschafft bis auf maximal 1.000 ausgewählte Fälle im Monat, etwa wenn es sich um gut ausgebildete Spezialisten handelt, die in der Heimat eigentlich dringend benötigt würden. Das ist nichts ande-

res, als wenn Trump gegen „Shithole“-Länder hetzt und stattdessen gut ausgebildete Skandinavier willkommen heißen will.

Die „Trostpflasterchen“ sind dagegen mickrig. Neue Pflegekräfte wären ja gut, aber es sind zu wenige. Eine Erhöhung der „Grundrente“ von circa 800 (je nach Bundesland) auf etwa 880 Euro einschließlich Miete (und auch nur nach 35 Beitragsjahren) ist nichts anderes als ein „Hartz IV Plus“. Von den sechs Milliarden Euro für Bildung erhalten Ganztagschulen nur ein Drittel, der Rest geht in Digitalisierung, Forschungsprojekte und Breitbandausbau. Ob die SPD-Basis da zustimmt?

In den letzten Wochen hat sich der Wind gedreht. Nicht zuletzt die 1,5 Millionen streikenden Metaller und die über 100.000 Menschen, die in Deutschland gegen den türkischen Überfall auf Afrin demonstriert haben, zeigen, dass der fortschrittliche Stimmungsumschwung zunimmt, der Zuspruch für die Großkoalitionäre aber schwindet. In Afrin sind Zigtausende Kämpfer(innen) und Unterstützer(innen) aus ganz Rojava und Shengal über Kobanê und Manbic nach Afrin gelangt. Über 100.000 Menschen machten eine Kundgebung in Kobanê, in Afrin demonstrierten ebenfalls Hunderttausende.

Auch in Deutschland gingen am Wochenende Zehntausende auf die Straße, allein in Bremen waren es am Freitag circa 3.000. Es müssen aber noch viel mehr werden! Dieser Krieg ist keine Sache zwischen Türken und Kurden, die uns nichts angeht, sondern ein Angriff auf alle fortschrittlichen, friedliebenden Menschen, auf die Frauen, die Jugend, die Arbeiter weltweit. Trotz hoher technischer Überlegenheit haben die türkischen Invasoren Probleme. Die Volksbefreiungseinheit YPJ schoss Panzer ab, die Invasoren kommen kaum voran. Überall gibt es Widerstand, hinter jeder Hecke, jedem Baum, jedem Haus.

In der Türkei selbst streikten Metaller trotz des vom faschistischen Regime wegen des Krieges verhängten Streikverbots. Die Gewerkschaftsführung wollte den Streik aussetzen, aber die Kollegen streikten trotzdem – und siegten. Durchgesetzt wurden eine Lohnerhöhung von knapp 25 Prozent, Betriebszulagen und Sonderurlaub. Suat Corlu, Ehemann der Journalistin Mesale Tolu aus Ulm, die selbst sieben Monate lang in Haft war, ist nach einem Hungerstreik wieder frei – ein Erfolg der internationalen Solidarität! Ein der Regierungspartei AKP nahe stehender Verband ruft nun dazu auf, aus der IG Metall auszutreten, weil die kurdische „Linken“-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen auf einer Streikversammlung gesprochen hat. Die AKP ist eben nichts anderes als das Sprachrohr der türkischen Kapitalisten und keinesfalls der einfachen Leute, der Arbeiter oder Bauern.

Bei der Metall-Tarifrunde in Deutschland beteiligten sich Hunderttausende am 24-Stunden-Streik, allein in Bremen 13.000 bei Daimler und Tausende bei Airbus, Gestra sowie weiteren Betrieben. Siemens-Chef Kaeser rückt nach massiven Protesten von der geplanten Schließung des Gasturbinenwerks in Görlitz mit 800 Beschäftigten ab. Er wollte dafür ein neues Gasturbinenwerk in den USA errichten, um Trumps Steuerpolitik und das Fracking auszunutzen. AfD-Faschisten leiten jetzt drei Bundestagsausschüsse. Sie wurden mit Mehrheit der Abgeord-

neten gewählt, weil das „demokratisch“ sei. Schleichend wird es zum Normalfall, dass Faschisten solche Posten bekommen. Wehret den Anfängen! AfD raus aus den Parlamenten!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kommentierung gegen Kapitalinteressen: Pressekonzerneigner feuert
Chefredakteur und entschuldigt sich beim „Mann mit den Haaren im Gesicht“
(„*Spiegel-Online*“)

Koalitionsbildung der Pöstchen wegen: „Ich bin gern Außenminister“ („*N-TV*“)

„Der perfekte Mord“: Wertschätzung guter Arbeit ist der respektlosen SPD-
Führung herzlich egal („*Handelsblatt*“)

„Nur noch Entsetzen“: 48 Stunden nach „GroKo“-Zustimmung ihrer Füh-
rung ist die SPD ein rauchender Trümmerhaufen („*Spiegel-Online*“)

„Er hat in ihrem Sinne Sigmar Gabriel abserviert“: „Andrea und Olaf könnten
meinem Bruder dankbar sein“ („*Die Welt*“)

Palastputsch: Schon am Dienstag wird Pippi-Andrea dem staunen-
den SPD-Parteivolk als neue Führerin präsentiert („*Spiegel-Online*“)

Und wenn Pippi-Andrea zur Kanzlerinnenwahl antritt: Dann krie-
gen wir doch noch eine Minderheitsregierung („*Der Freitag*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

651. Bremer Montagsdemo am 12. 02. 2018

Die Große Koalition rückt auch in der Umweltpolitik immer weiter nach rechts



Die Klimaziele für 2020, die sowieso schon völlig unzureichend waren, werden jetzt von der Großen Koalition vollständig einkassiert. Der Klimaschutz wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, ganz im Interesse des internationalen Finanzkapitals. Im neuen Koalitionsvertrag werden nur unverbindliche Lippenbekenntnisse vereinbart. Es gibt darin keinerlei Festlegungen zum Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor, aus der Verpestung durch Braun- und Steinkohle, aus der Vergiftung

durch Glyphosat und aus anderen Umweltverbrechen.

Stattdessen wird die Flugsteuer abgeschafft und das klimaschädliche Fliegen noch attraktiver gemacht. Stattdessen werden Tierschützer noch massiver bestraft, wenn sie Ställe betreten, um Missstände der Massentierhaltung zu dokumentieren und anzuzeigen. Einmal mehr zeigt sich, dass wir der Regierung nicht trauen können, weil sie bei allen großen Versprechen niemals die Hauptverursacher in Konzernen und Banken zur Rechenschaft ziehen wird. Sie ist selber beteiligt und tief verstrickt. Die Koalitionsvereinbarung lässt die Regierung weiter nach rechts rücken, ganz in Eintracht mit Trump und Konsorten.

Die Menschheit wird weiter an die globale Umweltkatastrophe herangeführt, wenn wir dem nichts entgegensetzen. Aber es wächst das Potenzial unter den Menschen, die sich angesichts der Entwicklungen herausgefordert fühlen und aktiv werden. In Bremen und Niedersachsen belebt sich der Widerstand gegen das umweltzerstörende Fracking. Jetzt entsteht eine neue Gefahr für unser Trinkwasser, das zu über 80 Prozent aus dem niedersächsischen Umland kommt. Allein das Wasserschutzgebiet Panzenberg bei Verden steuert 13 Prozent bei. In diesem Gebiet will DEA eine weitere Erdgasförderbohrung vornehmen.

Sechs Bürgerinitiativen, die sich seit Jahren gegen Fracking engagieren, erklären in ihrer Pressemitteilung: „DEA beweist mit der im Wasserschutzgebiet ge-

planten Bohrung, dass sie ihre Geschäftsinteressen über die Interessen des größten Teils der Bevölkerung stellt und in Kauf nimmt, die Trinkwasserversorgung vieler Hunderttausend Menschen zu gefährden.“ Die „Umweltgewerkschaft“ beteiligt sich am Widerstand zur Verhinderung der neuen Bohrung und fordert das Verbot des extrem umweltschädlichen Fracking.

Die „Umweltgewerkschaft“ hat in Bremen und „umzu“ eine **Unterschriften-sammlung** initiiert: „**Fracking verbieten!** Gasbohrungen in Wasserschutzgebieten verhindern!“ Macht mit, informiert euch und andere, sammelt mit uns Unterschriften und werdet Mitglied! Wir laden euch herzlich ein zum nächsten **Treffen** der Regionalgruppe am **Sonntag, dem 25. Februar 2018, um 15 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion, Kornstraße 31**. Dort werden wir über die aktuelle **Umweltpolitik** diskutieren, Konsequenzen ziehen und die nächsten Aktivitäten beraten, darunter den gemeinsamen **Fukushima-Gedenktag am 12. März 2018** auf der Bremer Montagsdemo.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Bätschi, Frau Beinahles: Der Übergangsseeheimer auf dem Parteivorsitz heißt Scholz („Die Zeit“)

Erbärmliches Pöstchengeschacher



Zum Rosenmontag sind die Narren los, wenn man so die SPD anguckt. Oder ist da etwa schon Aschermittwoch? Ein erbärmliches Pöstchengeschacher: Erst wird Gabriel als Noch-Außenminister zerlegt, dann kommt Schulz dran, und am Ende will Nahles, wenn sie allen „in die Fresse“ gehauen hat, mit dem Scholzomaten jubilierten. Nicht dass ich Schulz und Gabriel den Absturz nicht gönnen würde, vertreten sie doch allesamt die Interessen der Monopole einschließlich der Rüstungsindustrie und unterstützen das faschistische Erdogan-Regimes und seinen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afrin in Nordsyrien.

Es zeigt, dass wir von einem solchen System und seinen Parteien nichts Gutes zu erwarten haben, denn es ist korrupt, hinterhältig, verlogen. Daran wird ein Mitgliederentscheid der SPD nichts ändern, obwohl ich natürlich jedem SPDler rate, mit „Nein“ zu stimmen, aber auch dann ist von dieser Partei nichts im Sinne der Arbeiter und Arbeitslosen zu erwarten. Die Alternative ist, sich selbst zu organisieren im **Widerstand**. Dazu gehören die Montagsdemo und das „**Internationalistische Bündnis**“, zu dessen **Treffen am Freitag, dem 23. Februar 2018, um 18:30 Uhr** im „**Freizeitheit Buntentor**“, Geschwornenweg 11a, ich euch herzlich einlade!

Das Ergebnis der Verhandlungen zur Bildung einer dritten Großen Koalition ist ein weiterer Rechtsruck durch Aushebelung des Asylrechts mittels Abschiebezentren und einer Obergrenze von 180 bis 220 Tausend Menschen sowie durch massive Ausdehnung des Gewaltapparats und neue Programme vor allem gegen „Linksextremismus“. Mit Seehofer als Innen- und „Heimat“-Minister ist die Richtung vorgegeben. Er sagt, wäre er schon 2016 Innenminister gewesen, hätte er die Grenze „dichtgemacht“. Dass er die Polizei beim „G20“-Gipfel noch viel brutaler hätte zuschlagen lassen, ist auch klar.

Die angebliche Wiederherstellung der Parität bei der Krankenversicherung ist ein Beschiss, denn die private Zuzahlung bei Medikamenten soll bleiben, ebenso der Wegfall des Buß- und Bettags, der den Unternehmern zur Finanzierung der Krankenversicherung zugeschanzt worden war, damit sie einen Feiertag weniger bezahlen müssen.

Die Türkei bombardiert Afrin aus der Luft, nachdem ihre Streitkräfte am Boden kaum vorankommen. Es wurden Hubschrauber sowie mehrere Panzer abgeschossen. Die weltweite Solidarität mit Afrin wächst. – Der Schrottmeiler Tihange in Belgien hat Tausende Haarrisse im Reaktor. Zwischen 2013 und 2015 gab es acht schwere Störfälle mit Potential eines Super-GAU. Brennstäbe für den Meiler kommen aus Lingen. Die dortige Atomanlage ist nicht von Atomausstieg betroffen. Deswegen: Alle Atomanlagen abschalten, nicht nur die Kernkraftwerke – sofort, weltweit, für alle Zeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

652. Bremer Montagsdemo am 19. 02. 2018

Gier der Superreichen sprengt Rahmenbedingungen unserer Demokratie



1. Die geschrumpfte **Große Koalition** hat alle Änderungen, Planungen und Ziele unter den Vorbehalt der Finanzierung gestellt. Martin Schulz hat nach den Verhandlungen noch einmal gesagt: „Wir wollen keine Steuern erhöhen. Wir wollen die ‚Schwarze Null‘ behalten!“ Dies ist die Überschrift über die Ergebnisse der Verhandlungen. Damit ist klar: Es werden weitere vier verlorene Jahre ohne die

Begrenzung des sprunghaft steigenden Vermögens der Superreichen. Bezahlt wird die mit weiteren Kürzungen bei den Ärmsten! Allerdings hat sich Angela Merkel per ZDF zu Wort gemeldet: Sie stehe auch für eine Minderheitsregierung zur Verfügung.

Gesucht wird eine Partei, die den Mut hat und bereit ist, die wirtschaftsliberale Doktrin des „Mont-Pèlerin“-Netzwerks zu durchbrechen! 1947 wurde es gegründet, aber seit den Neunzigern wird die Raffsucht grenzenlos: keine Vermögensteuer, keine Erbschaftsteuer, alle Steuern so gering wie möglich. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht! Die SPD kann hier Gestaltungshoheit gewinnen, allerdings nur ohne die Fesselung des Schrumpf-„GroKo“-Vertrags.

Bereits bei der noch laufenden Großen Koalition sind fest vereinbarte Veränderungen nicht umgesetzt worden. Selbst Änderungen, die den Haushalt nicht belastet hätten, wurden von der CDU/CSU verhindert. Die Darlehn und Zinsgarantien für die Versicherungen wurden dagegen auf den letzten Metern durchgepeitscht – Autobahn ade? Darüber streiten sich die Gelehrten. Die Versicherungen haben jedenfalls eine riesige Anlagemöglichkeit für Autobahnbau oder -erneuerung mit garantierter dreiprozentiger Verzinsung.

Im sozialen Bereich wird sich nichts verändern, die Agenda-2010-Politik wird von den Sozialdemokraten nahtlos weitergeführt. Die „Schwarze Null“ ist eine Fälschung, da längst nicht alle Verpflichtungen berücksichtigt wurden. Weil vieles

davon unwiederbringliche Verluste und Chancen sind, ist es in Wirklichkeit eine „Blutige Null“. Es fehlen die Visionen, selbst ein Plan für sich abzeichnende Veränderungen ist nicht vorhanden.

Weiterwursteln und nur reagieren – dafür ist die Zeit zu kostbar! Die Gier der Superreichen sprengt die Rahmenbedingungen unserer Demokratie. Dies muss und kann schnellstens geändert werden! Die verabredeten Änderungen gegenüber den Neubürgern ist mit christlichen Werten unvereinbar.

Die SPD darf den Finanzminister stellen. Viel Jubel – aber wie sieht der Inhalt aus? Behält der SPD-Finanzminister alle Befugnisse? Für einen FDP-Finanzminister waren Kompetenzbeschneidungen geplant: In Brüssel oder anderswo sollte er nur unter Vorbehalt agieren, Zusagen und Ablehnungen nur mit Rücksprache bei „Mutti“ tätigen. Wenn die SPD-Basis mit Nein abstimmt, ist dies ein Befreiungsschlag zur Stabilisierung der SPD. Dies ist langfristig auch gut für Deutschland und natürlich Europa.

Eine Minderheitsregierung ist ungewohnt. Jedes Gesetz wird der Bundestag genau prüfen und auch selbst Gesetze einbringen. Die Debatten werden hoffentlich lebhaft, schon durch den Wegfall der Fraktionsbindung. Der Wähler wird so das Wirken der Abgeordneten gut beurteilen können. Die Politikverdrossenheit ist so zu überwinden. Nebenbei ist die AfD nicht mehr größte Oppositionspartei. Aus der „Blutigen Null“ muss erstmals eine „Schwarze Null“ werden!

2. Ein Vorgeschmack auf die Leistungen der eventuellen Schrumpf-Großkoalition? Sozialrechtler Harald Thomé informiert über das neue Polizeigesetz in Bayern: „Bayerische Regierung plant massiven Verfassungsbruch“. Das sogenannte **Polizeiaufgabengesetz** sei kein neues Gesetz aus Ankara, sondern aus dem Land des zukünftigen „Heimat- und Innenministers“ Seehofer: „Das Innenministerium möchte die bayerische Polizei möglichst schnell und umfassend mit geheimdienstlichen Befugnissen aufrüsten. Mit dem neuen PAG schafft die CSU eine Polizeibehörde, deren Vollmachten einzigartig in Deutschland sind. Nie hat es in Deutschland seit 1945 eine Polizei mit so weitreichenden Rechten gegeben, in die Grundrechte der Menschen einzugreifen. Und alles, ohne dass eine Straftat geschehen wäre, auf bloßen Verdacht hin. Das PAG Bayern dürfte die Hausordnung des neuen CSU-Heimatschutz-Innenministeriums werden. Der Streit um demokratische Rechte und Widerstand ist nötig!“

Die Neubürger werden in Bayern nicht nur weggesperrt – Hilfe ist sogar strafbar! Bayern verschärft seinen Flüchtlingskurs mit dem Verbot der Beratung von Flüchtlingen. Abgeschottete geschlossene „Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungszentren“ wie in Bayern werden nun auch im Koalitionsvertrag gefordert.

3. Harald Thomé kommentiert: „Das Sozialgericht Speyer macht in Anschluss an den abgelehnten Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht des Sozialgerichts Mainz das Fass von einer anderen Seite auf und hält die Begrenzung

der **Kosten der Unterkunft** auf angemessene Werte nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 SGB II für verfassungswidrig. Das Sozialgericht entscheidet selber, damit der Vorgang nicht aus formalen Gründen vom Bundesverfassungsgericht wieder abgelehnt werden kann.

Das Sozialgericht Speyer bestimmt ferner: Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft bei Mehrpersonenhaushalten sind den Personen als Bedarf zuzuordnen, die die Aufwendungen tatsächlich haben. Dies sind im Regelfall diejenigen, die den Mietvertrag geschlossen haben. Für eine Aufteilung nach Kopfteilen besteht keine Rechtsgrundlage. ‚Beck Aktuell‘ erwähnt sogleich eine ‚möglicherweise verheerende Signalwirkung, die von Entscheidungen ausgeht, die den Hilfebedürftigen einen Anspruch auf Unterkunftskosten in tatsächlicher Höhe – unabhängig von der Höhe – zuerkennen‘.

Mehrere Hundert Millionen Euro werden jedes Jahr im SGB II und SGB XII nicht als Unterkunftskosten anerkannt. Die verfehlte Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung tut ihren Teil dazu, dass die Probleme nicht gelöst werden. Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird eingeführt, dann werden Kindergärten gebaut. Keiner kommt aber auf die Idee, einen Rechtsanspruch auf Unterkunft einzuführen oder zumindest auf Übernahme der vollen tatsächlichen Mietkosten.

Millionen an Wohnungen fehlen. Das bedeutet aber nicht, es wird ein ‚Sofortprogramm sozialer Wohnungsbau‘ aufgelegt, damit in ein, zwei Jahren der Markt entlastet werden kann. Stattdessen müssen immer mehr Menschen aus ihren ‚gerade noch verfassungskonformen‘ Regelbedarfen zur Miete zuzahlen, 50 bis 100 Euro im Monat sind in den Ballungsgebieten keine Seltenheit, oder sie finden keine Wohnung mehr und werden obdachlos. Diese verantwortungslose Politik führt wesentlich zur Spaltung in der Gesellschaft und ist der Nährboden für das Aufkommen von rassistischen Bewegungen und Parteien.

Daher ist der Beschluss des Sozialgerichts Speyer so wichtig, weil er klar sagt, dass die tatsächlichen Unterkunftskosten zu übernehmen sind. Alles andere ist nicht verfassungskonform. Damit stellt er diese Verhältnisse ganz praktisch in Frage und sucht auf dem juristischen Weg nach Lösungen. Dies in dem Wissen, dass die Richter(innen) sich mit solchen Entscheidungen keine Karrieren in der Justiz aufbauen.“

Die Nichtaufteilung der Mietbelastung auf die Köpfe der Familie bedeutet auch, dass die Kinder nicht mit anteiligen Mietkosten belastet werden. Somit dürfte den Kindergeldzahlungen kein anrechnungspflichtiger Aufwand für die Kosten der Unterkunft entgegenstehen.

Die fehlenden Wohnungen sowie die steigenden Mieten dürften jedem Menschen im Land bekannt sein, auch den Verantwortlichen der Kreisverwaltungen. Trotzdem gibt es Pläne des Landkreistages, die Erstattungen für die Kosten der Unterkunft neuen Beschränkungen zu unterwerfen. Laut Professor Stefan Sell wurden im Jahr 2016 bundesweit 594 Millionen Euro Wohnkosten nicht von den Jobcentern übernommen. Absolut nicht akzeptabel ist die Forderung des Land-

kreistages, dass die Angemessenheitswerte „zu einem Großteil aus Bestandsdaten der Jobcenter und Sozialämter“ genommen werden.

Studenten sollen mit 250 Euro Miete auskommen – sollen sie notfalls hungern? Sozialrechtler Harald Thomé nennt die Möglichkeit der Gegenwehr: „Durch das 9. SGB-II-Änderungsgesetz im August 2016 wurden einer Reihe von Auszubildenden durch die Rückausnahme im § 7 Absatz 6 Nummer 2 SGB II aufstockende SGB-II-Leistungen zuerkannt. Dieser Gruppe der nicht im Elternhaus wohnenden Studierenden wurde der Zugang ins aufstockende SGB II verwehrt. Fast alle anderen Auszubildenden erhalten bei unterdeckenden BAföG-Sätzen aufstockende SGB-II-Leistungen.

Vor diesem Hintergrund sollten Studierende, deren Geld nicht reicht, darüber nachdenken, trotzdem aufstockende SGB-II-Leistungen zu beantragen und in Pilotverfahren die Verfassungskonformität prüfen zu lassen oder als weitere Alternative die unterdeckten Kosten der Unterkunft als laufenden, unabweisbaren Bedarf nach § 21 Absatz 6 SGB II geltend zu machen (oder über § 73 SGB XII, der auch für Arbeitsfähige möglich ist).“ Natürlich wirkt auch hier die vorstehende Gerichtsentscheidung zur Miete.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Plant die Bundeswehr wieder einen Russlandfeldzug?



1. Die SPD ist in den Umfragen inzwischen auf 16 Prozent abgerutscht. Ich bin mir sicher: Das ist noch nicht das Ende der Talfahrt – denn an der Tatsache, dass die SPD, genau wie CDU oder FDP, einzig und allein die Interessen der Konzerninhaber vertritt, hat sich nichts geändert. Nach wie vor steht sie für die Agenda 2010, die mit den Hartz-Gesetzen die größte Massenverarmung, den europaweit größten Niedriglohnsektor und unbegrenzte Leih- und Zeitarbeit in Gang setzte. Die im **Koalitionsvertrag** vorgesehene Beschränkung der Zeitarbeit auf 18 Monate ist kein Fortschritt: Zeit- und Leiharbeit müssen ganz abge-

schaft werden! Die SPD will aber, wie natürlich auch CDU, CSU, FDP und Grüne, die „Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“ stärken – was nichts anderes heißt, als sich dem imperialistischen Streben nach Weltherrschaft zu unterwerfen, was bis hin zur Entfaltung von Kriegen führt.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie „sozial“ der Koalitionsvertrag ist: Den Zeitungsausträgerinnen und -austrägern soll die ohnehin schon mickrige zu erwartende Rente, meist unterhalb der Grundsicherung, weiter gekürzt werden. Originalton „GroKo“-Vertrag: „Zur Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Pressezeugnissen für alle Haushalte, in Stadt und Land gleichermaßen, wird bei Minijobs von Zeitungszustellerinnen und Zeitungszustellern der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu tragen haben, befristet für die Dauer von fünf Jahren, bis zum 31. Dezember 2022, von 15 auf fünf Prozent abgesenkt.“ Welche Fürsorglichkeit! Den Zeitungsausträgern macht es vielleicht tatsächlich nicht viel aus, haben doch die wenigsten mit einer Rente oberhalb der Armutsgrenze zu rechnen. Aber den Zeitungskonzernen wird mal eben ein Geschenk in Millionenhöhe gemacht.

Von der Bundesregierung wurde für fünf Städte ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr ins Spiel gebracht, um Klagen der EU-Kommission wegen Überschreitung der Schadstoffobergrenzen zuvorzukommen. Tolle Idee! Wir fordern schon lange den öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif, nicht nur in fünf Städten, sondern überall. Bezahlt werden könnte das ohne Weiteres von den Strafen, die von der Autoindustrie wegen ihrer Verstöße gegen das Kartellrecht zu leisten sind. Was sagen die Grünen dazu? „Nein, viel zu teuer!“ Stattdessen sollen die Autos umgerüstet werden, als ob das ein Gegensatz sei. Wer das bezahlen soll, dazu schweigen sich die Grünen aus. Für 1.500 bis 2.000 Euro könnte jeder Diesel-Pkw technisch so umgerüstet werden, dass der Stickoxidausstoß um 95 Prozent reduziert würde. Das soll die Autoindustrie bezahlen!

In Bremen fordern die Grünen zudem immer höhere Parkgebühren, um den Leuten die Lust am Autofahren auszutreiben. Immer von oben herab, immer mit erhobenem Zeigefinger: Statt die großindustriellen Verursacher anzugreifen, werden die einfachen Leute angegriffen, und statt öffentlichen Nahverkehr kostenfrei zu machen – was vor allem auch für Leute, die auf ALG II angewiesen sind, ganz wichtig wäre –, wird die reiche Grünen-Klientel bedient und dabei versucht, das Mäntelchen grün zu halten.

2. Bei der Sicherheitskonferenz in München, die am Sonntag zu Ende ging, waren 680 Vertreter aus Politik, Militär und Konzernen anwesend. Ministerin von der Leyen sagte bei der Eröffnung, Europa solle „militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen“. Wie schon Trump fordert sie die Erhöhung der Militärausgaben von 1,2 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das entspricht einer jährlichen Erhöhung um 27,7 Milliarden Euro! Das Ganze ist Teil der Kriegsvorbereitungen.

Gleichzeitig wird gejammert, die **Bundeswehr** sei so schlecht ausgerüstet, nicht mal genügend Winterkleidung sei vorhanden. Das ist natürlich schlecht: Schon die Wehrmacht blieb 1941 im Winter vor Moskau stecken, natürlich vor allem wegen des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und des Sowjetvolkes, aber eben auch wegen der Kälte. Plant die Bundeswehr wieder einen Russlandfeldzug? Wo sind die Klamotten geblieben? Vor ein paar Jahren war die Bundeswehr mit Wehrpflichtigen noch dreimal so groß. Wurde das alles weggeschmissen, oder soll das nur ein weiteres „Argument“ sein, die Militärausgaben zu erhöhen?

Weiter sagte von der Leyen auf der Münchener Sicherheitskonferenz: „Wenn wir den ‚Islamischen Staat‘ unter schwersten Kämpfen aus einer Stadt vertrieben haben, dann gewinnen wir die Herzen der Menschen nur, wenn auch Wasser, Elektrizität und auch Jobs schnellstmöglich wieder da sind.“ Den IS vertrieben? „Wir“? Das waren die Syrischen Demokratischen Kräfte, mit YPG und YPJ als Kern, und die stellen sich auch dem aggressiven, völkerrechtswidrigen Angriff auf Afrin in den Weg. Die Bundesregierung aber unterstützt Erdogan und bekämpft die Kurden, und das immer mehr.

Wir alle sind erleichtert, dass Deniz Yücel freigelassen wurde. Er war ein Jahr in Geiselhaft, davon ein Großteil in Isolation. Jetzt ist er frei. Herzlichen Glückwunsch an Deniz, an alle seine Freunde, seine Familie! Es sind aber immer noch 160 Journalisten in der Türkei eingesperrt. Mehrere wurden am selben Tag, an dem Deniz Yücel freigelassen wurde, zu lebenslanger Haft verurteilt. Hunderttausende Entlassene werden verfolgt und terrorisiert. Das ist ein faschistisches Terrorregime, mit unabhängiger Justiz hat das nicht zu tun!

Deniz selbst sagt, er sei eine politische Geisel gewesen. Er weiß nicht, warum er verhaftet wurde, und er weiß nicht, warum er nach einem Jahr jetzt freigelassen wurde. Er selbst hat immer einen „schmutzigen Deal“ abgelehnt. Erdogan hatte getönt: „Solange ich Präsident bin, kommt Yücel nicht mehr aus dem Gefängnis – es sei denn, es gibt eine Gegenleistung“. Was war der „Deal“? Die „Tagesschau“ meldete, dass drei Tage nach Besuch des türkischen Außenministers Cavusoglu bei Gabriel, wo dieser ihm symbolträchtig Tee servierte, eine türkische Industriedelegation bei Rheinmetall in Düsseldorf war und ein Vertrag über Panzernachrüstung unterzeichnet wurde. Rheinmetall plant außerdem eine Panzerfabrik in Türkei.

In Köln wurden Demonstrationen gegen den Krieg in Afrin, angemeldet von „Nav-Dem“, dem „Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurd(inn)en in Deutschland“, verboten – und „Nav-Dem“ (in Bremen „Birati“) als PKK-Organisation bezeichnet. Schluss mit der deutschen Unterstützung für den Krieg der Türkei gegen Afrin in Nordsyrien! Schluss mit der Kriminalisierung des kurdischen und palästinensischen Freiheitskampfes! Weltweit steigt die Kriegsgefahr. Hauptkriegstreiber sind momentan die USA. Aber wir müssen gegen alle imperialistischen Einmischungen vorgehen – und nicht auf einem Auge blind sein, wie

es in Teilen der alten Friedensbewegung der Fall ist, wenn sie Russland oder China „Friedensliebe“ andichten.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

653. Bremer Montagsdemo

am 26. 02. 2018

Aus Angst in die Große Koalition?



1. Die Befürworter der geschrumpften **Großen Koalition** argumentieren zur Gewinnung der Zustimmung nicht inhaltlich. Stattdessen wird Angst erzeugt. Die Argumente werden gedreht und gewendet, bis die Genossin das Gefühl hat: Nur in der „GroKo“ kann die SPD überleben. Diese Taktik wurde auch bei der Zustimmungsgewinnung für den Brexit angewandt. Inzwischen ist dort Ernüchterung eingetreten,

denn die Tatsachen sind andere. Unterstützt wird dieser Druck auf Zustimmung auch durch einleitende Bemerkungen zu Nachrichten in der Art, Deutschland müsse „endlich wieder regierbar“ sein.

Dass Regieren auch per Minderheit geht, kommt eigentlich nicht vor. Dass die AfD bei einer Minderheitsregierung ihren Status als größte Oppositionspartei verliere, auch nicht. Angst ist ein schlechter Ratgeber und ein schlechter Verbündeter! Ich drücke der SPD die Daumen. In der geschrumpften „GroKo“ sind alle Punkte des Koalitionsvertrags nicht nur an die Finanzierung gebunden. Die SPD ist dann auch abhängig von der Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin! Dann müsst ihr immer erst die „Mutti“ fragen, siehe auch die vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen.

2. „Mutti“ hat entschieden: Die NSA spioniert uns nicht aus. Das Verfahren wurde eingestellt. Es haben sich keine Beweise gefunden. Die Bundeskanzlerin ist gegenüber der Staatsanwaltschaft weisungsberechtigt. Edward Snowden hat uns allen die Augen geöffnet und nicht nur die Spionage bewiesen. Ungeahnt waren auch die Volumina. An jeder „Datenautobahn“ oder „Datenkreuzung“ wird abgekupfert: Sämtliche Inhalte werden kopiert, archiviert und aufbereitet, in Deutschland mit Hilfe der **Geheimdienste**. Diese unterstehen ebenfalls „Mutti“. Die Bundeskanzlerin hat somit auch hier gegen besseres Wissen gehandelt!

„Mutti“ hat auch die Unternehmen und die Menschen in Deutschland bisher nicht darüber informiert, dass jede Telefonanlage mit Nebenstelle einen Hintereingang hat. Abhören und Mithören ist ohne Nebenwirkungen möglich. Der Betreiber der Telefonanlage weiß und merkt es nicht. Es steht nicht im Leistungskatalog

des Anbieters. Der Schlüssel für die Hintertür ergibt sich aus dem Typ der Telefonanlage. Die Hintereingänge von Windows waren dem US-Geheimdienst schon lange bekannt. Dieses Wissen wurde anders als gedacht genutzt, die Anwender mussten es ausbaden.

Der Journalist und Dokumentarfilmer Harald Schumann hat in monatelangen Recherchen für „Die Story im Ersten“ die fatale Abhängigkeit deutscher Behörden vom US-Konzern Microsoft beleuchtet. Die Sicherheit der Bundesbürger werde dadurch gefährdet. Es sei ein „Unding“, was die IT-Verantwortlichen deutscher Behörden machten. Schumann appelliert, möglichst schnell auf quelloffene Software umzusteigen.“

Die Versorgungsbetriebe weltweit werden von der NSA mit Schläfern bestückt. Die Vorgabe der US-Regierung ist die Unterwanderung aller Versorgungssysteme für Wasser, Strom, Gas, Telefon, Information – überhaupt alles, was das moderne Leben ermöglicht. Diese Zielvorgabe hat Edward Snowden offengelegt, ebenso die Zielerfüllung: In Deutschland waren bereits damals rund 50 Prozent aller Versorgungsbetriebe unterwandert. Im neuen Koalitionsvertrag steht dazu nichts Konkretes. In der EU sieht es nicht anders aus. Die Unterwanderung erfolgt weltweit. Die USA unterhöhlen damit die freundschaftlichen Beziehungen zu ihren Partnern.

3. Bei der Veranstaltung „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ stellt die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ einen Lösungsansatz von Andrej Holm vor: „Die Studie ‚Neue Wohnungsgemeinnützigkeit‘ soll zeigen, dass das Prinzip der Gemeinnützigkeit einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung mit bezahlbarem **Wohnraum** leisten kann. Auf der Basis von einkommensabhängigen Miethöhen soll es eine dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindung geben sowie eine Zweckbindung der erwirtschafteten Überschüsse an die Ziele der ‚Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit‘.“

„Das ist das, was wir uns schon immer wünschen“, sagte Joachim Barloschky vom „Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“ laut „Weser-Kurier“ in der anschließenden Diskussion. Die Umsetzung müsse jedoch schnell erfolgen: „Ich meine, dass wir uns alle dafür und für eine neue Bodenpolitik einsetzen sollten.“ Dafür wirbt auch Ingo Tebje von Verdi. Er sieht die Handlungsmöglichkeiten der Stadt schwinden, wenn weiterhin öffentlicher Grund verkauft wird.“

In der Diskussion war schnell klar: Gerade Bremen verkauft möglichst viel und möglichst teuer. Bereits bei der Planung werden die geplanten Erlöse verbraten, so auch die Abfindung für den Golfclub. Die Coca-Cola- und Kennecke-Grundstücke in Hemelingen hat die Stadt nicht gekauft. Der Beirat Hemelingen hat so wenig Gestaltungsraum. Bei Kellogg's, Rennbahn und Krankenhaus Sankt-Jürgen-Straße ginge noch was. Wie wenig das Menschenrecht auf Wohnen geachtet wird, ergibt sich aus der Kampagne „Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ von „Diakonie“ und „Caritas“:

„Als Menschenrecht ist Wohnen im ‚Sozialpakt der Vereinten Nationen‘ über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ebenso verankert wie in der Euro-

päischen Sozialcharta. Das Grundgesetz der Bundesrepublik sichert die materiellen Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Menschenrechts zu: durch das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip. Dass dieses Recht auf Wohnen für alle Menschen eingelöst wird, ist dennoch nicht selbstverständlich. In vielen Regionen Deutschlands mangelt es an bezahlbarem Wohnraum. Beratungsstellen der ‚Caritas‘ erfahren zunehmend davon, dass Menschen der Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnraum erschwert oder verwehrt wurde.“

4. „BGH stärkt Verbraucherrechte“ im „Streit um hohe **Energierrechnungen**“, titelt der „Weser-Kurier“. Der Bundesgerichtshof hat den Energieversorgern die Beweislast auferlegt. Sie können sich nicht mehr allein auf den Verbrauch gemäß Zähler berufen, sondern müssen auch die Möglichkeit des Energieverbrauchs bewerten. Ein Ehepaar soll rund 32.000 Kilowattstunden in einem Jahr verbraucht haben und rund 9.000 Euro dafür zahlen. Das wäre der zehnfache Verbrauch der Vorjahre. Hier bestehe „die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers“, der nach Paragraf 17 der Stromgrundversorgungsverordnung zur Zahlungsverweigerung berechtige. Der Energielieferant muss den Bezug beweisen. Beweisangebote wurden nicht gestellt. Das Urteil der Vorinstanz wurde bestätigt. Die Eheleute müssen nicht zahlen.

In einem anderen Fall sollen Mieter mit einem Wohnflächenanteil von unter 13 Prozent mehr als die Hälfte der Heizkosten des ganzen Hauses verbraucht haben. Die Nachforderung von über 5.000 Euro für zwei Jahre wurde nicht ausreichend belegt. Den Mietern wurde keine Einsicht in die Abrechnungsunterlagen gegeben. Das Gericht hob das Urteil auf und wies die Klage als derzeit unbegründet ab.

Dies sind zwei ungewöhnliche Urteile. Die dort entwickelten Lösungsansätze sind sicher auch auf andere Unklarheiten anwendbar. In Bremen hat eine Wohnungsbaugesellschaft lange leer stehende Wohnungen neu vermietet. Die Heizung ist alt, teilweise nicht regulierbar. Das hat die Wohnungsbaugesellschaft nicht davon abgehalten, die augenscheinlich überhöhten Heizkosten den Mietern in Rechnung zu stellen. Unter Berücksichtigung des vorstehenden BGH-Urteils ist dieses Geld rückholbar oder die Zahlung zu verweigern.

Hier noch ein Urteil zugunsten des Energieversorgers: Eine Nachforderung ist auch nach zwei Jahren zulässig. Die Zeitschrift „Test“ berichtet: „Die alte Rechnung war nachweislich falsch, die neue entsprach dem tatsächlichen Verbrauch. Trotzdem sah der frühere Kunde nicht ein, das Geld zu zahlen. Er habe auf die Schlussabrechnung vertraut. Nach mehr als zwei Jahren Untätigkeit habe das Unternehmen das Recht auf Nachforderung verwirkt. Die Richter sahen das anders. Eine Schlussabrechnung sei keine endgültige Abrechnung, die auch dann gelte, wenn sie sich nachträglich als fehlerhaft erweise. Innerhalb der dreijährigen Verjährungsfrist müsse jeder Schuldner noch mit einer Nachforderung rechnen, so das Amtsgericht München (Aktenzeichen 264 C 3597/17).“ – Eine Energierechnung hat eigentlich eine Frist zur Beanstandung von sechs Wochen. Wer

diese Frist hat verstreichen lassen, kann beim Vertragspartner unter Berufung auf diese Gerichtsentscheidung sein Glück versuchen.

5. Das Jobcenter haftet für seine Fehler, somit auch für eine falsche Mietüberweisung und deren Folgen, gemäß Urteil des Bundesgerichtshofs (Aktenzeichen VIII ZR 39/17) vom 31. Januar 2018, siehe 650. Bremer Montagsdemonstration (Punkt 4). „Wann Mietern die fristlose Kündigung droht“, war nun die Überschrift im „Weser-Kurier“ vom 13. Februar 2018 auf Seite 22: „Die persönlichen Gründe für den **Zahlungsverzug** sind für die Kündigung unbedeutend. Selbst wenn ein Dritter, zum Beispiel das Jobcenter, für die Überweisung der Miete verantwortlich ist und die Miete wiederholt unpünktlich überwiesen hat, darf der Vermieter das Mietverhältnis beenden.“

Der Mieter sollte seine persönliche Reaktionseinschränkung durch das Jobcenter schildern. Es ist ein Dienstleister, den er sich nicht aussuchen kann. Das Amtsgericht in Bremen kennt diese Zwangslage und hat dies bereits mehrmals berücksichtigt. Das Landgericht Berlin hat vor der Entscheidung des BGH anders geurteilt, so der „Weser-Kurier“ im Beitrag „Jobcenter zahlt an den Falschen – Kündigung ist rechters“. Wenn das Urteil des Landgerichts Bestand hat, hat der Mieter einen höheren Schadenersatzanspruch gegen das Jobcenter.

Bereits die drohende Kündigung hätte das Jobcenter unterstützend vermeiden müssen. Das Jobcenter muss alles versuchen, damit der leistungsberechtigte Mieter in seiner Wohnung bleiben kann! Wichtig ist, dass das Jobcenter dies auch umgehend erfährt. Zum Schadenersatz bitte auch die Seite zur 644. Bremer Montagsdemonstration lesen, warum der Erhalt der bisherigen Wohnung die Anstrengung verdient (aus Sicht des Gerichts) und dass die Unterstützung des Jobcenters deshalb früh einsetzen muss.

6. „Joblos mit voller Rente“ lautet eine irritierende Überschrift in der Zeitschrift „Test“: „Wer so krank ist, dass er täglich nur zwischen drei und weniger als sechs Stunden arbeiten kann, bekommt eigentlich eine **Teil-Erwerbsminderungsrente**. Doch rund 24.500 Menschen in dieser Situation erhielten 2016 eine volle Erwerbsminderungsrente, denn sie haben keinen geeigneten Teilzeitarbeitsplatz gefunden. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung sind solche Teilzeitarbeitsplätze rar. Dann prüft sie in jedem Einzelfall, ob eine volle Erwerbsminderungsrente gezahlt wird. Sie beträgt im Schnitt 776 Euro im Monat.“ –

Werden SGB-II-Leistungen, auch größere Beträge, für zurückliegende Zeiträume nachgezahlt, sind bei der Bemessung des pfändungsfreien Betrages gemäß § 850k Absatz 4 ZPO die nachgezahlten Beträge den Leistungszeiträumen zuzurechnen, für die sie gezahlt werden (Bundesgerichtshof, Beschluss vom 24. Januar 2018, Aktenzeichen VII ZB 27/17). Eine Pfändung würde dem Zweck von SGB-II-Leistungen auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zuwider laufen. –

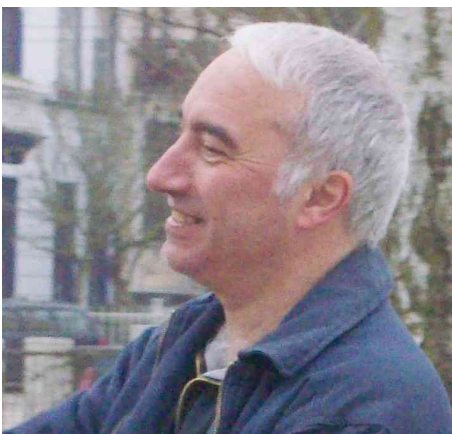
„Immer mehr Singles von Armut bedroht“, „Anteil steigt auf knapp 33 Prozent“, stand im „Weser-Kurier“ am 14. Februar 2018 auf Seite 4. Im Netz hat der Artikel die Überschrift „Immer mehr Einsame von Armut bedroht“. Beschrieben wird, wie sich Armut anfühlt, weitgehend unbemerkt von der Gesellschaft. –

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Mit 52 Jahren: „Mein arbeitsloser Vater hat sich totgehartzt!“ („Huffington Post“)

Fahrverbote und kostenloser Nahverkehr



Diese Woche verkünden die Richter des Bundesverwaltungsgerichts ihr Urteil über Fahrverbote bei hoher Schadstoffbelastung der Luft in deutschen Städten. Das Reizwort vom Fahrverbot lässt die Autokonzerne und die Regierenden aufheulen. Sie würden lieber weiter vertuschen, dass die giftige Atemluft eine tägliche Bedrohung vor allem für Kinder und Kranke darstellt. Inzwischen kippt die Tonlage ins Hysterische, weil angeblich Enteignungen drohen. Aktive der „Deutschen Umwelthilfe“ werden als „Nervensägen“ und „Dieselhasser“ beschimpft. Dabei tut die „Deutsche Umwelthilfe“, was bei verantwortlicher Regierungsführung überflüssig wäre: die Politik per Gericht zu zwingen, sich an die eigenen Gesetze zu halten.

Die viel zu hohe Belastung der Luft mit Stickoxiden ist seit Jahren bekannt, und ihre Verursacher stehen fest: Es sind vor allem die Autokonzerne, die Abgasnormen nicht einhalten und darüber ihre Kunden böswillig getäuscht haben. Bis heute bringen sie Autos auf die Straßen, die die Grenzwerte weit überschreiten. Obwohl die Unternehmen so viele Milliarden Gewinn einstreichen wie noch nie, weigern sich VW, Daimler und Konsorten beharrlich, durch einfachen Einbau von Katalysatoren die Autos in einen ungefährlicheren Zustand zu versetzen. Der größte Skandal dabei ist, dass die deutsche Regierung unter der Schutzheiligen

der Autoindustrie, Frau Merkel, zulässt, dass Autokonzerne die Gesetze brechen, ihre Kunden betrügen und unsere Gesundheit ruinieren.

In Brüssel droht die EU-Kommission der Bundesregierung mit einer Klage, weil sie keine wirksamen Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung in deutschen Städten vorgenommen hat. In vielen Städten kämpfen Betroffene seit Jahren gegen die Luftverschmutzung. Dabei hat die Forderung nach einem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr immer mehr Verbreitung gefunden. In einem Brief an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella kündigen Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) die Erprobung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs an. Die Erprobung soll zunächst in fünf Städten durchgeführt werden, und zwar in Bonn, Essen, Herrenberg, Reutlingen und Mannheim. Das mag vielleicht dazu reichen, eine Klage aus Brüssel zu umgehen. Der Schutz der Gesundheit und des Lebens erfordert aber Sofortmaßnahmen, oder will die Bundesregierung den frühzeitigen Tod Zehntausender Menschen während jahrelanger Erprobungszeiten riskieren?

An der Ernsthaftigkeit der Bundesregierung sind Zweifel berechtigt, wenn man weiß, dass von diesem weitreichenden Projekt kein Wort im ausgehandelten Koalitionsvertrag steht. Der kostenlose Nahverkehr muss schnellstmöglich überall eingeführt werden! Die Finanzierung dürfte kein Problem sein, wenn endlich die für die jahrelangen Manipulationen der Abgas- und Kraftstoffverbraucherwerte Verantwortlichen in den Konzernetagen der Automobilkonzerne bestraft und auch finanziell zur Rechenschaft gezogen werden. Rechnet man die eigentlich zu verhängenden Kartellstrafen für das Autokartell zur Vertuschung der Abgasmanipulationen dazu, wäre die Finanzierung des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs in den nächsten Jahren gewährleistet.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Wer Hunger hat, dem muss geholfen werden!

Laut Statistischem Amt der Europäischen Union leben 33 Prozent der Alleinstehenden in Deutschland unter der Armutsgrenze, vor zehn Jahren waren es erst 21,5 Prozent. Immer mehr Menschen sind auf die abgelaufenen Lebensmittel der „Tafel“ angewiesen. Welch ein trostloser Ausdruck des kapitalistischen Systems! Dass in Essen jetzt wegen der vielen Flüchtlinge nur noch Deutsche neu zur „Tafel“ zugelassen werden, geht überhaupt nicht: eine rassistische Spaltung der Ärmsten!



Wer Hunger hat, dem muss geholfen werden – gleich welcher Nationalität! Dass es überhaupt „Tafeln“ geben muss ist ein Riesenskandal in einem der reichsten Länder der Erde. Die AfD fordert, alle Flüchtlinge von der „Tafel“ ausschließen, und will sich in Zukunft wieder stärker mit der faschistischen „Pegida“ zusammentun. Die Armen gegeneinander auszuspielen statt Umverteilung von Oben zu fordern: Das ist die Politik dieser braunen Truppe.

Letzte Woche wurde veröffentlicht: Noch nie zuvor seit der Wiedervereinigung gab es einen so großen Haushaltsüberschuss. 36,6 Milliarden Euro sind zusätzlich in der Staatskasse. Was macht der Staat damit? Er zahlt Subventionen an Konzerne. Siemens bekam in den letzten zehn Jahren 305 Millionen Euro an Subvention, die Dax-Konzerne zusammen allein im letzten Jahr 93 Millionen. Jetzt auf die Große Koalition zu hoffen, ist Fehlanzeige, denn die Umverteilung von unten nach oben und der Rechtsruck der Regierung werden damit fortgesetzt. Oder auf die SPD setzen? Genauso! Um uns selber müssen wir uns selber kümmern.

Nicht nur die deutschen Großkonzerne werden subventioniert, auch die Eroberungspolitik der faschistisch regierten Türkei. Immer mehr europäische Regierungen kriminalisieren den kurdischen Befreiungskampf. Das ist Teil des schmutzigen Deals. Letzte Woche überfiel verummte Polizei mit Maschinenpistolen einen Gasthof in Meuchefitz, Wendland, an dem – völlig zu Recht – Transparente hingen: „Afrin, halte durch!“, „Türkische Truppen und deutsche Waffen morden in Rojava! Es lebe die YPJ/YPG“. Die Transparente wurden beschlagnahmt.

In Prag wurde am Wochenende Saleh Muslim, für Außenbeziehungen Rojavas zuständiger langjähriger PYD-Vorsitzender, ein syrische Staatsbürger, aufgrund einer Anzeige der Türkei verhaftet. Sie fordert seine Auslieferung, da er „Mitglied der Terrororganisation PKK“ sei. Sofortige Freiheit für Saleh Muslim!

Die Kämpfe in **Afrin** gehen unvermindert weiter. Weil sie am Boden nicht vorankommen, setzen türkische Truppen immer mehr Bombenflugzeuge ein. Es soll auch Giftgas eingesetzt worden sein. Die internationale **Solidarität** ist gut, aber noch zu wenig, denn dies ist nicht nur ein Angriff auf die Kurden, sondern auf alle freiheitsliebenden Menschen, auf Demokratie und Freiheit. Am **Samstag**, dem **3. März 2018**, gibt es eine **Großdemonstration** in **Berlin**. Beginn ist um 12 Uhr am Alexanderplatz. Aus **Bremen** fahren **Busse** um **6:30 Uhr** vom Cinemaxx am **Hauptbahnhof**. Es werden genug Plätze vorhanden sein. Beim Frühlingsfest am 21. März wird die internationale Solidarität mit Afrin im Mittelpunkt stehen.

Beim Münchner Kommunistenprozess wurden weitere vier Häftlinge freigelassen, nach fast drei Jahren Untersuchungshaft. Immer mehr Menschen kam es seltsam vor, dass einerseits – natürlich völlig zu Recht – die Freilassung von Deniz Yücel aus türkischer U-Haft verlangt und schließlich auch erreicht wurde, andererseits in Deutschland Menschen, denen keine einzige Straftat vorzuwerfen ist, nur wegen ihrer kommunistischen Gesinnung jahrelang gefangen gehalten wer-

den. Sie sollen Mitglied der TKP/ML sein, die in Deutschland gar nicht verboten ist, und für die Abschaffung des Kapitalismus eintreten.

Von wegen „in der Türkei bestimmt der Präsident, und die Gerichte führen aus“! Was ist denn in Deutschland anders? Unabhängige Gerichte: Fehlanzeige! Die „Verfolgungsermächtigung“ gegen Mitglieder der in Deutschland nicht verbotenen TKP/ML gab der Bundesjustizminister, und die Gerichte spurten. Freiheit für alle politischen Gefangenen! Revolution ist kein Verbrechen!

In USA rebelliert die Jugend gegen Trump und fordert Schluss mit der Politik im Interesse der Waffenindustrie, deren oberster Lobbyist Trump heißt. Was tut der? Jetzt sollen die Lehrer bewaffnet werden! Gut, dass zu meiner Schulzeit die Lehrer außer mit einem Rohrstock, was schon schlimm genug war, nicht bewaffnet waren.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

654. Bremer Montagsdemo

am 05. 03. 2018

Wofür die Herrschenden die SPD brauchen



66 Prozent der Wählenden haben für eine dritte Große Koalition gestimmt – aber das sind nur circa 51 Prozent der SPD-Mitglieder. „Überwältigende Zustimmung“ sieht anders aus! Gar nicht kommentieren will ich die Meldungen, das Ergebnis von 66 Prozent habe schon vorher festgestanden. Es ist ein verschärfter Rechtsruck zu erwarten, aber weil den Parteien die Massenbasis davon läuft, wird das ein schwieriger Spagat.

Die Herrschenden haben Angst, dass die SPD an Bindungskraft verliert. Karl-Erivan Haub, einer der reichsten Männer Deutschlands, Inhaber von Tengelmann, Obi und Kik, schreibt im „Handelsblatt“: „Die Vernunft hat gesiegt. Ich hoffe, dass parallel die Runderneuerung der Sozialdemokratie gelingt. Eine Alleinvertretung der sozialen Anliegen durch die kommunistische ‚Linke‘ möchte ich mir nicht vorstellen.“ Da wird deutlich, wofür die Herrschenden die SPD brauchen!

Unzufriedenen SPD-Mitgliedern will ich hier nur zurufen: Kehrt dieser Partei den Rücken! Die hat schon vor über 100 Jahren aufgehört, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und für Krieg und Kaiser gestimmt. Kehrt zu den Wurzeln zurück, als die SPD noch die Partei von Karl Marx und Friedrich Engels war! Die MLPD steht euch offen. Macht mit im „Internationalistischen Bündnis“!

Vor allem kommt es darauf an, selbst aktiv zu werden. Am Samstag demonstrierten 20.000 Menschen in Berlin gegen den Angriffskrieg der Türkei auf Afrin in Nord-Syrien und die Unterstützung durch die Bundesregierung, unter anderem mit deutschen Waffen. Seit 44 Tagen halten die Kämpferinnen und Kämpfer von YPJ, YPG und arabischen Einheiten aus Aleppo, unterstützt von der ganzen Bevölkerung, dem mörderischen Beschuss durch türkisches Militär stand.

Hier geht es nicht um die Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden. In Rojava, zu dem Afrin gehört, gilt die fortschrittlichste, freiheitlichste Verfassung der Welt. Alle ethnischen Gruppen, Männer und Frauen jeder Religion sind gleichberechtigt und entscheiden basisdemokratisch über ihr eigenes Geschick. Das will das türkische Regime zerschlagen. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg

ist ein Krieg gegen die Freiheit auf der ganzen Welt, und die internationale Solidarität muss deshalb noch viel stärker werden als jetzt! Das ist nicht nur eine moralische Frage. Am 21. März findet anlässlich des kurdischen Frühlingsfestes weltweit, auf Vorschlag der ICOR, ein Solidaritätstag statt.

Selbst aktiv zu werden gilt auch für unsere Lage hier. Airbus will 3.600 Arbeitsplätze abbauen, vor allem in Bremen und Augsburg, weil die Modelle A400M und A380 nicht so gut laufen. Dabei macht Airbus mit seinen anderen Flugzeugen Milliarden-Profite und steigert ständig das Arbeitstempo. Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Mit den USA steht ein Handelskrieg bevor. Monopolvertreter fordern schon offen, die wenigen sozialen Zugeständnisse im Vertrag der Großen Koalition nicht allzu ernst zu nehmen, denn jetzt komme es auf die „Stärkung der deutschen Wirtschaft“ an. Aus dem Handelskrieg wird irgendwann ein Krieg mit Waffen, in dem wir „unser Vaterland verteidigen“ sollen: nichts anderes als die Weltherrschaftspläne „unserer“ Konzerne!

Die Trennungslinie verläuft nicht zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“, sondern zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“. Für Frieden und Völkerfreundschaft! Hoch die internationale Solidarität! In Sachsen-Anhalt wird der Faschist André Poggenburg Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Untersuchung des „Linksextremismus“, und die CDU unterstützt das mehrheitlich. Kampf dem Faschismus!

Wolfgang Lange (MLPD)

Fehlerhafte Statistiken: Wieso Hartz IV tatsächlich zu wenig zum Leben ist („*Spiegel-Online*“)

„Voluntarismus kann eine Produktivkraft sein“: Und das haben Frauen dabei zu tun („*Neues Deutschland*“)

„Diese Website wurde als unsicher gemeldet“: Microsoft und Facebook behindern Zugang zu linker Politplattform („*Nachdenkseiten*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

655. Bremer Montagsdemo

am 12. 03. 2018

15 Jahre Agenda-Politik zur Förderung des Rechtspopulismus



1. Eine neue Aufarbeitung der Tat von Georg Elser: Der Spielfilm „Elser – Er hätte die Welt verändert“ wird diese Woche am Mittwoch im „Ersten“, am Sonntag um 20:15 Uhr auf „ONE“ gesendet. Es lohnt sich. Weitere Informationen zu Georg Elser liefert die „Georg-Elser Initiative Bremen“. Gebündelt werden die Forschungsergebnisse vom „Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim“.

Dass es wichtig ist, die Erinnerung an die Vergangenheit in der Gegenwart lebendig zu halten, ergibt sich beispielhaft aus dem aktuellen Ansinnen, einen Platz nach *diesem* Menschen zu benennen: „Der Architekt Michael Fischer war Mitglied der NSDAP und gehörte einem Reservesturm der SA an“, aber die **Namen des Widerstandes** abzulehnen. Inzwischen wiehert der Amtsschimmel. Die Benennung eines Platzes nach einem NSDAP-Mitglieds ist absolut daneben! Die Bundeswehr benennt ihre Kasernen neu, Bürger setzen sich für die Umbenennung von Straßen und Plätzen ein – Nazis verschwinden so aus der Öffentlichkeit!

2. Gerade mal vor 15 Jahren – trotzdem eine Ewigkeit! „Am Mittwoch, dem 14. März, jährt sich zum 15. Mal der Tag, an dem Gerhard Schröder seine **Agenda 2010** vorgestellt hat. Sie steht für eine brutale Umgestaltung der Gesellschaft und einen bisher nie da gewesenen Sozialabbau, für Armut und Demütigung per Gesetz. Die Folgen sind auch klar: Die SPD ist mit ihrem „Weiter-so“ am Boden und auch Wegbereiter für das Aufkommen einer rassistischen Partei im Bundestag. Die Verteilungskämpfe, wie sie jetzt in Essen laufen, sind die Konsequenz.

Es ist einfach überfällig, dass ein klares Nein, die Forderung nach einem Ende mit diesem „Weiter-so“ aus Bevölkerung und Zivilgesellschaft kommt und wir uns für ein solidarisches Miteinander einsetzen, und dass sich die Betroffenen gegen die ständigen Kürzungen der Unterkunftskosten, gegen die Sanktionen, gegen die vielen kleinen und großen Gängelungen durch die jeweilige Sozialverwaltung zur Wehr setzen. Eine der Folgen dieser Politik hat Professor Christoph But-

terwegge auf den Punkt gebracht: „Die Agenda 2010 war ein Nährboden für den Rechtspopulismus“. So weit ein Kommentar von Sozialrechtler Harald Thomé.

Ein „klares Nein“ ist in Bremen einfach abzugeben: einfach zur Bremer Montagsdemo kommen! Wir sind kein Verein und keine Parteiveranstaltung. Jede(r) ist willkommen, außer Nazis und Rassisten. Interesse wird sicherlich durch unsre Beiträge geweckt. Das Mitmachen ergibt sich bei diesen Ungeheuerlichkeiten eigentlich schon von allein. Wir sind aber erst am Montag um 17:30 Uhr wieder auf dem Marktplatz.

Die Schrumpf-Großkoalition wird starten. Alles steht unter dem Vorbehalt des Geldes. Das klingt eigentlich vernünftig, aber dadurch wird damit die soziale Schuld noch größer. Die Versäumnisse sind nicht nachzuholen. Die Große Koalition hat sich dem Mantra des „Mont-Pèlerin“-Netzwerks untergeordnet. Die Steuern sprudeln zwar, aber längst nicht entsprechend der Gewinnentwicklung. Die Gier der Superreichen sprengt die Rahmenbedingungen unserer Demokratie, siehe 652. Bremer Montagsdemonstration. Die Folgen sind alltäglich gegenwärtig.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Hartz IV bedeutet nicht Armut“

Diese zynische Äußerung von Jens Spahn (CDU) war am Wochenende praktisch in allen Medien zu vernehmen. Der zukünftige Bundesgesundheitsminister legte noch nach, indem er betonte, „dass unser Sozialsystem tatsächlich für jeden ein Dach über dem Kopf vorsieht“. Ja, tatsächlich soll Hartz IV für jeden Bedürftigen eine ausreichende staatliche Hilfe garantieren – oder, um es mit Jens Spahn zu sagen: „vorsehen“.

Sie sollte es – aber bereits während der Antragsstellung verzichten laut IAB-Institut der Bundesagentur für Arbeit 34 bis 44 Prozent aller Berichtigten auf alle Anspüche, und das freiwillig! Eigentlich völlig unvorstellbar, doch wer sich einmal selbst mit dem Jobcenter beschäftigen musste, kann es wahrscheinlich nachempfinden.

Als Gründe für den Verzicht hört man immer wieder die gleichen, teils skandalösen Vorwürfe wie komplizierte Formulare, falsche Bescheide, ruppige Sachbearbeiter(innen), verschwundene Unterlagen oder Nichterreichbarkeit. Nicht jede(r) hat die Kraft und das Wissen, sich hiergegen erfolgreich zu wehren. Viele

Betroffene nehmen, wenn sie können, in ihrer Verzweiflung einfach den erstbesten Job an. Arbeitsbedingungen und Lohn sind dann plötzlich völlig zweitrangig.

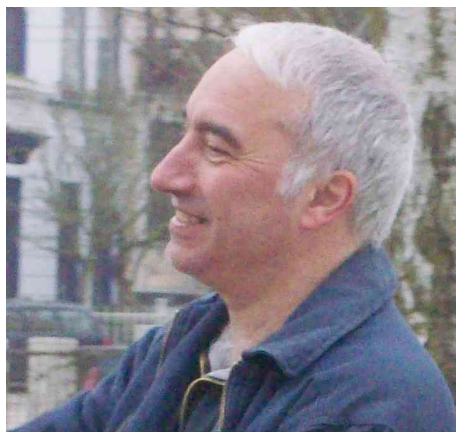
So trug und trägt Hartz IV maßgeblich dazu bei, dass wir heute einen riesigen Niedriglohnsektor haben, oder dass es in Deutschland eine Million Leiharbeiter gibt, die häufig nicht mal die Hälfte des Lohnes der Stammbesetzung verdienen. Mittlerweile wird jede zweite Neueinstellung nur noch zeitlich befristet beschäftigt.

Jetzt war das Thema Hartz IV in allen Medien präsent – leider mal wieder ohne darauf hinzuweisen, dass ja nur ein Teil der Bedürftigen überhaupt Hilfe bekommt. Die Ursachen hierfür, beispielsweise verschwundene Unterlagen beim Jobcenter, waren ebenfalls kein Thema, ebenso wenig wie die Forderung, diesen Ursachen endlich nachzugehen und sie abzuschaffen.

Hartz IV hat zu keinem Zeitpunkt „für jeden Bedürftigen ein Dach über den Kopf geschaffen“. Daher fordern wir „Weg mit Hartz IV“ und wollen stattdessen eine ausreichende staatliche Hilfe für alle Bedürftigen!

Marcus (parteilos)

Wenn wir der Opfer von Tschernobyl und Fukushima gedenken



...dann geht es nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um eine lebenswerte Zukunft. Über 200.000 Menschen wurden aus der Region um Fukushima evakuiert – viele leben nach sieben Jahren immer noch in Notunterkünften. Die Regierung in Japan will für die Olympiade 2020 in Tokio über 16 Milliarden Euro bereitstellen. „Aber sie will für die aus Fukushima geflohenen Mütter und Kinder kein Geld ausgeben“, berichtet der bekannte japanische Atomkraftgegner Kazuhiko Kobayashi. „Sie zwingt sie sogar mit allen gemeinen psychischen und physischen Druckmitteln wieder in das verseuchte Fukushima zurück.“

Seit 2011 leidet die Region um Fukushima an den furchtbaren Folgen der radioaktiven Strahlung. An mehr als 147.000 Plätzen stapeln sich gigantische Halben von schwarzen Säcken, gefüllt mit radioaktiv verseuchtem Erdboden. Niemand weiß, wie lange die provisorische Verpackung der Witterung standhält und was dann mit den 13 Millionen Kubikmeter Strahlenmüll passieren soll. Diese „Big Bags“ von Fukushima sind zum Symbol für die Folgen des Super-GAU geworden. In Japan gedachten am Sonntag viele Menschen in einer Schweigeminute der Opfer. Sie war verbunden mit Protestaktionen gegen den Weiterbetrieb ato-

marer Anlagen und die skrupellose Politik der japanischen Regierung. Die Regierung und die Atomkonzerne setzen ihre gefährliche Atompolitik fort, weil Konzerne wie Hitachi, Toshiba und Mitsubishi maximale Gewinne winken beim Bau von Atomkraftwerken in Litauen und der Türkei.

Die atomare Bedrohung gefährdet weiterhin die Existenzgrundlagen der Menschheit. Weltweit sind aktuell 441 Atomkraftwerke am Netz, und es sollen immer mehr werden! Nach dem Willen der EU- Kommission soll der Bau von Atomreaktoren in Europa mit staatlichen Fördergeldern massiv vorangetrieben werden. Gerechtfertigt werden die Pläne damit, dass man den Kohlendioxidausstoß verringern und die Klimaziele erreichen wolle. Das ist eine durchsichtige Lüge im Interesse der Atom- und Kohleindustrie. Als die Nutzung von Sonnenenergie und Windkraft immer günstiger geworden ist, zog die Merkel-Regierung die Reißleine und stoppte die staatliche Förderung erneuerbarer Energien. Inzwischen wird der Öffentlichkeit wieder einmal die Lüge von der „sicheren Atomtechnologie“ aufgetischt.

Atomkraftgegner Kobayashi mahnt: „Alleine in Europa sind schon mehr als 100 Atomkraftwerke Betrieb. Im Falle eines Super- GAU kann in kürzester Zeit ein Großteil Europas unbewohnbar werden, und mehr als 500 Millionen Menschen werden direkt mit ihrem Leben gefährdet. Technische Fehler, menschliche Versagen, Terrorangriffe: Es gibt viele Möglichkeiten, die unvorstellbare Katastrophen verursachen“. Die Atomindustrie hinterlässt der Menschheit auf Zigtausende Jahre eine unglaubliche zerstörerische Last, bis zur Gefahr der Vernichtung der Menschheit – und das allein wegen ihrer Profitgier.

Neun Atomkraftwerke in Deutschland laufen zum Teil noch bis 2022 – nach derzeitigem Stand, denn der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ ist keinesfalls abgeschlossen. Dass die alten Meiler mit jedem Tag gefährlicher und störanfälliger werden, nimmt auch die neue Regierung einfach hin. So bleibt das Risiko eines Super-GAU auch in Deutschland erhalten, und es sammelt sich nach wie vor Strahlenmüll an, für dessen Endlagerung bis heute keine Lösung in Sicht ist. 17.000 Tonnen hochradioaktiver Müll müssen für mindestens eine Million Jahre möglichst sicher gelagert werden. Dafür eignen sich nur Gebiete, die über Vorkommen von Salz-, Ton- oder kristallinem Gestein verfügen. Auch Bremen kommt aufgrund seiner geologischen Voraussetzungen dafür infrage.

Millionen Menschen haben bewiesen, dass wir stärker sein können! Der Widerstand von Millionen hat die Merkel-Regierung 2011 gezwungen, die Verlängerung der Laufzeit zurückzunehmen und acht Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten. Wenn wir heute hier stehen, dann verbindet sich unser Gedenken an die Opfer mit einem klaren Auftrag: Wir kämpfen weiter – für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit, für die rasche und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie und für das Verbot aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen! Retten wir gemeinsam die Erde vor dem drohenden Kollaps!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Da zum normalen Beginn der Montagsdemo, um 17:30 Uhr, eine Demonstration mit circa 300 Teilnehmern gegen den faschistischen Angriffskrieg auf Afrin den Marktplatz erreichte, warteten wir eine halbe Stunde, bis deren Kundgebung zu Ende war. Zu Beginn unserer Montagsdemo stellten wir zuerst die Solidarität mit Afrin in den Mittelpunkt, woraufhin sich etwa die Hälfte der vorwiegend kurdischen Demonstranten zu uns stellte. Es wurden mehrere Beiträge gehalten, die die Kriegsunterstützung Erdogans durch die Bundesregierung angriffen. Ein junger kurdischer Demonstrant trug ein sehr schönes Gedicht zur Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf vor.

Deutsches Schweigen zu einer humanitären Katastrophe



Nach 51 Tagen heldenhaften Widerstandes droht Afrin eine humanitäre Katastrophe. Das türkische Militär hat die Trinkwasserversorgung gekappt und versucht, den Belagerungsring zu schließen. Etwa 500.000 Menschen sind in höchster Gefahr, ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Bundesregierung vergießt Krokodilstränen über syrische Luftangriffe auf Ost-Ghuta, aber zu Afrin schweigt sie beziehungsweise unterstützt den türkischen Angriff.

Sie tut es mit deutschen Waffen wie dem „Leopard- II“-Panzer, mit der Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfs, zum Beispiel dem Verbot kurdischer Symbole und des Frühlingsfestes in Hannover, oder mit Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme, etwa beim Mesopotamischen Verlag. Auf Initiative der ICOR ist der **21. März 2018** weltweiter **Aktionstag zur Solidarität mit Afrin**. Einstellung der Kriegsunterstützung Deutschlands sofort! Abbruch aller militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Türkei! Schluss mit der Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfs! –

Am Sonntag war 7. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima. Noch immer fließen jeden Tag 300 Tonnen radioaktiv verseuchtes Kühlwasser in den Pazifik. Die Kernschmelze in mehreren Reaktoren läuft unkontrolliert weiter, der Abriss soll 40 Jahre dauern. Gerechnet wird mit 22.000 bis 66.000 zusätzlichen Krebsfällen, etwa zur Hälfte tödlich. Schon jetzt gibt es eine 26-fache Häufung von Schilddrüsenkrebs bei Kindern. Die Bevölkerung wird zur Rückkehr gezwungen, trotz zwanzigfacher Strahlung gegenüber dem zulässigen Höchstwert vor dem Super-GAU.

Japan plant neun neue Atomreaktoren, denn Profit geht über Leichen. Auch Deutschland vollzieht keinen völligen Ausstieg; zum Beispiel liefern die Brennele-

mentefabriken in Gronau und Lingen an den japanischen Meiler-Betreiber Tepco, an die US-Atomwaffenindustrie und den belgischen Schrottreaktor in Tihange. Den Verantwortlichen in Regierung und Gesellschaft muss das Handwerk gelegt werden – aber wie? Dazu müssen wir weiter gehen, als den reinen Umweltkampf zu führen: Ein gesellschaftsverändernder Kampf ist notwendig! –

Bei der Essener „Tafel“ soll der rassistische Beschluss, Essen nur an Deutsche auszugeben, jetzt aufgehoben werden – ein Erfolg der bundesweiten Empörung. Jens Spahn, künftiger Gesundheitsminister, verteidigt jedoch das Vorgehen der „Tafel“. Das zeigt, auf was für eine widerwärtig reaktionäre Regierung wir uns einstellen müssen. Diese Regierung hat keinerlei „Schonfrist“ verdient! Von vornherein müssen wir sie angreifen als das, was sie ist, als Instrument und Sprachrohr des Großkapitals: immer zu Diensten, wenn es darum geht, den Reichtum noch mehr in wenigen Händen zu konzentrieren – und dazu auch Kriege, faschistische Regierungen und brutalste Unterdrückung zu unterstützen.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

656. Bremer Montagsdemo am 19. 03. 2018

Weiterkämpfen gegen Hartz IV und die verschärfte Nach-rechts-Politik!



Die 656. Bremer Montagsdemo fand nach der langen Winterzeit zum ersten Mal wieder ganz im Tageslicht statt, doch es war noch kalt. Wegen Krankheit und Urlaub waren wir zwar nur eine kleine Kundgebung, aber es kamen auch wieder Menschen, die nicht so oft kommen können.

Neben den arroganten und provozierenden Aussagen von Neu-Minister Jens Spahn und den üblen Plänen von „Heimat“-Minister Seehofer stand der völkerrechtswidrige Angriff des faschistischen Erdogan-Regimes auf das nordsyrische Afrin im Mittelpunkt der

Redebeiträge.

Kurz wurde auch von der Delegiertenkonferenz der bundesweiten Montagsdemobewegung in Kassel am 17. März 2018 berichtet, die deutlich und klar ihren Willen bekundete, den Kampf gegen die Hartz-Gesetze und die verschärfte Nach-rechts-Politik auf allen Gebieten der asozialen GroKo-Merkel-Regierung weiterzuführen.

Jobst Roselius

SPD-Spitzenengenossen wollen Hartz IV beenden: Aber ihre Vorschläge repräsentieren wieder nur, was die „moderne“ SPD so verachtenswert macht
(„Nachdenkseiten“)

Goldman-Sachs-Manager wechselt ins Finanzministerium:
„Olaf Scholz macht die Brandstifter zur Feuerwehr“
(„Manager-Magazin“)

Rettet Afrin! Sofortiger Rückzug aller imperialistischen Truppen aus Syrien!

Das Militär des faschistischen türkischen Regimes ist gemeinsam mit faschistisch-islamistischen Milizen bis kurz vor den Stadtrand von Afrin (Rojava/Nordsyrien) herangerückt und versucht, einen Belagerungsring zu schließen. Türkische Kampfjets bombardieren die Stadt. Dort leben circa 500.000 Menschen, viele davon Flüchtlinge. Die Trinkwasserversorgung wurde von den Invasoren gekappt. Zehntausende Menschen sind auf der Flucht! Heute wurden das einzige funktionierende Krankenhaus zerstört und mindestens 16 Menschen dabei umgebracht. Die demokratische Selbstverwaltung in Rojava, die ein leuchtendes Beispiel für eine lebenswerte Zukunft und des Befreiungskampfes ist, soll zerschlagen werden.

Wir sind empört darüber, dass die Bundesregierung diesen Angriffskrieg duldet, weiterhin enge Beziehungen zur türkischen Regierung hält und in Deutschland kurdische Freiheitskämpfer unterdrückt und kriminalisiert. Die Kämpferinnen und Kämpfer, besonders der YPG und YPJ, leisten schon seit 56 Tagen gegen das technisch überlegene türkische Militär einen aufopferungsvollen und heldenhaften Widerstand. Zehntausende protestieren in ganz Rojava und Afrin selbst auf den Straßen und stellen sich der völkerrechtswidrigen Aggression entgegen. Weltweit protestierten bereits Hunderttausende.

Vor drei Jahren, bei der Schlacht um Kobane, hat sich gezeigt, dass die internationale Solidarität eine starke Waffe ist. Jede(r) Demokrat(in), jede(r) Antifaschist(in) ist in dieser Situation herausgefordert, klar Stellung gegen diese völkerrechtswidrigen Angriffe zu beziehen und Solidarität mit dem Widerstand in Afrin zu praktizieren! Die bundesweite Montagsdemo steht fest an der Seite der kurdischen Freiheitskämpfer und ruft zur massenhaften Beteiligung an den Kundgebungen und Demonstrationen am internationalen **Solidaritätstag** mit **Afrin** am **21. März 2018** auf. Wir fordern: Sofortiger Stopp der Angriffe auf Afrin! Keinerlei Beteiligung und militärische Unterstützung durch die Bundesregierung! Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der türkischen Regierung! Hoch die internationale Solidarität!

*Resolution der Bundesdelegiertenkonferenz der bundesweiten
Montagsdemo am 17. März 2018 (einstimmig verabschiedet)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

657. Bremer Montagsdemo am 26. 03. 2018

Das „solidarische Grundeinkommen“ der SPD ist keins

Im Gegensatz zu „Nachdenkseiten“-Autor Jens Berger lehne ich das vom Berliner Bürgermeister Michael Müller vorgeschlagene „solidarische Grundeinkommen“ total ab, natürlich auch unter einem anderen Namen. Ich frage mich wirklich, warum jemand ernsthaft bereit sein sollte, freiwillig für lachhaft popelige 1.154 Euro netto – in Vollzeit! – arbeiten gehen zu wollen.

Natürlich verstehe ich Menschen, die nach so einem dürrer Strohalm greifen würden, einfach um an etwas mehr Geld als an das völlig unzureichende, menschenverachtende Hartz IV gelangen zu können. Leider hat diese geringe Summe bei den explodierenden Kosten für Miete, Energie- und Lebenshaltungskosten mit einem Leben in Würde und Teilhabe an der Gesellschaft nur unglaublich wenig zu tun. Es reicht einfach hinten und vorne nicht!

Ich vergesse nicht, dass mit den Hartz-Gesetzen der Umbau unseres Sozialstaates in einen Workfare-Staat geplant war und ist, verbunden mit der Entrechtung von Transferleistungsbeziehenden und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten. Altkanzler Schröder wollte noch weiter runter mit den Löhnen in den unteren Bereichen und arbeitete leider sehr erfolgreich an der Schaffung eines gigantischen Niedriglohnsektors. Weil die deutschen Produkte dadurch so konkurrenzlos günstig wurden, mauserte Deutschland sich *auf dem Rücken der viel zu niedrig Entlohnnten* zum Exportweltmeister.

Das „solidarische Grundeinkommen“ würde ähnlich wie die Ein-Euro-Jobs zu einer unschlagbaren Konkurrenz für die regulären Arbeitsplätze in den vorgesehenen Berufsfeldern ausarten. Zwar könnten sich die Betroffenen dann hoffentlich wie bei den Ein-Euro-Jobs wenigstens die ihnen zustehenden Löhne einklagen, doch so lassen sich auch keine Engpässe beim „sozialen Gedöns“ beseitigen!

Die anspruchsvolle und schwere Tätigkeit in Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Seniorenheimen ist nicht mal eben aus dem Bauch zu stemmen, sondern bedarf im Sinne der Arbeitnehmer(innen) *und* Kranken, der Senioren und

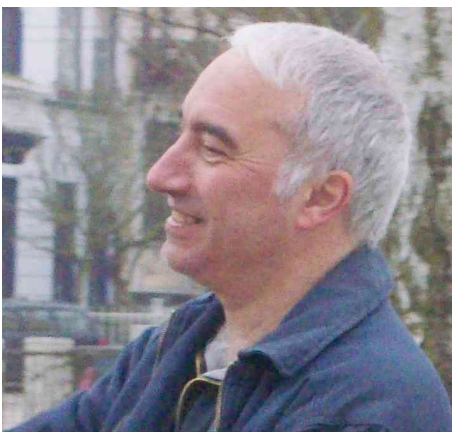


Kinder einer guten Ausbildung und *last not least* natürlich auch einer besseren Bezahlung! Leben wollen wir alle, also auch Miete, Essen, Urlaub und so weiter bezahlen können. Her mit dem schönen Leben für alle! Darum natürlich weiterhin weg mit Hartz IV, den unwürdigen Sanktionen, rauf mit den Löhnen und für ein Verbot von Leiharbeit!

Egal, welch alten, modrigen Wein uns die *Spezialdemokraten* noch in neuen Schläuchen unter moderneren Namen anbieten wollen - von ihrem Abstellgleis kommen sie nur runter, wenn sie sich ihrer Herkunft, ihrer ursprünglichen Klientel erinnern, und bereit werden, sich zu ihren Fehlern zu bekennen, die Hartz-Gesetze also endlich *wirklich* mit Stumpf und Stiel auszureißen bereit sind! Es ist genug für alle da! Natürlich ist dies auch finanzierbar, indem endlich einmal auch die wirklich unanständig Reichen ab einer Million fünf Prozent Vermögensteuer zahlen müssen. So, das habe ich jetzt mal eben aus dem Bauch geschrieben, meinem Ärger Luft gemacht!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der weltweite Widerstand für eine lebenswerte Zukunft wächst



In den USA waren am Sonntag über eine Million Menschen, vor allem Jugendliche, beim „Marsch für unser Leben“ aktiv. Dort hat sich eine wachsende Jugendbewegung entwickelt, die gegen die reaktionäre US-Waffenlobby und den faschistoiden US-Präsidenten Trump rebelliert. Allein in Washington setzen über 500.000 Jugendliche ein deutliches Zeichen.

200.000 Franzosen gingen letzten Donnerstag gegen die Pläne der Macron-Regierung auf die Straße, 120.000 Stellen im öffentlichen Dienst zu vernichten und die Eisenbahngesellschaft SNCF zu privatisieren. Es streikten Eisenbahner, Lehrerinnen und Lehrer, Krankenschwestern und Angestellte in der Verwaltung. Die Zahl der Streikenden lag bei einer halben Million. Aufgerufen hatten Gewerkschaften und verschiedene linke Parteien und Bewegungen. Die Streikbereitschaft war unter den Eisenbahnern mit 40 Prozent am höchsten.

In Spanien haben Zehntausende Menschen gegen die Politik der konservativen Regierung protestiert. Sie versammelten sich zu einer Kundgebung im Zentrum von Madrid. Die Teilnehmenden kamen aus fast allen Teilen Spaniens. Die meisten von ihnen waren in einem Sternmarsch zu Fuß nach Madrid gelaufen.

Eine der größten Gruppen kam aus León: Sie war zwei Wochen unterwegs und lief 300 Kilometer in 14 Etappen. Die Hauptforderung der Protestierenden: eine bessere Grundsicherung für jeden! Der Staat soll kleine Renten und Einkommen aufstocken, auf 674 Euro. Wer in Spanien weniger als diese Summe im Monat zur Verfügung hat, gilt als arm. In Deutschland liegt die Armutsgrenze bei 1.050 Euro pro Monat. Gekämpft wird dort also für eine Grundsicherung entsprechend dem Niveau von 1.050 Euro – das wäre eine wirkliche Alternative zu Hartz IV.

Am Sonntag wurde der katalanische Präsident Puigdemont von der deutschen Polizei verhaftet. Ihm drohen die Abschiebung nach Katalonien und 30 Jahre Haft. Die politischen Rechte des katalanischen Volkes werden in Spanien mit Füßen getreten. Noch am selben Tag forderten über 55.000 Demonstranten in Barcelona „Befreit unseren Präsidenten!“. Dabei kam es zu Warnschüssen der Polizei auf die Demonstranten.

In der letzten Woche waren Millionen Menschen zur Solidarität mit Afrin rund um den Globus auf den Straßen. Sie protestierten gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des faschistischen Erdogan-Regimes und verteidigten Demokratie und Freiheit in Rojava. Auch in Bremen kam es fast täglich zu Protestaktionen. Höhepunkt war eine Demonstration mit 1.500 Teilnehmenden am 24. März 2018. Es ist das Gebot der Stunde aller friedliebenden Menschen hier in Deutschland, gegen jegliche Unterstützung durch die Bundesregierung aufzustehen! Keine Waffen und keinen Cent an die Türkei!

In vielen Städten Deutschlands haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Kommunen selbstbewusst den öffentlichen Nahverkehr und die Müllabfuhr lahmgelegt und Kliniken, Schwimmbäder sowie Kitas bestreikt. Die Streiks trafen bei Bus- und Bahnkunden, Patienten, Eltern sowie vielen anderen auf Sympathie und Unterstützung. Pendler haben sich zusammengetan, um mit dem Auto zum Arbeitsplatz zu fahren oder die Kinder zur Schule zu bringen.

Die Gewerkschaft Verdi fordert für 2,3 Millionen Beschäftigte in den Kommunen und beim Bund sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat. Um 100 Euro sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte steigen. Die Bediensteten der Kliniken fordern auch eine Verbesserung der Pflegequote: weniger Patienten auf mehr Pflegerinnen und Pfleger. Die Streikenden sind empört darüber, dass ihre Arbeit so wenig Wertschätzung erfährt, und kritisieren die neue Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag reine Kosmetik beim Pflegenotstand betreibt. Wenn es nach ihr geht, sollen lediglich 8.000 neue Pflegestellen geschaffen werden – das ist pro Pflegeheim gerade mal eine halbe neue Stelle.

Die Vertreter der Kommunen und des Bundesinnenministeriums rechtfertigen ihre Weigerung, den Forderungen von Verdi nachzukommen, damit, der Staat könne sich das „nicht leisten“. Die Ursachen für die Finanznot in den öffentlichen Kassen liegen in der permanenten Umverteilung von unten nach oben. Diese Politik will die neue Regierung verstärkt fortsetzen. Die Forderungen der Beschäftigten sind vollkommen berechtigt. Statt die Finanzprobleme der Kommunen auf

ihren Rücken abzuwälzen, ist es höchste Zeit für ein zinsloses Schuldenmoratorium für verarmte Kommunen und Städte!

Wenn die Zeiten härter werden, muss die Solidarität wachsen! Die jüngste Entwicklung macht Mut und zeigt eine wachsende Zusammengehörigkeit im Kampf für unsere Rechte. Deutlich wachsen die Kritik am Kapitalismus und die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative. Dabei belebt sich auch das Interesse an einer Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung im echten Sozialismus. Dann wird nicht mehr eine winzige Minderheit sich den Reichtum aus der Natur und aus der menschlichen Arbeit aneignen, sondern dieser Reichtum wird der ganzen Menschheit zugute kommen.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die Forderungen von Verdi sind nur zu gerechtfertigt



Ein fast goldener Schwung Sonnenlichts beleuchtet kurz die Rathausfassade – es ist Sommerzeit! Der Publikumsverkehr über den Marktplatz verstärkt sich. Unterstützen wir weiter breit den Tarifikampf im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden! Die Forderungen von Verdi sind nur zu gerechtfertigt. Aber die öffentlichen „Arbeitgeber“ wollen nicht zahlen: Sie hätten kein Geld. Sie wollen es so laufen lassen. Aber in so vielen Bereichen des Lebens fehlt das Personal, fehlt die Ausstattung.

Es ist nichts da, weil weder planmäßig vorgesorgt und auch nicht mehr ausgebildet wurde. Es gibt immer weniger Ärzte, ungeeignete Arbeitsstrukturen et cetera. Die Regierungen sind für diese Mängel und die falsche Politik verantwortlich! Frau Merkel, CDU und CSU und die SPD wollen nichts ändern, höchstens flicken. Aber wir wollen das nicht mehr! Unterstützen wir breit den Tarifikampf und sagen überall, wo es nur geht, dieser CDU/CSU/SPD-Regierung unsere Meinung! –

Carles Puigdemont muss freigelassen werden! Keine Auslieferung nach Spanien! Der spanische Staat hat immer noch tiefe Wurzeln im Franco-Faschismus. Der König von Francos Gnaden ist eine reaktionäre Figur. Persönlich finde ich die Abspaltung eines kleinen, nicht lebensfähigen Landesteils nicht sinnvoll, aber hier hat eben der reaktionäre spanische Franco-Staat seine Hausaufgaben zur demo-

kratischen Erneuerung bis heute nicht gemacht. Spanien ist kein fortschrittlicher Rechtsstaat, sondern ein reaktionärer, die Menschen einengender Staat. Generell gilt: Wo immer notwendig, ist Rebellion gerechtfertigt! Das müssen die Massen entscheiden und nicht die reaktionären Institutionen des bürgerlichen Staats. Also Freilassung von Puigdemont! –

Keine Zusammenarbeit mit dem faschistischen Erdogan-Staat! Erdogan ist der neue Hitler. Keine Beschwichtigungspolitik, sondern klar die Grenzen aufzeigen und die oppositionellen Kräfte unterstützen! Erdogan will ein neues osmanisches Sultanat von Wien bis zum Indischen Ozean und sich als Sultan krönen. Der Vernichtung der Armenier soll jetzt der Genozid an den Kurden folgen, und auch an der Grenzfrage gegenüber Griechenland, Zypern oder Syriens rüttelt Erdogan schon.

Erdogan muss unerbittlich bekämpft werden! Der deutsche Imperialismus, der nach 1945 mit der vollständigen Kapitulation vor den damaligen Alliierten erst einmal gestoppt wurde, darf nicht mit Erdogan zusammen neue imperialistische Ziele erreichen wollen! Türken und Menschen, die ihr Erdogan zujubelt, denkt nach und befreit euch von euren Phantastereien und von eurem neuen Hitler! Solidarität allen, die sich für eine demokratische, völkerverständige und friedliche Türkei einsetzen wollen!

Jobst Roselius

Die nächste Bremer **Montagsdemonstration** beginnt wegen der Osterfeiertage erst am **9. April 2018** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Spanien in Not: Katalanischer Putschdämon in Deutschland
gegen Kautionsfreilassung („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

658. Bremer Montagsdemo am 09. 04. 2018

Montagsdemos sind das „soziale Gewissen“ in Deutschland



Anlässlich der aktuellen Debatte über „Grundeinkommen oder Hartz IV“ hat die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom Donnerstag, dem 29. März 2018, im Leitartikel anerkennend über die Montagsdemos berichtet. Das spiegelt die Tatsache wider, dass die Montagsdemos das soziale Gewissen in Deutschland sind. Ihre unermüdliche Arbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Hartz IV nach wie vor präsent ist!

Hier ein Auszug aus dem Artikel der „Frankfurter Rundschau“: „Es gibt sie noch, die Montagsdemos gegen die Hartz-Gesetze. Zum 524. Mal wurde gerade im baden-württembergischen Esslingen demonstriert, zum 664. Mal im nordrhein-westfälischen Gelsenkirchen, zum 657. Mal in Bremen. Riesige Demonstrationen sind es am Anfang gewesen, ein paar Hundert oder ein paar Dutzend Menschen sind es nun meistens noch. Aber die Proteste sind stetig, und mit ihnen steht regelmäßig ein Gefühl auf der Straße: Es geht nicht gerecht zu in Deutschland.“

Harald Braun

Gegen die Militärschläge in Syrien!

Weltweit blicken die Menschen mit Sorge nach Syrien. Droht uns ein Dritter Weltkrieg? 450.000 Menschen mussten bereits ihr Leben in diesem Stellvertreterkrieg lassen. Viele imperialistische Mächte sind daran beteiligt, unter anderem die USA, Russland, Iran, Saudi-Arabien, Israel und die Türkei. Auch Großbritannien, die EU und Deutschland sind aktiver Teil der Kriegsmaschinerie. US-Präsident Donald Trump nimmt einen brutalen Giftgaseinsatz zum Vorwand, um Raketenangriffe gegen die syrische Regierung anzukündigen. Dazu hat die US-

Regierung weder ein Mandat, noch liegen Beweise dafür vor, dass die syrische Regierung für den Giftgas-Einsatz verantwortlich ist. Eine Untersuchung durch die UN soll nicht abgewartet werden!

Vor einigen Tagen hat bereits Israel syrische Stellungen bombardiert. Die Türkei hält Afrin völkerrechtswidrig besetzt. Russland hat schon vor der Ankündigung Trumps klargestellt, dass es solche Angriffe abwehren und die Ausgangsstellungen angreifen würde. Sollte sich dies bewahrheiten, dann würde Russland amerikanische Flugzeugträger bombardieren. Es käme zu einer brandgefährlichen direkten kriegerischen Konfrontation der beiden Atommächte USA und Russland, mit unabsehbaren Folgen einer weiteren Eskalation! Die Bundesregierung unterwirft sich der aggressiven Politik der USA, indem sie Luftüberwachung und logistische sowie militärische Hilfe leistet.

Die bundesweite Montagsdemobewegung ruft zum breiten und aktiven Widerstand gegen diese imperialistische Kriegstreiberei auf. Die einzige Kraft, die sich dieser Entwicklung erfolgreich entgegen stellen kann, ist die internationale Völkergemeinschaft. Gegen die von den Medien verbreiteten Gefühle der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins muss sich der Friedenswille der Menschen auf der ganzen Welt durchsetzen und in einen aktiven Kampf für den Weltfrieden übergehen. Wir brauchen den breiten Zusammenschluss aller friedensliebenden Menschen. Wir fordern den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Syrien! Die Bundesregierung muss sich aus sämtlichen militärischen Operationen in diesem Gebiet zurückziehen!

Die bundesweite Montagsdemobewegung bietet allen, die sich in diesem Sinne für den Weltfrieden einsetzen wollen, ihre Kundgebungen und Demonstrationen in 70 Städten Deutschlands als Plattform des gemeinsamen Kampfes an, montags in den Innenstädten, überparteilich und gleichberechtigt. Das Offene Mikrofon steht allen demokratischen Kräften zur Verfügung, außer Ultrareaktionären und Faschisten! Beteiligt euch an den Kundgebungen und Demonstrationen der Montagsdemos! Machen wir Montag, den 16. April 2018, zum Tag des Widerstands gegen die Militärschläge in Syrien und die wachsende (Welt)-Kriegsgefahr!

Erklärung der Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo

Terror gegen Menschenmassen ist immer faschistisch

Bei einer Amokfahrt sind am Samstag in Münster zwei Menschen ums Leben gekommen. Es gab viele Schwerverletzte, drei Personen schweben noch in Lebensgefahr. Beatrix von Storch, AfD, schob die Tat zuerst Flüchtlingen, dann pauschal sämtlichen Muslimen in die Schuhe, indem sie den deutschen Täter einen „

Nachahmer *islamischen* Terrors“ nannte. Terror gegen Menschenmassen ist immer faschistisch! Egal, ob der oder die Täter Muslime, Christen, Juden, Buddhisten oder sonst was sind. Anis Amri, der Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt, war Faschist – wie auch von Storch!

Anders Breivig, der 2011 in Norwegen 77 Jugendliche erschossen hat, war Faschist, bekennender Hitler-Anhänger und Rassist. Die „Welt“ hat aufgedeckt, dass der Täter von Münster in rechtsradikalen und faschistischen Kreisen verkehrte, aber Polizei und Regierung betonen ständig, es gebe keinen politischen Hintergrund; es handle sich um die Tat eines einzelnen, psychisch labilen Menschen. Das haben sie auch schon bei Breivig, dem Münchner Amokläufer und anderen faschistischen Attentätern getan. Der Faschismus als Ursache soll geschützt, getarnt, verharmlost werden.

Vor 70 Jahren ereignete sich eines der schrecklichsten faschistischen Massaker: Jüdische Faschisten unter Führung des späteren Ministerpräsidenten und – welch ein Hohn! – Träger des Friedensnobelpreises Menachem Begin, massakrierten die Bewohner des Palästinenserdorfes Deir Yasin. Die Angabe der Opferzahl schwankt zwischen 200 und 350. Fest steht, dass die faschistischen Attentäter Granaten in die Häuser warfen, wahllos Menschen erschossen und noch Lebende aus den Fenstern warfen. Es war der Beginn der Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land. Innerhalb weniger Tage mussten über 300.000 Menschen fliehen.



Heute will die Regierung Netanjahu das Westjordanland vollständig annekieren. Am Karfreitag wurden 17 wehrlose jugendliche Palästinenser erschossen und 1.400 verletzt. Eine Woche später, letzten Freitag, wurden nochmals mindestens neun Menschen erschossen und 491 verletzt. Das ZDF gab bekannt, keine Fotos davon zu zeigen, da sie „zu grausam“ seien. Die Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser, das ist Staatsterror – aber wer ihn so nennt, wird selbst als Terrorist beschimpft.

Deutsche Bank und Postbank kündigten der MLPD die Konten mit der Begründung der „Unterstützung des palästinensischen Freiheitskampfes“, was mit „Terror“ gleichgesetzt wird. Es wird der abartige Vorwurf erhoben, dass die MLPD als ICOR-Mitglied den Bau eines Gesundheitszentrums in Kobanê aktiv mit Brigadisten und Spenden gefördert hat, um damit den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu unterstützen und den Menschen wieder eine Rückkehr zu ermöglichen. Das wird von der Deutschen Bank als „Unterstützung von Terror“ bezeichnet – also von gerade der Bank, die so viel Dreck am Stecken hat wie sonst kaum eine Bank. In den Augen des Merkel-Freundes Erdogan sind auch die Kurden und ihre Selbstverteidigungskräfte allesamt Terroristen.

Derweil schreitet der Rechtsruck der Bundesregierung voran. CDU- Gesundheitsminister Spahn beschimpft alle Hartz-IV-Empfänger und verhöhnt sie: „Hartz

IV heißt nicht, arm zu sein“. Jetzt fordert er, endlich mehr „Recht und Ordnung“ zu schaffen. Genauso CSU-Landesgruppenchef Dobrindt: Selbst bis zum Stehkragen in die kriminellen Machenschaften in der VW-Abgaskrise verstrickt, fordert er, „linke Propagandahöhlen wie die ‚Rote Flora‘ auszuräuchern“. Gegen alles Fortschrittliche oder Revolutionäre soll rigoros vorgegangen werden.

Heimatminister Seehofer legt eine Neuregelung für den Familiennachzug vor. Danach soll es *keinen* Familiennachzug für Hartz-IV-Empfänger geben, bei gleichzeitigem Arbeitsverbot für Asylbewerber. Vertieft wird die Spaltung in „individuell Verfolgte“ und „Bürgerkriegsflüchtlinge“. Letztere bekommen, wenn überhaupt, nur „subsidiären“, also behelfsmäßigen Schutz. Geplant werden Abschiebegefängnisse gigantischen Ausmaßes. Seehofers Meisterstück soll das neue Polizeigesetz werden, wonach die Trennung von Polizei und Geheimdiensten weitgehend aufgehoben werden soll, die aber gerade eine Konsequenz aus den Terror-Erfahrungen mit der faschistischen Gestapo war.

„Gefährder“ sollen nun bis zu drei Monate und bei Richterentscheid auch unbefristet ins Gefängnis gesperrt werden können. Die DNA-Analyse wird erweitert auf Augen- und Hautfarbe sowie Geschlecht. Weitere Maßnahmen sind der unbegrenzter Einsatz von V-Leuten, der totale Zugriff auf Internet, Telefon, eigene Geräte sowie in Clouds gespeicherte Daten. Es soll keinen besonderen Schutz mehr für Asylbewerberheime geben. Der Entwurf des neuen bayerischen Polizeigesetzes soll die Blaupause für ein bundesweites sein. Aber auch der Bremer Entwurf für ein neues Polizeigesetz ist ein Angriff auf demokratische Rechte.

Staatstrojaner, GPS-Fussfesseln für „Gefährder“: Es braucht keinen dringenden Verdacht, es reicht, jemandem eine bestimmte Gesinnung „zuzutrauen“. Gegen diese *Faschisierung* des Staatsapparats müssen wir kämpfen! Mit solchen Gesetzen und dem Aufbau faschistischer Organisationen, wie sie zum Beispiel die AfD vorantreibt, wird der Übergang in eine faschistische Diktatur vorbereitet. Wie das läuft, kann man in der Türkei sehen, wo sämtliche auch nur halbwegs kritischen Journalisten inzwischen im Gefängnis sitzen und jegliche Kritik am Erdogan-Regime als „Terrorismus“ bezeichnet und verfolgt wird. Wehret den Anfängen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die hohe Kunst der Volksverhetzung: Am jüdischen Holocaust-Gedenktag verleiht die deutsche Musikindustrie einen Preis an ein Rap-Duo, das „Auschwitz-Insassen“ verhöhnt („*Spiegel-Online*“)

Trump lässt Syrien bombardieren: Kaum dass ihm der Sonderermittler auf die Pelle rückt („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

659. Bremer Montagsdemo

am 16. 04. 2018

Alle Imperialisten raus aus Syrien!



In der Nacht auf Samstag hat Donald Trump seine Drohung wahr gemacht: Über 100 Raketen wurden auf syrisches Gebiet in der Nähe von Damaskus und Homs abgefeuert. Frankreich und Großbritannien waren beteiligt an der „Strafaktion“ für einen angeblichen Giftgaseinsatz Syriens vor einer Woche. Bisher ist jedoch weder bewiesen, dass es überhaupt einen Giftgaseinsatz gab, und schon gar nicht, dass die syrische Assad-Regierung ihn befahl.

Dieser Angriff auf Syrien ist nicht von der Uno beschlossen worden und keine Selbstverteidigung, mithin ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht – ebenso wie die Besetzung Afrins, eines Teils von Nordsyrien, durch türkisches Militär. Bewusst wurde nicht abgewartet, bis die UN-Chemiewaffeninspektoren ihre Untersuchung gemacht haben. Ähnlich wurde schon vom damaligen Präsident Bush der Krieg gegen den Irak begründet, nämlich mit der Behauptung, man habe Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen Saddams Husseins. Später stellte sich das als dreiste Lüge heraus: Der Irak hatte niemals Massenvernichtungswaffen besessen.

Die Bundesregierung, an den Luftschlägen zwar nicht unmittelbar beteiligt, zeigt für diese volles Verständnis und bewertet sie als „genau richtig“ sowie „gerechtfertigt“. Mit Bundeswehr-„Tornados“ wird der Luftraum überwacht, deutsche Panzer werden in Afrin eingesetzt, die deutsche Fregatte „Hessen“ ist Bestandteil des US-Flottenverbands – Deutschland also durchaus Kriegspartei. Näher gerückt ist die Gefahr eines Dritten Weltkriegs, eines Atomkriegs zwischen den USA beziehungsweise der Nato und Russland, und damit der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen.

Auch der Handelskrieg zwischen den USA und China, der Rechtsruck der Regierungen, die neuen Polizeigesetze und das Aufpäppeln faschistischer Organisationen beziehungsweise völkisch-nationalistischer Gruppierungen wie der AfD stehen für diese gefährliche Entwicklung. Die Tendenz des Imperialismus zum Krieg wird immer bedrohlicher. Kriege können erst abgeschafft werden, wenn der Imperialismus abgeschafft ist!

Aktiver Widerstand gegen jegliche imperialistische Kriegsvorbereitung! Gegen den Rechtsruck der Regierungen! Alle Imperialisten raus aus Syrien! Auflösung der Nato sowie der Interventionseinheiten von EU und Bundeswehr! Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum faschistischen Erdogan-Regime! Keine deutschen Truppen im Ausland! Für Frieden, Freiheit, echten Sozialismus! Hoch die Internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die aktuelle Politik folgt den Vorgaben eines neoliberalen Netzwerks



1. „Die ‚Mont-Pèlerin-Society‘“, so „Wikipedia“, „ist ein 1947 von [dem österreichischen Nationalökonom] Friedrich von Hayek gegründeter Zusammenschluss von Akademikern, Geschäftsleuten und Journalisten, der das Ziel verfolgt, zukünftige Generationen von wirtschaftsliberalen Ideen zu überzeugen. Sie fungiert als zentraler Knotenpunkt neoliberaler Netzwerke.“ Die „Mont-Pèlerin-

Gesellschaft“ *wirkt*, seit ihr einfaches Konzept abgesteckt wurde. Ihre Ziele, unverändert seit der Gründung, lauten: keine Erbschaftsteuer, keine Vermögensteuer, überhaupt möglichst wenig Steuern zahlen. Der Staat soll nur notwendigste Ausgaben für Soziales leisten können, siehe 648. Bremer Montagsdemo.

„Die Anstalt“ des ZDF vom 7. November 2017 hat in einem Faktencheck Zusatzinformationen zur „Mont-Pèlerin-Gesellschaft“ bereitgestellt. Die Entwicklung des „Netzwerks neoliberaler Denkfabriken (Thinktanks) von 1947 bis heute“ und die zugehörigen Institute und Hochschulen sind dort nachschlagbar. Verwiesen wird auf eine „hegemonietheoretische“ Studie von Bernhard Walpen aus dem Jahr 2004 mit dem Titel „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft“ über die „Mont-Pèlerin-Gesellschaft“ und die Verbreitung des Neoliberalismus. Dieses interessante Buch, das die Veränderungen und Erfolge des Netzwerks schildert, hat knapp 500 Seiten und kann gegen Spende von der Website des VSA-Verlags heruntergeladen werden.

Zu den Erfolgen des Netzwerks gehört letztlich auch Hartz IV – durchgeführt von Gerhard Schröder. Die Leerung der öffentlichen Kassen gehört ebenfalls zu den befolgten Ratschlägen. Verteilt wurden die Steuereinnahmen an die Kapitalgesellschaften. Sie bekamen die Möglichkeit, einen reduzierten Körperschaftsteuersatz rückwirkend für die letzten zehn Jahre in Anspruch zu nehmen. Die

Steuerstattung erfolgte umgehend, nachzulesen auf der Seite zur 229. Bremer Montagsdemo. Vor Schröder leitete das Lambsdorff-Papier von 1982 die neoliberale Umgestaltung Deutschlands ein. Auf den „Nachdenkseiten“ heißt es dazu:

„Die nachträgliche Lektüre des Memorandums lässt erkennen, dass es sich um das offizielle Drehbuch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bis heute handelte und der ‚Marktgraf‘ ein wichtiger Wegbereiter der neoliberalen Hegemonie war. So sehr entsprechen zahlreiche Maßnahmen, die seither ergriffen wurden, dem dort niedergelegten Handlungskatalog: von einer zeitlichen Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf zwölf Monate über die Einführung eines ‚demografischen Faktors‘ zur Beschränkung der Rentenhöhe (‚Berücksichtigung des steigenden Rentneranteils in der Rentenformel‘) bis zur stärkeren Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen listete das Lambsdorff-Papier fast alle ‚sozialen Grausamkeiten‘ auf, welche die folgenden Bundesregierungen bis heute verwirklichten.“

Die aktuelle Politik hält sich an die Vorgaben der „Mont-Pèlerin-Society“. Die „schwarze Null“ (in Wirklichkeit eine blutrote Null!) soll erhalten bleiben, und die Steuern sollen nicht erhöht werden. Ein gravierender Erfolg des Netzwerks – aber viel Leid für die Bürgerinnen und Bürger. Steuervermeidung und Steuerstrafatten werden nur halbherzig verfolgt, eventuelle Rückforderungen erschwindelter Steuererstattungen bürokratisch behindert. Steuerpflichtige können noch immer per Vertrag mit dem Finanzamt in Luxemburg und einigen Kleinigkeiten die Steuerzahlung drastisch reduzieren. Die aktuellen Steuereinnahmen steigen längst nicht entsprechend der Unternehmensgewinne. Auf dieses Netzwerk komme ich zwangsläufig zurück.

2. Einige Anmerkungen zu Arbeitslosengeld II, Grundsicherung, Sozialhilfe und Asylbewerber-Leistungsgesetz. Viele Vorschläge aus der Politik zeigen, dass auch Regierungspolitiker nicht unbedingt „Hartz-IV-fest“ sind. Der Regierung ist bekannt, dass der Regelsatz für die Grundsicherung zu niedrig ist! Wurde er nach Kassenlage ermittelt? Er reicht nicht einmal aus, um die Einzelpositionen der Ermittlung tatsächlich zu bezahlen. Dabei fehlen noch weitere Positionen.

Hartz IV wurde als kurzfristige Überbrückung ausgegeben, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Es fehlen Zusatzfaktoren für die langfristige Lebensgrundlage! Nicht nur Waschmaschine, Kühlschrank und andere Geräte gehen kaputt – kaputt geht auch der Mensch, wenn er langfristig ausgegrenzt wird. Bei diesem Regelsatz ist das wohl eine unbestrittene Nebenwirkung!

Mit jeder Sanktion wird die Lebensgrundlage beeinträchtigt. Die Schulden bleiben oftmals langfristig. Zusätzlich wird mit jedem Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft die Lebensgrundlage beeinträchtigt. Wer sich Eigentum angespart hat, muss bis auf geringe Freibeträge alles verleben. Häuser und Wohnungen können zu groß oder bei angemessener Größe zu teuer sein. Der Verkauf kann auch mit Verlust gefordert werden. Kreditzinsen werden nur in Ausnahmefällen vom Jobcenter erstattet.

Als Trost muss herhalten, dass jede Entscheidung des Jobcenters per Gericht überprüfbar ist. Hartz IV hat mitmenschliche Auswirkungen: Ein Single im Leistungsbezug ist wie ein Mensch mit Aussatz, jede(r) mögliche Partner(in) bedenkt eventuelle Folgen. Auch wenn eine eheähnliche Partnerschaft oder Bedarfsgemeinschaft erst nach einem Jahr unterstellt werden kann, hält sich das Jobcenter womöglich nicht an diese Frist, wie schon bei anderen Regelungen.

3. Bremen hat in der Sitzung der Sozialreputation am 15. Februar 2018 über die Änderung der Verwaltungsanweisung zur **Miete** beraten. Die aktuelle Fassung stammt vom 1. März 2017. Die „Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung KdU/Miete“ ist mit Stand 1. Januar 2014 nicht aktuell. Der Entwurf der Verwaltungsanweisung ist als Anlage zur Vorlage 210/19 über die Tagesordnung aufrufbar. Er ist aufgrund von Streichungen unklar und verwirrend dargestellt. Auf den Seiten 1 bis 3 sind die Änderungen, Lösungen und Begründungen beschrieben (nachstehend Auszüge):

A. Problem. a) Unterkunftskosten von Leistungsberechtigten, die in der Wohnung mindestens eines Elternteiles, mindestens eines volljährigen Kindes oder eines volljährigen Geschwisterkindes leben (Haushaltsgemeinschaft). Mit dieser Neuregelung werden für den genannten Personenkreis Bedarfe der Unterkunft und Heizung zukünftig in pauschalierter Form als Bedarf berücksichtigt, und zwar unabhängig davon, ob diese Aufwendungen tatsächlich zu erbringen sind.

b) Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung in Wohngemeinschaften. Mit dieser Neuregelung hat grundsätzlich jede in der Wohngemeinschaft wohnende leistungsberechtigte Person einen Anspruch auf einen kopfteiligen Anteil an den Aufwendungen für Unterkunft und Heizung eines entsprechenden Mehrpersonenhaushaltes. Dabei ist zum Beispiel bei einer Wohngemeinschaft, bestehend aus drei Personen, der Dreipersonenhaushalt der Vergleichsmaßstab, also der Richtwert für einen Dreipersonenhaushalt.

Damit ist ausgeschlossen, dass im Falle einer Wohngemeinschaft, bestehend aus drei Personen, Bedarfe für Unterkunft und Heizung von drei Einpersonenhaushalten berücksichtigt werden. Eine Ausnahme besteht, wenn die leistungsberechtigte Person mit dem Vermieter oder einem anderen Mieter einen gesonderten Mietvertrag über die ihr allein zu nutzenden Räume und gemeinschaftlich zu nutzenden Flächen abgeschlossen hat.

Durch diese Regelung sollen laut Gesetzesbegründung bislang bestehende Auslegungsfragen beseitigt werden, die sich bei der Ermittlung angemessener Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung bei Wohngemeinschaften sowohl für die Wohnung insgesamt als auch für die auf einzelne Bewohner fallenden Anteile ergeben. In der aktuellen Verwaltungsanweisung ist geregelt, dass für Mitglieder einer Wohngemein-

schaft grundsätzlich die Maßstäbe des Einzelwohnens, also die Richtwerte für Einpersonenhaushalte gelten. Damit folgte das Sozialressort bislang einer entsprechenden Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes aus dem Jahr 2008.

c) Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte, die nicht in einer Wohnung, sondern in einer sonstigen Unterkunft leben. Neu geschaffen wurde außerdem eine Regelung für die Anerkennung von Bedarfen für Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte, die nicht in einer Wohnung, sondern in einer sonstigen Unterkunft leben.

Sonstige Unterkünfte sind danach besondere Unterbringungsformen, die in der Regel nicht einer länger- oder gar dauerhaften Unterbringung, sondern der Überbrückung von Zeiträumen dienen, für die Leistungsberechtigte über keine Wohnung verfügen. In den überwiegenden Fällen handelt es sich um Wohnraum, der durch die Zentrale Fachstelle Wohnen vermittelt wird. Somit wird auch dort, wie bereits aktuell, überwacht, dass eine solche Unterbringung möglichst nur vorübergehend erfolgt.

B. Lösung. Aufgrund der gesetzlichen Änderung zum 1. Juli 2017 ist die Verwaltungsanweisung für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung und zur Sicherung der Unterkunft entsprechend anzupassen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sieht in der Überarbeitung der Verwaltungsanweisung nicht vor, dass die unter A. angeführte gesetzliche Neuregelung zu den Wohngemeinschaften aufgrund fehlender gesetzlicher Regelung im 3. Kapitel des SGB XII sowie im SGB II analog angewendet werden.

Nach der Gesetzesbegründung wurde erstmals eine Regelung zur Anerkennung von Bedarfen für die Unterkunft und Heizung für Wohngemeinschaften geschaffen, die die bestehenden Auslegungsfragen beseitigt und den Maßstab des Einzelwohnens ausschließt. Zwar könnte eine analoge Anwendung im 3. Kapitel SGB XII und im SGB II aufgrund der Gleichbehandlung in der Stadt Bremen getroffen werden, diese ist aber wegen der gesetzlichen Regelung allein im 4. Kapitel des SGB XII nicht zwingend notwendig. Gleichwohl soll auch in diesen Rechtsgebieten ausgeschlossen werden, dass der Maßstab des Einzelwohnens je Mitglied einer Wohngemeinschaft berücksichtigt wird.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Wohngemeinschaft in der Regel einen höheren Flächenbedarf hat als eine Familie gleicher Größe. Aus diesem Grund soll für Wohngemeinschaften im 3. Kapitel SGB XII und im SGB II als Bedarf für die Unterkunft der Richtwert eines um eine Person erhöhten Mehrpersonenhaushaltes zugrunde gelegt werden. Die Änderungen sind in der anliegenden Verwaltungsanweisung kenntlich gemacht.

Darüber hinaus erfolgen nachstehende Klarstellungen der Verwaltungsanweisung zu folgenden Punkten: Regelungen zur Ermessensprüfung bei der Notwendigkeit von rollstuhlgerechtem Wohnraum, Regelungen bei einem Wohnungswechsel während des Leistungsbezuges, unverzügliche Einschaltung der Zentralen Fachstelle Wohnen bei Mietschulden, Hinweis und Beratung zur Kampagne „Zappenduster“ und zur Energieberatungsstelle. Außerdem wurden weitere redaktionelle Klarstellungen vorgenommen, die ebenfalls in der anliegenden Verwaltungsanweisung kenntlich gemacht sind.

Diese Verwaltungsanweisung wird erst nach Veröffentlichung der tatsächlichen Fassung auf der Internetseite „Soziales Bremen“ wirksam. Aktuell steht sie dort noch nicht und ist daher noch nicht rechtskräftig. Gültig sind somit die bisherige Verwaltungsweisung und die Arbeitshilfe vom 1. Januar 2014. Folge ist eine „Rosinenpickerei“ zugunsten der Leitungsempfänger. Grundlage für diese Änderungen ist die Gesetzesänderung vom 1. Juli 2017.

Wer in einer Wohngemeinschaft lebt und in den Änderungen ein Problem sieht, kann noch eine Änderung herbeiführen, aber bitte nicht rückwirkend und nur nach Aufsuchen einer Beratungsstelle. Zu prüfen ist auch, ob Bestandschutz greift. Bei solchen Unklarheiten ist bei der Arbeitshilfe zu dieser Verwaltungsanweisung mit weiteren Verzögerungen zu rechnen. Ein Entwurf muss ebenfalls durch die Deputationen. Die nächste Sitzung ist am 19. April 2018. Die Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft steht nicht auf dieser Tagesordnung.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Bätschi, Frau Nahles: Wenn der 100-Prozent-Vorsitzende ein Fünftel der Wählerstimmen holt, wie viel Prozent kriegt dann die Zwei-Drittel-Vorsitzende?
(„Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

660. Bremer Montagsdemo

am 23. 04. 2018

Die Flüsse sind in einem katastrophalen Zustand



Die wenigsten Flüsse und Bäche in Bremen sind ökologisch in einem guten Zustand. Nur in der Wümme und in der Lesum gibt es noch eine typische Ausprägung von Fischen, Pflanzen und Kleintieren. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der Umweltbehörde hervor. Nur neun von 33 Fließgewässern, also 27 Prozent, erreichen gerade noch einen „mäßigen“ Zustand. Die Umweltbehörde stuft 42,5 Prozent als unbefriedigend und 30 Prozent als schlecht ein. Dass diese Situation in Niedersachsen

und Deutschland nicht besser ist, zeigt eine alarmierende Entwicklung auf, einen wesentlichen Faktor für die permanente Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der verdeutlicht, dass unsere Mutter Erde immer rasanter auf einen globalen Kollaps zusteuert. Was sind die wesentlichen Ursachen für den katastrophalen Zustand der Gewässer?

Erstens führen die jahrzehntelange Begradigungen, Verengungen und Vertiefungen der Flüsse zu einem unnatürlich großen Tidenhub. Die ständigen Wassertiefungen haben den Tidenhub von 50 Zentimetern auf inzwischen 4,20 Meter anschwellen lassen. Dabei ist kein Ende abzusehen, weil der Bremer Senat und die Landesregierungen in Niedersachsen und Hamburg im Interesse der Schifffahrts- und Handelskonzerne die Elbe und die Weser weiter ausbauen wollen. Für den Transport durch gigantische Containerschiffe soll der Gewässerschutz geopfert werden. Aktuell führt der enorme Tidenhub an der Wümme zu bedrohlichen Uferabbrüchen. Die „Umweltgewerkschaft“ und viele Bürgerinitiativen fordern, dass endlich Schluss sein muss mit der Vertiefung von Weser und Elbe.

Zweitens zerstört die massive Einleitung von Schadstoffen und Nährstoffen aus der Massentierhaltung die Lebensgrundlagen der Fische und Pflanzen in den Gewässern. So wird der Grenzwert für Nitrat inzwischen auf 60 Prozent der Landesfläche Bremens überschritten. Gefährliche Keime, gegen die viele Antibiotika nicht mehr wirken, verseuchen Bäche, Flüsse und Badeseen in Deutschland.

In Proben aus Niedersachsen fanden sich multiresistente Erreger. Bisher gab es keine systematischen Kontrollen, und es war nicht bekannt, dass Gewässer so stark belastet sind. In der Massentierhaltung durch die Agrarindustrie werden Antibiotika inflationär verwendet. Das ist mit ein Grund, warum wir uns als „Umweltgewerkschaft“ für das Verbot der Massentierhaltung einsetzen und für ein Leben im Einklang mit der Natur.

Im Programm der „Umweltgewerkschaft“ heißt es dazu: „Die ganze Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben ist vom kapitalistischen Profitprinzip geprägt. Das führt zu einem rücksichtslosen Raubbau an der Natur und zu einer allseitigen Umweltzerstörung im globalen Ausmaß. Dadurch steuert die Menschheit auf eine Umweltkatastrophe zu, die das Leben auf der Erde in seiner heutigen Form akut gefährdet. Um eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen. Dazu will die ‚Umweltgewerkschaft‘ entschlossen beitragen. Wir treten für eine gesellschaftliche Alternative ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.“ Wer sich dafür einsetzen möchte, ist bei uns herzlich willkommen! Kontakt in Bremen bekommt ihr über [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloud-mail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen@cloud-mail.de).

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Ein „veritabler geistiger Widersacher“ bleibt unerkannt



1. Die sehenswerte ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ hat am 27. Februar 2018 die **Klimakatastrophe** als Thema bearbeitet. Die Fakten – einprägsam, unglaublich und ungeheuerlich – sind im zugehörigen „Faktencheck“ auf rund 50 Seiten detailliert nachzulesen. Die Handlung: Ein Raumschiff wird zur Erde zurückbeordert. Als der Planet sichtbar wird, ist dieser nicht wiederzuerkennen: Außer Hamburg und

Holland stehen weite Gebiete unter Wasser.

Die Zeitmaschine wird bemüht und ein Rücksprung ins Jahr 2018 gemacht, als dies alles noch abwendbar gewesen wäre. Im Jahr 2018 angekommen, sind keine Verhaltensänderungen bei den Menschen zu erkennen. Angela Merkel mit ihrer Verschiebung des Klimaproblems wird demaskiert. Dass die Klimakatastrophe *nicht* durch den Menschen gemacht wird, glauben nur wenige Wissenschaft-

ler. In ihrer Mehrzahl sind sie als Forschende den Spuren der Verwüstung auf den Fersen und aktuell machtlos, weil die Politik nicht bereit ist, Änderungen vorzunehmen. So wird die kommende Klimakatastrophe anschaulich aufgedrösel.

In diesem Beitrag werden auch die Verschmutzungsrechte erläutert: Die Unternehmen müssen für ihre Verschmutzungen Zertifikate haben. Wird die Verschmutzung verringert, kann das Unternehmen Zertifikate an der Börse verkaufen. Deren Erwerber können dann die entsprechende Verschmutzung der Atmosphäre vornehmen und ausweiten. Wer der Erde etwas Gutes tut, kann dafür Gutschriften erhalten. Schnell wird klar: Die Verschmutzungsrechte führen keinesfalls zu einer Verringerung der Luftverschmutzung, sondern höchstens zu einer Verschiebung. Der Erfinder dieser Legalisierung der Luftverschmutzung hat dafür eine hohe Ehrung erhalten („Faktencheck“ vom 27. Februar 2018, Seite 46). Er gehört zum neoliberalen Netzwerk der „Mont-Pèlerin-Society“ (siehe Vorwoche).

Nebenbei wurde ein Betrug am Verbraucher öffentlich: Die Verschmutzungsrechte wurden für den Istzustand an die Verschmutzer *kostenlos* verteilt. Die Energieversorger haben jedoch Kosten für einen Erwerb der Verschmutzungsrechte berechnet und an die Kunden weitergegeben, obwohl die Unternehmen nichts dafür bezahlt haben. Die Größenordnung (siehe Seite 39 des „Faktenchecks“): „Die fünf großen deutschen Stromversorger haben in den Jahren 2005 bis 2012 Emissionsrechte im Wert von knapp 21,4 Milliarden Euro kostenlos erhalten“.

Diese Übervorteilung der Bürger ist politisch abgesegnet: „Stromkunden wurden abgezockt. Für die Energiekonzerne erweist sich der Emissionshandel als ein ‚Free Lunch‘, der mal eben mitgenommen wird. Völlig legal können sie bis 2012 ihren privaten Kunden über den Strompreis Kohlendioxid-Zertifikate in Rechnung stellen, die sie kostenlos vom Staat erhalten haben. Besonders lukrativ war diese Masche der Stromerzeuger in der ersten Handelsperiode für Kohlendioxid-Zertifikate von 2005 bis 2007, weil die großzügig von der Regierung verteilten Emissionsrechte ihr Kohlendioxid-Budget weitgehend abdeckten.“

Die „Mont-Pèlerin-Society“ tut scheinbar nichts, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. Sie ist der treibende Faktor zur weltweiten Vernichtung von Lebensraum und Vermögen. Sie handelt absolut unverantwortlich, weil die Veränderung durch die Klimakatastrophe nicht nur bleibend ist, sondern sich dynamisch ausbreitet. Der Verlust ist nicht auf tieferliegende Gebiete beschränkt, denn in vielen Gegenden der Welt wird Hitze die Wohnbarkeit unmöglich machen. Da hilft auch kein Rückzug in die Berge, kein Umsiedeln in ein abgeschiedenes Tal. Wenn der Permafrost schwindet, verliert mancher Berg den Zusammenhalt. An der Zugspitze fallen die Brocken den Talbewohnern bereits „vor die Füße“, siehe 640. Bremer Montagsdemo. Warum erkennen diese Superreichen den Ernst der Lage nicht? Haben sie so schlechte Berater? Geld ist nicht essbar!

Auch die Autoindustrie enttäuscht. Selbst die Software-Nachrüstung kommt nicht wie versprochen voran. Keiner will ein innerstädtisches Fahrverbot, aber saubere Luft rettet Leben. Die Kohlekraftwerke können sofort stillgelegt werden. Dafür muss kein Atomkraftwerk wieder ans Netz oder erst verzögert abgeschaltet

werden. Gaskraftwerke können vorübergehend die Notfallreserve übernehmen, innerhalb von Tagen. Leider ist die angekündigte Stilllegung der Kohlekraftwerke bisher nicht umgesetzt worden. Natürlich müssen auch die Arbeitnehmenden entsprechende Unterstützung erhalten.

Die erneuerbaren Energien werden durch die Bundesregierung behindert. Die Streichung oder Reduzierung der Förderbeiträge hat den Ausbau nicht wesentlich bremsen können. Windparks auf hoher See arbeiten wirtschaftlich. Die Bundesregierung verweigert jetzt die Genehmigung. Die Stromtrassen wurden von Bayern erfolgreich behindert und sind nicht fertig, „der Norden“ wird den Strom nicht los. Eine Abschaltung der Braunkohlekraftwerke im Norden könnte Windenergie in die Leitungen lassen. Regenerative Kombikraftwerke ermöglichen eine verlässliche Stromversorgung allein mit erneuerbaren Energien.

Die geschrumpfte Großkoalition hindert sich selbst an der Lösung von Existenzproblemen. Die Befolgung des neoliberalen Mantras der „Mont-Pèlerin-Society“ ist diesen Politikern scheinbar wichtiger. Die „schwarze Null“ wird immer blutiger! So soll nun die Braunkohle weitere 20 Jahre „Umbauzeit“ erhalten. Diese Forderung ist sehr nachteilig für alle Menschen, insbesondere für die Mitarbeitenden. In 20 Jahren wird die Digitalisierung alles verändert haben. Rücksicht auf einzelne Branchen gehört dann wohl endgültig der Vergangenheit an. Züliges und problemorientiertes Handeln ist erfolgsversprechender!

Wie die Auto-Abgaswerte politisch behandelt wurden und was ein Kanzlerinnenwort für Folgen nach sich zieht, ist im erwähnten „Faktencheck“ auf Seite 28 nachlesbar. Merkel sagte bei der 21. Konferenz der Vereinten Nationen zum Klimawandel am 30. November 2015: „Es geht um die Grundlagen des Lebens der Generationen, die nach uns kommen. Wir wissen: Wir müssen heute handeln.“ Das war nur heiße Luft. Man schaue sich die Spenden an die Parteien an, versehe sie mit Datum und kann wahrscheinlich prompten Spendeneingang für unternehmensakzeptierte „Gefahrenabwehr“ nachlesen.

2. Wir haben zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Der Verkauf von **Wohnungen** der öffentlichen Hand und zu wenig neu gebaute Sozialwohnungen werden allgemein als Ursache genannt. Die privaten Vermieter und die Wohnungsbaugesellschaften drehen teilweise sehr intensiv an der Preisschraube. Unter diesen Gegebenheiten macht nun das „Institut der deutschen Wirtschaft“ folgenden Vorschlag:

„Die deutschen Kommunen besitzen Millionen Wohnungen, die Milliarden Euro wert sind. In der derzeitigen Marktlage lohnt sich ein Verkauf, zeigt eine Studie des ‚Instituts der deutschen Wirtschaft‘. Manche Großstädte könnten sich damit auf einen Schlag entschulden.“ Dieser Vorschlag wird mit Daten unterfüttert. Er ist aus meiner Sicht total daneben, denn diese Handhabung würde weitere Mieter der Willkür der Konzerne aussetzen. Auch das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ gehört gemäß Ergänzungen zum „Faktencheck“ der „Anstalt“ vom 7. November 2017 (Seite 18) zum Netzwerk der „Mont-Pèlerin-Society“.

„Einen schwachen Staat können wir uns nicht leisten“, betitelt der „Weser-Kurier“ einen Artikel vom 3. April 2018. Der Bürgermeister von Achim, Herr Bovenschulte, reagiert darin auf die Forderung von Herrn Müller-Arnecke, dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats, nach „so viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig“. Müller-Arnecke hatte aktuelle Beispiele in Bremen herangezogen und als Fazit gefordert: „Die Bremer Regierung sollte sich auf ihr Kerngeschäft fokussieren, ihre Hausaufgaben machen und zusätzlichen Ballast von Bord werfen, indem unternehmerisches Handeln nicht von Beamten, sondern von Unternehmern durchgeführt wird.“

Dies hat Herr Bovenschulte zurechtgerückt. Er meint, „dass Müller jedes Verständnis für die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu fehlen scheint. Auch in einer Marktwirtschaft gibt es viele Güter, die nicht zu Waren gemacht werden dürfen, Güter, die nicht wie Zahnbürsten gehandelt werden können oder sollten. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum für alle und eine gute Gesundheitsversorgung. Nicht alle Menschen sind gleichermaßen darauf angewiesen, dass es eine starke kommunale Wohnungsgesellschaft wie die Gewoba gibt. Richtig ist aber auch, dass es unserer Gesellschaft gut tut, wenn nicht nur der Markt regiert, denn der ist auf dem sozialen Auge blind. Öffentliche Unternehmen bilden ein notwendiges Gegengewicht zum privaten Gewinnstreben. Dafür werden sie auch in Zukunft gebraucht. Die meisten Menschen können sich einen schwachen Staat nicht leisten.“

Die Forderung, der Staat solle sich aus allen wirtschaftlichen Tätigkeiten raus halten, gehört zum Mantra des Netzwerks der „Mont-Pèlerin-Society“. Eine von der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ geförderte „hegemonietheoretische“ Studie von Bernhard Walpen aus dem Jahr 2004 mit dem Titel „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft“ über die Verbreitung des Neoliberalismus, gegen Spende zum Download erhältlich beim VSA-Verlag, wurde in der „Frankfurter Allgemeinen“ von einem Experten der FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung“, die selbst der „Mont-Pèlerin-Society“ angehört, als „wohlrecherchierte faktenreiche Fundgrube sondergleichen“ bewertet.

„Es verwundert, dass es so lange gedauert hat, bis die ‚Mont-Pèlerin-Society‘ auf der linken Seite des politischen Spektrums als veritabler geistiger Widersacher erkannt wurde“, schreibt der liberale Rezensent: „In vielen Ländern der Welt halfen ihre Mitstreiter, die sozialistische Hegemonie im öffentlichen Diskurs einzudämmen.“ So konnte in Deutschland mit der Agenda 2010 der Turbo der Umverteilung von unten nach oben gezündet werden. Hartz IV ist eben auch *Reichtum* per Gesetz!

3. Bremen will ein neues **Polizeigesetz** verabschieden, Bayern hat schon eines. Kritiker bemängeln unter anderem, dass durch Videoüberwachung „unschuldige Menschen sich permanent beobachtet fühlen. Das kann nachweislich dazu führen, dass Menschen auf ihr Recht verzichten, ihre Meinung zu äußern oder zu zei-

gen.“ Der Entwurf muss überarbeitet werden! Die Menschenrechte müssen wie bisher respektiert werden!

Die Satiresendung „Extra 3“ hatte das neue bayerische Polizeigesetz zum Thema und stellte fest: „Der bayerischen Polizei sollen Kontrollbefugnisse eingeräumt werden, die keine deutsche Behörde seit 1945 besessen hat.“ Ich halte das nicht für wünschenswert. Wurden nicht gerade die Bearbeitungsfehler rund um den Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016 aufgearbeitet, einschließlich der „Aktenpflege“? Auch die Anwesenheit des „Verfassungsschutzes“ in der Nähe der Tatorte der NSU-Mörder ist noch immer nicht erklärt.

Ein Bremer Anwalt wurde über drei Jahrzehnte grundlos überwacht und ausspioniert. Die Abhöraktionen der Amerikaner und das Ausspionieren in Deutschland sollen auf Anweisung der Bundeskanzlerin nicht stattgefunden haben, dabei geht aus den Unterlagen von Edward Snowden das systematische Ausspionieren der Infrastruktur auch in Deutschland eindeutig hervor, siehe 653. Bremer Montagsdemo. Zu den Polizisten habe ich Vertrauen, aber nicht zur politischen Führung! Das Einschränken von Grundrechten und die Auswirkung von umfangreichen vollautomatischen IT-gestützten Überwachungsmustern erprobt gerade China sehr erfolgreich. Wie leben und lieben unsere Grundrechte!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Meine Hochachtung gilt einer menschlichen Amtsleiterin

1. Am Sonntag wurde Andrea Nahles als neue **SPD-Vorsitzende** gewählt, mit 66 Prozent der Delegiertenstimmen. Das ist nicht gerade viel. So wenig hat noch keiner ihrer Vorgänger bekommen – außer Oskar Lafontaine, aber das ist nicht vergleichbar, weil er in einer Kampfabstimmung den amtierenden Rudolf Scharping „vom Thron“ stieß. Gegenkandidatin Simone Lange erhielt mit 27,5 Prozent relativ viele Stimmen, obwohl sie so gut wie totgeschwiegen wurde.



Im Gegensatz zu Nahles hatte Lange gefordert, Hartz IV abzuschaffen und sich bei allen Betroffenen dafür zu entschuldigen. Das wäre zumindest in dieser Hinsicht ein Neuanfang gewesen. Nahles hingegen will zwar „gedanklich keinen Stein auf dem anderen lassen“, aber Konkretes sagt sie nicht. Nur mit heißer Luft wird es nichts mit dem Neuanfang! Wie ihre Vorgänger steht auch Nahles für eine Politik im Interesse des Großkapitals. Die SPD ist schon seit über 100 Jahren keine Partei der Interessen der Arbeiter mehr!

2. Letzte Woche machte eine „Korruptionsaffäre“ bundesweit große Schlagzeilen: Der früheren Leiterin der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird „Bestechlichkeit“ vorgeworfen. Ihre Tat: Sie habe 1.200 Jesiden „zu Unrecht“ **Asyl** gewährt. Dabei gibt es keinerlei Beweis für Bestechlichkeit – das ist mal wieder so eine Lüge im Drecksblatt „Bild“, aber auch in anderen Zeitungen. Viel wahrscheinlicher ist, dass die ehemalige Amtsleiterin menschlich auf Seite der geflohenen Jesiden steht.

Vor allem im Irak werden Jesiden vom faschistischen „Islamischen Staat“ verfolgt. Bei einem Massaker in Sindschar wurden Hunderte ermordet, Frauen und Mädchen als Sexsklavinnen verschleppt. Kämpferinnen und Kämpfer von PKK und YPG befreiten einen Fluchtkorridor, nachdem sowohl die irakische Armee als auch die Peschmerga den faschistischen IS-Horden kampflös Land und Waffen überlassen hatten. Auch in Syrien werden die Jesiden verfolgt, so in Afrin durch die türkischen Eroberer – ebenfalls im Zusammenspiel mit faschistischen Horden.

Aber wenn Jesiden hierher nach Deutschland gelangen, zum Beispiel auf der „Balkanroute“, kommen sie über die Türkei, Griechenland und Bulgarien. Dort werden ihre Fingerabdrücke abgenommen, und wenn sie dann hier erkennungsdienstlich behandelt werden, erhalten sie kein Asyl, sondern sollen in ihren „sicheren Herkunftsstaat“ abgeschoben werden. Wenn das die BAMF-Leiterin nicht mitmachen wollte, hat das nichts mit Korruption zu tun. Ganz im Gegenteil hat sie dann aus Menschlichkeit und Solidarität gehandelt. Davor habe ich Hochachtung, dafür hätte sie einen Orden verdient!

CSU-Chef Seehofer will jetzt alle Fälle überprüfen und das BAMF „neu aufstellen“. In Bayern gibt es bereits jetzt nur halb so viele erfolgreiche Asylverfahren wie anderswo – mit welchem Recht? Die hohe Ablehnungsquote will Seehofer bundesweit durchsetzen, was nichts anderes ist als die stückweise Abschaffung des Asylrechts. Für das Recht auf Flucht! Schluss mit der Hetze gegen Flüchtlinge! Keine Abschiebezentren wie riesige Gefängnisse!

3. Seehofers Parteifreund Scheuer führt als Verkehrsminister die Politik seines Vorgängers Dobrindt fort, die Autokonzerne und ihre kriminellen Machenschaften zu schonen, aber die Verbraucher und die Natur zu schädigen. Ein Kläger forderte 85.000 Euro wegen **Abgasbetrug**, weil sein Luxuswagen entgegen den offiziell ausgewiesenen Abgaswerten das Zigfache rausbläst. Das Gericht in Heilbronn

lud Krafftfahrt-Bundesamtschef Zinke vor, aber Minister Scheuer, sein Vorgesetzter, verbot per Weisung den Gerichtsauftritt.

Die Gerichte sind teils noch die einzigen, die nicht mit den Konzernen unter einer Decke stecken. Letzte Woche gab es eine Razzia bei Porsche, ein Spitzenmanager kam in Haft wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr. Das alles bestätigt, was Siegmur Herrlinger, IT-Fachmann bei Porsche, gesagt und wofür er zwei fristlose Kündigungen erhalten hatte, die beide zurückgenommen werden mussten: Es gibt kriminelle Machenschaften der Konzernspitze, und die Regierung ist weiterhin Erfüllungsgehilfe der kriminellen Abgasbetrüger!

Wolfgang Lange (MLPD)

Missbrauch religiöser Symbole: Nichtjuden machen Selbsterfahrung mit Kippa, Islamgegner dekorieren Amtsstuben mit Kreuzen („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

661. Bremer Montagsdemo am 30. 04. 2018

Der 1. Mai ist auch ein Kampftag für den Weltfrieden



Zurzeit beträgt der Mindestlohn 8,84 Euro pro Stunde. Nach Berechnung der „Hans-Böckler-Stiftung“ reicht das nicht zum Leben: Je nach Stadt oder Region, in der man lebt, fehlt unterschiedlich viel. In München etwa, so die Stiftung, werden mindestens 12,77 Euro benötigt. Bei einer 35-Stunden-Woche ergeben 8,84 Euro brutto 1.340 Euro im Monat, bei zwölf Euro wären es 1.800.

Auch das ist viel zu wenig, denn wenn man die ganzen Abzüge berechnet, bleibt man immer noch unter der Armutsgrenze. Die Zahl der Aufstocker hat seit Einführung des Mindestlohns kaum abgenommen, wohl aber die Summe der staatlichen Zuschüsse. Viele versuchen sich mit extrem vielen Überstunden über Wasser zu halten oder nehmen einen Zweitjob an. Das kann nicht die Lösung sein in einem Land, wo die Profite nur so sprudeln!

Volkswagen hat im letzten Jahr trotz hoher Strafzahlungen das bislang höchste Konzernergebnis erzielt, 11,4 Milliarden Euro Nettogewinn, mehr als doppelt so viel wie 2016. Ex-Vorstand Müller bezieht, wie sein Vorgänger Winterkorn, 3.900 Euro Rente am Tag, auf sieben Stunden umgerechnet ein Stundenlohn von 557 Euro. Das ist noch nichts im Vergleich zu „aktiven“ Vorständlern: Post-Chef Frank Appel bekommt im Jahr ein Gehalt von 9,9 Millionen. Das entspricht, auf eine 35-Stunden-Woche umgerechnet einem Stundenlohn von 5.444 Euro.

Nicht nur Hartz IV ist also staatlich verordnete Armut, sondern auch schon der Mindestlohn. Mindestens zwölf Euro müssen es sein, und das auch nur als Übergangslösung! Für kräftige Lohnerhöhungen kämpfen! Dafür steht auch der 1. Mai. Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze, die in Deutschland momentan bei circa 1.600 Euro im Monat liegt! Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

Diesen Samstag ist 200. Geburtstag von Karl Marx. Die Medien kommen nicht umhin, seiner in irgendeiner Weise zu gedenken. Dabei wird viel getan, ihn zu verdrehen. Der Marxismus ist nach wie vor lebendig und wird und eindrucksvoll bestätigt. Die wichtigste Zusammenfassung lautet: Proletarier aller Länder, verei-

nigt euch! In der immer zugespitzteren Weltlage, bei wachsender Kriegsgefahr, ist das eine wichtige Leitlinie.

Am Sonntag war US-Außenminister Pompeo, ein „Falke“ – wobei ich das Wort nicht mag, es ist geradezu eine Verunglimpfung dieser wundervollen Greifvögel! –, bei Netanyahu in Israel. Stunden später erfolgten Raketenangriffe auf Syrien mit 26 Toten, wohl kaum ohne Rückendeckung seitens der USA. Schon vor drei Wochen gab es ähnliche Angriffe mit 14 Toten. Auch hier war Israel der mutmaßliche Täter.

Israel und die USA behaupten, der Iran arbeite weiter an Atomwaffen. Dabei sind sie selbst Atommächte und die USA der einzige Staat, der sie auch schon eingesetzt hat, im Zweiten Weltkrieg. Dass der Iran ebenfalls ein imperialistischer Staat mit einem faschistischen Regime ist, rechtfertigt die Kriegsvorbereitungen gegen ihn nicht. Sie erinnern stark daran, wie mit der Lüge, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, der Irak-Krieg vorbereitet wurde.

Für eine neue, antiimperialistische Friedensbewegung! Wir dürfen uns bei Kriegen zwischen Imperialisten auf keine Seite stellen. Wir gehören auf die Seite der um Freiheit, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Völker! Der 1. Mai ist nicht nur Kampftag für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Arbeitslosen, der Jugend und der Frauen, sondern auch ein Kampftag für den Weltfrieden – für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Wolfgang Lange (MLPD)

Der Öffentlichkeit wird erzählt, Hartz-IV-Beziehende seien „bessergestellt“ worden



1. Unter dem Titel „Die Mängel erkennen und beseitigen“ schreibt Peter Bohlmann, Landrat im Kreis Verden, im „Weser-Kurier“ vom 29. April 2018 folgenden Kommentar: „Falsch ist auch die Kritik am sogenannten Sozialabbau durch Hartz IV. Gleich im ersten Jahr stiegen die Ausgaben durch das neue Gesetz um fünf auf 48 Milliarden Euro, weil die ehemaligen Sozialhilfeempfänger und eine hohe Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger bessergestellt worden sind.“

Komisch: Bremen hat im Jahr 2005 durch Hartz IV 60 Millionen Euro eingespart. Veranlagt waren im Haushalt sogar 100 Millionen Minderausgaben, ver-

ursacht durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II. Die ehemaligen Sozialhilfeempfänger hatten als ALG-II-Hilfebedürftige keinen Anspruch mehr auf Leistungen für besondere Bedarfe, und die Arbeitslosenhilfebeziehenden erhielten als ALG-II-Hilfebedürftige in der Regel wesentlich geringere Leistungen, in der Spitze waren es 1.000 Euro monatlich weniger.

Um diesen Unterschied abzumildern, gab es sogar eine Übergangsregelung: „Der befristete Zuschlag ist eingeführt worden, um finanzielle Härten beim Übergang vom Arbeitslosengeld I oder von der aktuellen Arbeitslosenhilfe in das ALG II abzufedern. Mit dem ALG-II-Zuschlag soll für zwei Jahre der Unterschiedsbetrag zwischen dem vormaligen Arbeitslosengeld I plus Wohngeld und dem nach Bedürftigkeit zustehenden ALG II ausgeglichen werden.“ Außerdem konnte eine Arbeitslosenhilfe unterhalb der Sozialhilfesätze auf dieses Niveau aufgestockt werden. Mir ist schleierhaft, warum ein Fachmann eine so verquere Meinung kundtut. Sollen Erwerbslose wieder einmal in schlechtes Licht gerückt werden – und das von einem Landrat?

2. Auch diesem Autor sind die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 23. April 2018 über Hartz IV und der dazugehörige „Faktencheck“ zu empfehlen. Die Sendung steigt ein am ersten Tag des ALG II. Es erscheinen der „aktivierende Sozialstaat“ und Volkes Meinung. Querbeet geht es durch das Leiden des Langzeitarbeitslosen, mit Hinweisen auf die Verursacher.

Im Beitrag ist der Hürdenlauf der **Antragstellung** auf ALG II nicht enthalten. Die Leistung beginnt am ersten Tag des Monats der Antragsstellung, auch rückwirkend. Daher ist vor der Antragstellung, möglichst mit Sicherheitsabstand, eine Beratungsstelle aufzusuchen, denn für Ersparnis, Lebensversicherungen, Renten- und Banksparrverträge gelten die Regeln des SGB II. Bis zum Leistungsbeginn können noch wirksame Regelungen für das Vermögen getroffen werden.

Eine Lebensversicherung kann durch eine Zusatzvereinbarung mit dem Träger erhalten bleiben. Ohne diese Zusatzvereinbarung ist die Lebensversicherung unter Umständen aufzulösen und wird bei der Leistungsgewährung des ALG II angerechnet. Außerdem ist es zweckmäßig zu wissen, was die Behörde wissen möchte und wie die finanzielle Lage nachgewiesen werden muss, zum Beispiel mit Kontoauszügen für drei Monate. Die Darstellung der Bundesagentur für Arbeit muss nicht wie beschrieben ablaufen.

Wer noch nicht alle Unterlagen zusammen hat oder nicht weiß, ob er ALG II tatsächlich benötigt, kann die Frist wie folgt sichern: Zum Jobcenter gehen und einen Antrag auf ALG II mit dem Tagesstempel auf dem unausgefülltem Formular erbitten. Es ist nicht nötig, das Formular auszufüllen. Nicht einmal der Name ist anzugeben. Der Sprung ins ALG II ist insbesondere Selbständigen mit unklarem Einkommen zu empfehlen, auch mehrfach. Selbständige müssen berücksichtigen, dass Einnahmen und Ausgaben jeweils dem Zahlungsmonat zugerechnet werden, nicht dem Monat der Arbeitsleistung. Bei Aufwendungen ist es ebenso:

Auch wenn der Aufwand verschiedenen Monaten zuzurechnen ist, gilt der Tag der Belastung auf dem Bankkonto.

Teilweise rechnet das Jobcenter die Monate nachträglich zusammen. Wie wenig Rücksicht genommen wird, steht unter „Hein hat Arbeit, und das Jobcenter schmeißt mit Knüppeln“. Wenn die Bearbeitung oder bereits die Beschaffung aller Unterlagen länger dauert als das Geld, reicht kann einen Vorschuss auf das ALG II beantragt werden. Das Jobcenter kann nicht wegen fehlender Unterlagen diesen Vorschuss verweigern. Lücken können durch eidesstattliche Erklärungen geklärt werden. Notfalls kurzfristig zum Sozialgericht gehen und ein Eilverfahren beantragen!

3. Das Jobcenter soll mit einem Personalschlüssel von eins zu 75 arbeiten, so die gesetzliche Vorgabe, doch die entsprechenden Stellen werden bei der Finanzplanung nicht akzeptiert. Weil dem Jobcenter das Geld fehlt, widmet es Geld zur Vermittlung und Qualifizierung der Erwerbslosen folglich in Verwaltungskosten um. Die Finanzierung der Fallmanager erfolgt also zulasten der Erwerbslosen. Eine weitere Möglichkeit waren die „Joboffensiven“. Angeboten wurden „erprobte“ Handlungsabläufe und Auswertungen. Bremen hat sich überzeugen lassen und dafür rund 900.000 Euro an das Jobcenter bezahlt. Belastet wurde im Haushalt die Kostenstelle für die Kosten der Unterkunft der Erwerbslosen. Im Laufe der Zeit wurde die Differenz der Versprechen zu den Tatsachen immer größer, nachzulesen ab der Seite zur 440. Bremer Montagsdemonstration.

Zur „**Joboffensive**“ hat die Fraktion „Die Linke“ am 17. Januar 2018 eine große Anfrage gestellt, die am 27. März 2018 vom Senat beantwortet wurde. Klarheit hat die Antwort des Senats kaum geschaffen. Die Abweichungen zwischen Zusagen und Umsetzung bleiben gravierend. Die Verweigerung von Unterlagen, die für die Kostenentscheidung ausschlaggebend waren, wird wohl nicht Bestand haben. Warum diese Missachtung der Deputationen und der Bremischen Bürgerschaft?

4. Kleine Selbständige schulden ihren Krankenversicherungen oft viel Geld. Diese Menschen haben daher nur einen eingeschränkten Leistungsanspruch gegenüber ihrer **Krankenkasse**. Von jedem Arbeitnehmer werden Krankenkassenbeiträge entsprechend der Höhe seines Verdienstes einbehalten. Für Selbständige ermitteln die Krankenkassen bei unterschiedlichem Monateinkommen die Durchschnittseinnahmen.

Die HKK teilt dazu mit: „Für Selbständige, die Arbeitseinkommen unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesteinnahme für hauptberuflich Selbstständige (2018: 2.283,75 Euro monatlich) erzielen, bieten wir weiterhin eine Beitragsentlastung an, sofern die Voraussetzungen für diese vorliegen. In diesem Fall sind Beiträge mindestens aus einer Summe von 1.522,50 Euro zu entrichten.“ Wer als Selbständiger weniger als 1.522,50 Euro Gewinn im Monat erzielt, zahlt trotzdem Krankenkassenbeiträge für dieses Mindesteinkommen.

Dies führt dazu, dass kleine Selbständige und auch Selbständige in Krisen die Krankenkassenbeiträge nicht zahlen können. Müssen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung so hoch sein? Wer ALG II bezieht, ist über das Jobcenter in seiner Krankenkasse versichert <http://www.sozialleistungen.info/hartz-iv-4-alg-ii-2/krankenversicherung.html> oder erhält den Krankenkassenbeitrag als Zuschuss. Um auch den höheren Krankenversicherungsbeitrag für eine Privatversicherung zu erhalten, mussten die Sozialrichter erst ein Machtwort sprechen.

Kleine Selbständige sind oftmals als „Ich-AG“ gestartet. Aufstockendes ALG II können auch Selbständige beantragen. Davor steht allerdings der Antrag und somit das „Nackigmachen“. Wer auch nur in die Gefahrenzone gerät, sollte dies rechtzeitig mit seiner Krankenkasse besprechen. Es bleibt die Frage, warum Selbständige den Krankenkassenbeitrag nicht nach ihrem tatsächlichen Einkommen zahlen können. Für ALG-II-Beziehende erhalten die Krankenkassen pauschal rund 140 Euro Krankenkassenbeitrag im Monat für den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, somit wesentlich weniger, als den Selbständigen abverlangt wird. Die Krankenkassen können dabei nichts ändern. Der Minister für Gesundheit legt diese Rahmenbedingungen fest.

5. Noch einige Kurzmeldungen. Der Bundestag muss künftig interne Dokumente zu Parteispenden und Rechenschaftsberichte offenlegen. Es geht um Vermerke und Dienstanweisungen. Das entschied das Obergerverwaltungsgericht Berlin, gestützt auf das Informationsfreiheitsgesetz, nachdem die Transparenzorganisation „Abgeordnetenwatch“ Einsicht gefordert hatte. „Im Kern ging es um die Frage: Wie viel darf der Bürger erfahren, und was dürfen Parteien in Bezug auf ihre Finanzierung verschweigen?“, fasste der „Weser-Kurier“ vom 27. April 2018 zusammen. –

30 Jahre nach einem Giftgasangriff des irakischen Diktators Saddam Hussein haben die Hinterbliebenen Klage gegen europäische Firmen eingereicht, unter anderem wegen Kriegsverbrechen. Gefordert werden Entschädigungen in Milliardenhöhe. Im Fall des Amoklaufs in München ist der Verkäufer der Pistole zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Hoffentlich hat dieses Urteil „Nachfolger“, dann müssen sich die „Waffenverkäufer“ warm anziehen! –

„Polizisten stemmen sich gegen Pläne des Bundesinnenministers“: Dieser Artikel des „Weser-Kuriers“ steht nicht mehr im Netz. Die Gewerkschaft der Polizei will die Asylzentren für Flüchtlinge nicht, mit denen der Bundesinnenminister vor der Landtagswahl in Bayern eine „Käfighaltung“ umzusetzen plant. Dort werden Asylunterkünfte bereits jetzt als „geschlossene Anstalt“ geführt. Der „Flüchtlingsrat Bremen“ bittet um Spenden und Mitgliedschaften im Förderverein: „Mehr denn je brauchen geflüchtete Menschen Schutz. Dafür brauchen wir eure Unterstützung!“ –

Geld wartet auf Anträge, weil Entschädigungszahlungen für misshandelte Heimkinder kaum angenommen werden. Peter Erlanson, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraction, will diese Möglichkeit bekannter machen. Die große Anfra-

ge der Linksfraktion vom 14. September 2017 sowie die schriftliche Antwort des Senats wurden jetzt in der Bremischen Bürgerschaft diskutiert. Die Entschädigung ist steuerfrei, unpfändbar und wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Die Zeit drängt: Anträge nimmt das Amt für Versorgung und Integration Bremen noch bis zum 31. Dezember 2019 entgegen. –

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

662. Bremer Montagsdemo

am 07. 05. 2018

Auf Grundlage eines Warenkorb- läge der Regelsatz bei 730 Euro



Die Talk-Sendung „Hart aber fair“ hatte am 30. April 2018 folgende Thematik: „Hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit – dem Land geht es gut. Aber gilt das auch für alle Bürger? Wieso boomen gleichzeitig Ausbeutung und Lohndrückerei?“ Gäste waren unter anderem der FDP-Vorsitzende Christian Lindner, „Ifo“-Präsident Clemens Fuest und SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil. Schwer-

punkte der Sendung waren die Einhaltung des Mindestlohns und die Kontrolle des Zolls.

Die FDP hatte bei den Verhandlungen zu einer „Jamaika“-Koalition versucht, die Aufzeichnungspflichten zum Mindestlohn zu reduzieren. Die Diskussion war besonders gegen Ende der Sendung heftig. Herr Fuest hatte einige besondere Anmerkungen. Im „Faktencheck“ werden diese fachlich und sachlich sehr gut aufbereitet und aufgearbeitet. Die Worte der Herren Fuest und Lindner sind aber nur im Video der Sendung zu hören.

Auch der Schutz der Arbeitnehmer von Subunternehmen war Thema. Die Schutzvorschriften des Mindestlohns wurden dabei nicht erwähnt. Der erste Auftraggeber haftet gegenüber diesen Arbeitnehmern für die richtige Entlohnung und den Mindestlohn, natürlich mit vielen Fallstricken. Weitere Schutzklauseln enthält das Entsendegesetz. Auch hier haftet der erste Auftraggeber über die gesamte Kette der Subunternehmer. Der Zoll hat dies zu kontrollieren und entsprechende Hinweise veröffentlicht.

Die „Kinderausstattung“ des Zolls ist so gravierend, dass selbst konkrete Anzeigen nicht bearbeitet werden. Der Zoll soll die vorhandenen Planstellen tatsächlich besetzen können und weitere tatsächlich zu besetzende Planstellen erhalten. Dies hat der Minister zugesagt. Verbesserungswürdig ist aber auch der Schutz der Arbeitnehmer. Bis der zustehende Mindestlohn tatsächlich gezahlt wird, kann viel Zeit vergehen. Die Arbeitnehmer kehren in ihre Heimat zurück und sind schwer zu erreichen. Eine starke Verbesserung wäre der Verbleib in Deutschland, zulass-

ten des ersten Auftraggebers. Hierüber wurde nicht gesprochen. Eigentlich müsste der Minister auch diese Schwachstelle kennen!

Bringt Hartz IV mehr Geld als Arbeit? Medienjournalist Stefan Niggemeier kritisiert eine „Verbreitung falscher Zahlen“ in der Presse und schreibt: „Die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ hält es für falsch, über eine beschleunigte Erhöhung der Hartz-IV-Sätze nachzudenken. Arbeitslose würden schon heute im Vergleich zu Arbeitnehmern zu viel Geld bekommen, meint sie – und hat sich das vom sozialstaatskritischen Verein ‚Bund der Steuerzahler‘ bestätigen lassen. Doch der rechnete falsch. Und seine fehlerhaften Zahlen finden gerade große Verbreitung.“ Verbreitet wurden sie von der DPA unter der Überschrift „Steuerzahlerbund: Hartz IV bringt oft mehr Geld als Arbeit“.

Als die Zahlen widerlegt wurden, änderte DPA die Schlagzeile in „Steuerzahlerbund: Hartz IV bringt nicht selten mehr Geld als ein Job“ und ergänzte den lapidaren Satz: „Der Steuerzahlerbund hatte bei seinen ersten Einkommensberechnungen das Kindergeld nicht berücksichtigt.“ Professor Stefan Sell bezeichnet das als „abstruse Berechnungen, die dann auch noch viele übernehmen, ein schräger Vergleich zwischen Hartz IV und Arbeitseinkommen“, „ein gezielter Schlag in Richtung der bekannten Empörungsrituale, die der alten Mechanik des Vergleichs von unten mit unten folgen“. Sell hebt einen Beitrag des Hartz-IV-Aktivistin Perry Feth im „Freitag“ hervor:

„Er macht die folgenden Anmerkungen zu dem, was in den Kalkulationen des Steuerzahlerbundes fehlt: ‚Die Aussage, dass Berufstätige so wenig haben wie Leistungsempfänger, ist falsch! Berufstätige mit Kindern haben einen zusätzlichen Anspruch auf Wohngeld, Kinderwohngeld, Kindergeldzuschlag und Kindergeld! Hinzu kommen die monatlichen Steuerfreibeträge und der Lohnsteuerjahresausgleich, abhängig von der Lohnsteuerklasse. Besteht ein Wohngeldanspruch, besteht auch hier im Übrigen ein Anspruch auf Bildung und Teilhabe.‘ Nun muss man wissen, dass Feth persönlich betroffen war, da er als alleinerziehender Vater im Hartz-IV-Bezug war und dann einen 30-Stunden-Job gefunden hat. Hier wird er persönlich und rechnet uns vor:

„Während das ALG-II-Bezuges standen mir circa 1.850 Euro (inklusive angerechnetes Kindergeld) für Miete und alle Fixkosten zur Verfügung. Nach Abzug aller Fixkosten hatte ich noch circa 750 bis 800 Euro für mich und meine Kinder zum Leben. Nach Aufnahme einer Tätigkeit von 30 Wochenstunden standen mir als alleinerziehendem Vater mit Wohngeld und Kindergeldzuschlag sowie Freibeträgen 2.500 Euro zur Verfügung, nach Abzug aller Fixkosten etwa 1.500 Euro. Ich hatte auch hier noch den Anspruch auf Bildungs- und Teilhabe-Leistungen sowie einen Anspruch auf den Stadtpass, welcher Vergünstigungen gewährt. Ich hatte also bei einer kinderfreundlichen 30-Wochenstunden-Arbeitszeit gut 700 Euro netto jeden Monat mehr!“

Was bleibt, ist die vorbeugende Hetze gegen Erwerbslose: Die notwendige Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze an die Wirklichkeit soll verhindert werden! Alle Akteure hätten eigentlich wissen müssen, was Professor Sell so treffend for-

muliert: „Nun weiß eigentlich jeder, der sich ein wenig mit der Materie beschäftigt, dass da irgendwas nicht stimmen kann, denn im Grunde gilt das einfache Prinzip, dass jemand, der Einkommen aus Erwerbsarbeit hat, immer besser gestellt ist als die, bei denen ausschließlich Grundsicherungsleistungen zur Verfügung stehen“. Anscheinend waren nur Anfänger in den Redaktionen!

Sachlich vollkommen daneben ist die Meinung eines Landrats aus Verden zur Verschmelzung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zum ALG II. Dies habe ich auf der Seite zur 661. Bremer Montagsdemonstration sachlich mit Fakten widerlegt: „Mir ist schleierhaft, warum ein Fachmann eine so verquere Meinung kundtut. Sollen Erwerbslose wieder einmal in schlechtes Licht gerückt werden – und das von einem Landrat?“

Bereits bei der Einführung des ALG II haben die verantwortlichen Minister gegen die Erwerbslosen gehetzt, desinformiert und jedes bekannte Empörungspotenzial bedient. Nicht nur einmal, es war immer wieder Thema. Die Empathie für Erwerbslose wurde so minimiert. Dies ist gut nachzuempfinden in der ZDF-Sendung „Die Anstalt“ vom 24. April 2018 und dem dazugehörigen „Faktencheck“.

Der Regelsatz ist einfach zu niedrig. In der „Anstalt“ wird dies auch begründet. So wurde die Berechnungsgrundlage für die Ermittlung der entsprechenden Ausgaben geändert: Anfangs waren es noch die untersten 20 Prozent der Einkommen, jetzt sind es die untersten 15 Prozent. Davon werden aber noch die Ausgaben für Tabak, Alkohol, Schnittblumen und Haustiere abgezogen. Die Aufwendungen für einen Lokalbesuch werden auf den Gegenwert der verzehrten Lebensmittel zum Ladenpreis reduziert. Allein dies ergibt eine Kürzung des Regelsatzes um über 40 Euro.

Wenn der Beschaffungspreis für die notwendigen Waren und Dienstleistungen wie früher bei der Sozialhilfe gemäß Warenkorb zugrunde gelegt würde, läge der aktuelle Regelsatz etwas über 730 Euro, siehe „Faktencheck“ Seite 11. Lutz Hausstein hat seinen Beitrag „Was der Mensch braucht“ im Buch „Wir sind empört“ inzwischen fortgeschrieben mit einem Plädoyer für Gerechtigkeit: Die Unterdeckung des Regelsatzes im ALG II ist durch eine Anhebung auf rund 730 Euro zu beseitigen!

Holger Schäfer, Beschäftigungsexperte des arbeitgebernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft“ meint, es sei „zu wenig attraktiv, aus Hartz IV herauszukommen“. Diese Äußerung ist eingebunden in den Artikel „Groko-Politiker blasen zum Angriff auf das Hartz-System“ im „Weser-Kurier“ vom 27. März 2018, Seite 4. Herr Schäfer hat seine Meinung nicht begründet. Ich kenne viele Menschen, die Hartz IV gern hinter sich lassen würden. Mit dem geringen Mindestlohn sind aber auch Aufstocker weiter dem Zugriff des Jobcenters ausgesetzt. Der Lohn steigt erst wieder, wenn die Sanktionsdrohungen der Jobcenter beseitigt werden!

Bei den Ärzten besteht ein Fachkräftemangel. Die Folge: Die Arbeitgeber müssen Ärzte über Leiharbeitsfirmen einstellen. Diese höheren Kosten wurden zum Beispiel von Klinikum Bremen mit für das schlechte Jahresergebnis verantwortlich gemacht. Es ist ein Zustand wie vor der Einführung von Hartz IV: Arbeit-

geber, die kurzfristig Personal benötigten, deckten diesen Bedarf durch Leiharbeit. Für die Unternehmen schnell verfügbar, aber teuer waren diese Leiharbeiter: Als Honorierung ihrer Beweglichkeit erhielten sie ein höheres Gehalt für vergleichbare Tätigkeit!

Das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ bemerkt mit Blick auf Olaf Scholz: „Ein kommissarischer SPD-Bundesvorsitzender und designierter Bundesfinanzminister, der vier Tage nach einer am 28. Februar 2018 amtlich genannten Zahl von 2,546 Millionen Arbeitslosen und einer ebenfalls amtlich genannten Zahl von 3,514 Millionen Unterbeschäftigten befindet und erläutert, ‚Wir haben jetzt gerade Vollbeschäftigung‘, signalisiert damit ganz sicher einen außerordentlich gelungenen Auftakt zur angekündigten ‚Erneuerung‘ der SPD.“ Ich habe mich gefragt, wie die Schrumpf-Groko ihr Versprechen der Vollbeschäftigung einhalten oder erreichen will. Jetzt ist es klar: durch Ignorieren der Fakten!

Bei der Talksendung „Anne Will“ hat Olaf Scholz den Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen um je rund 15.000 in zwei aufeinanderfolgenden Jahren als „Vermittlungserfolg“ dargestellt. Was ist passiert? Ein Teil dieser Menschen ist älter als 58 Jahre alt geworden und hat im letzten Jahr kein Arbeitsangebot vom Jobcenter erhalten. Diese Menschen sind zwar arbeitslos, aber nicht gemäß der Arbeitslosenstatistik. Somit ist ungeklärt, wie viele altersbedingt oder aus anderen Gründen wie Krankheit oder Aussetzen des Leistungsbezugs nicht mehr als Langzeitarbeitslose gelten oder einfach aus der Statistik gefallen sind, natürlich als in Arbeit vermittelt oder mit dem Text „Sie konnten Ihre Arbeitslosigkeit beenden“. Das Schulterklopfen ist nicht an Tatsachen gebunden Auch dazu ist die „Anstalt“ vom April 2018 mit „Faktencheck“ sehenswert.

Ein Rundschreiben von Sozialrechtler Harald Thomé bringt die Sache auf den Punkt: „Die größere Gefahr für Flüchtlinge und Anhänger einer solidarischen Gesellschaft kommt heute nicht von der AfD, sondern vom Bundesinnenministerium.“ Diese Feststellung wurde im Kontext zu den Ereignissen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen getroffen.

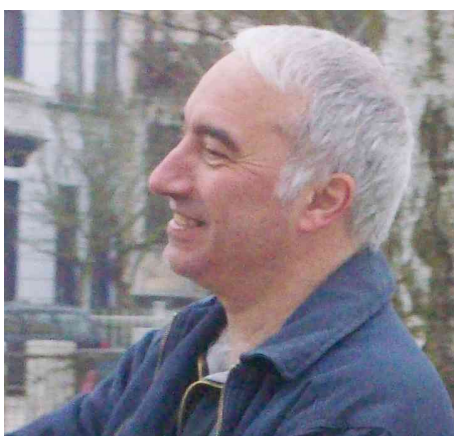
Thomé weiter zu den Sperrzeiten bei Nichtbewerbung auf drei kurz hintereinander unterbreitete Arbeitsangebote: „Das Bundessozialgericht hat in Bezug auf das SGB III (ALG I) am 3. Mai 2018 (Aktenzeichen B11 AL 2/17 R entschieden, dass bei mehreren Beschäftigungsangeboten, die in einem so engen zeitlichen Zusammenhang unterbreitet werden, dass sie der arbeitslosen Person gleichzeitig vorliegen, von einem einheitlich zu betrachtenden Lebenssachverhalt auszugehen ist. Bewirbt sich der Arbeitslose in einer solchen Situation nicht, muss dies als einheitliches versicherungswidriges Verhalten gewertet werden. Ein einziges versicherungswidriges Verhalten darf jedoch nicht mehrfach sanktioniert werden. Es ist anzunehmen, dass diese Fragestellung auch so im SGB II Anwendung zu finden hat.“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswir-

kungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Neuer atomarer Störfall im AKW Doel in Belgien



Am 22. April 2018 ist erneut ein Leck im belgischen Schrottreaktor Doel aufgetreten. Das Kernkraftwerk besteht aus vier Blöcken mit je einem Druckwasserreaktor. Es liegt in Belgien an der Schelde im Hafen von Antwerpen, etwa 15 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Nach Aachen sind es nur 140 Kilometer. Doel und Tihange stehen für viele Bürger, die in der belgischen Grenzregion wohnen, für die Angst vor einem atomaren Ernstfall. Nach Angaben des Betreibers Engie Electrabel verliert der Atom-

meiler Kühlwasser durch ein Leck im Notkühlsystem im radioaktiven Bereich des Reaktors.

Skandalös ist die Vertuschungspolitik von Engie Electrabel: Der Meiler war bereits am 23. April heruntergefahren worden, aber das belgische Atommonopol hat eine Woche lang kein Wort dazu in der Öffentlichkeit verloren. Warum konnte überhaupt ein Leck entstehen, noch dazu in einem so wichtigen Bereich wie dem Notkühlsystem, das im Notfall versagen wird, wenn kein Wasser mehr vorhanden ist? Engie Electrabel und die mit ihm verbundenen belgischen Politiker betreiben eine unverantwortliche Bagatellisierung. Das zeigt die Mutwilligkeit und den Zynismus im Interesse der Profite. Die Verharmlosung des Betreibers spricht Bände. Aktuell kann wegen der starken Strahlung kein Reparaturtrupp bis zum Leck im Schrottreaktor.

Doel ist seit 1974 am Netz und darf, wenn es nach der Regierung und den Betreibern geht, noch zehn Jahre weiterlaufen. Dabei entstehen immer mehr Risse, und die Störfälle weiten sich aus. Die Bundesregierung fördert den Schrottreaktor in Doel: Obwohl die deutsche Regierung sich für eine Abschaltung einsetzt, genehmigt sie weiterhin die Ausfuhr von Brennelementen, die in Deutschland produziert werden. Atomkraftgegner sind empört. Das Kuriose an diesem Fall: Die Brennelemente für das AKW Doel stammen aus der Brennelementefabrik im nie-

dersächsischen Lingen. Sie gehört einer Tochterfirma des französischen Atomkonzerns Framatome Advanced Nuclear Fuels.

Weil die Fabrik auf deutschem Boden steht, fällt sie auch unter die Bestimmungen des deutschen Atomgesetzes und damit unter die Aufsicht des Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit. Das Ministerium und nachgeordnete Behörden müssen den Transport und die Ausfuhr von Brennelementen genehmigen. Zwischen dem 18. März und dem 4. April 2018 wurden fünfmal Brennelemente entweder nach Doel oder nach Tihange geliefert. Hauptsächlich aber, das geht aus einer offiziellen Antwort auf die Anfrage der „Linken“ hervor, waren sie für die Reaktorblöcke 1 und 2 des Atomkraftwerks in Doel bestimmt (Bundestagsdrucksache 19/1126, Frage 149/150).

„Was muss in Doel und Tihange eigentlich noch passieren, bevor das Bundesumweltministerium und die Bundesregierung die Reißleine ziehen, um die brisanten Exporte von Brennelementen und angereichertem Uran für den AKW-Betrieb in Belgien einzustellen?“, fragt Jörg Schellenberg vom Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie. Die Schrottreaktoren Doel und Tihange müssen sofort und ein für allemal vom Netz! Dasselbe gilt für die nicht weniger gefährlichen deutschen Atomkraftwerke. Sofortige Stilllegung aller AKW weltweit, und zwar auf Kosten der Betreiber! Auch dafür stehen wir Montagsdemonstranten jede Woche hier auf dem Marktplatz.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft,,)

Der Markt frisst seine Kinder: Ist der öffentlichkeitswirksame Erwerb, Besitz und Konsum von Produkten ein sinnvolles Lebensziel? („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

663. Bremer Montagsdemo

am 14. 05. 2018

Sicherheit oder Einschränkung der Freiheit?

Vor einiger Zeit habe ich geschrieben, dass ich die Gefahr der Entstehung einer Diktatur in Deutschland sehe. Die neuen Polizeigesetze sind ein weiterer großer Schritt in dieser Richtung. Mich wundert nur, wie leicht die Menschen und Parteien das hinnehmen, wenn es um Sicherheit oder Einschränkung der Freiheit geht. Medien, fremdenfeindliche Parteien und Netzwerke haben den Bürgern in den letzten Jahren genug Angst eingejagt, um sie jetzt nach Sicherheit schreien zu lassen.

Aber bringt es Sicherheit? Und wem? Denen, die an der Macht sind, ja! Denen, die keine kritische Stimmen hören wollen, ja! Der Polizei auch, aber Kriminalität wird dadurch nicht bekämpft. Auch bei Regimes mit totaler Überwachung entsteht immer eine kriminelle Unterwelt, die Geschichte zeigt das. Aber für die gesamte Gesellschaft, für die Freiheit, für die Menschlichkeit, für die freien Wahlen wird es ein gewaltiger Rückschritt sein.

Ich möchte an die Organisation NSU erinnern, die ungestraft fast zehn Jahre lang Anschläge verüben konnte. Menschen wurden getötet, aber Polizei und Ermittlungsbehörden machten einen Fehler nach dem anderen. Dass der „Nationalsozialistische Untergrund“ kriminell war, wussten die zuständigen Behörden angeblich nicht. Ein Blick in den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 22. August 2013 zeigt deutlich, dass weder Polizei oder Ermittlungsbehörden noch der Verfassungsschutz oder die politischen Verantwortlichen interessiert waren, die Mordserie richtig aufzuklären. Bei der Polizeiarbeit wurden „diverse fachliche Defizite“ festgestellt.

Wir haben noch in Erinnerung, wie von der Polizei in Bremen falscher Alarm wegen eines drohenden Terroranschlags ausgelöst wurde. Unschuldige Menschen lagen auf dem Boden, und die Kinder mussten das ansehen. Alles war nur auf Vermutungen und falsche Informanten aufgebaut, aber die Würde der Menschen wurde massiv verletzt. Wir sehen an den Ergebnissen der letzten Wahlen, wie schnell die Gesellschaft nach rechts gerückt ist. Die Menschen, die bei der Polizei arbeiten, sind keine Ausnahme: Sie sind, wie auch früher schon, auf dem rechten Auge blind.

„Die Linke“ in Bremen macht sich zu Recht Sorgen darüber, dass es keine richtige Kontrolle der Polizei gibt: „Kaum ein Fall von polizeilichem Fehlverhalten oder von Polizeigewalt wird geahndet, denn de facto ermittelt die Polizei gegen sich selbst. Auch die parlamentarischen Möglichkeiten der Aufklärung stoßen schnell an Grenzen.“ Viele Verfahren gegen Polizisten werden eingeschellt. Diese Polizei wird entscheiden, wer „gefährlich“ ist und wer nicht, und Menschen im Gefängnis halten aufgrund bloßer Vermutungen und Verdachtsmomente.

Das sind Menschenrechtsverletzungen, weil ein Mensch unschuldig bleibt, solange die Schuld nicht bewiesen ist. Die Schuld kann nur ein Gericht beweisen, alles andere wäre bloße Nachrede. Man muss dem Menschen die Möglichkeit geben, sich zu äußern. Vielleicht ist er nur einmal irgendwo falsch verstanden worden. Das Gericht muss die Glaubwürdigkeit der Zeugen und Informanten prüfen. Das stört mich an den Maßnahmen gegen „Gefährder“.

Wenn ein Mensch wirklich gefährlich ist, müssen die Beweise reichen für ein ziviles Gericht und für eine Strafe mit Gefängnisaufenthalt. Wenn die „Gefährlichkeit“ nur auf Vermutungen und nicht geprüfte Informationen aufgebaut wird, dann sind es nur Verleumdungen und üble Nachreden, nichts weiter. Die Gutachter spielen sich in diesen Fällen als Götter auf und nehmen sich noch vor dem Richterspruch das Recht zu urteilen. Ihre Aussagen beruhen auf Spekulationen, und dem gesunden Menschenverstand zeigt sich jene Spinnerei oder Paranoia, an der fast alle Diktatoren gelitten haben.

Menschen hingegen, die sich in der Gesellschaft verstecken, die schweigen und sich äußerlich anpassen, können gefährlich sein, wo die anderen es nicht sehen. Das sind Täter, die andere mobben oder die falsche Anschuldigungen und Informationen verbreiten. Sie sammeln sich in verschiedenen Gruppen. Diese Menschen werden nicht weniger gefährlich, wenn das Internet überwacht wird. Die Anpasser passen sich erneut an und finden andere Wege, sich zu verstecken. Die Freidenker, die freien Geister und kritisch Denkenden gelten jedoch schnell als „Gefährder“, weil nicht alle Polizisten so weit ausgebildet sind, um zu entscheiden, was eine freie politische Meinung oder was Kunstfreiheit ist.

Nicht jeder kann über philosophische und ethische Diskussionen urteilen. Oft werden im Internet Zitate aus der Weltliteratur benutzt, die für Unwissende „Kramola“ sind, Volksverhetzung. Anderswo werden Listen vorbereitet, in denen steht, was erlaubt ist und was nicht. So kommen wir zu Diktaturen, wo Bücher verbrannt werden. Zwar haben sich die Zeiten geändert, und für die neue Generation ist das Internet, was für frühere Generationen die Bücher waren. Doch wenn im Internet eine Zensur herrscht und entscheidet, welche Seiten wir anschauen können und welche nicht, dann ist es das Gleiche wie Bücherverbrennung.

Wenn Bücher verbrannt werden, endet die Freiheit. Alle Diktaturen haben damit angefangen. Jetzt sind gefährliche Zeiten, gefährlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals hat sich Deutschland entschieden, in Freiheit zu leben, und im Jahr 1949 das Grundgesetz angenommen, worin steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und schützen ist Verpflichtung aller staatli-

cher Gewalt“ (Artikel 1 Absatz 1). „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit es nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“ (Artikel 2 Absatz 1).

Die Diktaturen in der Sowjetunion und auch in Ostdeutschland sind nur deshalb so schnell und fast ohne menschliche Opfer zerfallen, weil sich in diesen Ländern eine Sehnsucht nach Freiheit angestaut hat. Ein russisches Lied aus den Zeiten der Perestrojka heißt: „Ein frischer Wind“. Eine Strophe lautet in der Übersetzung: „Ich wurde behandelt gegen den freien Geist in mir, und manche haben sich gewünscht, ich wäre blind. Für mich wurde entschieden, wie ich zu leben hätte. Nun weht ein frischer Wind, und ich warte auf dich.“

So ähnlich fühlen sich jetzt viele freie Geister in diesem Land. Ohne einen „frischen Wind“ wird es für Deutschland vermutlich viel gefährlicher, als die vermeintlichen Gefährder je sein könnten, denn vergessen Sie nicht, wie viele Millionen Menschen unschuldige Opfer von Diktaturen wurden!

Valentina Schneider (parteilos)

Für eine ordentliche Gewinnbesteuerung fehlen uns die Gesetze



1. Die Waffen zeigen Wirkung: Flüchtlinge aus der Türkei landen in Griechenland. Ein Neuankömmling wurde gefragt: „Warum?“ – „Bei uns ist Krieg! Da sind wir gegangen.“ Eine nachvollziehbare Entscheidung. Wer Waffen liefert oder **Waffenlieferungen** genehmigt, muss zumindest diese Flüchtlinge gut umsorgen. Da ist Ex-Außenminister Gabriel, jetzt Ehrenbürger von Goslar, gefordert!

Deutschland hat die „Leopard“-Panzer, die der türkische Präsident gegen die Kurden einsetzt oder vorhersehbar einsetzen wird, bereits vor längerer Zeit geliefert. Aber noch nach dem Angriff auf Afrin hat Deutschland sich zur Lieferung von Munition sowie Ersatzteilen und weiteren Waffen an die Türkei als Krieg führende Macht verpflichtet, nachzulesen auf „Zeit-Online“: „Wie aus dem Papier hervorgeht, wurden in den ersten fünfeinhalb Wochen der türkischen „Operation Olivenzweig“ gegen die Kurdenmiliz YPG in Nordsyrien 20 Exportgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter im Wert von 4,4 Millionen Euro erteilt.“

Die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ vom 27. Januar 2018 hat sich mit den Waffenexporten auseinandergesetzt, wie immer treffend und entlarvend. Beispielhaft werden Tricks und Umwege zur Genehmigung und Durchführung der Waffen-

exporte aufgezeigt. Die Zusammenarbeit von Waffenindustrie und Politiker wird transparent gemacht. „Warum haben wir so scharfe Exportbestimmungen?“ – „Zur Beruhigung der Bürger und Wähler!“ Exporte werden ja nur zögerlich bekannt. Einfach ansehen, gruseln und den „Faktencheck“ lesen!

Eine friedliche Welt ist nur OHNE Waffenverkäufe zu erreichen. Das Risiko der Produzenten und Verkäufer, für gelieferte Waffen beziehungsweise das damit angerichtete Unheil zur Verantwortung gezogen zu werden, ist gestiegen. Hoffentlich macht die Verurteilung des Pistolenverkäufers Schule, siehe 661. Bremer Montagsdemonstration.

Die „NDR-Info“-Sendung „Zeitzeichen“ brachte am 18. April 2018 den Beitrag „Affäre Kornwalzer“: „Am 18. April 1913 enthüllt der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht einen Wirtschaftsskandal. Die Krupp AG in Essen hatte Hunderte Geheimberichte der Regierung bekommen.“ Schon damals bestand eine Verflechtung der Rüstungsindustrie mit den Behörden. Das Aufstacheln der Völker gegeneinander erhöht den Waffenverkauf. Deutschland hat trotzdem (oder gerade deswegen) noch immer kein verpflichtendes Lobbygesetz.

2. Wir träumen einfach – positiv. Nehmen wir an, wir schreiben das Jahr 2028. Die digitalisierte „Gesellschaft 4.0“ mit vielen Facetten wurde umgesetzt. Weitere Veränderungen sind absehbar. Wie sieht die Zukunft aus, wenn nur noch 13,5 Prozent der arbeitsfähigen Menschen arbeiten können? Schweigen.

Machen wir es einfacher. Denken wir an die Zukunft in fünf Jahren. 50 Prozent aller Tätigkeiten sind entfallen oder werden von Robotern durchgeführt. Die Menschen sind da. Wie gehen wir mit den Menschen um? Können wir es uns wirtschaftlich leisten, alle auf das jetzige Hartz IV zu verweisen? Nein, denn die Nachfrage würde rasant einbrechen. Die Menschen würden es nicht akzeptieren.

Gehen wir noch zögerlicher mit den Annahmen um. Für den Einsatz der Roboter und die damit für Menschen wegfallenden Arbeitsschritte kann ich mir viele Details vorstellen. Immer wieder sind Erfolge der **Robotik** in den Medien. Ich komme darauf zurück. Die Politik sagt, in fast gleichem Umfang werden neue Arbeitsplätze entstehen. Details? Keine Angabe, nur Behauptungen: „Die Wartung von Windrädern ist neu!“ Aber gewartet wurden auch die bisherigen Anlagen.

Gehen wir doch von der jetzigen Situation aus: Wir haben noch immer zu viele Menschen ohne Arbeit. Wir haben viele Rahmenbedingungen der Statistiken verändert und führen trotzdem noch den Nachweis: Es gibt zu viele Menschen *ohne* Arbeit (auch wenn Olaf Scholz die jetzige Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als „Vollbeschäftigung“ bezeichnet, siehe 662. Bremer Montagsdemonstration).

Wir haben ein Sozialgesetzbuch II, das es ermöglicht, per Federstrich aus gelernten Facharbeitern ungelernte Erwerbslose zu machen. Das ist sehr wirksam in der Arbeitslosenstatistik sowie im Umgang mit den degradierten Menschen. Die Aberkennung der Ausbildung macht auch vor Meistertiteln nicht halt, nur akademische Titel kann das Jobcenter nicht löschen. Auch diese Akademiker werden dem Fallmager für ungelernte Hilfsarbeiter zugewiesen. Die Aberkennung seiner

Ausbildung bemerkt der Erwerbslose nur an der Änderung des Ansprechpartners. Der Mensch wird weder gefragt noch informiert!

Wir haben Hartz IV, das für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht ausreichend ist, auch weil die Bemessungsgrundlagen nach Volumenvorgabe festgelegt wurden. Wir haben Hartz IV mit vielen anwendbaren „Daumenschrauben“; Sanktionen und „angemessene“ Kosten der Unterkunft sind die bekanntesten. Aktuell entziehen diese Daumenschrauben allein dem Einzelhandel und Gewerbe in Bremen jährlich über zwei Millionen Euro! Es ist Geld, das gerade dem kleinen Gewerbetreibenden fehlt.

Welche Schäden erleiden die Erwerbslosen? Schuldnerberater und Ärzte können bücherfüllendes Leiden benennen. Ein „Paket zur Bildung und Teilhabe“ sollte Kindern im Hartz-IV-Bezug das Leben erleichtern. Da gibt es noch sehr starke Nachbesserungsmöglichkeiten. Die Aufzählung ist unvollständig; einfach weiterlesen und „Die Anstalt“ vom 23. April 2018 über Hartz IV und den dazugehörigen „Faktencheck“ ansehen!

In einer geschrumpften Großen Koalition haben wir eine SPD, die noch immer nicht einsieht, dass Hartz IV das größte Verbrechen an den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in Deutschland war und ist, obwohl Hartz IV noch immer Leiden schafft. Die Superreichen haben daraus eigene Schlüsse gezogen. Der Finanzminister hat nicht angemerkt, dass die Steuerzahlungen nicht der wirtschaftlichen Entwicklung gefolgt sind. Die „Mont-Pèlerin-Society“ war schließlich der Ideengeber für Hartz IV, siehe „Die Anstalt“ vom 7. November 2017.

3. „Arbeitsmarktpolitik muss vorsorgen“: Im „Weser-Kurier“ vom 12. Mai 2018 wurde Arbeitsminister Hubertus Heil über „Hartz IV und die künftigen Anforderungen in den Jobs“ befragt. Dieser Artikel steht nicht mehr im Netz. Das ist ungewöhnlich. Hier eine Zusammenfassung mit meinen Anmerkungen.

Angesprochen auf Jens Span, sagt Heil, er würde „es anders machen“. – „Was bedeutet es, mit 416 Euro auszukommen?“ „Wenn es konkret um ein Leben und um Teilhabe in Deutschland geht, wissen wir aber: Das ist verdammt wenig Geld.“ – „Wie wollen Sie diesen Menschen helfen?“ – „Die Antwort kann nicht sein, dass wir allein darüber reden, ob wir Grundsicherungsempfängern mehr Geld geben sollen.“ (Nicht nur darüber reden, sondern einfach machen! Als erstes zurückkehren zum Warenkorb und innerhalb von sechs Monaten weitere Entscheidungen treffen!)

„Es geht darum, ob der Sozialstaat Menschen aus so einer Situation herausholt. Darauf konzentriere ich mich, auf die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes.“ (Bisher hat jede geförderte Beschäftigung normale Beschäftigung zurückgedrängt. Trotzdem wird das Programm Zuspruch finden, weil viele Erwerbslose mehr als „ausgehungert“ sind! Allerdings reichen vier Milliarden Euro nicht. Was machen die unversorgten Erwerbslosen? Regelsatzhöhe und Sanktionen wirken sich spürbar aus.)

„Sie stehen also voll und ganz und gar zum Grundsatz ‚Fördern und Fordern‘? – „Genau. Es bleibt bei der Mitwirkungspflicht. Es kann auch Sanktionen geben – was, um einmal die Größenordnung klarzumachen, nur bei drei Prozent der Fälle vorkommt.“ (Diese drei Prozent sind nur die nicht gebeugten Erwerbslosen. Das „angemessene“ Arbeitsangebot ist inzwischen *jedes* Arbeitsangebot. Die Ablehnung wird per Sanktion bestraft. Ohne diese Sanktionen würden sich Löhne und Arbeitsbedingungen wieder erholen. Heute kann der Arbeitgeber alles diktieren, und ein Hartz-IV-Bezieher kann sich nicht wehren! Der Arbeitgeber baut darauf.

Die Überzahl der Sanktionen ahndet das Nichterscheinen zu einem Termin im Jobcenter. Das Gespräch dort erfolgt selten, um ein vorliegendes Arbeitsangebot abzuklären. Der Fallmanager erhält die Bewerbungskostenabrechnung. Mit der Kontrolle sind circa 15 der 30 Minuten ausgefüllt. Der Erwerbslose kann Fragen stellen, aber nach einigen Besuchen fällt dem Menschen nichts mehr ein. Es lässt sich viel berichten über diese Gespräche oder auch Schweigeminuten, ebenso über abgeschlossene Dienstzimmer, weil der Erwerbslose sich etwas verspätet hat.

Es gibt auch Einladungen zu produktiven Gesprächen und Fallmanager, die sich Mühe geben und Sachverstand haben. Vor einigen Jahrzehnten konnten die Arbeitsvermittler noch Auskunft geben über die Besonderheiten der Unternehmen und des Ansprechpartners. Da kam eine Bewerbung richtig in Schwung! Herr Heil will nun die Sanktionen bei den Kosten der Unterkunft und die verschärften Sanktionen gegen junge Menschen entschärfen.)

Im weiteren Gespräch beschreibt Herr Heil den sozialen Arbeitsmarkt in der Wirtschaft, in Kommunen, in Wohlfahrtsverbänden. Die Digitalisierung bringe Veränderungen, Sicherheit gebe es durch Weiterbildung. „Die Arbeit geht uns nicht aus, es entstehen neue Jobs mit anderen Anforderungen. Die Chefs großer Unternehmen wie Siemens und Telekom schlagen leichtfüßig ein bedingungsloses Grundeinkommen vor, aber wir akzeptieren kein Leitbild nach der Art: Die Unternehmen können nach Belieben Leute raussetzen, und dann soll der Staat sich mal kümmern.“

(Herr Heil hat nicht gesagt, wie er das verhindern will. Aktuell haben wir kein Gesetz, das dies verhindert. Die Umstellung der Produktion kann aufgrund einer unternehmerischen Entscheidung durchgeführt werden. Leiharbeit sowie befristete Arbeitsverträge erleichtern dies noch. Die Idee, etwas zu ändern, ist gut und die Umsetzung per Gesetz dringend erforderlich, sofort nach der Änderung vom Hartz IV, aber ohne Einschränkung der Produktionsfortschritte wäre dies nicht möglich.)

„Keine Maschinensteuer, dafür Gewinne ordentlich besteuern.“ (Herr Heil, auch dafür fehlen uns die Gesetze. Bayer hat letztlich nicht einmal ein Prozent Steuern bezahlt. McDonald's hat sich in Luxemburg von jeglicher Gewinnbesteuerung befreien lassen. Nach alledem sollten Sie *sofort* die Knechtschaft unter Hartz IV beenden! Falls Ihnen noch Argumente fehlen, einfach vorbeikommen!) –

Herr Heil hat somit nicht nur aus dem fernen Amerika, sondern auch von hiesigen Unternehmen gehört, dass diese erheblichen Personalabbau vorhersehen oder durchführen. Auf Seite 3 im „Weser-Kurier“ von diesem Montag steht, dass die Textilfabriken in Bangladesch Maschinen das selbständige Nähen übernehmen lassen. Berichtet wird von einem Bekleidungshersteller, der demnächst 1.000 Näherinnen entlassen wird. Google experimentiert mit sprechenden Computern. Sie würden sich bei Anrufen angemessen zu erkennen geben, sagt das Unternehmen zu. „Bisher haben wir zu dritt die Uferkante gemäht, eine echte Knochenarbeit. Heute mache ich dies allein per Fernsteuerung.“ Auf der Seite zur 630. Bremer Montagsdemonstration ist nachzuempfinden, wie sich die Umstellung auf Maschinen anfühlt. Ein Rentner besucht seinen ehemaligen Arbeitsplatz – und findet Roboter.

4. Fehlerhafte Zahlen finden zurzeit große Verbreitung (siehe Vorwoche). Verbreitet wurden sie von der DPA unter der Überschrift „Steuerzahlerbund: Hartz IV bringt oft mehr Geld als Arbeit“. Als die Zahlen widerlegt wurden, änderte DPA die Schlagzeile in „Steuerzahlerbund: Hartz IV bringt nicht selten mehr Geld als ein Job“ und ergänzte den lapidaren Satz: „Der Steuerzahlerbund hatte bei seinen ersten Einkommensberechnungen das Kindergeld nicht berücksichtigt.“

Wie begehrt diese Schlagzeile trotz Änderung ist, zeigt sich, wenn man sie einfach mal in die Suchmaschine tippt: Führende Medien sind der Falschmeldung aufgesessen. Auch die geänderte Meldung ist zu hinterfragen, denn wer durch Arbeitslohn und andere Sozialleistung *weniger* als Hartz IV erhält, kann aufstockendes Hartz IV beantragen. Dabei wird das anzurechnende Arbeitseinkommen um Freibeträge vermindert; somit hat der **Aufstocker** *mehr* Geld als aus dem Hartz-IV-Regelsatz. Insofern ist Hartz IV auch niemals *mehr* Geld als Arbeitsleistung plus Sozialleistungen. Bitte veröffentlichen Sie diese Klarstellung entsprechend der Falschmeldung!

Arbeitslosigkeit ist keine Voraussetzung für Hartz IV. Für Vermögen wie Sparbuch oder Bargeld gibt es Freibeträge. Lebensversicherungen sind vorher „Hartz-IV-fest“ zu machen, Rentenversicherungen ebenfalls vorher zu prüfen. Geldeingänge während des Leistungsbezugs werden angerechnet (Geldgeschenke, Einkommensteuererstattung, Jahresabrechnung der Nebenkosten mit Guthaben). Es kommt nicht auf das Datum der Gutschrift an, maßgeblich ist der Zahlungseingang, die Wertstellung. Daher sind die Kontoauszüge zumindest der letzten drei Monate vorzulegen, außerdem der Mietvertrag mit Beschreibung der Wohnung und der Arbeitsvertrag. Das Jobcenter kann auf die Vorlage von Unterlagen verzichten und auch andere Abweichungen zulassen, wenn absehbar ist, dass Sie kein Dauerkunde werden.

Der Antrag gilt rückwirkend ab Monatsanfang. Das Jobcenter erlangt mit Antragstellung Weisungsbefugnis. Einfach das Formular abholen und abstempeln lassen, dann gilt der Antrag als gestellt. Alles andere kann nachgeliefert werden, siehe 661. Bremer Montagsdemonstration. Sozialleistungen wie Wohngeld oder

Kinderzuschlag vertragen sich nicht mit Hartz IV. Beantragen Sie, dass die Ämter diese Leistungen miteinander verrechnen, insgesamt ein Batzen Bürokratie. Stellen Sie den Antrag schriftlich und erbitten Sie bei Ablehnung einen begründeten Bescheid. Die Jobcenter haben eine Ablehnungsquote von über 30 Prozent – auch durch Fehlaukünfte!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Zigaretten und Autos



Aus meiner Sicht gibt es gravierende Unterschiede im Umgang mit diesen beiden „Drogen“: Mit Zigaretten bringt der Raucher sich selbst um. Mit dem Auto bringt der Fahrer nicht nur sich selbst um, sondern häufig auch Unbeteiligte oder Unschuldige. Bei Letzterem gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Todesursachen: den schnellen, gewaltsamen Tod durch Zerschellen an einem Hindernis – Gründe sind meist zu hohe Geschwindigkeiten, Telefonieren oder Einschlafen am Steuer, Alkohol und andere Drogen – sowie den langsamen, qualvollen Tod

durch abgasvergiftete Atemluft.

Wer schützt uns vor diesen Todesursachen, seit über hundert Jahren, seit es Autos gibt? Niemand! Vor den Abgasen der Zigaretten und ihren Rauchern sind wir gesetzlich geschützt. Es gibt seit Juli 2007 bekanntlich ein Bundesnichtraucherschutzgesetz. Menschen werden also davor geschützt, dass sie in Räumen öffentlicher Gebäude, in Gaststätten, Eisenbahnen, Flugzeugen oder Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs die Schadstoffe von Tabakprodukten einatmen müssen, die andere Menschen ausatmen. Eine tolle Regelung, die sogar europaweit innerhalb weniger Jahren umgesetzt wurde, trotz geringerer Einnahmen aus Genussmittelsteuern für den Staat – und zum Ärger der Tabakindustrie.

Gaststätten wurden umgebaut, wenige Quadratmeter kleine Raucherzonen auf Bahnsteigen eingerichtet. Warum so viel Aufwand wegen eines kleinen zylinderförmigen Tabakröllchens, das sich süchtige Menschen in den Mund stecken

und anzünden, um den Rauch selbst einzusaugen und wieder auszublasen? Ärzte hatten festgestellt, dass die von weiblichen wie männlichen Rauchern ausgeatmeten Schadstoffe immer noch so gesundheitsschädlich sind, dass andere Menschen der Umgebung gesetzlich davor geschützt werden müssen. Was erfolgreich gelungen ist.

Wer schützt aber die Nicht-Autofahrer vor den Abgasen der Autofahrer? Diese Trennung ist hier nicht möglich wie beim Nichtrauchererschutzgesetz. Wir alle leiden unter den naturgesetzmäßigen Auswirkungen von Verbrennungsmotoren. Sie sind so global, dass einzelne Gruppen nicht isoliert betrachtet oder gar geschützt werden können. Wir alle verspüren die Auswirkungen der einzelnen Verursacher. Jeder Mensch, der einen Liter Flüssigtreibstoff verbrennt, ist mit etwa drei Kilogramm Kohlendioxid am Klimawandel beteiligt. Jeder verbrannte Liter Dieseltreibstoff erzeugt pro Liter eine spezifische Anzahl von Rußpartikeln verschiedenster Größe, die in kleinste Lungenbläschen passen und direkt ins Blut wandern.

Kohlenmonoxid, Stickoxide, Benzol und Blei sind weitere gesundheitsschädliche Stoffe, die in zunehmender Menge aus Verbrennungsmotoren in unsere Atemluft geblasen werden. Es ist unfair, Menschen, die keine Autoabgase produzieren, nicht schützen zu können vor jenen, die glauben, dies in unbegrenztem Maße tun zu dürfen! Wer schafft hier „Gerechtigkeit“? Es helfen weder Anwälte, Gerichte, Polizei noch Verhaftungen, Strafen, Ersatzansprüche, Sammelklagen oder Schmerzensgeld. Dieses Problem ist durch kein Gesetz der Welt lösbar, sondern nur durch Entwicklung eines klaren, persönlichen Bewusstseins zu ändern, das sich jeder verantwortungsvolle, nachhaltig lebende Mensch selbst schaffen kann.

Es gibt schon seit Tausenden von Jahren Menschen, die irgendetwas rauchen, aber erst seit 2007 in Deutschland ein Nichtrauchererschutzgesetz. So lange dauert es offenbar, bis endlich etwas unternommen wird, um Unbeteiligte zu schützen! Autos gibt es erst seit etwa 150 Jahren, aber schon jetzt ist festzustellen, dass etwas Grundsätzliches damit nicht stimmen kann. In heutiger Zeit sind sie in solchen Mengen nicht mehr akzeptabel. Sie werden keine große Zukunft mehr haben. Atomkraftwerke sind eher als moderne Massenvernichtungsgeräte geeignet denn zur effizienten Stromproduktion. Anders als Tabakwaren sind Individualfahrzeuge perfide Massenvergiftungsgeräte. Ich bin jedoch zuversichtlich und werde daran mitarbeiten, dass sie in den nächsten Jahren auf unserem Planeten zur Seltenheit werden!

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

664. Bremer Montagsdemo

am 28. 05. 2018

Volles Anlagerisiko zulasten der Arbeitnehmer?

1. „Pensionskassen unter Beobachtung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“, meldet der „Weser-Kurier“ von diesem Montag. „Lange Niedrigzinsphase stellt betriebliche Altersvorsorge vor große Probleme“. Aufgrund dieses Artikels möchte ich das Thema ausweiten. Die **Altersvorsorge** hat sich geändert. Die Versicherungskonzerne und die Arbeitgeber haben am Rad gedreht – leider mit Unterstützung der Großen Koalition.

Wer hat in diesem Jahr noch eine Lebensversicherung abgeschlossen? Niemand! Ausgenommen ist die Risiko-Lebensversicherung. Wer früher eine Lebensversicherung abschließen wollte, konnte den Beitrag sowie die garantierte Ablaufleistung vergleichen. Dies galt sowohl für die normale Lebensversicherung wie auch für die Direktversicherung als Form der betrieblichen Altersvorsorge. Die garantierten Zinsen für die Lebensversicherungsverträge wurden mehrmals auf BaFin-Anregung mit politischer Genehmigung gesenkt, aber jeweils nur die neu abzuschließenden Verträge.



Bei der Analyse der Bedrohung der Versicherungskonzerne durch den vereinbarten Garantiezins wurde nur auf den mangelhaften Zinsertrag der Anlagen verwiesen. Die Sondererträge durch vorzeitige Kündigungen oder vorzeitiges Ableben sowie andere, auch regelmäßige Sondererträge blieben bei dieser Betrachtung unbeziffert. Die alten Lebensversicherungen wurden aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung trotzdem für die Versicherten immer akzeptabler.

Die Direktversicherungen als Betriebsrente haben darüber hinaus die Garantie des Arbeitgebers. Wenn die Versicherung nicht die zugesagte Leistung erbringt, muss der Arbeitgeber die Differenz ausgleichen. Dies hat machen Arbeitgeber in die Insolvenz geführt, insbesondere wenn durch Umstrukturierung und Betriebsaufspaltung die Basis für die Pensionszusagen verringert wurde.

Der Pensionssicherungsverein soll die Arbeitnehmer vor dem Verlust ihrer Ansprüche bewahren. Die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Teilnahme am Pen-

sionssicherungsverein und andere Absicherungen wurden durch die Regelungen zum Zeitguthaben ausgeweitet. Letztere müssen über einem gewissen Grenzwert hinaus insolvenzfest abgesichert sein. Die „Hans-Böckler-Stiftung“ hat 2005 die Insolvenzversicherung von Arbeitszeitguthaben untersucht, um zu prüfen: Wer trägt das Risiko der Arbeitszeitflexibilisierung?

Soweit zur Vergangenheit. Jetzt wirkt die Neuordnung der betrieblichen Altersvorsorge. Die Pensions- und Rentenversicherungen werden über einen unbekanntem Beitrag abgeschlossen, denn der Versicherungsgesellschaft ist per Gesetz verboten, die Ablaufleistung zu benennen. So schaffen auch Verbote zufriedene Gesichter – leider nur bei den Versicherungskonzernen und den Arbeitgebern, die nicht mehr für die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung garantieren müssen.

Neu ist auch, dass die Arbeitgeber sich demnächst am Aufwand der Arbeitnehmer zur betrieblichen Altersvorsorge beteiligen müssen. Damit wird die bei der Auszahlung zu entrichtende Sozialversicherung etwas abgemildert. Insgesamt fehlt die Reaktion auf zu erwartende Brüche in der Erwerbstätigkeit. Bisher geht alles zulasten der versicherten Arbeitnehmer. Bei Riester-Verträgen wird so die garantierte Rückzahlung des eingezahlten Sparbeiträge unterlaufen. Diese Garantie gilt nur für vereinbarungsgemäß durchgeführte Verträge. Jede Unterbrechung ist schädlich.

Den Versicherten ist zu raten, regelmäßig den Wert ihrer betrieblichen Altersversicherung zu prüfen und die Mitteilung aufzuheben. Gewerkschaften können über Tarifverträge diese Widrigkeiten abmildern, aber nicht das Gesetz ändern. Ansonsten die gesetzlichen Vertreter einfach abwählen! Und nicht vergessen: Für die Ziele der Verträge nach altem Recht haften die Arbeitgeber und, falls die Absicherung nicht insolvenzfest erfolgte, auch die verantwortlichen Angestellten oder Vorstände. Diese Haftung ist unbegrenzt.

Die Versicherungskonzerne einschließlich der Deutschen Rentenversicherung dürfen die Beitragszahlungen risikoreicher anlegen mit dem Ziel, eine höhere Rendite zu erreichen. Aber volles Risiko zulasten der Arbeitnehmer ist eine sehr schlechte Lösung! Der Koalitionsvertrag der vorherigen Großen Koalition enthielt längst fällige Verbesserungen für die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie wurden nicht umgesetzt, sind einfach an der Ablehnung der CDU gescheitert.

Die MDR-Sendung „Alt und arm – wenn die Rente nicht zum Leben reicht“ vom 29. Januar 2018 geht insbesondere auf die geringen Löhne und Gehälter und die daraus resultierende Altersarmut ein. Das ist auch in Bremen ein ungelöstes Problem, ein unhaltbarer Zustand. Nebenbei erfährt der Zuschauer einiges über die „Fehler“ bei der Umstellung der Systeme und die Verlogenheit der Politik. Falsche Versprechen und sparsame Umsetzung! Unsere Rentenbeiträge bringen scheinbar europaweit die geringste Rendite und Rentenhöhe. Warum?

2. Eine autofreie Innenstadt durch Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hat „Die Linke“ schon länger auf dem Zettel. Jetzt soll es erreicht werden. Der Plan wurde am Sonntag auf dem Landesparteitag verabschiedet. Die Einzelheiten werden ausgefeilt und durchgerechnet im Wahlprogramm erscheinen. Die **Fahrpreise** sollen sozialer ausfallen. Auch Menschen mit wenig Geld sollen so mehr Lebensqualität erhalten. Einfach mal im Bürgerpark spazieren gehen! Dazu ein krasses Vorkommnis: Eine Frau erhält vom ihrer Ärztin einen Weg zur Genesung aufgezeigt. Alles wird besprochen, und es herrscht Einigkeit. Dann folgt die Ernüchterung. Zur Behandlung muss die Frau regelmäßig in die Innenstadt fahren: „Das kann ich mir nicht leisten!“

3. In Bremen werden jugendliche **Flüchtlinge** in Zelten und mit unfairen Mitteln weichgekocht. Dabei hatte die Sozialbehörde die Leerung der Zelte zugesagt, sobald andere Unterkünfte zur Verfügung stehen. Diese Möglichkeit ist eingetreten! Die Jugendlichen könnten umziehen – wenn Bremen Wort halten würde.

90 Jugendliche sind in Leichtbauhallen untergebracht. Alle haben eines gemeinsam: Das Amt schätzt sie älter ein. Nach Augenschein wurde ein Lebensalter oberhalb von 18 Jahren festgelegt. All diese Entscheidungen sind per Klage angefochten worden. Die Behörde behandelt diese jungen Menschen trotzdem wie Überachtzehnjährige. Warum? Die Jugendlichen befürchten, dass ihre Klagen liegen bleiben, bis sie tatsächlich 18 Jahre alt sind. Dann habe sich die Klage erledigt. Ich hoffe, dass dies eine Fehleinschätzung der Jugendlichen ist. Für sie geht in der Zwischenzeit viel Zukunft verloren!

Bremen soll bunter werden. Das hat bisher geklappt. Aber die Behandlung dieser jungen Menschen ist einfach Menschenverachtend. Damit wird Bremen brauner! Einige dieser jungen Menschen machen diese Woche von Mittwoch bis Donnerstag früh vor der Bürgerschaft auf ihre Lage aufmerksam machen. Geh hin! Zeig, Bremen ist bunt und nicht braun!

Drei junge Menschen waren auf der Mitgliederversammlung der Linkspartei. Sie haben bereits viel durchgemacht: Sechs Monate Flucht bedeuten auch sechs Monate Entbehrung, Angst, Todesgefahr. Dies verändert den Menschen, die Seele, das Aussehen und auch das Wachstum. Der Aufbau des Körpers gerät durcheinander, nicht nur bei diesen Jugendlichen. Haben die Ansehenden dies ausreichend berücksichtigt?

Bei Reportagen über längere Kriege und Katastrophen werden oftmals Bilder gesendet mit Kindern, die aussehen wie Großeltern. Die Älteren werden sich noch an die Flucht aus dem Osten, an die eigene Flucht oder an die Bilder der ankommenden Flüchtlinge erinnern. Wenn damals das Alter der Kinder geschätzt worden wäre...

Diese Jugendlichen wollen die Welt bewegen, sie hungern nach Bildung und Teilhabe, und ausgerechnet wir, die Exportweltmeister, verweigern alles! Wer sich einen Eindruck verschaffen will: rausfahren Richtung Stahlwerke, im Netz filtern oder einfach zur Bürgerschaft kommen!

4. Der niedersächsische Energieminister Olaf Lies „sieht keine Probleme für die **Stromversorgung** nach AKW-Aus“, so die „Neue Presse“ am 8. Mai 2018. Das Abschalten der letzten beiden Atomkraftwerke in Niedersachsen in den Jahren 2021 und 2022 werde nach seiner Einschätzung keine Probleme für die Stromversorgung bringen. Bedeutet dies nicht, dass die erneuerbaren Energien gebremst wurden, um die beiden AKWs in Betrieb zu halten? Der Ausbau der Windkraftanlagen auf See wurde verzögert und vermindert, weil die Stromtrassen in den Süden nicht fertig seien, doch jetzt müsste ergänzt werden: damit der Atomstrom reibungslos eingespeist werden kann!

Die Stromversorgung sei laut Lies durch Erneuerbare Energien und eine Zuhilfenahme fossiler Energieträger wie Gas und Kohle gewährleistet. Eine weitere Zumutung! Wer möchte 2021/2022 noch Kohlekraftwerke riechen? Wenn die Erneuerbare Energie endlich Vorrang erhält, ist die Kohle ebenfalls überflüssig. Leider wurde inzwischen auch die Windradproduktion nachhaltig gestört, daher ist Eile geboten.

5. „Regelsatz zu gering. Hartz IV wird kleingerechnet“: So titelt inzwischen sogar die „Tagesschau“ und schreibt: „Nach ‚Monitor‘-Berechnungen müssten Empfänger monatlich 155 Euro mehr bekommen. Der Staat spart Milliarden. Der ehemalige Vorsitzende am Landessozialgericht Hessen, Jürgen Borchert, kämpft schon seit vielen Jahren darum, dass Hartz-IV-Empfängern dieses menschenwürdige Existenzminimum auch tatsächlich gewährt wird. ‚Das ist mit den Regelsätzen, die wir jetzt haben, mit Sicherheit nicht mehr der Fall‘, sagt er.

Der Grund: das Vorgehen der Bundesregierung. Ursprünglich galten als Grundlage für die **Hartz-IV-Sätze** die Ausgaben der unteren 20 Prozent der Gesellschaft – eine Zahl, auf die sich auch die Bundeskanzlerin noch in diesem Jahr öffentlich bezog. Würde man davon ausgehen, käme man allerdings auf einen Regelsatz von 571 Euro monatlich, also deutlich mehr als die derzeitigen 416 Euro. Was die Kanzlerin verschweigt: Unter ihrer Regierung wurde die Berechnungsgrundlage schon 2011 verändert.

Statt der unteren 20 Prozent gelten jetzt nur noch die Ausgaben der unteren 15 Prozent der Bevölkerung als Grundlage für die Berechnung des Regelsatzes für Erwachsene. Außerdem werden zahlreiche Ausgaben nachträglich nicht anerkannt und entweder ganz oder teilweise gestrichen. Dies betrifft vor allem die statistischen Ausgaben für Verkehrsmittel, Gaststättenbesuche, Reisen, Tabak oder Alkohol. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Geld am Ende tatsächlich dafür ausgegeben wird oder nicht.“

Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Gefährdung“ durch „rebellische“ Musik?



In Bayern ist seit Kurzem das neue Polizeiaufgabengesetz in Kraft. 40.000 Menschen haben am 10. Mai 2018 in München dagegen demonstriert. „Drohende Gefahr“ lautet der neue schwammige Begriff, mit dem der Willkür Tür und Tor geöffnet werden: Es braucht keinen dringenden Tatverdacht, keinerlei Beweise – es reicht ein „mulmiges Gefühl“. Verhaftungen und Vorbeugehaft ohne richterliche Anordnung, das kennt man nur aus der Zeit des deutschen Faschismus und jetzt in Erdogans Türkei.

Thüringen ist zwar nicht Bayern, aber auch dort bekam man zu Pfingsten einen Vorgeschmack, wie versucht wird, demokratische Grundrechte auszuhöhlen. Der Polizeichef von Saalfeld, Dirk Löther, versuchte das „Rebellische Musikfestival“ zu verbieten. Als Vorwand diente ein Auftritt der „Grup Yorum“, einer fortschrittlichen türkischen Band, deren mutmaßlichen Mitgliedern in der Türkei Gefängnis droht. Erdogan hat ein Kopfgeld auf sie ausgesetzt.

In Wirklichkeit ist das Vorgehen der Polizei aber gegen die MLPD gerichtet. Die Anordnung kam von ganz oben, sprich: von Innenminister Seehofer. Stefan Engel, langjähriger MLPD-Vorsitzender und einer der zahlreichen Schirmherren des Festivals (neben Konstantin Wecker, Hans Ratz und Mitgliedern des Bundestags) und drei weitere erhielten eine „Gefährderansprache“ unter Androhung von Gefängnisstrafe, wenn das Festival abgehalten würde – als ob ein Schirmherr das überhaupt zu bestimmen hätte.

Das Festival wurde verboten. Bei Beginn marschierten zwei Hundertschaften Polizei auf. Etliche Lastwagen mit Absperrzäunen rollten an, Personenkontrollen vor allem von Flüchtlingen wurden durchgeführt. Dann kam der Gerichtsbeschluss aus Meiningen: Das Festival findet statt – mit „Grup Yorum“! Also ein Sieg auf der ganzen Linie. Das Gericht entschied gegen die Polizei, diese musste zusammenpacken und abziehen.

Horst Seehofer will alle Flüchtlinge in gefängnisartige „Ankerzentren“ einsperren. Der Bremer BAMF-Außenstelle wurde das Recht entzogen, über Asylanträge entscheiden zu können. Jetzt wurden Bundespolizei, Landeskriminalamt und Geheimdienst mit eingeschaltet – wie beruhigend! Weiß man doch, dass dieser aufs Engste mit dem Aufbau des faschistischen NSU verstrickt ist. Hier spielte wiederum der genannte Polizeichef Löther eine wichtige Rolle, konnte sich im Prozess aber leider an nichts mehr erinnern.

Ich empfehle, hierzu den Kriminalroman von Wolfgang Schorlau zu lesen, dann versteht man, welche Rolle Löther spielt! 2015 ließ es die Polizei unter sei-

ner Aufsicht zu, dass 150 Neonazis sechs Antifaschisten krankenhaushausreif prügeln, ohne dass auch nur einer der Faschisten dafür belangt wurde. Wenig später wurden sie in neuer Verkleidung bei einer anderen Veranstaltung gesichtet. Die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist antifaschistisch eingestellt: Am Samstag kamen maximal 5.000 AfDler zu einer zentralen Demo nach Berlin, aber zehnmal so viele Gegendemonstranten.

Seit drei Tagen ist ein neues Datenschutzgesetz in Kraft. Mehr Datensicherheit wäre ja schön, nach dem „Facebook“-Skandal, den Bespitzelungen, der totalen Videoüberwachung, aber das Gegenteil ist der Fall: Geheimdienste legen „Gefährder“-Dateien an, geschädigt werden Kleinbetriebe, Arztpraxen oder Sportvereine. Es kann keine Mannschaftsaufstellung mehr veröffentlicht werden, ohne dazu ausführlich alle Spieler zu befragen.

Ein Aufpäppeln von Faschisten ist in der ganzen Welt zu beobachten. In den USA wurde Folterspezialistin Gina Haspel neue CIA-Chefin. In Italien wollten die „5 Sterne“, eine „undogmatische“ Bewegung mit „linkem“ Anstrich, mit der faschistischen „Lega“ die Regierung bilden. Das ist jetzt allerdings gescheitert, was mich freut.

Merkel verkündete neulich, Grundlage für die Berechnung des Hartz-IV-Regelsatzes sei das Einkommen der ärmsten 20 Prozent der Menschen in Deutschland. Tatsächlich wurde die Bezugsgruppe 2011 unter Merkels Führung wurde auf die untersten 15 Prozent geändert. So kommt die Berechnung der aktuell 416 Euro zustande. Würden weiterhin die untersten 20 Prozent genommen, läge der Regelsatz immerhin bei 571 Euro. Kein unerheblicher Unterschied – aber noch zu wenig, denn bei steigenden Lebenshaltungskosten kann immer weniger von Hartz IV ein menschenwürdiges Leben geführt werden. Deshalb: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Arbeitslosengeld I für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit! Sozialgeld in Höhe des Existenzminimums von circa 1.100 Euro netto!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Fünf Sterne sind jetzt schnuppe: Durch Koalition mit Rechtsextremen hat die ehemals linke Protestbewegung ihre Idee verraten („Tageszeitung“)

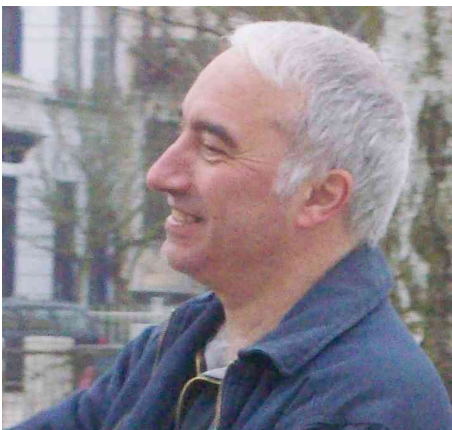
Warum Gauland mit seiner Hetze durchkommt: „Jedes beliebige Ergebnis lässt sich unschwer mit ein paar Zitaten aus verfassungsgerichtlichen Entscheidungen aufhübschen“ („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

665. Bremer Montagsdemo

am 04. 06. 2018

Massiver Abbau des Asylrechts ist der eigentliche Skandal



Innenminister Seehofer (CSU) verbietet der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge weitere Entscheidungen in Asylverfahren. Seit Wochen wird eine rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge durch reaktionäre und faschistoide Politiker und Parteien und mit ihnen verbundenen Medien betrieben. Der Bremer Außenstelle des BAMF wird vorgeworfen, zwischen 2013 und 2016 rund 1.200 Asylanträge „zu viel“ bewilligt zu haben.

Gegen die damalige Bremer BAMF-Chefin und fünf weitere Mitarbeiter laufen Ermittlungen wegen Bestechlichkeit und „bandenmäßiger Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung“. Dabei wird von den rechten Hetzern massiv mit Dreck geworfen – in der Hoffnung, dass Solidarität der Bevölkerung mit den Flüchtlingen zerstört wird und die wirklichen Ursachen der Flüchtlingskatastrophe unter den Teppich gekehrt werden können.

Unterstellung 1: Die ehemalige Leiterin Ulrike B. habe sich „bereichert“. Die Korruptionsvorwürfe entbehren bisher jeder Grundlage. Mitarbeiter von Frau B. stellen klar: „;Die hätte eher etwas draufgezahlt, als einem Flüchtling Geld abzuknöpfen“ („Tageszeitung“ vom 23. Mai 2018).

Unterstellung 2: Das BAMF Bremen habe Asylverfahren „unrechtmäßig an sich gezogen“. Tatsächlich hat es 2014 einen Erlass des BAMF-Zentrale gegeben, demzufolge Bremen wegen der gigantischen Flüchtlingswelle auch für Fälle aus Niedersachsen zuständig sei.

Unterstellung 3: Das BAMF Bremen habe viele Jesiden „einfach durchgewunken“. Den Jesiden drohte im Irak ein Völkermord. Fast niemand hat bestritten, dass ihnen das Menschenrecht auf Asyl zustand. Es gab sogar einen Erlass des damaligen Innenministers de Mazière, Verfahren von Jesiden aus dem Irak zu vereinfachen und zu verkürzen.

Ausgeblendet wird mit der rassistischen Kampagne der eigentliche Skandal: Die imperialistische Politik treibt Millionen Menschen in die Flucht – mit Kriegen,

mit Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, mit Unterdrückung und Gewalt, mit Umweltkatastrophen. Und die Bundesregierung rückt mit ihrer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik immer weiter nach rechts: Sie behandelt Flüchtlinge als Menschen zweiter und dritter Klasse.

Sie beschneidet das Rechts auf Asyl immer stärker. Dazu gehört die Ausweitung der Gruppe der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“, in denen tatsächlich Verfolgung und Krieg auf der Tagesordnung stehen. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist in den letzten Jahren stark gesunken: 2016 lag sie bei 62,4 Prozent, 2017 bei 43,3 Prozent, und im laufenden Jahr sind es nur noch 32,5 Prozent. Wie Rassismus wirkt, zeigt eine Studie der Universität Konstanz zu den regionalen Unterschieden bei Asylablehnungen: „Die Anerkennungsquoten sind insbesondere in den Bundesländern niedrig, in denen es zu rechter Gewalt und Stimmungsmache gekommen ist.“

Der niedersächsische Flüchtlingsrat deckte auf, dass es eine „politisch motivierte systematische Absenkung der Zahl positiver Entscheidungen durch eine Änderung der Anerkennungskriterien seit 2015“ gibt. Das hängt mit den Vorgaben der BAMF-Führung und des Bundesinnenministers zusammen: „Obwohl sich die Situation in manchen Staaten verschlechtert hat, bekommen immer weniger Schutz gewährt“ (Geschäftsführer Kai Weber).

SPD-Justizministerin Barley fordert nun bundesweite Kontrollen von Asylbescheiden. Alle 18.000 positiven Bremer Asylbescheide der vergangenen 18 Jahre sollen überprüft werden. So wird eine Stimmung der Angst erzeugt, damit die Bewilligung von Anträgen neu verhandelt werden kann. Der rassistischen Stimmungsmache der AfD wird damit neue Nahrung gegeben. Es dient auch als Rechtfertigung dafür, dass der Familiennachzug auf maximal 1.000 Menschen pro Monat eingeschränkt wurde und dass Abschiebungen im großen Stil durchgeführt werden sollen.

Wieso werden eigentlich nur die positiven Bescheide überprüft und nicht die Hunderttausende Ablehnungen? Kein Wort hört man von der Regierung, dass es 2017 über 300.000 Klagen gegen Ablehnungsbescheide von Asylbewerbern gab, von denen 40 Prozent erfolgreich waren. Es ist ein Skandal, dass 120.000 Flüchtlingen ihr Recht auf Asyl zunächst unrechtmäßig verweigert wurde. Das ist das Hundertfache der angeblich „zu viel“ bewilligten Anträge!

Die rassistische Stimmungsmache dient auch dazu, die geplanten „Ankerzentren“ hoffähig zu machen. Darin würden Flüchtlinge unter unmenschlichen Lebensbedingungen kaserniert, um schnelleren Asylverfahren und Abschiebungen den Boden zu bereiten. Dagegen entwickelt sich breiter Protest. Flüchtlinge in Ellwangen organisierten den gemeinsamen Kampf gegen Abschiebungen und sahen sich danach einem brutalen Polizeieinsatz gegenüber. Verteidigen wir gemeinsam das uneingeschränkte Recht auf Asyl auf antifaschistischer Grundlage!

Meine Solidarität gehört auch der Protestbewegung zur sofortigen Schließung der Unterkunft in der Gottlieb-Daimler-Straße in Bremen. Die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge wehren sich zu Recht gegen die menschenunwürdige Un-

terbringung in einem desolaten Camp in Metallhütten bei 40 Grad Hitze und ohne jegliche Privatsphäre. Sie bestehen darauf, als Jugendliche anerkannt und nicht als Erwachsene behandelt zu werden. Ihre persönliche Altersangabe wird jedoch nicht akzeptiert und willkürlich durch ein respektloses und medizinisch äußerst fragwürdiges Altersfeststellungsverfahren ersetzt.

„Wir sind zweimal geboren worden. Einmal an unserem Geburtstag und ein zweites Mal durch die Maschine des deutschen Systems. Die Altersfestlegung hat uns zum zweiten Mal geboren und unseren wahren Geburtstag für ungültig erklärt“, so bringt es ein Jugendlicher auf den Punkt. Das führt dazu, dass die Jugendlichen nicht zur Schule gehen dürfen, keine Chancen bekommen, die deutsche Sprache zu lernen, und ohne jede Perspektive Tag für Tag durchhängen. Schluss mit der mutwilligen Altersfestsetzung! Sofortige Schließung des Camps und menschenwürdige Unterbringung!

Harald Braun

Wovon soll ein Hartz-IV-Betroffener leben, wenn alles gestrichen wird?



Seit fast 14 Jahren gibt es Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-Gesetze. Jetzt wurde bekannt: Im letzten Jahr wurden 455.000 Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger wegen Verstoßes gegen „Auflagen“ verhängt. Meistens handelt es sich um einen nicht eingehaltenen Termin oder die Ablehnung einer sinnlosen Bewerbung oder eines abermaligen „Bewerbungstrainings“, bei dem nie etwas herauskommt. Von den Betroffenen bekamen 217.000 *eine*

Sanktion, weitere 204.000 bekamen zwei und mehr Sanktionen, sprich: Leistungskürzungen. 34.000 Menschen wurde Hartz IV komplett gestrichen – was sogar gegen die Verfassung verstößt, wonach man niemanden verhungern lassen darf. Wovon soll ein Hartz-IV-Betroffener denn leben, wenn ihm alles gestrichen wird? Soll er klauen gehen, betteln oder doch lieber verhungern?

Unterdessen häuft die Arbeitslosenversicherung zig Milliarden Euro an Überschuss an. Geld ist also genug da – abgesehen davon, dass die reichsten Milliardäre immer noch reicher werden, auf Kosten der Armen. Schluss mit Sanktionen und menschenunwürdiger Behandlung! 1.006.000 Kinder waren zum Schuljahresbeginn auf das „Schulstarter-Paket“ angewiesen. Letztes Jahr waren es noch 956.000. Armut sinkt nicht – sie steigt!

Die Rechtsentwicklung der Regierungen und bürgerlichen Parteien hier in Deutschland und in anderen Ländern nimmt zu, ebenso die Hetze gegen Flüchtlinge. Der sogenannte BAMF-Skandal ist in Wirklichkeit der Skandal der Flüchtlingspolitik der Regierung: Immer stärker wird das Asylrecht beschnitten. Jetzt sollen alle 18.000 Asylberechtigungen seit dem Jahr 2000 in Bremen polizei- und geheimdienstlich untersucht werden. Angst und Schrecken werden verbreitet, auch bei jenen, die schon seit Jahren hier sind, die oft schwer traumatisiert hier ankamen – und nun wieder bedroht werden. Nicht untersucht werden die Verfahren, die zur Ablehnung führten. Mit der Propaganda vom „BAMF-Skandal“ sollen „Ankerzentren“ vorbereitet werden, also die Gefangennahme und Abschiebung im größten Stil. Es muss ein uneingeschränktes Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage geben!

Auch die im zweiten Anlauf doch noch gebildete neue Regierung in Italien bedeutet einen extremen Rechtsruck und unsägliche Fremdenfeindlichkeit. So will der neue Innenminister massenhaft Flüchtlinge abschieben und Helfer bestrafen. Aber die Rechtsentwicklung vieler Regierungen ist nicht die Rechtsentwicklung der Bevölkerung – im Gegenteil! In Spanien wurde die extrem reaktionäre Rajoy-Regierung gestürzt. Sie hatte dort ähnliche Gesetze wie die Hartz-Gesetze durchgedrückt und mit einer „Rentenreform“ die Renten massiv gekürzt. Hinzu kommt das brutale Vorgehen gegen die Katalanen und die nach wie vor extrem hohe Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent, bei der Jugend 40 Prozent. Die Bevölkerung hat von dieser Politik die Schnauze voll!

In Türkei hat der Faschist Erdogan, der noch für diesen Monat Neuwahlen ansetzen ließ – in der Hoffnung, seine Diktatur für lange Zeit zu festigen –, in Umfragen plötzlich keine Mehrheit mehr. Die Wirtschaft geht in den Keller, die Verschuldung ist hoch, die Inflation liegt inzwischen bei zehn, die Jugendarbeitslosigkeit bei 20 Prozent. Trotz faschistischen Terrors gingen am 1. Mai 2018 Hunderttausende in Istanbul gegen das Regime auf der Straße. Der HDP-Vorsitzende Demirtas kandidiert aus dem Gefängnis heraus zur Präsidentschaft. Ich kann alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die einen türkischen Pass haben, nur aufrufen: Wählt HDP und stimmt gegen den Faschismus!

In Thüringen haben sich der ultrarechte Innenminister Seehofer (CSU) und seine Polizei eine Abfuhr beim Versuch geholt, das „rebellische Musikfestival“ und die MLPD zu kriminalisieren: Das Auftrittsverbot für „Grup Yorum“ war rechtswidrig. Der Landkreis Sonneberg übernimmt zwei Drittel der Anwaltskosten des Festivalvereins und wird auch noch 100 Prozent übernehmen müssen. Dirk Löther, leitender Polizeichef in Saalfeld, der die Einkesselung und die Zustellung von „Gefährderbriefen“ persönlich angeordnet hatte, wurde nach Erfurt versetzt. Nicht zuletzt beruht der Erfolg auf dem Verteilen von 100.000 Flugblättern, die den Vorgang bekannt machten. Wenn wir gemeinsam gegen den Rechtsruck in die Offensive gehen, haben wir auch Erfolge und gehen gestärkt daraus hervor!

Wolfgang Lange (MLPD)

Eine Anhebung von Hartz IV hieße Steuerersparnis für alle



1. Wer ist alles von den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 betroffen? Die Erwerbslosen! Ja – aber mehr oder weniger auch alle anderen in Deutschland lebenden Menschen. Wie die „Tagesschau“ meldet, wird Hartz IV kleingerechnet, siehe Vorwoche.

Viele ALG-II-Antragstellende werden von den Jobcentern abgewimmelt. Das Jobcenter Braunschweig brüstet sich mit über 30 Pro-

zent, die von der Antragstellung abgehalten wurden. Andere Jobcenter sind nicht so ehrlich. Insgesamt deckt sich die Feststellung der verdeckten Armen mit der Praxis der Jobcenter. Diesen Menschen muss und kann geholfen werden! Das ist in Bremen recht einfach: zu einem Beratungsverein gehen oder einfach bei uns mitmachen.

Warum darf die Behörde einfach die Leistung verweigern? Das Sozialamt musste dem Menschen helfen, sobald es Kenntnis von der Hilfebedürftigkeit hatte. Durch Hartz IV wurde aus dem Hilfebedürftigen ein Leistungsberechtigter. Die Hilfebedürftigkeit ist so unter den Teppich gefallen! Nicht gestellte Anträge hinterlassen keine Spuren. Das Ziel, das Existenzminimum zu errechnen, wurde durch die Kürzungen systematisch unterlaufen, auch weil „verdeckt Arme“ bei den Berechnungen nicht herausgerechnet werden.

„Verdeckt Arme“ sind Menschen, die eigentlich ein Anrecht auf Sozialleistungen haben, aber keine beantragen. Das sind immerhin 40 Prozent aller Menschen, die derartige Ansprüche geltend machen könnten. Durch solche Rechentricks wurde der **Regelbedarf** weiter abgesenkt. Der Regelsatz ist nachweisbar zu niedrig! Die Berechnungsgrundlagen wurden „passend“ geändert.

Insgesamt belaufen sich die Einbußen für Hartz-IV-Empfänger und Rentner auf rund zehn Milliarden Euro jährlich, wenn man den Betrag von 571 Euro mit dem derzeit gültigen Satz von derzeit 416 Euro monatlich vergleicht. „Diese Zahl ist vorgegeben worden, die wollte man erreichen“, glaubt Sozialwissenschaftler Stefan Sell von der Hochschule Koblenz. Man habe sie „durch die statistischen Manipulationen bei der Berechnung erreicht“.

Die Bundesregierung räumte gegenüber dem ARD-Magazin „Monitor“ ein, die Frage der Höhe des Regelbedarfs und des soziokulturellen Existenzminimums sei „nicht vorrangig eine Frage des Berechnungsverfahrens, sie muss politisch beantwortet werden.“ Die Bundesregierung gibt damit zu, dass die Regelleistung willkürlich festgesetzt wurde. Ob die Bundesregierung damit ihre Regelungsbefugnis überdehnt hat, werden die Gerichte klären. Eine Anhebung von Hartz IV hie-

ße Steuerersparnis für alle! Experten wie Sell vermuten hinter dem Vorgehen der Bundesregierung vor allem die drohenden Einbußen bei der Einkommensteuer.

Da das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass der Grundfreibetrag sich direkt aus dem Hartz-IV-Satz ableitet, würde sich der Freibetrag bei jedem Einkommensteuerpflichtigen schlagartig deutlich erhöhen. 155 Euro monatlich mehr Hartz IV hießen 1.860 Euro mehr Freibetrag für jeden Steuerzahler pro Jahr. Der Fiskus würde nach „Monitor“-Berechnungen so automatisch 15 Milliarden Euro jährlich verlieren. Sell hält dies für den zentralen Grund, „warum die Politik eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze scheut wie der Teufel das Weihwasser.“ Dieser höhere Steuerfreibetrag kommt allen in Deutschland Steuerpflichtigen zugute, auch den Millionären.

Rentner sind von Hartz IV betroffen, weil in der Agenda 2010 auch die Rentenkürzungen durch die schlechtere Bewertung der Lebensleistung bei der Erstbewilligung der Rente festgeschrieben und umgesetzt wurde, das heißt über 30 Prozent weniger Rente bei gleicher Lebensleistung! Für Rentner fällt die jährliche Rentenerhöhung geringer aus, weil die Androhung von Sanktionen die Arbeitslöhne und Rahmenbedingungen für Lohnabhängige laufend verschlechtert. Dies wirkt auch auf die Prozente für die Rentenerhöhung. Einmal wäre nach dieser Formel sogar eine Rentenkürzung fällig gewesen, was durch Änderungen umgangen wurde.

Arbeitgeber profitieren durch das Überangebot an Arbeitsuchenden und können niedrige Löhne und auch schlechtere Arbeitsbedingungen vereinbaren. Wer Hartz IV bezieht, kann nicht nein sagen, weil er sonst sanktioniert, also bestraft wird. Tarifgeschützt arbeiten immer weniger Arbeitnehmer. Die Arbeitgeberverbände haben Wege gefunden, damit ihre Mitglieder nicht mehr automatisch der Tarifbindung unterliegen. Über 50 Prozent aller Arbeitsverträge sind befristet!

Wer mit einer Abfindung aus dem Arbeitsvertrag geht, leidet unter dem rapide gesunkenen Freibetrag für Abfindungen. Wer die Abfindung als Rücklage nutzt, muss sich rechtzeitig informieren, um eine Kürzung im Hartz-IV-Bezug zu vermeiden. Die Versicherungskonzerne profitieren von Hartz IV, weil die Erwerbslosen unter gewissen Umständen gezwungen sind, ihre Lebensversicherung aufzulösen. Deshalb unbedingt vor dem Antrag auf ALG II zum Beratungsverein gehen oder bei uns mitmachen!

Der Immobilienmarkt profitiert von Hartz IV, weil Erwerbslose unter Umständen gezwungen sind, ihr Haus oder ihre Wohnung zu verkaufen. Aufwendungen für die Tilgung werden meist nicht vom Jobcenter erstattet. Vermieter sollten durch die Mietübernahme zahlungsfeste Mieter erhalten, aber die Jobcenter sehen dies scheinbar anders. Die anerkannte Miete ist oftmals nicht auskömmlich. In Bremen hinkt die Anpassung der Mietobergrenze den Preissteigerungen hinterher und erfolgt nicht einmal fristgerecht innerhalb der vom SGB II vorgeschriebenen Zeiträume.

Dazu kommt das viel zu geringe Angebot auf dem Wohnungsmarkt. Bauwillige sind von der Agenda 2010 durch den Wegfall der Eigenheimförderung

betroffen, die gerade wiederbelebt wird, sowie durch die Krediteinschränkungen nach den Vorgaben der Eigenkapitalrichtlinien und Bankenregulierungsvorschriften „Basel I-III“. Für Ältere wird so die „umgekehrte Hypothek“ unerreichbar.

Handel und Dienstleistung leiden unter der niedrigen Kaufkraft. Renten und Erwerbseinkommen sowie die Hartz-IV-Leistungen sind schon an sich zu gering. Per Sanktion wurden im Jahr 2017 in Bremen über eine Million Euro Regelsatz nicht ausgezahlt! Die Kürzung des Regelsatzes durch Mietunterdeckung entzog dem Einzelhandel allein in Bremen im Monat Januar 2017 rund 450.000 Euro Umsatz. Die Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 2016 wurde in Bremen erst zum 1. März 2018 übernommen, jedoch ohne die inzwischen gerichtssähnlichen Zuschläge auf die Werte der Wohngeldtabelle.

Diese Aufstellung ist unvollständig. Für viele der hier aufgezählten Faktoren sind mit unserer Suchmaschine weitere Informationen auffindbar. Die Menschen in den anderen Staaten Europas leiden unter unserem Exportüberschuss. Wir exportieren auch Erwerbslosigkeit. Durch die Lohndrückerei in Deutschland, dem größten Niedriglohnsektor, können die Unternehmen günstige Waren und Dienstleistungen anbieten. Dabei drehen die Unternehmen die Kostenschraube noch immer abwärts, auch durch Nichtbeachtung von Anstand und Würde. Der Exportüberschuss wurde von der „Tagesschau“ nachgerechnet. Dabei wurden eine Billion Euro nicht gefunden, siehe 630. Bremer Montagsdemo.

Durch die Gängelung der Erwerbslosen im Jobcenter wird Steuergeld vergeudet. Eine faire Behandlung der Erwerbslosen – ohne Sanktionen und Repressionen – würde die Verwaltungskosten um mindestens 50 Prozent reduzieren. Weitere Einsparungen wären erzielbar, wenn Erwerbslosen *geglaubt* würde: Steuerpflichtigen werden alle Angaben geglaubt, nur in Ausnahmen werden die Unterlagen angefordert. Erwerbslose müssen alles belegen und nachweisen, das Wort der Hartz-IV-Abhängigen reicht nicht. Die Aufzählung ist unvollständig! Gegenwehr ist zu jeder Benachteiligung möglich!

Zurück zum politisch festgelegten Regelsatz. „Monitor“ hat sich an das Berechnungsschema gehalten und folglich einen Regelsatz von 571 Euro ermittelt. Vor der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum ALG II wurde der Sozialhilfesatz nach dem Warenkorb ermittelt. „Die Anstalt“ hat in der Sendung vom 24. April 2018 Hartz IV aufgedröselte. Ergebnis: Um diesen Warenkorb zu füllen, sind heute 730 Euro nötig (siehe „Faktencheck“, Lutz Hausstein, Seite 11).

2. Diese ganzen Fakten aus dem wahren Leben finden sich in der WDR-Serie „Ungleichland“ wieder. Hier ein Auszug aus dem Begleittext: „Deutschland ist ein reiches und mächtiges Land. Aber auch ein geteiltes. Die **Vermögen** hier sind so ungleich verteilt wie in wenigen Industriestaaten. Der Wirtschaft geht es gut. Aber trotzdem ist es der unteren Mittelschicht in den letzten Jahren nicht gelungen, Wohlstand aufzubauen. 50 Prozent der Menschen besitzen weniger als 20.000 Euro, die reichsten Deutschen aber Milliarden. Und während über die Ungleich-

heit der Einkommen gestritten wird, während der Staat bei den Löhnen kräftig umverteilt, ist die Ungleichheit der Vermögen im Land weitgehend verborgen.

In wenigen Industriestaaten hängt die Frage, wer aufsteigt, so sehr von der Herkunft ab wie in Deutschland. Normalerweise bleibt oben oben und unten unten. Eine neue Studie zeigt: Arme und Reiche bleiben in Deutschland immer mehr unter sich. Und selbst die Mitte – auch davon erzählt der Film – fühlt sich angesichts unsicherer Zukunftschancen immer mehr unter Druck.

Ein kleiner, vermögender Teil der Gesellschaft gibt in der Politik die Richtung vor. Diesen Trend gibt es auch in Deutschland, fanden Wissenschaftler heraus. Deutsche Forscher werteten Hunderte Meinungsumfragen aus zu den Themen Wirtschaft, Umwelt, Außenpolitik, Finanzen. Sie untersuchten dann, was sich Arme zu diesen Themen von der Politik wünschten – und was die Reichen. Die Unterschiede waren deutlich zu erkennen.

Ein offensichtliches Beispiel ist die Vermögensteuer. Da ist ganz klar: Je höher das Einkommen ist, desto skeptischer sieht man die Wiedereinführung der Vermögensteuer. ‚Untere Einkommensgruppen wollen die Vermögenssteuer auf jeden Fall‘, sagt Armin Schäfer, Politikwissenschaftler der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. ‚Bis heute haben wir die Vermögensteuer in der Form nicht wieder bekommen.‘“

Es ist eine sehr gute Serie mit einem positiven Unternehmerbild (keine „Immobiliengeier“). Sie zeigt deutlich, dass die Politik sich dem Reichtum unterordnet und wie dünn das Eis für die ärmeren Menschen ist. Warum ist dies so? Weltweit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst vom Schweizer Netzwerk MPS, der „Mont-Pèlerin-Society“, gegründet 1947 von Superreichen. Zugegen waren bereits damals Politiker. Das Mantra ist einfach: keine Vermögensteuer, keine Erbschaftsteuer, überhaupt so wenig Steuern wie möglich und möglichst geringe Sozialaufwendungen.

Der Staat soll sich aus allen Geschäften heraushalten und den Privaten das Feld und die Einnahmemöglichkeiten überlassen. Nachzusehen und nachzulesen ist das alles in der ZDF-Sendung „Die Anstalt“ vom 17. November 2017 mit dem begleitenden „Faktencheck“. In einer Ergänzung sind die Akteure und Institute abgebildet. Ergänzende Bemerkungen stehen auf der Seite zur 659. Bremer Montagsdemonstration.

Auch die gegenwärtige Schrumpf-Großkoalition hat sich dem Mantra des Schweizer Netzwerks MPS untergeordnet. Daher können zehn Prozent der Bevölkerung die Vermögensteuer sowie eine greifende Erbschaftsteuer verhindern. Dies geht bereits aus der Eingangsbemerkung zum Koalitionsvertrag hervor.

3. „Die Anstalt“ vom 22. Mai 2018 hat sich mit der Macht der **Medien** beschäftigt, wie immer in 1a-Qualität. Es ging um die Struktur der Rundfunkanstalten und Verlage. Nachstehend zwei Fakten aus dem „Check“. Die Darstellung im Video ist noch einmal eine Qualität für sich. Zunächst zur Forderung der CSU, die Fern-

sehanstalten müssten schrumpfen („Nur eine für alles!“). Ein Auszug aus dem aktuellen Grundsatzprogramm der CSU:

„Meinungsvielfalt braucht Medienvielfalt. Das öffentlich-rechtliche Medienangebot ist in der veränderten Medienlandschaft unverändert wichtig. Es muss auch auf neuen Ausspielwegen im Internet und für neue Zielgruppen relevant sein und Aufmerksamkeit finden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich auf seine Kernaufgaben rückbesinnen. Dadurch kann er Relevanz zurückgewinnen. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion über die Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in Deutschland.

Wir streben langfristig die Zusammenlegung von ARD und ZDF unter einem Dach an: Kostspielige Doppelstrukturen sollen beseitigt werden, die Programmvietfalt erhalten bleiben. Bei der Gestaltung der Programme muss die Rolle der vielfältigen und leistungsfähigen deutschen Produktionslandschaft angemessen berücksichtigt werden. Wir treten für gesunden Wettbewerb und auskömmliches Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Medien ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privater Medien müssen so sein, dass sie sich im Wettbewerb behaupten können.“

Außerdem hat die Große Koalition für Zeitungszusteller den Beitrag zur Rentenversicherung, den die Arbeitgeber zu tragen haben, für die Dauer von fünf Jahren abgesenkt. Insgesamt geht es um 250 Millionen Euro. „Die Maßnahme sei ein ‚Geschenk an die Verlage‘, heißt es aus Kreisen der Union. Die Verlage rechnen mit Einsparungen im niedrigen zweistelligen Millionenbereich, so beziffert es der ‚Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger‘ gegenüber ‚Panorama‘.

Wird das Vorhaben umgesetzt, bedeutet das für einen Zusteller im Minijob mit 450 Euro Monatsverdienst exakt 45 Euro weniger im Monat für seine Rente. Ob und wie diese Lücke ausgeglichen werden soll, dazu steht nichts im Koalitionsvertrag. Auch ist unklar, auf wie viele der deutschlandweit rund 140.000 Zeitungsausträger im Minijob eine solche Regelung zuträfe, denn nicht alle zahlen auch selbst in die Rentenkasse ein.“

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

666. Bremer Montagsdemo am 11. 06. 2018

Keine „Verrücktheiten“, sondern verstärkte Rivalität



Der G7-Gipfel in Kanada endete in einer offenen Krise. Trump reiste vorzeitig ab und zog seine Zustimmung zur Abschlusserklärung zurück. Davor waren Japan und die USA noch nicht einmal bereit, eine Erklärung gegen Plastikmüll im Meer zu unterschreiben. Ein Handelskrieg ist entbrannt, amerikanische „Strafzölle“ sind in Kraft getreten. Ab 1. Juli verhängen die EU und Kanada „Gegenstrafzölle“. Aus dem Iran-Abkommen sind die USA ausgestiegen. Es wäre eine gefährliche Unterschätzung zu meinen, hier zeige sich nur „der verrückte Trump“, sein Verhalten sei der US-Innenpolitik geschuldet.

Den Hintergrund bildet eine verstärkte Rivalität der Imperialisten. Die USA befinden sich auf dem absteigenden Ast, denn neue Imperialisten wie die Türkei, der Iran, Israel, Saudi-Arabien, aber vor allem China und das wiedererstarkte Russland sind auf den Plan getreten. Die USA treiben selbst seit Jahren fast keinen Handel mehr mit dem Iran. Der deutsche Handelsumfang betrug 21 Milliarden Euro im Jahr 2017 gegenüber 7,7 Milliarden 2015, der chinesische beträgt ein Vielfaches davon. Auch Russland groß ist im Geschäft mit dem Iran.

Die Gefahr eines direkten Aufeinanderprallens der Imperialisten wächst massiv. Schon früher gingen Kriegen Handelskriege voraus. Israel fordert Krieg gegen den Iran und bereitet ihn vor. Der Iran ist ein wichtiger Konkurrent im Kampf um Öl, Rohstoffe, Handelsströme, Häfen oder Pipelinestrecken. Israel besitzt selbst 200 Atombomben. Deswegen wäre es reine Heuchelei, den Iran anzugreifen, weil auch dieser nach Atomwaffen strebe.

Wenn es zum Krieg Israels – oder Israels zusammen mit den USA – gegen den Iran kommen sollte, birgt das die konkrete Gefahr eines Weltkrieges. Dieser wäre von vornherein ein von beiden Seiten ungerechter, imperialistischer Krieg. Keine Seite ist im Recht! Es ist nicht ihre Stärke, die die Imperialisten treibt, sondern ihre wachsenden Probleme sind es. Das macht sie immer gefährlicher.

Die Türkei ist inzwischen nicht nur in Syrien, sondern auch in den Irak 25 Kilometer tief eingedrungen. Massiv beschossen und erobert wurden mutmaßliche

PKK-Stellungen, vor allem in den Kandilbergen. Auch Deutschland ist Kriegspartei durch massive Unterstützung der Türkei, Saudi-Arabiens und Israel mit Waffen. Mit der Bundesrepublik als Mitglied im UN-Sicherheitsrat wird das noch schlimmer werden.

Gleichzeitig wird gegen Flüchtlinge immer erbarmungsloser vorgegangen. In „Ankerzentren“ sollen 1.000 bis 1.500 Menschen gefangen gehalten werden. Bayern will eigene Abschiebeflüge. Merkel sagt, Afghanistan sei jetzt „sicher“, es gebe keinerlei Abschiebehindernisse. Komisch, dass Regierungsvertreter sich bei Besuchen nie aus dem Flughafen raustrauen!

Die Große Koalition will die Parteienfinanzierung noch vor der Sommerpause dreist um 28 auf 190 Millionen Euro anheben: Es gebe „Mehrbedarf für Kommunikation im Netz“. Was ist mit unserem Mehrbedarf? Schluss mit der Parteienfinanzierung, die auch der faschistoiden AfD zukommt! Eine dem Imperialismus überlegene Kraft muss aufgebaut werden – eine antifaschistische, antiimperialistische Einheitsfront, weltweit, mit den Arbeitern als Kern! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Von linker Moral und neoliberalen Interessen“: Sahra Wagenknecht präsentiert ihren Plan für eine linke „Sammlungsbewegung“ als zugangsbeschränkter Premium-Beitrag in einem bürgerlichen Qualitätsmedium („Die Zeit“)

Weil es beim Glyphosat so schön geklappt hat: CSU-Chef Seehofer will per Ministerentscheid und gegen die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin Flüchtlinge an der Grenze abweisen („Die Zeit“)

Ganz großes Theater: Die Strategie des getrennt Marschierens und vereint Schlagens wird von den Medien nicht aufgedeckt („Nachdenkseiten“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

667. Bremer Montagsdemo

am 18. 06. 2018

Solidarität mit Ulrike B.

An die frühere Leiterin des BAMF in Bremen! Liebe Ulrike B., wir, die Bremer Montagsdemonstration, kämpfen nicht nur seit 14 Jahren gegen die unsozialen Hartz-Gesetze, sondern setzen uns auch für alle anderen politisch und sozial benachteiligten Menschen ein – gleich welcher Nationalität, Hautfarbe oder Religion.

Deswegen sind wir auch solidarisch mit den Menschen, die aufgrund der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, wegen Krieg, Faschismus, Hunger und Not gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und bei uns oder in anderen Ländern Zuflucht zu suchen. Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden und nicht die Geflüchteten!

Sie als Leiterin des BAMF in Bremen haben sich, soweit wir das beurteilen können, vorbildlich für diese Menschen in Not eingesetzt. Dafür wurden Sie in infamer, verleumderischer Weise angegriffen. Ihnen wurde sogar „Bestechlichkeit“ vorgeworfen, ohne jede Grundlage. Sie sollten geopfert werden, um eine extrem menschenfeindliche Politik durchsetzen zu können. Der Gipfel dabei ist, wie Innenminister Seehofer als oberster Dienstherr des BAMF gefängnisartige „Ankerzentren“ einrichten will und durch Zurückweisung der Asylsuchenden an den Grenzen das jetzt schon immer löcherigere Asylrecht vollends abschaffen will.

Die Vorwürfe gegen Sie und gegen das ganze BAMF in Bremen haben sich als haltlose Lügen erwiesen. Innenminister Seehofer muss deshalb zurücktreten, Sie aber müssen vollständig rehabilitiert werden! Unsere Solidarität gehört Ihnen für Ihr menschliches und mutiges Verhalten. Lassen Sie sich nicht unterkriegen! Wir greifen dieses Thema immer wieder auf. In herzlicher Solidarität, Ihre Bremer Montagsdemo.

Solidaritätserklärung der Initiative Bremer Montagsdemo (einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet) – siehe auch „Die Linke Bremen“

Zeitbombe: Sprengt sich am 1. Juli die CSU aus der Regierung?
(„Tagesspiegel“)

Jeden Tag wird Unrecht mit den Rahmenbedingungen der Agenda 2010 gerechtfertigt

1. Auf der 665. Bremer Montagsdemonstration habe ich dargelegt, wie die Menschen in Deutschland von Hartz IV betroffen sind. Hartz IV ist aktuell! Jeden Tag werden Menschen per Gesetz in Armut gebracht, jeden Tag wird Unrecht mit den Rahmenbedingungen der Agenda 2010 gerechtfertigt. Pfui Teufel! In den Amtsstuben der Jobcenter wird per Zielvorgabe erwartet, dass Leistung eingespart wird. Pfui Teufel!



Der Fallmanager wird nach den Zahlen für die Statistik beurteilt: Ein Erwerbsloser weniger im Leistungsbezug und in der Statistik löst ein Lob aus – egal ob der Erwerbslose erkrankt oder verstorben ist oder tatsächlich eine Arbeit gefunden hat. Der Grund für die Reduzierung ist egal, Hauptsache einer weniger. Pfui Teufel!

Es gibt auch Mitarbeiter(innen) des Jobcenters, die ebenfalls unter diesen Rahmenbedingungen leiden. Wenig Beachtung findet die Möglichkeit, das Jobcenter für erlittenen Schaden in Regress zu nehmen. Es geht, am einfachsten dargelegt bei Falschüberweisung der Kosten der Unterkunft durch das Jobcenter und die Folgen für den Leistungsberechtigten.

2. Eine schockierende Nachricht: US-Behörden trennen Kinder von ihren Eltern. „Null Toleranz ist die Linie unter Präsident Trump. Im Zuge dessen trennen US-Behörden Kinder von ihren Eltern, die einen illegalen **Grenzübertritt** von Mexiko in die USA versuchen.“ Unter dem Vorwand, die Kinder müssten duschen, werden die Kinder von ihren Müttern, ihren Eltern getrennt. Die Erwachsenen werden angezeigt und eingesperrt und erfahren nichts über den Verbleib ihres Kindes.

Die Kleinen werden in Lagern eingesperrt, in Heimen untergebracht. Eine Kontaktaufnahme zwischen den Erwachsenen und ihren Kindern ist nicht vorgesehen und nicht möglich. Schon 2.000 Kinder sollen bisher bei dieser Aktion von ihren Eltern getrennt worden sein! Unsäglich viel Leid wird so verursacht. Die Kinder und auch die Eltern werden sehr lange darunter leiden! Ein umgebauter Supermarkt hat „Platz“ für 1.500 Kinder. Allein dies zeigt, dass nicht einmal Zuwendung und Trost für diese Kinder vorgesehen ist.

Der Verantwortliche hat den Aufschrei der Entrüstung vorhergesehen: „Anfang Mai hatte Justizminister Jeff Sessions die scharfen Maßnahmen gegen Fa-

milien angekündigt. Und er hat sie gerade noch einmal gerechtfertigt: „Illegal in die USA zu kommen, ist ein Verbrechen. In der Bibel heißt es im Brief an die Römer 13, man solle die Gesetze der Regierung achten, weil Gott die Regierung zu seinem Zweck eingesetzt hat.“ Es ist jene Bibelstelle, mit der in den US-amerikanischen Südstaaten einstmals die Sklaverei gerechtfertigt wurde. Schädig! Einfach schädig! Für ein solches ehrloses Verhalten sich hinter „Gottes Willen“ zu verstecken!

Mit diesen menschenverachtenden Handlungen bin ich gedanklich in unserer Vergangenheit. Die aktuellen Gerichtsentscheidungen dazu haben auch Buchhalter in der Lagerverwaltung für das Unrecht insgesamt haftbar gemacht und verurteilt. Es hat lange gedauert, aber die jetzt vorliegende Gerichtsentscheidung taugt auch für die Gegenwart und die Zukunft. Wenn in Deutschland menschenverachtendes Unrecht verübt wird, kann jeder Beteiligte dafür zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn dieses Unrecht im Gesetzbuch steht. Aktuell denke ich an die Verschärfungen im Asylrecht.

Melania Trump kritisiert die Familientrennungen an der Grenze zu Mexiko. Die „Süddeutsche“ hat dazu weitere entrüstete Stimmen eingefangen. Im Radio habe ich sinngemäß gehört, Frau Trump erwarte, dass ihrem Gatten eine bessere Lösung einfällt.

3. Das **BAMF** in Bremen ist in aller Munde. Es gibt viele Verdächtigungen. Wie sieht es aus mit Beweisen? Der Vorwurf ist inzwischen überholt ist. „Wie eine Butterfahrt“ sollte sich der Zuschauer die Antragstellung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bremen vorstellen. Die Satire war gut gemacht, doch inzwischen ist klar: Der Bus wurde nicht von einem Rechtsanwalt organisiert. Bestellt und bezahlt hat das Innenministerium Niedersachsens. Zum „Bargeld“ auf der „Butterfahrt“ hat der Rechtsanwalt des Rechtsanwalts erklärt, die Leistungen des Rechtsanwalts seien natürlich bezahlt worden. Die Rechnungslegung ist erfolgt. Es wurden Barzahlungen geleistet und quittiert, das ist bei fehlender Bankverbindung natürlich.

Bremen ist zuständig für die Jesiden unter den Asylantragsteller(inne)n. Das war bereits vor vielen Monaten in den Nachrichten. Die Jesiden haben sehr erheblich unter dem Krieg gelitten. Sie sind vor dem „Islamischen Staat“ in die Berge geflüchtet und überwiegend von Kurden gerettet worden. Dies ließe sich durch viele Details ergänzen. Unter Berücksichtigung dieser Gräueltaten ist Asylanträgen von Jesiden wahrscheinlich immer stattzugeben.

Selbst der Verweis auf das „erste“ EU-Land ist diesen Menschen nicht zuzumuten. Aktuell hat das Bundesverwaltungsgericht „Rückführungen“ nach Bulgarien für unzulässig erklärt. Zwischenzeitlich waren sie insgesamt untersagt, auch nach Italien und Griechenland. Es gelten weitere grundsätzliche Einschränkungen. Über diese eventuellen Unterlassungen wurde nichts berichtet. Auch die Ursachen der Beanstandungen wurden nicht genannt.

Die Identität wurde nicht geprüft. Fingerabdrücke wurden nicht genommen oder nicht ausgewertet. Ein Mensch ohne Papiere kann eigentlich nichts beweisen. Unstrittig ist nur: Er lebt! Die an der Grenze zu Bayern genommenen Fingerabdrücke mussten in andere Systeme übersetzt werden, was teilweise mit Datenverlust verbunden war.

Die Datei der „Gefährder“ wurde nicht genutzt. Wann wurde sie erstellt, wie war der Zugriff geregelt? In der Datei steht der Name eines beim BAMF Bremen erfolgreichen Asylantragstellers, später auf „Kontakt zu einem Gefährder“ reduziert. Die Innenrevision hat die von ihr beanstandeten Vorgänge überprüft und eine ihr bisher unbekannt Weisung berücksichtigt. So wurden aus 2.000 erst 1.200, dann „über 700“ und letztlich noch „über 500“ zweifelhafte Vorgänge.

Die Mitarbeiter(innen) des BAMF Bremen dürfen nicht arbeiten, sie werden „weitergebildet“. Allerdings dürfen die Computer nicht benutzt werden. Es fehlen außerdem die Schulungsprogramme. Die hauseigene Informationstechnik darf nicht genutzt werden. Wie lange noch? Hat das BAMF Bremen auch befristete Mitarbeiter(innen)? Die fünf vom BAMF Bremen sind auf einen geschrumpft.

Der Dolmetscher sowie die Anwälte sind nicht beim BAMF Bremen angestellt. Die Leiterin des BAMF hat den Dolmetscher beim „unerlaubten Kopieren“ erwischt und den Dolmetscher freigestellt. Dieser hat „zurückgeschlagen“ und über das BAMF Bremen „erzählt“. Wenn das Erzählte inzwischen widerlegt wurde, ist der Rest zumindest fraglich.

Was der Dolmetscher warum kopiert hat, wurde nicht veröffentlicht. Es geht auch nicht aus dem Bericht des „Weser-Kuriers“ über die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht hervor. Es ist logisch, dass der Anwalt gern eine Kündigung für seinen Mandanten hätte, doch ohne Arbeitsverhältnis ist keine Kündigung nach dem Arbeitsrecht erforderlich.

Auch in anderen BAMF-Außenstellen gab es Differenzen mit Dolmetschern, so die „Stuttgarter Nachrichten“: „Verstoß gegen Neutralitätspflicht. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge trennt sich von Dolmetschern.“ In einem Fernsehbeitrag wurde ein Dolmetscher verdächtigt, Identität und Fluchtgründe in die Heimat des Asylsuchenden übermittelt zu haben.

Dabei wurde klar, dass die Notizen und Aktenvermerke nicht ausreichend vor Weitergabe und Verrat geschützt sind. Selten sind alle Angehörige einer Großfamilie komplett in Sicherheit. In der aktuellen Befragung sagt der Entscheider zu, dass er seine Erkenntnisse nicht in die Akte schreibt. Der Text für die Akte wird mit der Antragstellerin abgestimmt.

Ich wünsche der ehemaligen Leiterin des BAMF Bremen und ihren Mitarbeiter(inne)n alles Gute! Wir haben diese Woche auf der Bremer Montagsdemonstration eine Solidaritätserklärung für Ulrike B. beschlossen. Sie gilt selbstverständlich auch für den Rest der Belegschaft sowie für die Externen.

Der „Spiegel“ hat nachgefragt: „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet über das Schicksal von einer Million Flüchtlingen – und vielleicht auch über das der Kanzlerin. Nun wird es zur Hochleistungsbehörde umgebaut.“

Externe Unternehmensberater haben das BAMF wie eine Fabrik organisiert. Es gab dafür 50 Millionen Euro Honorar. „Schnelligkeit ging vor Rechtstreue“, sagen die Mitarbeiter(innen) dazu.

Die Polizei Bremen hat 50 Personalstellen für Ermittler nicht besetzt und ist aktuell nicht in der Lage, allen Anzeigen nachzugehen. Nur die „wichtigsten“ werden bearbeitet. Öffentlich wurde diese Personalunterdeckung, weil ein Mensch sich nach dem Bearbeitungsstand seiner Anzeige erkundigte. Nichts ist passiert, sie wurde als „nicht wichtig“ eingestuft. Die Nichtbesetzung von Personalstellen beziehungsweise die verzögerte Neueinstellung ist Bestandteil der Sparpolitik in Bremen. Daher sind weitere Stellen vakant, auch bei der Polizei.

Wenn selbst die Innenrevision des BAMF nicht alle Anweisungen kannte, wie mühevoll ist dies für Außenstehende? Geplant sind gut 20 Ermittlungsbeamte für mindesten sechs Monate. Die Ermittlungsgruppe soll insgesamt 50 Personen umfassen. Ermittelt werden soll in der Behörde Am Wall, die BAMF-Filiale steht jedoch weit weg in Vegesack.

„BAMF-Ermittlungen haben Vorrang“, schreibt der „Weser-Kurier“: „Der Aderlass betreffe nicht allein diese Abteilung der Polizei, sondern werde auch Auswirkungen auf andere Dienststellen haben, betont der Pressesprecher. ‚Wir schauen überall, wo wir Leute abziehen können, aber natürlich ist die Personaldecke insgesamt ohnehin schon zu kurz.‘“ Der „Heimat“-Minister kennt solche Sorgen nicht: Er hat die Mitarbeiterzahl seines Ministeriums um 100 erhöht. Wie gehen die Bremer mit dieser „Restsicherheit“ um?

Die Innenrevision hat nun angeregt, die „über 500 Asylentscheidungen“ aufzuheben. Hat es eine Stimme des Bedenkens oder des Protestes für die Sicherheit der Menschen gegeben? Die Aufhebung von begünstigenden Asylbescheiden ist bei einer Verbesserung der Lage im Herkunftsland vorgesehen. Insofern wird die Aufhebung der Bescheide unter den zu erahnenden Rahmenbedingungen nicht einfach sein. Es ist daher angezeigt, alle abgelehnten Asylbescheide zu prüfen. Dies wird einige Zeit in Anspruch nehmen. In Österreich wurden 42 Prozent aller negativen Asylbescheide in zweiter Instanz aufgehoben. Diese Zahl berücksichtigt nicht die „freiwilligen“ Berichtigungen, mit denen Asylbewerber klaglos gestellt wurden.

Zwei junge Asylantragsteller haben eine positive Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Bremen erhalten. Ihre Alterseinschätzung wurde vom Gericht verworfen. Die anerkannten Verfahren wurden nicht angewandt. Diese jungen Menschen müssen nunmehr entsprechend umsorgt werden. Sie sind nicht erwachsen. Dies könnte auch in den restlichen Verfahren hilfreich sein. Das Oberverwaltungsgericht hat gezeigt, dass Abwarten juristisch nicht vertretbar ist.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz

und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung!
Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

“I really don't care – do u?": Melania Trump
makes a fashion statement („Focus“)

Amerikas Bauern proben den Aufstand: Diese Meldung ist für Europa gesperrt (aber über den „Tor-Browser“ noch zugänglich) („The Mountaineer“)

Nein zum größten Demokratieabbau seit Gründung der Bundesrepublik!



Das neue Polizeiaufgabengesetz in Bayern hat für große Proteste gesorgt. Hunderttausende sind dagegen auf die Straße gegangen. Inzwischen ist eine bundesweite Massenbewegung gegen neue Polizeigesetze und für den Erhalt demokratischer Rechte entstanden. Deshalb greifen diese Woche alle Montagsdemonstrationen in Deutschland dieses Thema auf, um aufzuklären und den Widerstand zu fördern. Hier ein Auszug aus dem Bündnisaufruf in Nordrhein- Westfalen:

„Nein zum neuen Polizeigesetz NRW! Kein Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte! Die NRW-Landesregierung plant eine massive Verschärfung des Polizeigesetzes. Diese Verschärfung hebt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und die Gewaltenteilung aus. Das neue Polizeigesetz ermöglicht es, Menschen auch ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen, bis zu einen Monat in Präventivgewahrsam zu nehmen oder mit Hausarrest zu belegen. Sie soll Smartphones hacken dürfen, um Messenger wie ‚WhatsApp‘ mitzulesen – nicht nur von vermeintlich verdächtigen Personen, sondern auch in deren sozialem Umfeld. Zudem wird die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausgeweitet.

Kern des neuen Polizeigesetzes ist die Einführung des Rechtsbegriffes der ‚drohenden Gefahr‘. Durch die ‚drohende Gefahr‘, also die bloße Vermutung einer Gefahr, wird die Polizeitätigkeit vorverlagert in einen Bereich, in dem noch gar keine konkrete Gefahr besteht. Das erhebt unverdächtiges, grundrechtlich geschütztes Handeln in den Bereich des verdächtigen und bedroht damit die Unschuldsvermutung. Strafbefugnisse im Polizeigesetz und der Eingriff bei Verdacht

auf Gefahr verwischen die Grenze zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit und stellen auch die Gewaltenteilung insgesamt infrage.

Betroffen von diesen Eingriffen in Grundrechte sind potentiell alle Menschen. Es reicht schon, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Doch muss klar sein: Manche wird es früher und härter treffen als andere – nämlich diejenigen, die bereits besonderes Ziel polizeilicher Eingriffe sind. Durch den im Polizeigesetz vorgesehenen Ausbau von ‚strategischen Fahndungen‘ werden von Rassismus betroffene Menschen noch weit mehr als jetzt getroffen werden. Auch Wohnungslose, psychisch Kranke, politisch Aktive, Streikende, Fußballfans und viele weitere werden die Maßnahmen verstärkt zu spüren bekommen.

2017 hatte Deutschland die niedrigste Kriminalitätsrate seit einem Vierteljahrhundert. Trotzdem werden derzeit in mehreren Bundesländern die Polizeigesetze verschärft. Das ist der Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat! Wir sagen deshalb – wie in vielen anderen Bundesländern auch – Nein zum neuen Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen, Nein zum massiven Eingriff in die Grundrechte von Millionen von Menschen und Nein zu massenhafter Überwachung unter dem Deckmäntelchen von Sicherheit und Ordnung!

Mit einer **Großdemonstration** am **7. Juli 2018** und damit wenige Tage vor der vermutlich letzten Lesung zum Gesetz wollen wir in **Düsseldorf** unseren Protest auf die Straße tragen. Komm auch du mit und mobilisiere dazu im Vorfeld! Auch wenn das Gesetz verabschiedet werden sollte, werden wir nicht aufhören, dagegen aktiv zu sein. Wir werden die Verschärfungen und Einschränkungen der Grundrechte aller nicht tatenlos hinnehmen!“

Es ist ein großer Fortschritt, dass sich in Nordrhein-Westfalen ein breites Bündnis fortschrittlicher und linker Menschen und Organisationen zusammengeschlossen hat. Auch in **Niedersachsen** entwickelt sich der Widerstand gegen ein neues **Polizeigesetz**. Deshalb jetzt schon vormerken: Am **18. August 2018** gemeinsam zur **Großdemonstration** nach **Hannover**!

Harald Braun

Hauptsache, es reimt sich: Dann geht jede Menschenverachtung als Kunstwerk durch („*Spiegel-Online*“)

Mit 68: Noch schneller kann man nicht gegen die Wand laufen („*Spiegel-Online*“)

Darum das Kopftuch: Zwei Drittel der türkischen Wähler(innen) in Deutschland stimmen für Erdogan („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

668. Bremer Montagsdemo

am 25. 06. 2018

Gegen den offenen Kriegskurs ist die Einheit aller Linken notwendig!

1. Die offene Regierungskrise verschärft sich: Seehofer will Merkels Richtlinienkompetenz nicht anerkennen. Alles läuft momentan auf einen Bruch der Koalition hinaus. Dabei sind sich beide Parteivorsitzenden in den wesentlichen Fragen einig, auch bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts und bei „62,5 von 63 Punkten“ von Seehofers geheimem Masterplan, bei dem nicht der aufgebauschte halbe Punkt, sondern der unstrittige Rest den Skandal bildet.



Einig ist man sich über „Ankerzentren“ zur Erfassung und Rückführung der Schutzsuchenden gleich nach ihrer Ankunft und über „Schutzzentren“ außerhalb der EU, in der Türkei, in Libyen und anderen afrikanischen Staaten – früher nannte man solche Riesenknäste Konzentrationslager. Geplant sind die ausgeweitete Einstufung auch von Kriegsländern wie Afghanistan als „sichere Herkunftsländer“ sowie die Kürzung der Sozialhilfe für **Flüchtlinge**. Sie soll nur noch als Sachleistung, etwa in Form von Essensgutscheinen, gewährt werden. Angestrebt werden willkürliche Abweisungen an den Grenzen. Um die Außengrenzen Europas abschotten, soll die europäische Grenz- und Küstenwache „Frontex“ von 1.200 auf 10.000 Mann aufgestockt werden.

Inzwischen sind 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, dreieinhalb Millionen mehr als vor zwei Jahren – so viele wie überhaupt noch nie! Worum geht dann der Streit zwischen Seehofer und Merkel? Seehofer will im Auftrag der reaktionärsten Teile des deutschen Finanzkapitals eine generelle Verschiebung der Außen- und Innenpolitik: weg vom System der kleinbürgerlichen Denkweise, das scheinbar auf Konsens setzt, hin zum offen reaktionären und rassistischen Antikommunismus, zur offenen brutalen Unterdrückung. Seehofer steht dabei in einer Reihe mit Trump (USA), Kurz (Österreich), Orbán (Ungarn). Berlin, Wien, Budapest und Rom sollen eine neue „Achse der Willigen“ bilden.

Aufrüstung und Kriegsgefahr steigen wie noch nie. Salvini von Italiens faschistischer „Lega“ spricht von „Menschenfleisch“, wenn er Flüchtlinge meint. Er

will sie ertrinken lassen, so wie dieses Jahr schon über 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Dieser offen reaktionäre Kurs ist gegen den fortschrittlichen Stimmungsumschwung unter den Massen gerichtet und stellt einen offenen Kriegskurs dar, wobei auch die Angst vor der großen Wirtschaftskrise mitspielt, in die das kapitalistische Weltsystem hineinschlittert. Dagegen ist die Einheit aller Linken, Demokraten, Antifaschisten und Internationalisten nötig und muss aufgebaut werden!

2. Am Sonntag waren in der **Türkei** Wahlen. Erdogan hat sie laut amtlichen Mitteilungen gewonnen, sowohl als Präsident wie auch die Mehrheit im Parlament, letztere aber nur mithilfe der faschistischen MHP, den „Grauen Wölfen“, die noch vor Kurzem nur bei der Hälfte der Zehn-Prozent-Hürde lag. Das riecht nach Betrug! Immerhin hat die HDP diese Hürde übersprungen, trotz brutalster Behinderung und der Inhaftierung vieler ihrer Kandidaten. Die Wahlen waren alles andere als fair.

Vielen Menschen, vor allem im kurdischen Südosten, blieb die Wahl verwehrt. Sie wurden aus ihren Häusern vertrieben und diese zerstört, ihre Wahllokale kurzfristig geschlossen. Viele Wahlbeobachter, auch aus Deutschland, durften nicht einreisen, mehrere wurden verhaftet. OSZE-Wahlbeobachter trauten sich nicht nach Suruç, wo schwer bewaffnete AKP-Schergen herumliefen. Körbeweise wurden gefälschte Wahlzettel gefunden. Ob Erdogan nun tatsächlich als „neuer Sultan“ oder neuer faschistischer Diktator schalten und walten kann, wird sich herausstellen.

Auch in der Türkei weht wieder ein anderer Wind, Erdogan ins Gesicht: Der „Geist von Gezi“ ist wieder wach. Wirtschaftlich geht es in der Türkei bergab, deshalb die vorgezogenen Wahlen. Das Volk wird sich nicht auf die Dauer unterdrücken lassen. Eine wichtige Rolle spielen die Arbeiter etwa der Autoindustrie. Sie haben vor einem Jahr gestreikt, obwohl Erdogan es ausdrücklich verbieten ließ und als Hochverrat bezeichnete. Sie streikten trotzdem und gewannen! Hier wächst die Kraft, die Erdogans Diktatur weggefegen wird. Gemeinsam werden sie die Diktatur abschütteln!

3. Letzten Montag wurde endlich ein Vorstandsvorsitzender eines großen Autokonzerns verhaftet: Audi-Chef Rupert Stadler kam wegen Verdunkelungsgefahr in Untersuchungshaft. Er war und ist einer der Hauptverantwortlichen für die kriminellen **Abgasbetrügereien**. Abteilungsleiter Giovanni Pamio war ebenfalls verstrickt und wurde von Audi entlassen. Als er jetzt auspacken wollte, zahlte ihm Audi 1,5 Millionen Euro Schweigegeld. Auch die dafür Verantwortlichen in der Chefetage gehören wegen Verdunkelung eingesperrt!

Die Dax-Vorstandsgehälter haben sich in dreißig Jahren fast verzehnfacht: 1987 betrug sie umgerechnet 451.000 Euro, das 15-Fache eines Durchschnittsverdienstes, 2017 waren es schon 4,35 Millionen Euro, das 85-Fache. Die deutschen Banken haben 3,5 Milliarden Zinsgewinne von den Griechenland-

„Hilfspaketen“ kassiert. Das Geld ist nicht auf den Bäumen gewachsen, es wurde der griechischen Bevölkerung herausgepresst, etwa durch Rentenstreichung.

Eine Krankenversicherung hat dort fast niemand mehr. Wer ins Krankenhaus muss, wird nur behandelt, wenn er bar bezahlen kann. Die Verbrecher in diesem System sind die Milliardäre. Für ihre Profite gibt es kein Verbrechen an Mensch und Umwelt, das sie nicht zu begehen bereit sind. Es liegt nicht an der Bösartigkeit der Einzelnen, sondern das ist das System. Deswegen muss es weg!

Auf der letzten Montagsdemonstration war es auch ein Thema, dass in den USA die Kinder illegaler Einwanderer ihren Eltern weggenommen werden. Es sind bereits über 2.300. Darüber herrscht in der ganzen Welt Entsetzen und Empörung. Jetzt musste Trump reagieren: Die Kinder sollen nicht mehr getrennt werden, sondern zusammen mit ihren Eltern ins Gefängnis kommen. Über den Verbleib der 2.300 verschwundenen, gestohlenen Kinder gibt es keinen Überblick. Es sind Zustände wie zur Zeit der Militärdiktatur in Argentinien. Weg mit Trump und allen anderen Despoten!

Wolfgang Lange (MLPD)

So eine Ka-tas-tro-phe: Und alles nur wegen Bözili („*Der Postillon*“)

Platsch der Seehopfer: Die Linienrichterin ist nicht mit einem Foulspiel zu beeindrucken – oder doch? („*Focus*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

669. Bremer Montagsdemo am 02. 07. 2018

Schluss mit der Polizeirepression!

Der öffentliche Protest gegen Hartz IV und Konsorten ist selten geworden, doch die Betroffenen wehren sich weiter, zum Beispiel mit Krankschreibungen gegen die „Vermittlungsoffensive“. Fehlgeschlagen ist die Mobilisierung für eine Aktion am Donnerstag, dem 15. September 2016. An diesem Tag gab es einen Versuch von Erwerbslosen, gegen den Auftritt der damaligen Bundesministerin für Arbeit, Andrea Nahles, zu protestieren, als ihr Ministerium eine Filmveranstaltung im Kino „City 46“ machte, um für die „Innovationsoffensive Futurale“ zu werben.

Dabei wurden zwei Erwerbslosen-Aktivist(inn)en durch die Bremer Polizei an der Verteilung von Flugblättern gehindert. Ein zivil gekleideter *Bu**** der Abteilung „Politische Polizei/Staatsschutz“ war nicht als Polizist erkennbar. Die beiden Erwerbslosen wurden durch diesen rechtswidrigen Polizeiübergriff psychisch und physisch geschädigt. Ihnen wurde ein Strafbefehl über mehrere Hundert Euro wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ zugesandt, gegen den sie Widerspruch einlegten.

Nun gibt es einen **Prozess im Amtsgericht am Dienstag, dem 10. Juli 2018, um 9:15 Uhr in Saal 651**. Zeigt eure Solidarität und kommt zur Gerichtsverhandlung! Es gibt Chancen auf Einstellung des Verfahrens. Schluss mit der absurden Polizeirepression! Weg mit den Hartz-IV-Bestrafungen!

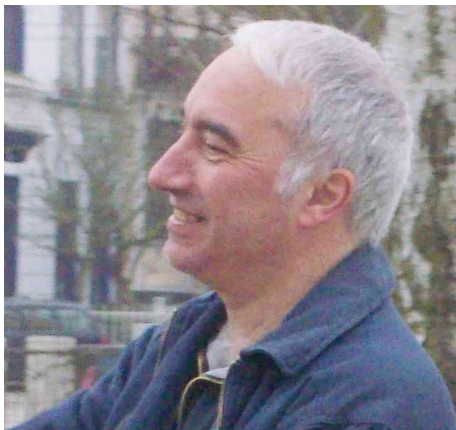
Zuschrift von Michael

Man(n) darf alles sagen: Solange es nur korrekt gegendert ist („*End of Road*“)

Der Papst spricht bereits von „Konzentrationslagern“

Der EU-Gipfel vom 27. und 28. Juni 2018 hat eine massive Verschärfung der europäischen Flüchtlingspolitik beschlossen. Wie sehen die Kernpunkte der Vereinbarungen aus?

Europa will sich gegen Flüchtlinge abschotten und die Mauern überall hochziehen. Mit den nordafrikanischen Ländern sollen die Verhandlungen intensiviert werden, Lager auf ihrem Boden zu errichten, sodass die Flüchtlinge schon dort abgefangen oder nach ihrer „Rettung“ auf dem Mittelmeer dorthin zurückgebracht werden können. Papst Franziskus hatte solche Lager in einer Predigt bereits als „Konzentrationslager“ bezeichnet.



Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten sagen bisher Nein zu den EU-Lagern in Nordafrika. Ihren Widerstand wird die EU, wenn überhaupt, nur mit viel Geld und massiver politischer Unterstützung brechen können. Dazu arbeitet die EU bisher durchweg mit äußerst reaktionären Regimes zusammen. In Libyen gibt es bereits solche Lager, in denen Sklavenhandel, Folter und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind.

Bis diese Lager in Nordafrika installiert sind, sollen Internierungslager – beschönigend „Aufnahmezentren“ genannt – in den Mittelmeerstaaten eingerichtet werden. Angeblich sollen die Flüchtlinge von dort aus auf die verschiedenen EU-Länder verteilt werden, allerdings nur auf „freiwilliger Basis“. Zukünftig sind laut Gipfelerklärung die EU-Länder auch formal nicht mehr dazu verpflichtet, überhaupt noch Flüchtlinge aufzunehmen.

Damit geht die EU vor den faschistoiden Scharfmachern wie Orbán, Kurz und Seehofer in die Knie. Polen will genauso wie die übrigen osteuropäischen Mitgliedsländer überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen. Auch die Aufnahme in anderen EU-Staaten setzt voraus, dass die Flüchtlinge erst einmal Asyl erhalten – was nur bei einem immer kleineren Teil der Fall ist. Die große Masse wird also von den europäischen Internierungslagern wieder an die Herkunftsländer abgeschoben.

„Frontex“ wird massiv ausgebaut und soll Flüchtlinge und Rettungshelfer bekämpfen. Die Grenzschutztruppe wird von derzeit 1.200 auf rund 10.000 Angehörige aufgerüstet. Sie soll vor allem Seenotrettungsdienste bekämpfen. Für Letztere will die EU Richtlinien erarbeiten, um sie noch mehr zu drangsalieren als bisher schon. Die um sich greifenden Fälle der Verweigerung der Aufnahme von Rettungsschiffen in Mittelmeerhäfen zielen jetzt schon darauf ab, sie zur Aufgabe zu zwingen. Außerdem erhält „Frontex“ ein „erweitertes Mandat“ zur Abschiebung von Flüchtlingen.

Alle diese Maßnahmen laufen auf die faktische Abschaffung der noch vorhandenen Reste des Asylrechts in Europa und Deutschland hinaus. Die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ sprach von einem „Gipfel der Inhumanität“. Flucht sei kein Verbrechen. „Gefolterte und Verfolgte in Europa einfach wegzusperren, ist inhuman“, sagte „Pro-Asyl“- Geschäftsführer Günter Burkhardt. Geschlossen verurteilt auch die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ die rassistischen Beschlüsse des EU-Gipfels und die Blockade der Rettungsschiffe: „Die europäische

Politik verdammt Menschen dazu, in Libyen gefangen zu bleiben oder im Meer zu ertrinken.“

Die Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ weist darauf hin, dass die Massenabschiebung von in Seenot geretteten Flüchtlingen europäischem Recht widerspricht, denn der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 2012 in einem Grundsatzurteil entschieden, dass ein solches Vorgehen mit dem „Schutz vor Kollektivausweisung“ nicht vereinbar ist.

„Pro Asyl“? Sind das nicht auch nur solche „Gutmenschen“? Ja, genau wie die überwiegende Mehrheit der deutschen und der europäischen Bevölkerung. Sie lehnen die Rechtsentwicklung in den Regierungen der europäischen Länder ab. Sie treten unbeirrt und hartnäckig für humanitäre Grundsätze, die Erhaltung des Asylrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention ein und verteidigen demokratische Rechte und Freiheiten. Dafür steht auch die Bremer Montagsdemonstration jeden Montag hier auf dem Marktplatz.

Harald Braun

Koalition plant Lagerkonzentration von Flüchtlingen: Werden bald auch in Deutschland Kinder eingesperrt wie unter Trump? („*Spiegel-Online*“)

Der Osten entvölkert sich: Friedrich der Große wollte das Land von „Türken und Heiden“ besiedeln lassen, „wenn sie nur ehrliche Leute sind“ („*Freitag*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

670. Bremer Montagsdemo

am 09. 07. 2018

Wenn die „offene Einrichtung“ eine geschlossene Anstalt ist



1. Politisches Kabarett vom Feinsten: Max Uthoff hat ein Teekränzchen bei den reichsten Damen der Republik aufgemischt, Angela eingeschlossen. Das Asylrechtsdesaster, die Profiteure der falschen Rentenpolitik, die Hartz-IV-Katastrophen – reinschauen lohnt sich! Hartz IV wurde von vielen Gerichten geprüft und für zu niedrig gefunden. Am 17. Mai 2018 hat die „Tagesschau“ berichtet, Frau Merkel

habe zugestanden, dass die Änderung der Ermittlung des Regelsatzes für Hartz IV von ihr politisch entschieden wurde.

„Regelsatz zu gering – Hartz IV wird kleingerechnet“, so titelte die „Tagesschau“ und schreibt: „Nach ‚Monitor‘-Berechnungen müssten Empfänger monatlich 155 Euro mehr bekommen“, nachzulesen mit weiteren Anmerkungen zum Regelsatz auf der Seite zur 664. Bremer Montagsdemonstration. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 die Regelsatzhöhe kritisiert und dies ausführlich begründet, kürzer in der Pressemitteilung.

Den Auflagen des obersten Gerichts ist die Bundesregierung ausgewichen und hat trotzdem die Berechnungsgrundlage für den Regelsatz so umgestaltet, dass garantiert ein geringerer Leistungsanspruch ausgerechnet wird. Auch über die gesetzlich festgelegten jährlichen Erhöhungen wird nach politischer Willkür entschieden. Dabei hat das Gericht sehr detailliert ausgeführt, was abgedeckt und dass die Berechnung oder Ermittlung logisch und nachvollziehbar sein muss.

Auf die Kürzungen des Regelsatzes durch **Sanktionen** und anderes ist das Bundesverfassungsgericht damals nicht eingegangen. Wenn das Gericht den Regelsatz als unterste Möglichkeit, als Mindestbetrag zur Sicherung des Lebensunterhalts deklariert – wer denkt da noch an Kürzungen? Die Bundesregierung!

Zwischendurch wurde der Bundesregierung die Klageflut im Hartz-IV-Bereich zu stark. Nicht die Qualität der Jobcenter Entscheidungen wurde verbessert, sondern die Klagemöglichkeiten der Hilfebedürftigen wurden eingeschränkt. Bei-

spielsweise wurde die Frist für Überprüfungsanträge für Hartz-IV-Abhängige von vier Jahren auf eines reduziert.

Die Regelsätze sind zu niedrig. Formal erfüllen sie die Rahmenbedingungen des Bundesverfassungsgerichts, jedoch nicht jene der Lebensumstände, der Wirklichkeit. Wie wirkt sich da eine vom Jobcenter verhängte Sanktion aus? Auf die Lebensumstände des Hilfebedürftigen gravierend negativ, aber ebenso auch auf die öffentlichen Kassen.

Vollstecker von Sanktionen sind die „Fallmanger“, die Sachbearbeiter im Jobcenter, also genau jene Menschen, die eine hohe Fehlerquote bei der Umsetzung von Hartz IV haben, auch weil die Gesetzesänderungen oftmals nicht eindeutig formuliert sind. Die Hartz-IV-Sanktion wird sofort umgesetzt, die Auszahlung sofort um den Sanktionsbetrag gekürzt und bei 100-prozentiger Sanktion eingestellt. Es erfolgt keine Überweisung. Gutscheine für Lebensmittel werden erst nach Antragstellung ausgestellt, was oftmals mit weiteren Fallstricken versehen ist.

Das ist alles ganz anders als im normalen Recht. Wer gegen die Regeln der Straßenverkehrsordnung verstößt, bekommt ein „Knöllchen“. Frühestens mit dessen Erhalt kann der Mensch bezahlen. Wer nicht einverstanden ist, kann Rechtsmittel einlegen und muss erst nach einem negativen Urteil zahlen, nachzulesen auch auf der Seite zur 667. Bremer Montagsdemonstration.

So wirkt Hartz IV Tag für Tag negativ auf die Hilfebedürftigen, weit über den Hartz-IV-Regelkreis hinaus. Sanktionierte sollten sich prompt wehren. Die Erfolgsquote ist hoch! Auch die Sorgen und Nöte sind vom Jobcenter als Schadenersatz zu erstatten, nicht nur die Aufwendungen in Euro und Cent! Rund eine Million Euro jährlich werden den Hilfebedürftigen Hartz-IV-Betroffenen in Bremen jährlich wegsanktioniert. Es ist Geld, das auch der Einzelhandel in Bremen gut gebrauchen kann! Die Kürzungen durch Eigenanteile zu den Kosten der Unterkunft schmälern ebenfalls die Haushaltskasse der Hilfebedürftigen.

Auch in der Sozialhilfe werden Leistungskürzungen verhängt. Die Grünen haben dies ändern wollen. „Die Linke“ hat die Sanktionen bei Hartz IV abschaffen wollen. Die Anträge wurden zusammengefasst: „Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen“. Der Antrag sowie die Begründung sind eine sehr ausführlich abgefasste Bestandsaufnahme rund um die Existenzunterschreitung. Wer vorher das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gelesen hat, erkennt auch als „Normalbürger“ und Nichtjurist die Rechtsverstöße. Nachstehend ein Auszug aus der Rede von Katja Kipping:

„Erstens ist immer wieder zu beobachten: Es gibt einen Rückzug aus dem sozialen Leben. Menschen, die von Sanktionen betroffen sind, kommen rein in die Isolation. Das heißt, es gibt Vereinsamung. Zweitens führen Sanktionen auch dazu, dass sich Menschen vom Jobcenter zurückziehen. Es ist eine Art lähmende Wirkung, auch eine Arbeitsdemotivation zu beobachten gewesen. Sanktionen ermuntern Menschen mitnichten, sich sinnstiftend in die Gesellschaft einzubringen. Auch mit Blick auf

die Arbeitsmarktpolitik wirken sie oft kontraproduktiv und gehören deswegen abgeschafft.

Drittens befördern Sanktionen Existenznot. Wenn eine Sanktion greift, kann das zu ungenügender Ernährung führen, zu Mietschulden bis hin zum drohenden Wohnungsverlust, zum Verlust des Krankenversicherungsschutzes. Viertens verschlechtern Sanktionen die Verhandlungssituation von Beschäftigten. Es gibt eine offizielle Studie des IAB, die ganz klar gesagt hat: Wenn Menschen – sozusagen als Alternative – Hartz-IV-Sanktionen drohen, sind sie eher bereit, niedrigere Löhne zu akzeptieren.

Fünftens bedeuten Sanktionen auch Schikane gegenüber widerständigen Menschen. Vielleicht erinnern Sie sich an Frau Sandra Schlenz. Das ist eine alleinerziehende Mutter, die eine Massenpetition gestartet hat, unter der Überschrift: ‚Jens Spahn in Hartz IV‘. Das ist eine Frau, die eine Massenpetition startet, die es wagt, dem Gesundheitsminister die Stirn zu bieten, die jede Menge Interviews gibt, eine Demonstration organisiert.

Diese Frau muss jetzt in eine Coachingmaßnahme, die das Ziel haben soll, ihr Selbstbewusstsein zu erhöhen. Ja, merkt man das noch? Da bietet eine Frau dem Minister die Stirn, und dann sagt man, übrigens unter Androhung von Sanktionen: ‚Sie müssen jetzt Ihr Selbstbewusstsein erhöhen und deswegen in eine Coachingmaßnahme.‘ – Da merken Sie doch selber, dass da was nicht stimmt.

Auch Kinder sind von Hartz-IV-Sanktionen betroffen. Ich habe ja nachgefragt: 310.000 Sanktionen wurden gegenüber Familien mit Kindern verhängt. Und wenn in den Familienkassen das Geld fehlt, dann ist auch das Kindeswohl gefährdet. Schon deswegen gehören Sanktionen sofort abgeschafft. Es handelt sich bei der Sozialleistung nicht um eine Mildtätigkeit. Es geht hier um ein Grundrecht, und Grundrechte muss man sich nicht verdienen. Deswegen sagen wir ganz klar: Grundrechte kürzt man nicht.“

Die Beschlussempfehlung zu diesem Antrag wurde so abgefasst, dass wer mit Ja stimmt, den Antrag ablehnt. Die namentliche Abstimmung zeigt, dass außer den Abstimmungsfernen alle Abgeordneten von CSU, CDU, SPD, FDP sowie AfD die Sanktionen bei Hartz IV und die Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe beibehalten wollen. Die Namen sind abrufbar – einfach nach dem Lieblingsabgeordneten schauen und die eigene Meinung kundtun!

Eine grundsätzliche Erkenntnis aus dieser Abstimmung ist: Die AfD taugt nicht für Menschen mit wenig Geld. Bei der SPD habe ich noch Hoffnung auf Änderung. Jeden Tag merken SPD-Politiker, dass Hartz IV für die SPD die Pforte zum Abgang ist.

Wie Gerhard Schröder vom Netzwerk der „Mont-Pèlerin-Society“ das Drehbuch insbesondere für Hartz IV geschrieben bekam und davor die FDP das so-

genannte Lambsdorff-Papier, ist in der „Anstalt“ vom 7. November 2017 zu sehen und im dazugehörigen Faktencheck sowie dessen Ergänzung nachzulesen, siehe 640. Bremer Montagsdemonstration.

„Die Anstalt“ vom 23. April 2018 vermittelt die Rahmenbedingungen von Hartz IV nach der Leistungsbewilligung, siehe 661. Bremer Montagsdemonstration. Es erscheint nur einmal pro Monat eine neue Ausgabe der „Anstalt“. Nach zwölf Monaten werden auch diese erfolgreichen Beiträge einschließlich Faktencheck gelöscht.

2. Der Bundesinnenminister hat für einen Stillstand der Politik gesorgt. Nun soll es weitergehen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit soll wieder klappen? Das wäre eine zünftige Meldung für den 1. April. Frau Nahles hat strahlend gesagt: „Wir müssen kein Gesetz machen, nicht einmal ein Gesetz ändern.“ Kennt Frau Nahles die Auslegung Bayerns zu den bestehenden Gesetzen? Bayern legt bestehende Gesetze zum **Asylrecht** als Aufforderung zum Einsperren aus!

Daher bitte nicht wie bisher mitmachen und bitte nicht die vom Herrn Bundesheimatminister angedeuteten Änderungen mittragen! Bayern hat Asylbewerber bereits seit vielen Monaten entgegen den Bundesgesetzen in geschlossene Anstalten gesperrt. Dort gibt es weder Radio noch Fernsehen, keine Zeitung und keinen Außenkontakt, siehe 536. Bremer Montagsdemonstration. Diese geschlossenen Anstalten werden von den Behördenvertretern als „offene Einrichtungen“ beschrieben: Jede(r) kann gehen, muss dann aber Deutschland verlassen. Was für eine depperte Begründung!

Ist Afghanistan ein sicheres Land? Nein! Noch nie wurden so viele Bomben von den Amerikanern auf Afghanistan abgefeuert. Jede Explosion trifft und beeinträchtigt auch Unbeteiligte und stärkt somit die Taliban. Deutschland setzt die Scheuklappen auf und schiebt ab mit Sammelflügen nach Afghanistan. „Vor allem für Bayern gibt es offenbar keine Grenzen mehr“, sagt Bernd Mesovic von „Pro Asyl“. Der „Bayerische Flüchtlingsrat“ hat eine Stellungnahme veröffentlicht, wonach auch Auszubildende, Berufsschüler und ein Mann in einem festen Arbeitsverhältnis auf der Liste eines Sammelfluges mit 69 Personen standen.

Die sogenannten sicheren Zentren in den Staaten Nordafrikas sind für die Flüchtlinge lebensgefährlich. Deutschland stellt keine sichere Umsorgung her. Es hat lange gedauert, bis die EU das Mittelmeer aus der Luft nach Flüchtlingsbooten angesucht hat, um Hilfe zu leisten. Wann wird die Wüste aus dem Weltraum überwacht? Inzwischen steht Algerien im Verdacht, Flüchtlinge in der Wüste auszusetzen.

Die Überwachung per Satellit würde die Rettung ermöglichen. 2004 wurde leider umgekehrt der Kapitän der „Cap Anamur“, Elias Bierdel, in Sizilien wegen Menschenrettung vor Gericht gestellt. 2007 erhielt er den „Georg-Elser-Preis“. Damals traute sich kein Fischer mehr, Menschen aus dem Meer zu retten, weil er dafür vor Gericht gestellt wurde. Ich werde keinen Menschen wählen, der auch nur indirekt diese Greuel mitverursacht oder auch nur akzeptiert!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Platsch der Seehopfer: Von 69 abgeschobenen Geburtstagsafghanen nimmt sich einer das Leben („*Spiegel-Online*“)

Rechtsregierung stürzen durch Neuwahlen!



Letzten Montag wollte Horst Seehofer eigentlich zurücktreten – dann gab es doch noch einen „Kompromiss“. Was beinhaltet der? In 62,5 von 63 Punkten war man sich schon vorher einig: in der ultrareaktionären Verschärfung der Flüchtlingspolitik. Es gibt rigorose Abschiebungen; so wurden letzten Donnerstag 69 Afghanen abgeschoben, davon 51 aus Bayern, darunter Schüler, Geflüchtete mit fester Arbeitsstelle und Kranke.

„Ankerzentren“ sollen errichtet und nur der SPD zuliebe anders genannt werden. Sie sind nichts anderes als riesige Abschiebeknäste, „Konzentrationslager“ nennt sie der Papst, in Nordafrika und Griechenland, gegen den Willen dieser Länder. In den „Schutzzentren“, die es wie in Libyen bereits gibt, herrschen Terror, Vergewaltigung und Sklavenhandel. Die imperialistischen Länder, auch Deutschland, sind verantwortlich für die Fluchtursachen: die Zerstörung der eigenständigen Wirtschaft, die globale Umweltkatastrophe sowie Kriege um Rohstoffe, Macht und Einflussphären.

Die CSU nennt die Flüchtlingsströme zynisch „Asyltourismus“. In Wirklichkeit sind sie ein Aufschrei der Unterdrückten, die mit ihren Familien nicht mehr weiterleben können. 68,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, schon 1.137 Kinder, Frauen, Männer sind dieses Jahr im Mittelmeer ertrunken. Geplant wird ein massiver „Frontex“-Ausbau zur Abschottung Europas. Seehofer muss zurücktreten, fordern immer mehr Menschen – aber nicht nur er allein, sondern die ganze Regierung, weil sie immer weiter nach rechts gerückt ist!

Die neuen Polizeigesetze enthalten den willkürlich auslegbaren Begriff der „drohenden Gefahr“. Ohne Vorwurf einer strafbaren Handlung kann eingesperrt, eine elektronische Fußfessel angelegt, Kontaktsperre oder Aufenthaltsverbot verhängt werden. In Bayern haben 65.000 Menschen dagegen demonstriert, am Samstag über 20.000 in Düsseldorf.

Schon wurde die Klage des „Gefährders“ Stefan Engel gegen Innenminister Seehofer und das zuständige Polizeipräsidium abgewiesen. Zwar sei der Auftritt von „Grup Yorum“ nicht zu verbieten gewesen, aber die „Erkenntnisse“ der handelnden Polizeichefs stammten immerhin vom Verfassungsschutz, und die MLPD wolle ja den „revolutionären Umsturz“ herbeiführen. Deswegen sei der „Gefährderbrief“, mit dem das „rebellische Musikfestival“ verhindert werden sollte, eben doch „rechtens“ gewesen. Das ist Gesinnungsterror!

Ein neuer Versuch, der MLPD zu schaden, ist ein Nutzungsverbot für den Saal „Horster Mitte“ in Gelsenkirchen, wo sich auch die Zentrale der MLPD befindet. Es wurde ohne Vorankündigung, also völlig willkürlich ausgesprochen. Als Begründung dient eine Holzplatte, die eine Kellertreppe abdeckt, damit niemand in den Schacht fällt. Damit sei die „Statik zerstört“ worden – aber damit werden sie nicht durchkommen!

Hier in Bremen gingen am Samstag 1.500 Antifaschisten auf die Straße. Sie demonstrierten gegen einen faschistischen „Frauenmarsch“, zu dem AfD, NPD und – welche Schande! – unser früherer Mitstreiter gegen „Stuttgart 21“, Gernot-Peter Schulz, der sich jetzt Sybill Constance de Buer nennt, aufgerufen haben. Dem faschistischen Aufruf gefolgt sind laut Polizei ganze elf Personen. Auch wenn das nur ein klägliches Häuflein war, muss den Anfängen gewehrt werden!

Wozu der Faschismus führt, hat sich am Wochenende wieder in der Türkei gezeigt, wo Präsident Erdogan weitere 18.000 Beamte gefeuert hat, unter anderem Lehrer, Hochschulprofessoren und Polizisten. Insgesamt sind schon 170.000 Staatsbedienstete entlassen worden. Das ganze Land hat Erdogan in ein Gefängnis verwandelt.

Die Rechtsentwicklung der Regierungen hat nicht nur innenpolitische Gründe. Es gibt weltweite Entwicklungen zu einer neuen Weltwirtschaftskrise. Handelskriege dienen der Vorbereitung auf zwischenimperialistischen Krieg. Wie Trump in den USA, Erdogan in der Türkei, Orbán in Ungarn, die Lega in Italien oder die FPÖ in Österreich reiht sich die Bundesregierung ein. Die Rechtsentwicklung muss gestoppt werden!

Die tiefe Krise der Regierung lässt sich ausnützen zu ihrem Sturz durch Neuwahlen. Die Regierungsparteien kommen zusammen nur noch auf maximal 48 Prozent der Stimmen. CSUler denken über ein Zusammengehen mit der AfD nach. Diese hat ihr „soziales“ Gesicht gezeigt mit dem Vorschlag, das Krankenversicherungssystem abzuschaffen und nur noch selbst finanzierte Krankenversicherungen zuzulassen. Seehofer hat sich verzockt, die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt nicht seinen Kurs. Es gibt einen fortschrittlichen Stimmungsumschwung unter den Massen. Kämpfe, Streiks, Demonstrationen nehmen zu. Schließen wir

uns noch enger zusammen gegen Regierung und Kapital! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Flyer verteilen ist kein Verbrechen“

Am Dienstag kam bei mir und allen Unterstützer(inne)n Erleichterung auf: Freispruch! Das Amtsgericht kassierte den Strafbefehl wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ und sprach mich frei. Im Gegenteil wurden die Einschränkung der Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit durch die (Zivil-)Polizei beanstandet, ebenso deren unklare Vorbereitung auf den Besuch der Ministerin sowie die Vermischung von Gefährdungsprüfung und Straftatenverdacht. Das Vorgehen der Polizei war nicht vom Hausrecht gedeckt. Es wurden entsprechende Zeugen gehört.

Ob der 2016 hauptsächlich tätige Polizist die Kritik und den Freispruch semantisch und intellektuell verstand und als Korrektur akzeptierte, daran habe ich meine Zweifel. Die Staatsanwaltschaft will eine Revision prüfen. Da scheint ein Vorgesetzter der Staatsanwältin seinen politischen Kurs durchsetzen zu wollen. Sie agierte widersprüchlich und wie auf Anweisung aus dem Off.

Ich bedanke mich herzlich bei allen Interessierten und Besucher(inne)n und empfehle die engagierte und genaue Arbeit von Rechtsanwalt Jan Lam. Die „Tageszeitung“ zitiert ihn mit den Worten: „Man muss sich nicht ausweisen, wenn man jemandem ein Flugblatt geben will – so etwas muss man nur in einem Polizeistaat“. Das Vorgehen sei durchaus typisch für Bremen: Die Polizei greife ein und suche erst hinterher nach einer Legitimation. Am Rande von Demos könne man das jedes Jahr „hundertfach“ erleben.

„Flyer verteilen ist kein Verbrechen. Die Polizei hat bei einem Kino-Abend mit Andrea Nahles die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt“, fasst die „Tageszeitung“ zusammen. Bleibt die politische Frage: Wann gibt es wieder gemeinsamen Protest gegen die Zustände, insbesondere gegen die Vermittlung in all jene Jobs, die bei den Jobcentern übrig bleiben?

Zuschrift von Michael

Antisemitischer Übergriff in Bonn: Polizisten schlagen
versehentlich das Opfer („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

671. Bremer Montagsdemo

am 16. 07. 2018

„Problem mit brutaler Polizeigewalt“



In den letzten Tagen reiste Donald Trump wie mit der Abrissbirne durch Europa. Unter anderem drohte er mit dem Verlassen der Nato und dem Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Nur zu, kann ich da nur sagen: Die Nato ist ein Relikt aus dem Kalten Krieg und gehört schon lange aufgelöst! Aber Trumps Forderung, die Rüstungsausgaben auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, obwohl sie in Deutschland bei 1,3 Prozent schon jetzt

gigantisch sind, bedeutet eine Erhöhung von derzeit 40 auf 129 Milliarden Euro pro Jahr. Dies dient nur der beschleunigten Kriegsvorbereitung! Bereits ohne Trumps Forderung hat die Bundesregierung geplant, die Militärausgaben von 2014 bis 2024 um 80 Prozent zu steigern.

Die USA sind wirtschaftlich weit zurückgefallen, vor allem gegenüber China, aber auch gegenüber Europa. Daher rührt die aggressive Politik, die bis zur Bereitschaft geht, Krieg vom Zaun zu brechen. In Großbritannien dämpfte Trump die Premierministerin Theresa May wegen ihrer „zu laxen“ Haltung zum „Brexit“, denn dieser müsse „radikal“ erfolgen, wie er ihr schon früher gesagt habe. Der zurückgetretene Außenminister Boris Johnson, Träger einer blondierten Mähne wie Trump, sei der bessere Premier. Dieser bezeichnete den Brexit-Plan Mays als „Scheißhaufen“, ist also auch verbal ein Seelenverwandter Trumps.

Seehofer, Söder und Dobrindt sind weitere Seelenverwandte Trumps. So wie Trump aus Mexiko kommenden Eltern die Kinder wegnehmen ließ, freute sich Seehofer wie ein Schneekönig, dass an seinem 69. Geburtstag genau 69 Menschen nach Afghanistan abgeschoben wurden. Das fand er äußerst lustig. Dieser Menschenverächter, dieser eiskalte, herzlose, faschistoide Politiker muss sofort zurücktreten! Freilich ist der Rest der Bundesregierung in der praktischen Politik nicht besser, nur die Methoden sind etwas feiner.

Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht in einer Welt der Unmenschlichkeit und Kälte untergehen, weder hier in Deutschland noch sonst auf der Welt! Am Samstag gingen in London mehr als 100.000 Menschen gegen Trump auf der Straße. Diesen Montag gab es mehrere Demonstrationen in Helsinki gegen Trump und auch gegen Putin. Die Proteste gegen die **Polizeigesetze** in Deutschland

nehmen Fahrt auf: 20.000 Teilnehmende gab es in Düsseldorf, 40.000 in München. Am 8. September 2018 gibt es eine **Großdemonstration** in Hannover. Unter anderem sehen diese Gesetze vor, dass die Polizei ohne jeglichen Gerichtsbeschluss Menschen verhaften und wochenlang wegsperren darf, wenn sie ihr „gefährlich“ erscheinen.

Dass dazu ein Hinweis eines „Schlapphuts“ vom Verfassungsschutz ausreicht, wurde in der Vergangenheit bereits deutlich. So richteten sich die Polizeigesetze zunächst, im Vorfeld und Vorgriff, vor allem gegen linke Migrantenorganisationen – beispielsweise wird das Zeigen eines Öcalan-Fotos als „Terrorpropaganda“ verfolgt und bestraft – sowie gegen Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre in Deutschland. Die „Verfassungsschützer“ durften sich dafür vor Gericht beim NSU-Prozess ausschweigen zu ihrer aktiven Mittäterschaft.

Wie brutal die deutsche Polizei zum Teil ist, was sicher nicht für alle Polizisten gilt, zeigte sich letzte Woche in Bonn. Der jüdische Professor Jitzchak Melamed war von einem verwirrten Antisemiten angegriffen worden, weil er mit seiner Kippa als Jude zu erkennen war. Der Angegriffene rief die Polizei, woraufhin der Angreifer flüchtete. Die Polizei nahm den Professor dann mit vier Mann fest. Sie warfen ihn zu Boden und schlugen ihm Dutzende Male brutal ins Gesicht. Das war angeblich „eine Verwechslung“. Aber welchen Grund gibt es dafür, mit vier Mann auf jemanden einzudreschen und ihn zu Boden zu werfen, der sich gar nicht wehrt?

Melamed sagte hinterher, er habe sich vollständig passiv verhalten. „Machen Sie der deutschen Polizei keinen Ärger“, habe einer der Beamten gedroht. Melamed antwortete: „Mein Großvater wurde von der deutschen Polizei ermordet, meine Großmutter, meine Tante, mein Onkel. Ich habe keine Angst mehr vor der deutschen Polizei.“ Weiter sagte er: „Ihr habt ein Problem mit Antisemitismus, aber auch mit brutaler Polizeigewalt“. Schluss mit Faschisierung von Staat und Polizei! Wohin das führt, kann man in der Türkei sehen. Das darf hier nicht passieren! Wir müssen aufstehen und uns wehren!

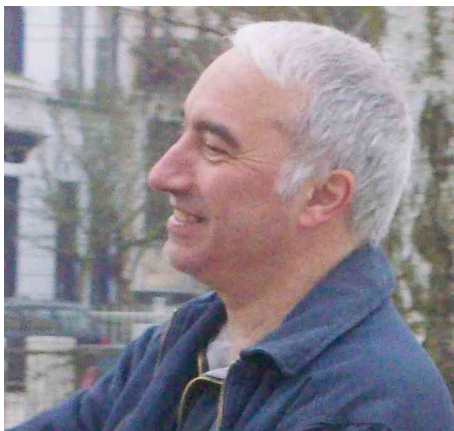
Wolfgang Lange (MLPD)

Man darf alles sagen: Wenn nur der Sohn einen hebräischen Vornamen hat („*Spiegel-Online*“)

Wir brauchen eine Wende in der Rentenpolitik!

Das Niveau der durchschnittlichen Altersrenten wird von Jahr zu Jahr niedriger: Lag es 2004 noch bei 53 Prozent der Durchschnittslöhne, ist es inzwischen auf 48 Prozent gesunken. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung und den

Kapitalistenverbänden, soll es bis 2030 weiter auf 43 Prozent absinken. Dies würde nach heutigem Stand bedeuten, dass ein Verdienst von 2.500 Euro brutto im Monat nach 40 Beitragsjahren gerade mal für eine Rente von 909 Euro reicht. Immer mehr Rentner und vor allem Rentnerinnen in Deutschland bekommen trotz lebenslanger Arbeit eine Rente, die zum Leben nicht reicht!



Die Spirale nach unten in die Altersarmut dreht sich immer schneller. Im Jahr 2000 lag die durchschnittliche Altersrente bei 1.021 Euro, im Jahr 2013 gerade noch bei 908 Euro. Inzwischen liegt fast jede zweite gesetzliche Altersrente unter 800 Euro im Monat. 48 Prozent aller Altersrenten bewegten sich nach den jüngsten Daten von 2016 unter 800 Euro und 62 Prozent unter 1.000 Euro. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der „Linken“ im Bundestag hervor.

Rechnet man die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen mit ein, ist dies seit dem Jahr 2000 ein Kaufkraftverlust bei den Rentnern von fast 40 Prozent! Dies ist von allen Bevölkerungsgruppen der größte soziale Einschnitt. Von knapp 800 Euro gehen Miete, Strom, Heizung, Telefon, Versicherung und Fahrkarten ab. Oft bleiben gerade mal 200 Euro für Nahrung, Kleidung, gesellschaftliche Teilhabe und täglichen Bedarf übrig. Was bleibt ist die ständige Angst, das alles nicht mehr bezahlen zu können.

Die Altersarmut wirkt sich heute noch nicht so massiv aus, weil teilweise Ersparnis aufgebraucht wird oder ein Partner da ist, der aushelfen kann. Die heutige Altersarmut ist aber erst der Anfang einer Entwicklung, die in den nächsten Jahren und vor allem für künftige Generationen verheerende Ausmaße annehmen wird, wenn wir keine Wende in der Rentenpolitik durchsetzen!

Welche Alternativen gibt es? Die AfD ist jedenfalls keine! Auf ihrem letzten Parteitag hat sie ihr volksfeindliches Programm im Interesse der Konzerne und Banken offen gezeigt. Björn Höcke will die gesetzliche Rente für eine nationalistische Spaltung nutzen und sie den deutschen Staatsangehörigen vorbehalten. Dahinter steckt eine typisch rassistische Argumentation, denn Kolleginnen und Kollegen auch ohne deutschen Pass, die hier arbeiten, zahlen in die Rentenkasse ein und bezahlen Steuern in Deutschland.

Höckes „Rente nach Pass“ vertieft die Spaltung und schenkt den Konzernen Milliarden. AfD-Parteichef Jörg Meuthen will die staatlich finanzierte Rente sogar ganz abschaffen: Die Menschen sollen künftig privat über ihre Altersvorsorge „entscheiden“. Das wäre ein super Geschäft für private Versicherungskonzerne. Viele Menschen haben allerdings gar kein Geld, um sich privat zu versichern. Die Konzerne reiben sich dennoch die Hände, weil sie noch mehr Lohnkosten sparen könnten.

Eine wirkliche Wende in der Rentenpolitik kann es nur auf Kosten der Profite geben! Erhöhung des Rentenniveaus wieder über 50 Prozent! Gesetzliche

Mindestrente über dem Existenzminimum von 1.100 Euro pro Monat! Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 60 und für Frauen sowie für Schicht- und Schwerarbeiter(innen) auf 55 Jahre – bei vollem Rentenausgleich!

Natürlich heulen die Monopolparteien angesichts solcher Forderungen auf. „Die Rente muss für die Wirtschaft bezahlbar bleiben“, so die Generalsekretärin der CDU Kramp-Karrenbauer. Während Durchschnittsverdiener(innen), Rentner(innen) und Arbeitslose immer weniger zum Leben haben, nimmt der Reichtum in wenigen Händen immer mehr zu. Allein 2017 kletterte das Privatvermögen um 12 Prozent auf 201,9 Billionen Dollar. Davon profitieren vor allem die Millionäre, bei denen sich inzwischen die Hälfte des weltweiten Vermögens ballt.

Noch krasser ist es bei den Vorständen der Dax-Konzerne: Ihre Gehälter haben sich in den letzten 30 Jahren verzehnfacht! Sie verdienen heute 85 Mal so viel wie die durchschnittlichen Beschäftigten dieser Firmen. Der ganze Umgang im Alter mit den Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum erschaffen haben, zeigt einmal mehr: Es ist an der Zeit, dass der Kapitalismus abgelöst wird durch den echten Sozialismus! Das ist eine befreite Gesellschaft, in der nicht die Profite das Maß aller Dinge sind, sondern die Bedürfnisse und Initiativen der Bevölkerung und der Schutz der Umwelt.

Harald Braun

Bremen hatte mal alle Regeln des Miteinanders auf der Rolle



1. Ich war im Amtsgericht, als Zuschauer. Verhandelt wurde die **Flugblattaktion** anlässlich eines Auftritts von Andrea Nahles im Bremer „Kino 46“ vor knapp zwei Jahren – wie auf unserer Website angekündigt und bereits von Michael in der vergangenen Woche berichtet. Daher hier nur einige Besonderheiten, die mir aufgefallen sind.

Der Anwalt Jan Lam war gut. Bereits beim ersten Vortrag brachte er die Verschachtelung des Vorwurfs ins Bewusstsein. Kurz danach kam sein Antrag auf Beiordnung. Dabei erfuhr der Anwalt, dass sein bisheriger Antrag abgelehnt worden war. Die Ablehnung hatte den Anwalt jedoch nicht erreicht.

Der Vorsitzende und die Staatsanwältin tauschten sich aus. Die Staatsanwältin verwies darauf, dass bei „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ grundsätzlich kein Pflichtverteidiger gestellt wird. Dem Vorsitzenden war dies auch bekannt,

allerdings waren im Vortrag des Rechtsanwalts die Probleme bereits benannt worden. Der Vorsitzende ordnete den Rechtsanwalt als Pflichtverteidiger bei, die Staatsanwältin akzeptierte. So gab es sachkundige Unterstützung auf Staatskosten. Der weitere Verlauf zeigte, dass dies eine richtige Entscheidung war.

Zum Ablauf wurde der erste Zeuge aufgerufen. Es war der Polizist, der im „Kino 46“ Dienst hatte – in Zivil und mit einem ungewohnten Auftrag. Er war kurzfristig abgestellt und, wie sich herausstellte, schlecht in die Besonderheiten eingewiesen worden. Durchaus ein netter Mensch. Er schilderte den Anlauf. Der Rechtsanwalt fragte nach den Rechtsgrundlagen für die Handlung. Er stellte Möglichkeiten in Aussicht und trieb die Antwort zwischen zwei Alternativen hin und her.

Der Zeuge hatte augenscheinlich keine feste Vorstellung hinsichtlich der Rechtsgrundlage seines Handelns und lehnte eine Antwort ab, weil dazu seine Aussagebefugnis nicht ausreichte. Gefragt hatte der Rechtsanwalt, ob und wie viele weitere Polizisten in Zivil anwesend waren. Der Anwalt wollte die persönliche Aussagebefugnis einsehen. „Ich habe keine persönliche Aussagebefugnis.“ – „Dann müssen Sie die Frage beantworten!“ Der Vorsitzende entschärfte: „Dies ist, glaube ich, augenblicklich nicht wichtig.“

Der Rechtsanwalt hatte auch den Bericht der vor der Tür eingesetzten Polizisten eingesehen. Darin stand, dass durch die Verteilung des Flugblattes im Foyer „Tumulte und Proteste“ entstanden seien – somit ganz anders, als vorher vom Zeugen geschildert. Der Zeuge blieb bei seiner Aussage. Die Schilderung des Diensthabenden vor der Tür könne er sich nicht erklären. Die weiteren Zeugen, geladen von der Staatsanwaltschaft, waren allesamt im Außenbereich.

Der Vorsitzende hatte kurzfristig den Kinobesitzer eingeladen. Der stellte klar, dass die Verteilung von Flyern in seinem Haus keine Störung sei. Allerdings wurde darüber bei dem vorbereitenden Gespräch mit der Polizei nicht gesprochen. Das Hausrecht für den Innenbereich wurde nicht an die Polizei abgetreten. Der Zeuge wollte den Beschuldigten kontrollieren, weil er „ganz anders als alle anderen“ gekleidet war. Er ist aufgefallen durch Sommerkleidung, kurze Hose und kurzärmeliges Hemd. Der Freispruch war die richtige Entscheidung nach einer langen Verhandlung!

Die angekündigte und dann auf Eis gelegte Polizeigesetzänderung in Bremen schafft auch andere Voraussetzungen für die Unterbindung einer Flugblattverteilung: Bei gleicher Sachlage und gleichem Handeln würde sich die Rechtslage für den Verteiler dramatisch verschlechtern – eben so wie in einem Polizeistaat!

Die Verhandlung mit dem vielen Wenn und Aber hat auch gezeigt, dass ein Mensch ohne Pflichtverteidiger gar nicht in der Lage ist, sich erfolgreich zu wehren. Welcher Polizist erfüllt als Zeuge die Wünsche des Fragenden so detailliert wie hier im Verfahren erreicht? Welcher Mensch kann den Polizeibericht der anderen Einsatzkräfte einsehen? Es gibt viele Argumente, um von der Doktrin „kein Pflichtverteidiger bei Widerstand gegen die Staatsgewalt“ abzurücken!

Wann ist nun die Verhandlung über das Verhalten der Frau, die dem Flugblattverteiler zu Hilfe gesprungen ist, gegen den Angreifer, der ein Polizist in Zivil war und sich nicht ausgewiesen hat? Thema war auch, wie komisch es ist, wenn die Staatsanwaltschaft total überlastet ist und eine Kleinigkeit so aufwendig bereinigt wird. Aber gelacht hat keiner.

Im Nachhinein glaube ich, dass die Staatsanwaltschaft nicht mit der Anwesenheit eines Verteidigers gerechnet hat. Dieser Anwalt kannte sich bestens aus. Wenn die Staatsanwaltschaft Zeit findet, die auf Halde liegenden Verfahren entsprechend zu sichten, wird sicherlich viel anderweitig einzusetzende Dienstzeit gewonnen!

2. Die Rente ist in Deutschland am magersten! Die „Linken“-Abgeordnete Sabine Zimmermann hat gefragt, die Bundesregierung geantwortet und die „Tageschau“ am 12. Juli 2018 morgens berichtet: „**Altersarmut**. Jede zweite Rente unter 800 Euro“. In der Meldung heißt es: „Weniger als 800 Euro – damit mussten im Jahr 2016 rund 8,6 Millionen Rentner im Monat auskommen. Das Arbeitsministerium verweist darauf, dass viele Rentner noch andere Einkünfte haben. Fast jeder zweite Rentner in Deutschland bekommt weniger als 800 Euro im Monat. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der ‚Linken‘- Bundestagsfraktion hervor.“

Die Antwort der Bundesregierung zeigt in einer Tabelle auf Seite 2 die Fortsetzung: Weitere 2,7 Millionen Rentner(innen) haben eine Rente zwischen 800 und 1.000 Euro. Dies sind die Netto-Zahlbeträge nach Abzug der Sozialversicherung. Der Hinweis, „viele Rentner“ hätten „noch andere Einkünfte“, auch weil sie nicht allein leben, ist unterirdisch!

Wir haben den von vielen Regierungspolitikern aktiv verursachten Rentenschwund. Jeder Rentenbescheid zum Rentenbeginn hat einen „Rechenfehler“. Die Änderungen im Rentenrecht haben dazu geführt, dass heute die Renten um über 30 Prozent geringer sind als vor 2000. Die Lebensleistung wird einfach gekürzt. Auf Seite 24 des „Faktenchecks“ zur Sendung „Die Anstalt“ vom 7. April 2017 steht dazu ein Rechenbeispiel:

„Die Rente ist auf dem Papier um 16,9 Prozent gesunken, real um circa 34 Prozent! Im Jahr 2000 betrug der Zahlbetrag einer Durchschnittsrente (für 35 Jahre Versicherte) laut Tabelle der Rentenversicherung 1.021 Euro (Seite 123) Die Differenz zur heutigen Nettorente von 848 Euro beträgt nominell 16,9 Prozent Der Rentenbetrag von 2000 entspricht allerdings heute preisbereinigt 1.285 Euro. Die Differenz zu den 848 Euro, die heute gezahlt werden, beträgt also real 437,89 Euro oder 34 Prozent!“

Auf Seite 25 unten wird nach einer ausführlichen Erläuterung eine Feststellung der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ zitiert: „Wir sind hier zu dem Ergebnis gekommen, dass man fast doppelt so viel privat vorsorgen müsste, also statt neun etwa 18 Prozent private Vorsorge betreiben müsste“. Ist dies die Lösung? Nein!

18 Prozent heute in die Zusatzversorgung zur Alterssicherung zu stecken, ist nicht lösbar.

Seht euch einfach die Altersrente in Österreich an! Dort gibt es allerdings keine Pflegeversicherung. Auch die Altersrente in Holland ist wesentlich besser als unsere, nachzulesen auf unseren Seiten. Warum gibt es bei den offiziellen Reaktionen immer diese Ausflüchte? Gewünscht hätte ich mir die sofortige Mindestrente und eine Korrektur aller Bescheide mit dieser kleingerechneten Lebensleistung!

Als ich in die Rente eingetreten wurde, gab es eine Information in dem Sinne „Beiträge sind die Grundlage für eine gute Alterssicherung“. Der Gesetzgeber hat jedoch über viele Jahre die Rentenversicherung nicht gestärkt, sondern verzettelt. Den Istzustand beschreibt Ingo Schäfer von der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ in einem Interview mit den „Nachdenkseiten“. Dem Schlussabsatz ist nichts hinzuzufügen.

„Schäfer: Klar geht das konkreter. Es ist offensichtlich, dass private Vorsorge die Alterssicherung nicht besser machen kann. Es ist auch offensichtlich, dass wir mit dem Drei-Säulen-Modell die Alterssicherung nicht billiger machen können. Wir sollten daher rentenpolitisch besser wieder allein auf die gesetzliche Rentenversicherung setzen. Dort haben wir viele Vorteile: Es ist eine Versicherung für alle, die auf dem Solidarprinzip beruht.“

Die zunehmende Ungleichheit, die aus der privaten Rentenversicherung resultieren wird, wo sich schon geringste Renditeunterschiede am Lebensende deutlich in den Bezügen niederschlagen, kennt die gesetzliche Rentenversicherung nicht. Letztere ist zudem gesetzlich kontrolliert und demokratisch legitimiert, auch durch die Selbstverwaltung in der Rentenversicherung. Bei den privaten Versicherungen hingegen entscheiden irgendwelche Versicherungsmathematiker und Vorstände über die Leistungen und die Verteilung von Risiken, die bei Privaten zudem in der Regel die Versicherten tragen.

Da die privaten Rentenversicherungen nun aber weder billiger noch leistungsfähiger sind, stellt sich die Frage, weshalb man überhaupt noch auf sie setzen sollte. Wir sagen: Noch gibt es das Drei-Säulen-Modell nicht allzu lange. Lasst uns zurückgehen zu einer gesetzlichen Rentenversicherung mit Lebensstandard-Sicherung – unter Inkaufnahme steigender Beitragssätze zur Rentenversicherung, natürlich ohne ‚Riester‘ und Konsorten und daher bei insgesamt geringerem Gesamtbeitrag. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist bei der gesetzlichen Rente schlicht und einfach besser.“

Das war im August 2015 und ist der Politik sicher nicht verborgen geblieben. Aktuell hat Bundesregierung die Betriebsrente per Lebensversicherung beziehungsweise Rentenversicherung so reformiert, dass jeder Auszahlungsbetrag vom versicherten Arbeitnehmer akzeptiert werden muss. Die Arbeitgeber müssen nicht

mehr für die Zusage der Versicherung eintreten. Der Versicherung ist es jetzt sogar verboten, ein Ablaufziel der Versicherung zu nennen.

Der Arbeitnehmer akzeptiert bei Vertragsabschluss die Katze im Sack. Die Versicherungsgesellschaft darf außerdem größere Risiken als bisher eingehen. Dahinter steht der Wunsch, mehr Ertrag zu erwirtschaften, sodass die Versicherungen mehr ausschütten können. Doch was ist, wenn das Risiko das Kapital frisst? Ganz einfach: Der versicherte Arbeitnehmer hat seine Einzahlungen verloren! Bisher gibt es dafür keinen Rettungsring. Die übrigen Verbesserungen der Betriebsrente sind dagegen nur mickrig, nachzulesen auf unseren Seiten.

Übrigens darf auch die Deutsche Renten-Versicherung jetzt risikoreicher anlegen, mit dem gleichen Anliegen und dem gleichen Risiko. Allerdings haftet hier der Staat gegenüber dem versicherten Arbeitnehmer! Die Änderung der betrieblichen Lebensversicherung wirkt auch auf die anderen Vertragsformen. Es gibt einfach nicht mehr die „normale Lebensversicherung“ über einen Beitrag X und eine Auszahlung von mindestens Y Euro. Hier müsste die Versicherungsgesellschaft tatsächlich liefern.

Viele Lebensversicherer trennen sich daher vom gesamten Bestand. Alle Lebensversicherungsverträge werden übertragen oder verkauft. Der Neubeginn ist dann unbeschwert möglich. Die alten Versicherungen mit den besseren Konditionen sind vom Markt verschwunden. Augenblicklich überwiegt noch das gegenseitige Abtasten.

Die Bundesregierung hat auf Anraten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht den Lebensversicherern die weitere Senkung des Garantiezinses genehmigt. Werden Versicherungsnehmer trotzdem zur Vertragsauflösung gedrängt? Holger Balodis, Autor des Buches „Die große Rentenlüge“, hat im „Weser-Kurier“ vom 6. Juli 2018 über Lebensversicherer geschrieben, Titel: „Die Mär vom Niedrigzins“. Zitiert wurde die „Rubikon“-Studie „Legaler Betrug. Die deutschen Lebensversicherer hintergehen ihre Kunden“:

„Laut ‚Rubikon‘-Studie liegt das nicht zuletzt daran, dass die Konzerne erfolgreich Strategien entwickelt haben, die von den Kunden eingezahlten Gelder in Finanztöpfe zu stecken, an die Kunden nicht oder kaum herankommen. Es sind dies der Schlussüberschussfonds, die sogenannte freie Rückstellung für Beitragsrückerstattung, die Zinszusatzreserve und die stillen Reserven. 2016 waren alles in allem 233 Milliarden Euro in diesen Töpfen, Tendenz steigend.“

In das Kapitel „Die Bundesregierung macht die Versicherungskonzerne fett“ gehören die in der Studie beschriebenen Besonderheiten. Sie sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bekannt und den Versicherungsgesellschaften nicht verboten. Letztere haben das Darlehnsmonopol für den gesamten Kreditbedarf rund um die Autobahnen und Fernstraßen erhalten. Das wäre schon schlimm genug. Garantiert wird aber noch ein Mindestzins. Zahlt die Bundesregierung immer noch Minuszinsen auf das Guthaben des Gesundheitsfonds?

3. Die Bundesagentur für Arbeit hat endlich eingesehen, dass Eingangsbestätigungen zu erteilen sind. Sie betrachtet dies als Zugeständnis an ein „besseres Miteinander“. Sozialrechtler Harald Thomé hält es für längst überfällig, denn „der Anspruch auf eine Eingangsbestätigung ergibt sich aus dem Verfassungsrecht, und zwar aus dem Recht auf ein faires und rechtsstaatlichen Verfahren, so das Bundesverfassungsgericht am 8. Oktober 1974. Aber die Bundesagentur ist auf dem richtigen Weg, daher ist diese Weisung absolut zu begrüßen.“

Bremen hatte mal alle Regeln des Miteinanders auf der Rolle. Das war im Jahr 1489. Die „Kundige Rolle“ wurde 2014 wiedergefunden und von Bremen gekauft. Darin waren auf Tierhaut die Gesetze Bremens unverfälschbar aufgeschrieben. Als Broschüre auf schönem Papier ist sie mit Übersetzung beim „Weser-Kurier“ zu erwerben.

§ 8 besagt, dass der Bürger seinen „Schoss“, eine **Vermögensteuer**, entrichten müsse. Wer dies nicht tut, an dessen Vermögen wolle sich der Rat halten. § 10 besagt, wenn ein Vermögen zu gering angegeben werde, erstatte der Rat die gezahlte Steuer, doch das Vermögen gehe an den Rat, zugunsten der Stadt. – Das kann so wieder eingeführt werden! In der „Kundigen Rolle“, auch in Übersetzung, liest sich dies amüsanter. Mit der Vermögensteuer und einer redlichen Steuerzahlung ließen sich alle jetzigen Probleme einfach aus der Welt schaffen. Auch Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge wären reibungslos zu leisten. Geld macht es möglich!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Buschkowsky im siebten Kartoffelhimmel: Plumper wurde die Spaltergeschichte von den guten und den schlechten Hartzern selten erzählt („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

672. Bremer Montagsdemo

am 23. 07. 2018

Schließen wir uns zusammen!



Trotz Wolkenbruch kamen in München 35.000 Menschen in vier Demonstrationssägen zur Protestkundgebung „Ausgehetzt – gemeinsam gegen die Politik der Angst!“ auf den Königsplatz. „Meine Kinder sollen lernen, was Widerstand ist, und wie nötig er ist“, sagte eine Mutter auf der Demonstration gegen das neue Polizeigesetz, gegen die Spaltungspolitik von Seehofer, Söder und Dobrindt, gegen den Überwachungsstaat und gegen die Rechtsentwicklung.

Viele zeigten sich schockiert über die Entwicklung.

An der Aktionseinheit waren 144 Organisationen beteiligt, unter anderem SPD, Grüne, MLPD, „Die Linke“, DGB-Gruppierungen, Frauenorganisationen, Antifa, Kulturschaffende, Umweltbewegung, Flüchtlingsrat, Kirchliche Kreise, ehrenamtliche Helfer, Sozialverbände und viele andere mehr. Auch der Rentenklau, die untragbaren Zustände in der Pflege sowie die Arbeitshetze waren Themen, zudem die Faschisierung in der Sprache: Eine „Anti-Abschiebe-Industrie“ hatte Dobrindt geklagt, ein „Asyltourismus“ wurde von Söder behauptet, und Seehofer empfand zynische Freude über 69. Abschiebungen an seinem 69. Geburtstag.

Jetzt ist es Zeit, aufzustehen und sich zu wehren! Die CSU hat sich völlig verspekuliert: Im Oktober ist Wahl in Bayern, und die CSU steigt nicht, sondern sinkt auf ein Rekordtief von 38 Prozent. Entgegen aller Unkenrufe profitiert die AfD nicht davon. Das tun vor allem Freie Wähler und Grüne. Bei dieser und anderen Großdemos zeigt sich ein fortschrittlicher Stimmungsumschwung in Deutschland.

Auch die Darstellung von „Bild“ und Regierung, die Mehrheit der Deutschen sehe die hohe Zahl an Flüchtlingen als größtes Problem, wurde widerlegt: Laut „Emnid“ steht die Flüchtlingsproblematik nur auf Platz 13 in der Reihenfolge. Was den Leuten in Deutschland am wichtigsten unter den Nägeln brennt, ist auf Platz 1 die Altersarmut, gefolgt von den Bildungschancen, dem Pflegenotstand und der Wohnungsnot.

Auch hier in Bremen, schlage ich vor, sollten wir ein solch breites Bündnis gründen. Wer den Aufruf mit unterstützen will, schicke seine Zustimmung (mit Name, eventuell Organisation, Adresse beziehungsweise E-Mail-Anschrift) bitte bis zum 29. Juli 2018 an wolfgang.lange@nord-com.net. Danach geht er mit allen

Erstunterzeichnern in alphabetischer Reihenfolge in die verschiedenen Verteiler und an zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen.

Wolfgang Lange (MLPD) – siehe auch „Die Linke“ Bremen

Gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze in Bremen und überall!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen!

In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gibt es bereits große, überparteiliche Bündnisse gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze. Aktive Gewerkschafter(innen), Grüne, „Linke“, Jusos, Antifaschist(inn)en, Migrantenorganisationen, Geflüchtete, Frauenorganisationen, Sozialdemokrat(inn)en, Marxist*innen-Leninist(inn)en, Anarchist(inn)en, Friedensaktivist(inn)en, kirchliche Gruppen und Fußballfans, Datenschützer(inn)en, Umweltschützer(inn)en, Kulturschaffende, der AStA und viele andere, auch erstmals an einer Demo Teilnehmende, führen gemeinsam, gleichberechtigt und auf Augenhöhe den Kampf gegen die geplante Faschisierung des Staatsapparats.

Nichts anderes ist mit den Polizeigesetzen geplant: Willkürliche Verhaftungen ohne richterlichen Beschluss und Rechtsbeistand, Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdienst, Zwangsanlagen elektronischer Fußfesseln, wenn die Polizei „drohende Gefahr“ wittert. Wir dürfen eine Entwicklung nicht zulassen, wie es sie zuletzt in den dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, dem Hitlerfaschismus, gegeben hat. Das können wir nur gemeinsam stoppen!

Wir, die Unterzeichner, schlagen vor, auch hier in Bremen ein solch breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Das neue Polizeigesetz liegt auch in Bremen bereits fertig in der Schublade. Der Senat hat es in der Bürgerschaft nur deshalb nicht zur Abstimmung gestellt, weil die Grünen, als Teil der Regierung, davon Abstand genommen haben. Nächstes Frühjahr ist Bürgerschaftswahl. Spätestens danach wird das Gesetz auch in Bremen wieder zur Abstimmung kommen. Dagegen müssen wir heute aktiv werden – und nicht erst, wenn es zu spät ist!

Zur Beratung über die Gründung eines breiten Bündnisses „**NoNPoG – gegen das neue bremische Polizeigesetz!**“ schlagen wir ein Treffen vor am **18. August 2018 um 18 Uhr** im „Paradox“, Bernhardstraße 12 (oder in anderem geeigneten Raum, Vorschläge sind willkommen). An diesem Tag finden in ganz Niedersachsen dezentrale Aktionen gegen das Polizeigesetz statt, am **8. September 2018** dann die **Großdemonstration in Hannover**.

Erstunterzeichner: Lena Salomon („Internationalistisches Bündnis“),
Wolfgang Lange (MLPD Bremen) – siehe auch „Die Linke“ Bremen

„Schwierigkeiten, jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu bezahlen“



1. Ich habe kein Verständnis für Übergriffe oder Angriffe auf Polizisten und andere Amtsträger. Diese Ausfälle sind keine Lösung. Polizisten können nichts für ihren Einsatz gegen Demonstranten. Die Rahmenbedingungen für den Einsatz legten Politiker fest. Wir werden belogen, betrogen und diskriminiert. Wodurch? Warum? Hier Beispiele für Bedingungen, die keine Zufriedenheit schaffen. So

verzichtet mindestens ein Drittel der Berechtigten auf den Hartz-IV-Anspruch.

Das Portal „O-Ton Arbeitsmarkt“ meldet: „Freiwilliges Leben unter dem Existenzminimum – was widersinnig klingt, ist für etliche Menschen in Deutschland Realität. Studien gehen davon aus, dass zwischen 34 und 50 Prozent der Menschen, die eigentlich Hartz-IV-Leistungen beziehen könnten, auf ihren Anspruch verzichten. Unter den Erwerbstätigen sind es Schätzungen zufolge sogar bis zu zwei Drittel der Anspruchsberechtigten.“

Freiwillig ist der Verzicht bestimmt sehr selten. Die möglichen Gründe stehen am Ende der Ausführungen zum Leistungsverzicht. Die falsche Entscheidung für die Art der Unterstützungsleistung ist nachträglich heilbar, auch rückwirkend. Dies ist wohl die gängigste Fehlberatung: „Die Frist ist verpasst! Rückgängigmachen geht nicht.“ Es geht doch!

In der Aufstellung fehlt die Leistungsverweigerung durch die Bewilligungsbehörde. Das Jobcenter Braunschweig brüstete sich damit, dass über 30 Prozent der Antragssteller von der formalen Antragsstellung abgehalten wurden. Weiterhin fehlt, dass die Antragstellung auf Hartz IV die Unterwerfung gegenüber dem Jobcenter beinhaltet. Diese Unterwerfung müssen auch Aufstocker erdulden. Das Leben unter dem Existenzminimum wurde auch bei der Neufestsetzung der Regelsatzhöhe gesehen und für das weitere Schrumpfen des Regelsatzes genutzt. Frau Merkel hat diese Übervorteilung der Leistungsempfänger selbst veranlasst, siehe 670. Bremer Montagsdemonstration.

Eine Studie der „Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen“ kommt zu dem Ergebnis, dass der SGB-II-Regelbedarf zu wenig Geld für Haushaltsenergie ent-

hält. Dies zeigt eine Berechnung aus dem Projekt „Nordrhein-Westfalen bekämpft Energiearmut“ der „Verbraucherzentrale“ des Bundeslandes und wird in der Untersuchung an verschiedenen Haushaltstypen berechnet und aufgezeigt. In Bremen gibt es gegen Energiesperren eine besondere Zusammenarbeit zwischen Energielieferanten und Jobcenter zugunsten des Leistungsabhängigen.

Bei Wasser steht bereits in den Lieferbedingungen, dass der Versorger bei einem Einwand des Endverbrauchers andere Lösungen prüfen muss. Bis 2015 hat dies noch kein Endverbraucher beantragt! Diese Sozialklausel ist bundesweit einforderbar: „Ich bin von der Leistung Ihrer Behörde abhängig und benötige Ihre Unterstützung zur Lösung.“ Bei kleinen Kindern geht Wasserabstellen gar nicht. Oder: „Ich bin berufstätig.“ Es gibt viele Möglichkeiten und in Bremen auch die nötige Fristverlängerung. Allerdings muss der Mensch sich kümmern, denn der Versorger muss die Probleme erfahren.

Vielen Arbeitslosen fehlt bereits das Geld fürs Essen, so die „Zeit“: „Laut einer Auswertung der EU-Statistik SILC haben Arbeitslose in Deutschland oft zu wenig Geld, um sich Essen zu kaufen. 30 Prozent der Erwerbslosen hierzulande – 837.000 Personen – hatten demnach im Jahr 2016 Schwierigkeiten, jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu bezahlen. In der Gesamtbevölkerung lag der Anteil bei 7,1 Prozent. Die Zahlen gehen aus einer Sonderauswertung der SILC-Umfrage durch das Statistische Bundesamt hervor, die der Passauer ‚Neuen Presse‘ vorliegt. Laut der Umfrage leiden Erwerbslose an weiteren Entbehrungen: 18,4 Prozent, das sind 519.000 Personen, gaben an, ihnen habe das Geld gefehlt, ihre Wohnung angemessen zu heizen, heißt es weiter.“ Die Heizkosten sind bis auf wenige Ausnahmen vom Leistungsträger erstreitbar, auch wenn ansonsten kein Leistungsanspruch besteht.

Es fehlen fast zwei Millionen erschwingliche Wohnungen. Die „Hans-Böckler-Stiftung“ hat in einer aktuell veröffentlichten Untersuchung das Problem der Wohnungsnot herausgearbeitet: In deutschen Großstädten fehlen 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Vor allem Geringverdiener finden häufig keine Mietwohnung, die sie sich leisten können. Besonders angespannt ist die Lage für armutsgefährdete Haushalte in München, in der Region Rhein- Main sowie Köln-Bonn.

Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert: „Die Wohnungsnot ist zu der sozialen Frage schlechthin geworden. Die steigenden Wohnkosten haben weitreichende Konsequenzen: Sie werden für viele zum Armutsrisiko und verstärken die Ungleichheit im Land. Innenminister Seehofer muss sich endlich darum kümmern.“ Sozialrechtler Harald Thomé betont: „Dem ist sich anzuschließen. Es müssen quer durch die Republik Bündnisse für Wohnraum und für bezahlbaren Wohnraum, gegen Zwangsräumungen und für die Rückeroberung von ungenutztem und spekulativem Wohnraum entstehen. Zu fordern ist zumindest die Übernahme tatsächlicher Miet- und Unterkunfts-kosten in allen Existenzsicherungssystemen.“

In Bremen gibt es das Bündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ und die Montagsdemonstration. Auch in der Hansestadt sind die Mietobergrenzen zu niedrig. Vor der letzten Anpassung wurden rund 300.000 Euro an monatliche Kosten der

Unterkunft nicht vom Jobcenter erstattet. Die Erhöhung erfolgte verzögert und war zu gering, um dies abzufedern. Die Mietrichtwerte in Bremen sind anscheinend weiterhin nicht gerichtsfest.

Die Jobcenter haben offensiv „Aktivierung“ durch falsche Bescheide betrieben: „Mal sehen, ob er sich wehrt“. Erprobt wurde auch die „Aktivierung“ durch Anschreien. Die Möglichkeiten waren in einer Dienstanweisung nachlesbar. In der Schulung wurde scheinbar wenig Wert auf die Wiederherstellung des zerstörten Vertrauensverhältnisses gelegt. Die Fallmanager im Jobcenter sanktionieren die Erwerbslosen gemäß Zielvereinbarung: „Es wird sich doch noch einer finden lassen.“

In Bremen landen rund eine Million Euro pro Jahr weniger in den Geldbörsen der Leistungsberechtigten. Auch Sozialhilfeempfängern kann die Leistung gekürzt werden, siehe 670. Bremer Montagsdemonstration. Insgesamt schafft das Jobcenter viel Frust, Kummer, Sorgen und Angst bei den leistungsberechtigten Antragstellern. Auf Platz 2 der frustrierenden Behörden liegt sicherlich das Sozialamt. Der Frust per Behörde trifft auch die Mitarbeiter(innen).

Es geht anders: Im Finanzamt wird jeder Bürger als Bürger behandelt, seinen Angaben wird vertraut. Im Jobcenter sowie im Sozialamt wird der Bürger als potenzieller Schwindler behandelt. Geglaubt wird ihm nicht, alles muss nachgewiesen und belegt werden. Ohne besondere Komplikationen erfahren so der Vermieter, mit Kindern die Schule oder der Kindergarten, das Stadtamt und die gerade Anwesenden von meinem Antrag auf Leistung. Die Vorgaben des Sozialdatenschutzes werden vorsätzlich missachtet!

Im Jobcenter kommt oftmals die Rechtfertigung: „Wir geben Steuergelder aus, da muss geprüft werden.“ Das Finanzamt regelt per Einkommensteuerbescheid ebenfalls die Zahlung beziehungsweise Erstattung von Steuern. Es hat sich aber nicht etwa verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz der Erstattungsansprüche nicht auszuzahlen. So sonderbar es klingt: Das Jobcenter verpflichtet sich, einen Teil der Regelleistung der Grundsicherung ALG II nicht auszuzahlen!

2. Weitere soziale Themen. Kindertagesstätten sollen nun endlich für jedes Kind erreichbar sein. Tagesmütter sollen das Amt besser erreichen können, eine Teilzeitkraft in der Behörde soll alles regeln. An Kinderärzten mangelt es in armen Stadtteilen wie an manchen Fachärzten.

Bei den Jugendlichen ist die Ausbildungsplatzsuche nicht einfach. Bremen hat den „Ausbildungspakt“ nicht erfüllt. Es gibt einfach zu wenig Ausbildungsstellen, wurde nach rund 24 Monaten gemerkt. Ob das Arbeitsamt überhaupt die Berufsorientierung unterstützt, wird mit der „Beurteilung der Ausbildungsreife“ geklärt. Wer nicht „ausbildungsreif“ ist, bekommt keinen Ausbildungsplatz vorgeschlagen. Die Rahmenbedingungen und der Frust der Jugendlichen sind schon bei der 110. Bremer Montagsdemonstration nachlesbar. Die Jugendfreizeiteinrichtungen in Bremen sind unterfinanziert und daher nur eingeschränkt gebrauchsfähig.

Eltern und Erziehungsberechtigte müssen die Mängel der Schule ertragen. Bremens Schulen mangelt es an allem, an Lehrern wie an Unterrichtsmaterial. Mangelhaft ist der Zustand der Schulen sowie des Inventars. Die Klassen platzen wegen Überfüllung. Es ist klar, dass weiter Schulen gebaut werden müssen, aber alles andere ist noch recht unklar. Das Geld fehlt.

Die heutigen neuen Rentner(innen) erhalten eine gekürzte Rente. Bei gleicher Lebensleistung fällt die neu bewilligte Rente um 34 Prozent niedriger aus als vor der Rentenreform, siehe 671. Bremer Montagsdemonstration. Die Renten in Deutschland sind am magersten: 8,6 Millionen Rentner(innen) erhalten eine Zahlung unterhalb von 800 Euro. Die Erwerbsminderungsrente muss meistens erkämpft werden. Ihre Höhe ist erschreckenderweise noch niedriger. Die Bewilligung auf rund drei Jahre lässt die Vorfreude auf die nächste Runde steigen.

Es fehlen Feuerwehrleute. Die Polizei hat nicht einmal alle Stellen für Ermittler besetzt. Das Landgericht bekommt kurzfristig zusätzliches Personal, aber die Justizvollzugsanstalt wird scheinheilig vertröstet. Die Fehlstellen in der Betriebsprüfung erfreuen zumindest die Arbeitgeber. Es gibt in Bremen einfach keine Behörde, die ohne Einschränkungen dienstfähig ist. Die Mitarbeiter(innen) müssen dies auffangen. Das gelingt nicht immer.

Bremen ist Hochburg der Leiharbeit und seit Jahren **Haushaltsnotlageland**. Bremen ist die Hülle für die auseinanderklaffende Schere. Die Hülle hält noch. Der Druck kann durch Veränderungen und Verbesserungen verringert werden – noch geht es. In Bremen lässt es sich angenehm leben, solange mensch keine Wünsche an eine Behörde hat oder von einem Amt abhängig ist. Bremen muss seinen Bürgern kurzfristig mehr Zufriedenheit schaffen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

673. Bremer Montagsdemo

am 30. 07. 2018

Verheerende Auswirkungen der Hitzewelle in Europa



Seit letzter Woche sind auch in Deutschland die Lufttemperaturen bis fast an die 40-Grad-Marke geklettert. Die lange Hitze- und Dürreperiode hat in vielen Teilen Deutschlands und ganz Europas dramatische Auswirkungen. Die Sterberate unter kranken und alten Menschen steigt. Waldbrände häufen sich, in Schweden und Griechenland haben sie regional Katastrophenausmaße angenommen.

In Litauen musste die Regierung bereits den Notstand ausrufen. Der Anstieg der Wetterextreme führt uns vor Augen, dass sich der Übergang in eine globale Umweltkatastrophe beschleunigt – da können Donald Trump und seine Skeptiker noch so oft den Klimawandel leugnen. Wir müssen den Planeten vor dem Kollaps retten!

Die langanhaltende Trockenheit führt vor allem in Nord- und Ostdeutschland zu extremen Ernteaufschlägen von über 50 Prozent. „Wir haben den ersten Schnitt Gras noch eingebracht, der zweite war schon klein, und der dritte fällt ganz aus“, so ein Milchbauer am Niederrhein.

Die kleinen und mittleren Bauern sind zunehmend verzweifelt. Nicht wenige stehen vor dem Ruin, wenn sie keine Soforthilfe erhalten, doch die Bundesregierung hält sich bedeckt. Bundesagrarministerin Julia Klöckner (CDU) meint lapidar, sie wolle sich „erst einen Überblick“ verschaffen, um über Hilfen „nachzudenken“. Die Rede ist von zinsgünstigen Krediten und vorgezogener Auszahlung der Hektarprämien durch die EU.

Was soll das den Bauern helfen? Das verschiebt nur die Probleme. Viele kleinere und mittlere Bauernhöfe haben bereits Schulden und kaum Reserven. Vorgezogene Prämienauszahlungen führen nur dazu, dass das Geld später fehlt, zum Beispiel für Pachtzahlungen im Winter. Zinsgünstige Kredite bieten die Banken ohnehin schon den Bauern an.

An die Ursachen geht die Bundesregierung überhaupt nicht ran! Sie schont die Klimazerstörer in der Industrie, sie verteidigt die fossile Verbrennung und die Massentierhaltung als wesentliche Ursachen der Klimazerstörung. Außerdem

wird der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen massiv ausgebremst. Ein Notstandsplan, der Schäden zumindest mildert, muss her!

Die Erzeugerpreise für Klein- und Mittelbauern müssen sofort deutlich angehoben werden, auf Kosten der Profite von Großagrariern, der Handels- und Nahrungsmittelkonzerne. Die Spirale kann nur gestoppt werden mittels Durchsetzung umweltschonender Anbaumethoden und artgerechter Tierhaltung in der Landwirtschaft, Beendigung des Zeitalters der fossilen Verbrennung sowie schnellen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien!

Um die Welt gingen Bilder der mörderischen Waldbrände in Griechenland, die bisher mindestens 86 Tote gefordert haben; zahlreiche Menschen werden noch vermisst. In einem Brief berichtet Sofia Roditi, Sprecherin der Stahlarbeiterfrauen beim Streik in Aspropirgos 2012: „Der Badeort Mati ähnelt zwei Tage nach dem glühenden Wirbelwind einer Geisterstadt. Die verbrannten Autos wurden von den Straßen geräumt, aber alles ist voller Asche, verkohlter Blechteile und Glasscherben.“

Die Welle der Solidarität vom ersten Moment an ist überwältigend. Dutzende Vereine und Massenorganisationen kümmern sich um die Bereitstellung von Essen, Arzneimittel und Kleidung für die Betroffenen. Hunderte Menschen spenden in den Krankenhäusern Blut. Das medizinische und Pflegepersonal kämpft unter ohnehin schlechtesten Bedingungen im öffentlichen Gesundheitssystem. Feuerwehrleute und Küstenwache halfen selbstlos rund um die Uhr.

Das alles kann aber kein Alibi für die Regierung sein, nicht ebenfalls ihrer Verpflichtung nachzukommen, den Opfern zu helfen – und vor allem nicht dafür, die Ursachen für die Katastrophe zu vertuschen: Die riesigen Personal- und Infrastrukturmängel der Polizei, die miserable Ausrüstung der Feuerwehr, das Fehlen von Notfallplänen, der extrem ausgedünnte „Katastrophenschutz“ tragen den Stempel der „Syriza“/„Anel“-Regierung und des Spardiktats der EU.

Wie kann es sein, dass im Winter die verarmten Familien im ersten Platzregen ertrinken und im Sommer in den Feuern verbrennen, obwohl Wissenschaft und Technologie heute alle Möglichkeiten zur Verfügung stellen, solche Katastrophen zu verhindern? Dieses Verbrechen kann so lange nicht vergessen werden, wie die Ursachen all der Katastrophen, der Waldbrände, Überschwemmungen und Industrieunfälle nicht radikal überwunden sind.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Von wegen Massaria-Pilz: Auch am Neustädter Deich in Bremen geht es den wärmeliebenden Platanen prächtig („Spiegel-Online“)

Die deutsche Regierung will Fluchtursachen beseitigen?



1. Es fehlt das Geld. Letzte Woche habe ich deutlich gemacht, dass es mit dem „guten Leben“ in Deutschland für viele einfach nicht geht. Es waren nur Beispiele, längst nicht umfassend. Die Ursache für diese **Überschreitungen des Existenzminimums**, mit all den negativen Folgen, ist das hauptsächlich das Geld.

Über die Ausgrenzung aller Interessenfaktoren, die der Kapitalmehrung nicht dienlich sind, wurde bereits 1947 entschieden. Das Mantra der „Mont-Pèlerin-Society“, ihre ständig wiederholte Gebetsformel ist seither einprägsam: Keine Vermögensteuer, keine Erbschaftsteuer, Sozialausgaben so gering wie irgend möglich, und der Staat soll sich aus allen Unternehmungen zurückziehen. Die „Mont-Pèlerin-Society“ wirkt weltweit und ist sehr erfolgreich: Die aktuelle Politik folgt den Vorgaben eines neoliberalen Netzwerks, siehe 659. Bremer Montagsdemonstration.

Die geschrumpfte Großkoalition hat dieses Mantra der „Mont-Pèlerin-Society“ akzeptiert. Vor dem Koalitionsvertrag steht die Vereinbarung: Keine Steuererhöhung! Keine neuen Schulden! Die Schrumpfkohalition schafft es auch nicht, die erwogenen Steuern stimmig zu erheben. Damit ist klar: Diese Regierung wird an der prekären Lage der vielen Menschen mit wenig Geld freiwillig höchstens minimale Verbesserungen vornehmen.

Veränderungen sind auch in vielen anderen Bereichen längst überfällig, scheitern aber am Geldmangel. Diese Tatenlosigkeit führt zum Beispiel in Bremen zu einem erheblichen Bildungsmangel. Jede(r) kennt weitere Mangel-Erscheinungen und auch deren nicht nachzuholende Auswirkungen. Rund zehn Prozent der Bürger bestimmen die Politik, und die Superreichen sagen der Politik, wo es langgeht!

Armut und Reichtum wachsen ungebremst und an den jeweiligen Rändern am schnellsten. Damit ist klar: Der Verzicht auf angemessene Steuern und angemessene Teilhabe der Gesellschaft am Bruttoinlandsprodukt ist unangemessen. Die Regierung kann und muss umsteuern. Wie das geht? Einfach Linke und Grüne fragen! Aber weiter mit Details.

„Keine Steuererhöhung für Rentner(innen)“: Diese Zusage ist irreführend. Der zu versteuernde Anteil der Rente steigt weiterhin. Neurentner(innen) müssen ab 2040 100 Prozent der Rente versteuern. Die fällige Einkommensteuer ergibt sich aus der dann gültigen Tabelle. Aktuell werden jedes Jahr Rentner(innen) erstmals steuerpflichtig. Die wenigsten merken es. Das Finanzamt plant die geschätzten Säumniszuschläge als Ertrag ein, für Betroffene ist ein Antrag auf Niederschla-

gung möglich. Die Rentenkommission soll die Rentenpraxis überdenken. Inzwischen liegt weiterhin jede neu bewilligte Rente um über 30 Prozent niedriger als bei Bewilligung im Jahr 2000, bei gleicher Lebensleistung!

2. Die Grundsätze Europas stehen zur Debatte. Die Waffenexporte wirken: Die Menschen fliehen vor Krieg und Verfolgung. Unsere Politiker verweigern die Notaufnahme. Versteckt wird das hinter vielen blumigen Worten und Drohungen. Diese Menschen gehen nicht freiwillig. Unsere Regierung verbündet sich mit Diktatoren und Despoten. Flüchtlingslager in Norden Afrikas sind übelste Konzentrationslager! Trotzdem sollen gerettete Flüchtlinge dorthin gebracht werden. Das ist unerträglich! Ich bin für eine Versorgung der Flüchtlinge und gute Behandlung. Nur so kann der Frieden in Europa erhalten werden, nur so kann Deutschland als Exportnation weiterhin gute Geschäfte machen.

Die deutsche Regierung will Fluchtursachen beseitigen. Mit welchem Erfolg? Eine Fabrik in Afrika, gut automatisiert, hat kaum Personalkosten, kaum Personalbedarf. Diese Fabrik läuft, Gewinne gehen außer Landes. Die bisherigen Bauern haben ihr Land nicht mehr. Das Versprechen von Arbeit in der Fabrik wurde nur beim Anlauf eingelöst. Wenn die Anlage läuft, werden die Afrikaner nicht mehr gebraucht. Ausgleichszahlungen erfolgen nicht. Wo liegt die Zukunft dieser Menschen? Mit dieser Fabrik wurden nicht Fluchtursachen bekämpft. Diese Fabrik hat neue Fluchtursachen geschaffen. Diese Fabrik soll Vorbild für den Umbau in Afrika sein. Warum?

Fangschiffe der deutschen Hochseeflotte fischen vor der Westküste Afrikas. Die ortsansässigen Fischer haben schlechte Fangergebnisse. Es reicht nicht mehr zum Essen. Warum wurden diese Schiffe nicht gestoppt beziehungsweise Ausgleichszahlungen für die Fischer geleistet, um vor Ort etwas Neues aufzubauen?

Algerien setzt Flüchtlinge in der Wüste aus und verhindert so die Flucht nach Europa: „Vom Niemandsland bis zum nächsten nigerianischen Ort Assamaka sind es rund fünfzehn Kilometer. Die Flüchtlinge wandern durch den Sand, bei Temperaturen bis zu knapp fünfzig Grad Celsius. Die IOM berichtet immer wieder von Gruppen, die sich verlaufen und dehydriert von Suchteams gefunden werden. Wie viele Flüchtlinge unterwegs sterben, weiß niemand.“

Die Bundesregierung kennt dieses ungeheuerliche Vorgehen. Die EU, somit auch Deutschland, zahlt Geld dafür an Algerien und andere Mittelmeer-Anrainerstaaten. Algerien baut deutsche „Leopard“-Panzer in der neu errichteten Fabrik. Ein Produktionsstop würde zum Umdenken anregen, aber die Bundesregierung ist treibende Kraft. Alle Staaten erhalten Geld für die **Fluchtunterdrückung**. Wie dies umgesetzt wird, ist der Bundesregierung egal. Wie viel Leid erzeugt wird, ist einfach unfassbar und unerträglich!

Die „Brücke über das Mittelmeer“ wird erprobt. Der Papst hat es angestoßen, die evangelische Kirche macht ebenfalls mit. Flüchtlinge, die besonders schutzbedürftig sind, werden nach Italien geholt und umsorgt. Die Religion spielt keine Rolle. „Legal, sicher, christlich“ heißt der ARD-Bericht.

„Der Inselrat der spanischen Insel Mallorca hat den italienischen Innenminister Matteo Salvini wegen seiner Einwanderungspolitik zur ‚unerwünschten Person‘ erklärt. Der Inselrat würdigte die ‚riesige humanitäre Leistung‘ von Nichtregierungsorganisationen wie ‚Proactiva Open Arms‘ und ‚Lifeline‘ bei der Rettung Zehntausender Menschen ‚vor dem sicherem Tod im Mittelmeer‘. ‚Podemos‘ verurteilte die Aussagen Salvinis, die ‚voller Ausländerfeindlichkeit und menschenverachtend‘ seien. Salvini wurde auch wegen seines Vorschlags einer Zählung der in Italien lebenden Roma-Minderheit kritisiert.“ – Ein mutiger Beschluss! Salvini macht nun Urlaub in Italien.

Was hält „Pro Asyl“ von den „sicheren“ Herkunftsländern? Ihre Liste wird immer länger. „Mit der Sicherheits- und Menschenrechtsslage in diesen Ländern hat das aber nichts zu tun. Das Konzept der ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern abzuschrecken und sie schnell abschieben zu können. Es folgt nicht menschenrechtlichen Tatsachen, sondern politischer Willkür. Die pauschale Unterstellung, Schutzsuchende aus diesen Ländern hätten keine Schutzgründe, steht dem Grundprinzip des Asylverfahrens – einer individuellen, sorgfältigen Prüfung des Asylgesuchs – diametral entgegen. Das Konstrukt der ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ darf nicht ausgeweitet werden. Es gehört abgeschafft.“

Bayern soll besonders barmherzig sein, sagte Herr Söder. Die ausführenden Menschen, die festlegen, welcher Asylbewerber nun ausgewiesen werden soll, haben in Bayern wohl noch nichts davon gehört: Bayern schiebt Menschen mit Ausbildungsvertrag ab, der Rest der Republik nicht. Ein Ausbildungsvertrag sichert die Zeit der Ausbildung und noch eine Zeit danach. Abschiebung ist nicht nur unerwünscht und unwirtschaftlich, sondern ein klarer Gesetzesbruch durch die Menschen, die das organisieren.

In der Abschiebungsmaschine zu Herrn Seehofers 69. Geburtstag saßen vier Menschen mit gültigem Ausbildungsvertrag. Herr Seehofer betonte kurz danach, Bayern nehme keine Abschiebung bei rechtmäßigem Ausbildungsvertrag vor. Komischerweise ist es dennoch wiederholt passiert. Hat Herr Seehofer die Rückholung der Auszubildenden eingeleitet? Gibt es eine Schadenersatzforderung plus Rückkehranspruch der unrechtmäßig abgeschobenen Auszubildenden?

Will Bayern daher keine Unterstützer(innen) in die Ankerzentren lassen? Wer nicht raus darf, bekommt keinerlei Kontakt zu Deutschland. Das ist in Bayern nicht Neues. Bereits vor vielen Monaten hat ein Reporter am Zaun einer Anlage für Asylbewerber mit einem Bewohner gesprochen. Es gibt kein Radio, kein Fernsehen, keine Zeitung, und jeder Kontakt zur Außenwelt ist verboten. Ein sehr hoher Zaun war zu sehen. Nach kurzer Zeit kam ein Aufpasser, der recht barsch den Abbruch der Unterredung einforderte. Der Flüchtling, ein ausgebildeter Chirurg mit Berufserfahrung, ist in Bayern unerwünscht.

Habt ihr auch bei diesem schönen Wetter viel Zeit im Freien verbracht, eventuell die friedliche Natur genossen, ganz ohne Kanonendonner, Gewehrfeuer und Granateinschläge, ohne die Stille nach einem Anschlag, die durch Wehklagen

und verzweifelte Schreie gefüllt wird? Es gibt sie noch, die Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung von Ost nach West unter Beschuss, die im wackelnden Bunker überlebt haben, die als Hitlers letzte Reserve die Panzer aufhalten sollten, die Menschen gerochen und gehört haben, wie Menschen schreien und verbrennen.

Das war „damals“. Heute kommen die Bundeswehrsoldaten in den Auslandseinsätzen mit diesem Leid in Verbindung. Die Bundeswehr stellte fest, dass eigentlich alle mit diesen Belastungen aus dem Einsatz zurückkehren, zusätzlich zur eventuellen Verwundung am Körper. Die Flüchtlinge bringen genau diese Erfahrungen mit. Abweisen geht nicht! Die Versorgung anders organisieren, ja, aber nicht bei Diktatoren und Despoten!

3. Bei der Aufnahme von Flüchtlinge geht es für uns um reine Existenzsicherung. Auf dem Marktplatz in Bremen ist montags zur Demozeit viel los. Viele Sprachen sind zu hören, der Tourismus läuft gut. Wir gelten als weltoffen. Dies können wir in der Flüchtlingsfrage unterstreichen.

Zum Zustand unserer Gesellschaft schreibt Achim Rogoss: „Die Aushöhlung der Grund- und Freiheitsrechte erzeugt Wut, aber auch Desinteresse an der Politik und Angst vor weiterem Unrecht. In der Folge halten Bürger sich mit öffentlicher **Meinungsäußerung** zurück, woraufhin der Staat ihre geheime, umfassende Ausspähung und Überwachung ausbaut, die er ohnehin als substantiellen Bestandteil einer wehrhaften demokratischen Politik betrachtet. Im Gegensatz zu widerständigem Handeln der Bürger kann der Staat aufgrund langer Traditionen auf bewährte Strategien zur Durchsetzung seiner Ziele zurückgreifen – Expertenwissen aus der NS-Zeit inbegriffen. So drängt sich die Frage auf, ob ‚der Staat‘ überhaupt aus der Geschichte lernen will beziehungsweise aus welcher Epoche der Geschichte er welche Lehren zieht.“

Was kann ich tun, um die Politiker zu bewegen? Am Montag ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz stehen. Kopf zeigen! Ich will es besser! Wer es nicht beim Kopfzeigen belassen will, kann das Offene Mikrofon nutzen und sich äußern. Bitte diesen Aufruf weiterleiten und weitererzählen! Wir haben viel Platz auf dem Marktplatz. Daher können auch gesamte Demo Termine in Verbindung mit der Bremer Montagsdemonstration erfolgen, ohne dass euer Anliegen zu kurz kommt. Informiert uns bitte einen Montag vorher! Bei jeder gewünschten Veränderung oder Verbesserung geht es um das Geld und damit den gemeinsamen Faktor für den Widerstand, das Wünschen.

Diese Veranstaltung ist nichts für Nazis und Rassisten. Wir stehen auch nicht auf dem Marktplatz, um einen Politiker-Schreibtisch gerade zu rücken. Wir wollen keine Gewalt, weil Gewalt keine Lösung ist. Nichts ist schärfer als der Stift oder Kugelschreiber. Wie dies anzuwenden ist, vermitteln wir gerne.

Der Frau, die sich beschwert hat, dass Flüchtlinge „alles“ erhielten, sie aber mit einem Einkommen kurz über dem Grundsicherungssatz „nichts“ bekomme, obwohl sie eine Brille sowie eine Zahnsanierung brauche, und die dann schnell verschwand, möchte ich erläutern, dass dies nichts mit den Flüchtlingen zu

tun hat. Falls das Sozialamt die Hilfe verweigert hat, hat das Sozialamt falsch entschieden.

Wir sollten die Details besprechen. Wir besprechen, wie es laufen sollte. Wir gehen mit! Der Hintergrund: Auch wer keine regelmäßige Sozialleistung erhält, hat für besondere Bedarfe einen Anspruch, nicht nur für Brille und Zahnersatz, sondern auch für die Heizkosten oder andere unabweisbare Bedarfe und Notlagen. Zusätzliche Termine stehen in unserem Kalender: die Demonstrationen gegen neue Polizeigesetze!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

674. Bremer Montagsdemo

am 06. 08. 2018

Seid laut und solidarisch gegen unmenschliche Flüchtlingspolitik!



In der nächsten Woche, am 16. August, wird die Montagsdemo in Bremen 14 Jahre alt. Sie ist zwar kleiner geworden, aber es gibt sie immer noch regelmäßig in 70 Städten Deutschlands. Seit 14 Jahren führt sie den Kampf gegen die Hartz-Gesetze, die von der Schröder/Fischer-Regierung im Interesse der deutschen Konzerne entwickelt worden waren, um Deutschland den größten Billiglohnsektor Europas zu beschaffen. Nur noch zwölf Monate lang

sollte es Arbeitslosengeld geben, egal wie lange zuvor gearbeitet und eingezahlt wurde – danach führt der Lebensweg in die Armut!

Der Regelsatz – heute 416, vor 14 Jahren 345 Euro – steigt langsamer als die Preise. Die Armut ist deshalb nicht geschwunden, sondern gewachsen! Auch die Zahl der angeblich „nur“ noch 2,5 Millionen Arbeitslosen ist eine Lüge. Erstens hängen ganze Familien an ihnen; in Bremen ist jedes dritte Kind unter 16 Jahren von Hartz IV betroffen. Zweitens zählen Minijobber(innen), Hausfrauen oder Jugendliche, die nie Arbeit hatten, nicht als arbeitslos; die Unterbeschäftigung ist also viel größer als angegeben.

Dass wir uns damit nicht abfinden und nicht unterkriegen lassen, sollten wir feiern! Mein Vorschlag ist: Am nächsten Montag, wenn wir hier die 675. Montagsdemo machen, bringt jede(r) ein bisschen zu Essen oder Trinken mit! Übrigens ist Horst Seehofer zurückgetreten – das hat sicherlich unseren Beifall –, leider bisher nur als Schirmherr von „Nebenan“, einem „sozialen Netzwerk“, weil er über Kritik von Nominierten für den „Nachbarschaftspreis“ verstimmt ist. Diese hatten seine unmenschliche und zynische Haltung gegenüber Menschen in Not, insbesondere Flüchtlingen, kritisiert.

In vielen Städten gibt es derzeit Demonstrationen gegen die brutale, auf Vernichtung von Menschen hinauslaufende Politik. Der italienische Innenminister Salvini von der faschistischen „Lega“ spricht von „Menschenfleisch“, Söder und Seehofer von „Asyltouristen“, die man mit allen Mitteln fernhalten will. Man lässt sie nach Libyen bringen oder im Meer ertrinken und stellt Seenotretter vor Gericht,

während Nestlé weiterhin Wasser in Afrika privatisiert, in der EU erzeugtes Milchpulver dorthin ausführt und die Meere vor Afrikas Küsten leergefischt werden.

Wer etwas gegen die Fluchtursachen tut, etwa durch den Bau eines Krankenhauses im zerstörten Kobanê, dem werden die Konten gekündigt wie der MLPD, weil man mit „palästinensischen Terroristen zusammenarbeiten“ würde. Mit den geographischen Kenntnissen ist es offenbar nicht weit her, denn Kobanê liegt in Syrien, und die Menschen dort sind vorwiegend Kurden. Abgesehen davon ist der Freiheitskampf der Palästinenser ebenso berechtigt wie jener der Kurden oder jedes anderen Volkes auf der Erde!

In Bremen beginnt am **Sonntag, dem 12. August 2018**, um **13 Uhr** eine **Demonstration am Hauptbahnhof**. Im Aufruf dazu heißt es: „Wir werden gemeinsam **gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung**, für sichere Fluchtwege, für menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten und für ein offenes, solidarisches Europa demonstrieren. Zusammen wollen wir ein Zeichen setzen gegen die unmenschliche Politik der Abschottung von Bundesregierung und Europäischer Union.

Es kann nicht sein, dass Menschen vor Gericht gestellt werden, weil sie Leben retten. Es kann nicht sein, dass Menschen in ihren sicheren Tod abgeschoben werden oder ertrinken, weil Europa wegschaut! Es kann auch nicht sein, dass Geflüchtete, die den Weg nach Europa überlebt haben, hier wie Menschen zweiter Klasse behandelt, bei über 30 Grad in Zelten untergebracht, unmenschlichen Altersfestsetzungsverfahren ausgesetzt und dann hin und her transferiert werden. Deshalb ladet eure Freund(inn)e(n) ein, zieht euch etwas Orangefarbenes an und geht mit uns auf die Straße! Seid laut und solidarisch!“

Am **Samstag, dem 18. August 2018**, findet um **18 Uhr** im „Paradox“ ein breites **Aktionseinheitstreffen** statt, bei dem über die Bildung eines breiten Bündnisses **gegen das geplante neue Polizeiaufgabengesetz** in Bremen beraten werden soll.

Die unmenschliche Flüchtlingspolitik ist nur ein Teil der immer weitergehenden Entwicklung zahlreicher Regierungen und Parteien nach rechts. Dies zeigt auch das Hochpäppeln der AfD als scheinbarer Alternative. Jetzt wird in dem Buch „Inside AfD“ aufgedeckt, dass sich der Präsident des „Verfassungsschutzes“, Hans-Georg Maaßen, mit der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry getroffen hat, um ihr Tipps zu geben, wie die AfD der Beobachtung durch den „Verfassungsschutz“ entgehen kann.

Der „Verfassungsschutz“ ist in letzter Zeit mehrfach durch seine aktive Unterstützung des faschistischen NSU in Erscheinung getreten: Bei einem Mord saß ein „Verfassungsschützer“ direkt nebenan, bekam davon aber seltsamerweise nichts mit, und die meisten „Schlapphüte“ erhielten vom Innenministerium keine Aussagebewilligung. In Hanau wurde bei einer Antifa-Demo ein Gewerkschafter von zwei AfDlern vor den Augen der Polizei brutal angegriffen und so lange gewürgt, bis er bewusstlos war. Die beiden Faschisten hatten, als Antifaschis-

ten getarnt, an der Demo teilgenommen und besuchten anschließend eine AfD-Veranstaltung.

Auf Anfrage der Linkspartei kam heraus, dass die Neofaschisten in Deutschland 25.000 Menschen auf sogenannten Feindeslisten gespeichert haben. Ganze drei davon wurden von der Polizei darüber informiert und gewarnt. Nicht zuletzt die zwölf faschistischen NSU-Morde, bei denen der „Verfassungsschutz“ eine wichtige Rolle spielte, zeigen, wie ernst das zu nehmen ist und wie wenig der Staat tut, um vor faschistischer Gewalt zu schützen, sondern diese zum Teil sogar aktiv fördert und gewähren lässt.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die „**Nacht der Sozialen Arbeit**“ beginnt am **Freitag, dem 10. August 2018**, bereits um **15:00 Uhr** mit Musik und Grußworten auf dem Bremer **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

675. Bremer Montagsdemo

am 13. 08. 2018

Unser Planet kann in eine Heißzeit schlittern



Der heiße Sommer führt uns die Gefahr einer herannahenden Klimakatastrophe vor Augen: verdorbene Ernten auf vertrockneten Äckern, halb oder ganz leere Flüsse, Menschen mit Schwächeanfällen und Kreislaufzusammenbrüchen und vieles mehr. Ein internationales Forscherteam hat am 6. August 2018 eine Studie veröffentlicht, in der sie vor einer drohenden Heißzeit warnen.

„Es gibt Elemente, die sich wie Dominosteine verhalten. Wird eines von ihnen gekippt, schiebt dieses Element die Erde auf einen weiteren Kippunkt zu“, sagt Johan Rockström, der Direktor des Stockholmer Umweltinstituts „Resilience Center“. „Langfristig kann sich die Erde sogar um vier bis fünf Grad Celsius erwärmen und der Meeresspiegel um zehn bis 60 Meter ansteigen.“

Eines der gefährlichsten Kippelemente sind die Permafrostböden: Unter der dauerhaft gefrorenen Erde Sibiriens, Nordkanadas und Alaskas sind riesige Kohlenstoffvorräte eingesperrt. Allein im oberen Bereich dieser Böden stecken 1.500 Milliarden Tonnen Kohlenstoff – das ist fast doppelt so viel, wie es derzeit in der gesamten Erdatmosphäre gibt. Von der Erderwärmung ist der Norden am heftigsten betroffen. „Seit 91 Monaten in Folge herrschen auf der norwegischen Arktisinsel Spitzbergen Temperaturen über dem Normalniveau“, berichtet Roar Skarlin, Direktor des norwegischen „Meteorologischen Instituts“. Die Permafrostböden sind bereits um bis zu 100 Kilometer zurückgewichen.

Die Wissenschaft hat 16 Kippelemente ausgemacht. Neben den Permafrostböden ist der Amazonas-Regenwald einer der größten Kohlendioxidspeicher der Welt. Der Regenwald ist schwer geschädigt, und die Zerstörung schreitet im Interesse der Agrarkonzerne immer schneller voran. Der Rinderbestand am Amazonas hat sich in den letzten zehn Jahren auf 80 Millionen Tiere mehr als verdoppelt. Riesige Plantagen für die Palmöl-, Zuckerrohr- und Sojaproduktion wurden auf Kosten des Regenwalds angelegt. Mit der gigantischen Abholzung verdienen

internationale Konzerne gemeinsam mit der Holz-Mafia 30 bis 100 Milliarden US-Dollar Extraprofite.

Die Extremhitze der letzten Monate besorgt viele Menschen. In Gesprächen hört man ganz unterschiedliche Reaktionen. Die Meinung „Solche Sommer gab es ja immer wieder“ ist eine Selbstberuhigung, die die Augen vor der Wirklichkeit verschließt. Es gibt aber auch Panik und Resignation nach dem Motto „Es ist eh schon zu spät, daran können wir nichts mehr ändern“. Aber niemand kann das wissen. Beide Denkweisen laufen auf dasselbe hinaus, nämlich nichts zu tun und nichts zu ändern – weder an der eigenen Lebensweise noch an den gesellschaftlichen Ursachen für den drohenden Kollaps unserer „Mutter Erde“.

Sehr positiv ist es, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung für die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzt. Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und für nachfolgende Generationen. Die „Umweltgewerkschaft“ setzt sich ein für ein Leben in Einklang mit der Natur.

In unserem Programm heißt es dazu: „Wir begrüßen, unterstützen und fördern eine bewusste Verhaltensänderung im Sinne eines nachhaltigen Umweltschutzes. Die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter das kapitalistische, umweltzerstörerische Profitprinzip trennt Mensch und Natur. Das kann nur gesellschaftlich und nicht allein durch individuelle Verhaltensänderung gelöst werden. Wir wollen eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Zentrale Merkmale dieser neuen Gesellschaft sind weltweite ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion auf der Basis erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Konsum.“

Wir freuen uns über neue Mitstreiter(innen) und über zahlreiche Unterschriften, um **Fracking** zu **stoppen**. Bisher haben in Bremen 850 Menschen gegen das geplante neue Bohrloch im Trinkwasserschutzgebiet Panzenberg bei **Verden** unterschrieben. Wir werden die Sammlung bis zum internationalen „**Frackdown-Day**“ am **15. Oktober 2018** fortsetzen und an diesem Tag mit der Bremer Montagsdemo gemeinsam auf dem Marktplatz protestieren.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Schluss mit dem Gegeneinanderausspielen!

14 Jahre Montagsdemonstrationen, das sind 14 Jahre Kampf gegen eines der verhasstesten Gesetze überhaupt, 14 Jahre Kampf gegen Armut per Gesetz, Demütigungen und Repressalien. Es sind aber auch 14 Jahre Kampf mit erhobenem Haupt: Wir lassen uns nicht unterkriegen! 18,2 Millionen Menschen haben

in den letzten zehn Jahren Hartz IV bezogen, davon 5,47 Millionen Kinder unter 15 Jahren.

Über zwei Milliarden Euro wurden ihnen als Sanktion nicht ausgezahlt, zu meist wegen „Meldeversäumnissen“. Noch immer weigert sich das Bundesverfassungsgericht, die Grundgesetzwidrigkeit von Sanktionen festzustellen. Was ist es anderes als ein Verstoß gegen die Menschenwürde, wenn man jemandem das Existenzminimum entzieht und auch das Wenige noch wegnimmt, ohne das er nicht leben kann?

Nach wie vor sind Millionen Menschen unterbeschäftigt. Die Arbeitslosenzahlen werden weiterhin geschönt. Was ist mit den 450-Euro-Jobs? Viele finden unfreiwillig nur Teilzeitjobs, bleiben in Billigstjobs hängen oder werden gar nicht erst mitgezählt, als Jugendliche oder Hausfrauen. Weg mit den Hartz-Gesetzen! Arbeitslosengeld I muss unbegrenzt gezahlt werden!



Schluss auch mit dem Gegeneinanderausspielen, mit dem Versuch, für das Elend andere Unterdrückte verantwortlich zu machen! Gegen Flüchtlinge wird gehetzt, als ob sie Schuld an der wachsenden Kinder- und Altersarmut hätten. Mit dem neuen Schlagwort vom „Kindergeldbetrug“ wird suggeriert, ausländische Arbeiter erschlichen massenhaft Geld für Kinder, die in ihrem Heimatland lebten oder die nur erfunden seien – als ob Eltern freiwillig darauf

verzichteten, ihre Kinder hierher mitzunehmen, als ob es so viel günstigen Wohnraum gäbe!

Kindergeld ist ein steuermindernder Bestandteil des Lohnes. Es steht jedem zu, der hier arbeitet. Man kann wählen, ob man einen höheren Kinderfreibetrag oder Kindergeld möchte – je nachdem, wobei mehr herauskommt. Das hat nichts mit Bedürftigkeit zu tun. Kindergeld ist keine Sozialhilfe, im Gegenteil: Wer Hartz IV bekommt, dem wird das Kindergeld angerechnet – er bekommt also keines!

Besonders übel hetzt die Presse, nicht nur „Bild“, gegen Sinti und Roma, die schon im Faschismus zu Sündenböcken gemacht und millionenfach in Konzentrationslagern und Gaskammern vernichtet und verbrannt wurden. Schluss mit der Hetze in AfD-Manier in den Medien! Immer mehr Menschen gehen gegen diese unmenschliche Politik und Hetze auf die Straße. Am Wochenende haben über 2.000 Bremerinnen und Bremer gegen die unmenschliche Flüchtlingspolitik und das mutwillige Ertrinkenlassen im Mittelmeer demonstriert.

Die Kriegsgefahr ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie so hoch gewesen wie heute. Sind die aufziehenden Handelskriege Vorboten eines neuen Weltkriegs? Zu den alten imperialistischen Mächte, die die Welt unter sich aufgeteilt hatten, sind neue hinzugekommen: China, Russland, die Türkei und Saudi-Arabien. Das ist der Hintergrund für die aggressive Politik Trumps und die sich zuspitzenden Widersprüche zu China und der Türkei.

Auch Deutschland, als imperialistische Führungsmacht in Europa, mischt kräftig mit und beteiligt sich in 14 Ländern gleichzeitig an Kämpfen. Rückzug aller Bundeswehrsoldaten aus dem Ausland! Schluss mit den Waffenexporten! Weltweit zusammenschließen gegen die Zerstörung von Mensch und Natur und gegen Krieg!

Wolfgang Lange (MLPD)

Angemessen ist die volle Erstattung der Miete!



Bremen erstattet auch aktuell die Kosten der Unterkunft, also die Miete, nicht im vollen Umfang. Wie sehr in der Vergangenheit die Erwerbslosen gezwungen waren, die Differenzen aus dem Regelsatz zu tragen, geht aus den Anlagen zur Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ hervor. Im März 2018 betrug die Unterdeckung im Bundesland Bremen

553.523 Euro, davon in Bremen-Stadt 420.089 und in Bremerhaven 133.434 Euro. Es ist Geld, dass die Menschen sich vom Munde absparen müssen und das dem Einzelhandel in den Kassen fehlt.

Für April sind die Zahlen zur „Wohn- und Kostensituation in Deutschland, West/Ost, Länder, Kreise und Jobcenter (Monatszahlen)“ noch nicht freigegeben. In der Statistik der Arbeitsagentur Die Werte stehen in Tabelle 1a (Haushalte insgesamt inklusive Wohneigentum). Zeile 34 nennt als laufende tatsächliche Kosten der Unterkunft insgesamt 20.735.740 Euro, Zeile 47 als *anerkannte* Kosten der Unterkunft insgesamt 20.315.651 Euro. Nicht erstattet wurden somit vom Jobcenter Bremen Stadt 420.089 Euro.

Die Linksfraktion schreibt: „Die Kosten der Unterkunft sind eines der größten Probleme im SGB II und SGB XII. Dort werden Wohnkosten, die tatsächlich angefallen sind, nur übernommen, soweit sie als angemessen von den Sozialleistungsträgern bewertet werden. Kosten, die darüber liegen, müssen die Betroffenen aus den Regelleistungen finanzieren, sofern sie keine billigere Wohnung finden. Die Eigenfinanzierungen belaufen sich im Jahr 2016 auf fast 600 Millionen Euro.

„Die Linke“ hat in Zusammenarbeit mit dem Verein ‚Tacheles‘ dazu eine kleine Anfrage im Bundestag gestellt, in der die Zahlen aus der Bundesregierung rausgekitzelt wurden. Am wichtigsten ist die Antwort, wie viel Prozent von den Job-

centern nicht übernommen werden. Diese Zahl drückt die Größe des Ausmaßes des KdU-Problems aus und macht sie vergleichbar mit anderen Orten und Regionen. Sie ist zugleich Handlungsaufforderung für politisch bewusste Menschen, Organisationen und Parteien vor Ort, konkret aktiv zu werden und Änderungen in den Kosten der Unterkunft vor Ort einzufordern.“

Die Antwort der Bundesregierung hat für Bremen-Land eine Unterdeckung von 2,2 Prozent im Jahr 2017 ermittelt (Seite 6). Als absolute Zahl sind das brutale 5.908.000 Euro. Leiden mussten 6.516 Menschen mit ihren Angehörigen. Das waren 12,3 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in Bremen-Land. Im Jahr 2011 betrug die Unterdeckung in Bremen-Land 3,4 Prozent, das sind brutale 8.089.000 Euro. Leiden mussten 17.557 Menschen mit ihren Angehörigen, somit 34,5 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in Bremen-Land.

Die Verringerung der „Unterfütterung“ ist nicht unerwartet. Wir, „Sozialer Lebensbund“, „Bremer Montagsdemo“ und viele, viele andere haben dies mit Unterstützung der Fraktion „Die Linke“ bewirkt. Das ist nachzulesen auf unseren Seiten. Die „Unterfütterung“ im März 2018 ist aber höher als erwartet ausgefallen. Wir wollen sie verringern – es darf sie nicht geben! Angemessen ist die volle Erstattung der Kosten der Unterkunft! Dafür brauchen wir keine Findungskommission oder ähnliches. Es geht sofort – aber nur mit eurer Unterstützung, mit euren Sorgen! Kommt einfach vorbei! Auch 2011 waren die Betroffenen, die sich gewehrt haben, der Motor der Änderung!

2011 war für uns hinsichtlich der Kosten der Unterkunft ein besonderes Jahr, denn die „Verwaltungsanweisung Wohnen“, gültig ab 1. Januar 2011, hatte Rückwirkung: Nachträglich wurden die Mietobergrenzen ab Januar 2005 bis Oktober 2007 beziehungsweise Dezember 2008 angehoben. In der Verwaltungsanweisung hieß es: „Die seinerzeit gültigen Richtwerte sind um bis zu zehn Prozent zu erhöhen. Bei Anträgen nach § 44 SGB X ist der Differenzbetrag nachträglich zu bewilligen. 20 Prozent Stadtteilzuschläge waren bis Oktober 2007 nicht vorgesehen und sind daher auch nicht berücksichtigt. Die zu bewilligenden Beträge sind in Tabelle angeführt. Die Beträge stellen die maximalen Höchstbeträge dar.“

Zwischen November 2007 und Dezember 2008 wurden die Mietobergrenzen teilweise angehoben, siehe Seiten 71 und 72. Damals war die Senatorin für Soziales nicht zu einer Korrektur von Amts wegen bereit. Die Übervorteilten sollten Anträge nach § 44 SGB X stellen. Die „normale“ Frist für einen solchen Antrag war 2011 bereits verstrichen. Dies unterstreicht die Besonderheit: Das Recht wurde hier nicht rechtmäßig angewandt. Eine faire Leistungserbringung, eine faire Verwaltung, das geht anders!

Die aktuelle „Verwaltungsanweisung Wohnen“ in berichtiger Fassung stammt vom 17. Januar 2018. Dazu gibt es eine „Arbeitshilfe“ vom 1. Juni 2018 in Sachen Unterkunft und Heizung. Auf 96 Seiten werden die Besonderheiten erklärt. Der Text der Verwaltungsanweisung vom 15. Februar 2018 ist grau unterlegt. Diese Arbeitsanleitung löst die umfängliche Verwaltungsanweisung (97 Seiten) vom 1.

Januar 2014 ab. Zwischenzeitlich wurden die Änderungen der Auslegung nicht veröffentlicht.

Die Grundlagen der jetzt gültigen Mietrichtwerte stehen im „Fachgutachten zur Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft nach SGB II und XII für die Stadt Bremen“ von „Forschung und Beratung“ vom Februar 2017. Die Anweisungen an die Verwaltung zur einheitlichen Bearbeitung und Bewilligung haben keine Gesetzeskraft. Sie müssen zur Wirksamkeit veröffentlicht werden, ebenso die zugrunde liegenden Ermittlungen und Feststellungen. Falls eine Regelung mit Verspätung veröffentlicht wurde, ist für Erwerbslose eine Rosinenpickerei möglich, denn Verschlechterungen gelten erst ab der tatsächlichen Veröffentlichung, Verbesserungen hingegen sind rückwirkend einforderbar.

Die Kosten der Unterkunft werden auch Thema der nächsten Montagsdemonstration sein! Bremen muss seinen Bürgern kurzfristig mehr Zufriedenheit schaffen! Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Bankrott der Sparpolitik: Beim Einsturz einer sanierungsbedürftigen Autobahnbrücke sterben in Genua 43 Menschen („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

676. Bremer Montagsdemo

am 20. 08. 2018

Bremer Bürgermeister taucht in neuer Rechtspolitik unter



Die 676. Montagsdemonstration am 20. August 2018 auf dem Bremer Marktplatz fand verkürzt statt. Nach der Begrüßung durch die Moderation wurde festgestellt: Die Montagsdemo ist 14 Jahre alt – und vier Tage. Die bei vielen Betroffenen Not und Resignation verursachenden Hartz-Gesetze zeichnen sich dadurch aus, dass es die meistverhassten Gesetze sind. Durch Eis, Schnee und Kälte, durch Sommerhitze und Gewitter haben wir Paroli geboten und immer wieder auch spektakuläre Erlebnisse gehabt.

Schröder musste nach seiner verlorenen Wahl dank der Einladung des politisch naiven Bürgerschaftspräsidenten Weber richtig „Spießruten laufen“ zum „Bremer Loch“. Der ehemalige Bürgermeister Böhrnsen versteckte sich, als Bundespräsident Horst Köhler „unwissend“ die Montagsdemo ansprach und ihr auch noch Mut machte. Steinmeier braucht gar nicht erst zu kommen, er ist ja Mitautor an diesem Schandgesetze der Spaltung.

In 70 Städten immer noch aktiv, hat die Montagsdemobewegung viel mehr Sympathie, als sich hier auf der Straße zeigt. Aber der Widerstand ist kein Selbstläufer. Manche haben aufgegeben, andere haben neue Arbeit gefunden. Es ist wichtig, den Zusammenhang zwischen all den Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu sehen und vielfältig aktiv zu bleiben und zu werden. Dazu will die Montagsdemo beitragen. Jede Woche sind wir um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz.

Zu den Themen dieser Woche gehörte der Brückeneinsturz in Genua, die privaten Betreiber, das öffentliche Versagen und die zerstörerische Lastenaufbürdung der Großkonzerne. In Bremen erhebt sich Widerstand gegen den alltäglichen Rassismus der Herrschenden: Unterstützt die Betroffenen in der Gottlieb-Daimler-Straße!

Seehofers Einwanderungsgesetz trägt auch wieder die reaktionäre CSU-Handschrift, die sich schon bei den 69 Abschiebungen zu Seehofers 69. Geburtstag gezeigt hat. Tags darauf nahm sich ein Abgeschobener in Afghanistan das Leben. Die Forderung bleibt: Seehofer und die ganze Regierung müssen zurücktreten!

Dazu gehört auch die Unterdrückung der Rechte von Sinti und Roma hier und in den Fluchtländern. Den Menschen gebührt Unterstützung statt Abschiebung. Ein ZDF-Beitrag von der „Pegida“-Demo in Dresden wurde behindert, aber die CDU-Regierung stellt sich vor ihre Polizei und die Scharfmacher der AfD. Aufklärung ist erforderlich!

Zur **Demonstration** gegen das **Polizeiaufgabengesetz** in Niedersachsen in **Hannover** am **Samstag, dem 8. September 2018**, treffen wir uns um **11 Uhr** zur Abfahrt mit dem Zug am **Bremen Hauptbahnhof**.

Bürgermeister Sieling hat vor zwei Jahren die „Aquarius“-Seenotretter in Bremerhaven verabschiedet. Wo ist er jetzt? Bonn, Köln und Düsseldorf wollen die Flüchtlinge aufnehmen. Hamburg hat sich dieser Initiative angeschlossen. Wo bleibt der Bremer Bürgermeister? Untergetaucht in der neuen Rechtspolitik der deutschen Regierung. Pfui dazu!

In der Türkei flammt die Wirtschaftskrise auf. Trump und Erdogan attackieren sich gegenseitig. Frau Nahles will „unabhängig“ helfen, hat aber nur den reaktionären Flüchtlingsdeal im Hinterkopf. Unterstützen wir den Kampf der Türken und Kurden für eine freie, gleichberechtigte Lebenswelt in der Türkei – und nicht ein faschistisches Regime unter Erdogan!

Die Türkei wirft Bomben ab am vierten Jahrestag des Überfalls des „Islamischen Staates“ auf die Jesiden in ihrer Heimat im Irak. Die Montagsdemo begrüßte eine Demonstration der Jesiden auf dem Marktplatz und erklärte ihre Solidarität. Die nächste Montagsdemonstration beginnt kommende Woche wieder um 17:30 Uhr.

Jobst Roselius

Von einer falschen Anwendung des Rechts ist auszugehen

Am **Montag, dem 27. August 2018**, wird ab **9:30 Uhr** vor dem **Sozialgericht Bremen**, Am Wall 198, über den **Regelsatz** des SGB II verhandelt. Ich bin gespannt! Es ist eine gute Möglichkeit, in eine Gerichtsverhandlung hineinzuschnuppern. Wir treffen uns zehn Minuten vorher am Eingang!

Hier aber weiter mit der Kosten der Unterkunft, siehe 675. Bremer Montagsdemonstration. Es geht um den eigenen Geldbeutel: Wer einen Eigenanteil an der

Miete trägt, kann dieses Geld eventuell zurückholen. Diese Ausführungen gelten für alle Leistungsempfänger(innen) in Bremen. Die **Mietobergrenzen** ab Januar 2005 bis Februar 2017 sind von den Gerichten beanstandet und für ungültig erklärt worden.

Die Zahlen zu den Kosten der Unterkunft für April sind von der Bundesagentur im August freigegeben worden, aber trotzdem änderbar, falls sich noch ein Fehler findet. Auf der amtlichen Website wird im Auswahlmenü für die Statistik immer die aktuelle Version aufgelistet. Unter „Region“ eine Auswahl treffen, zum Beispiel „Bremen“ suchen. Angeboten werden „Bremen Land“, „Bremen Stadt“ und „Jobcenter“. Die Tabellen müssen nicht mehr auf den eigenen Rechner geladen werden.

In der Tabelle sind unter 1a die Werte ablesbar. Zeile 34 zeigt die laufenden *tatsächlichen*, Zeile 47 die *anerkannten* Kosten der Unterkunft insgesamt. Es gibt auch differenziertere Angaben, siehe Zeilenbezeichnung. Nach rechts sind Zeilenwerte für die einzelnen Kopfzahlen der Haushalts- beziehungsweise „Bedarfs“-Gemeinschaft ablesbar.

Die Kosten der Unterkunft im Land Bremen betragen im Monat April 2018 tatsächlich 25.379.183, anerkannt 24.901.062 Euro. Daraus folgt eine Unterdeckung von 478.121 Euro bei 52.195 Bedarfsgemeinschaften. Die Kosten der Unterkunft in Bremen-Stadt betragen im April 2018 tatsächlich 20.830.118, anerkannt 20.487.753 Euro. Daraus folgt eine Unterdeckung von 342.365 Euro bei 41.609 Bedarfsgemeinschaften.



Die Kosten der Unterkunft in Bremerhaven-Stadt betragen im April 2018 laut Extra-Aufruf tatsächlich 4.549.066, anerkannt 4.413.309 Euro. Daraus folgt eine Unterdeckung von 135.757 Euro bei 10.586 Bedarfsgemeinschaften. Die Unterdeckung trifft jede Bedarfsgemeinschaftsgröße.

Die Werte sind nachzulesen, bleiben aber ohne Erläuterung. Die Anzahl der von der Unterdeckung betroffenen Bedarfsgemeinschaften wird nicht abgebildet. Im März 2018 betrug die „Unterfütterung“ in Bremen-Stadt 420.089 Euro. Im April stiegen die tatsächlichen Kosten der Unterkunft um 94.000, die anerkannten um 172.000 Euro. Die Bedarfsgemeinschaften, früher Familie genannt, schrumpften um 141.

Eine mögliche Ursache ist die Änderung der Wohngemeinschaften und die Anerkennung der sonstigen Unterkunfts-kosten. Die Mietobergrenzen haben sich nicht erhöht. Die Details der Änderungen stehen auf der Seite zur 659. Bremer Montagsdemonstration. Die Rechtsänderung, veröffentlicht im Regelbedarfsermittlungsgesetz, ist zum 1. Juli 2017 erfolgt. Die Verwaltungsanweisung vom 17. November 2017 erklärt die Änderungen und Lösungen.

Die Verwaltungsanweisung vom 15. Februar 2018 sowie die Arbeitshilfe hierzu vom 1. Juni 2018 enthalten nur die Anweisungen an die Verwaltung entsprechend der neuen Rechtslage. Bremen hat lange gebraucht. Für die Menschen bedeutet dies: Jede Vergünstigung beziehungsweise Erhöhung der Erstattung an Betroffene ist rückwirkend zum 1. Juli 2017 zu gewähren. Dagegen ist jede Verschlechterung der Mieterstattung frühestens ab 15. Februar 2018 möglich. Allerdings muss jede Minderung der Leistung für die Kosten der Unterkunft den Betroffenen sechs Monate vorher per Kostensenkungsaufforderung angekündigt werden.

In den Verwaltungsanweisungen steht keine Sonderregelung für diese Rechtsänderung. Gegenwehr ist möglich mit Widerspruch beziehungsweise Antrag auf Überprüfung, wenn die Widerspruchsfrist abgelaufen ist. Die sechsmo- natige Frist ab Datum der Kostensenkungsaufforderung soll eine Möglichkeit zur Reaktion geben. Wenn diese Aufforderung falsch ist, Widerspruch oder Antrag auf Überprüfung stellen.

Das Sozialgericht Bremen hat aktuell, mit Urteil der 28. Kammer vom 15. Juni 2018 (Aktenzeichen S28 AS 1213/16), entschieden: „Die aufgrund der Verwaltungsanweisung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen der Freien Hansestadt Bremen zu § 22 SGB II, §§ 35, 36 SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz vom 1. Januar 2014 für den Zeitraum Januar 2014 bis Februar 2017 festgesetzten Mietobergrenzen beruhen nicht auf einem schlüssigen Konzept im Sinne der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.

Dementsprechend ist für den genannten Geltungszeitraum die seitens des Jobcenters Bremen nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch zu tragende Bruttokaltmiete nicht auf die dort festgesetzten Werte zu begrenzen. Da zumindest für die Zeit bis zum 1. März 2016 ein Ausfall lokaler Erkenntnismöglichkeiten gegeben ist, ist zur Bestimmung der Obergrenze der angemessenen Bruttokaltmiete daher auf die um einen Sicherheitszuschlag in Höhe von zehn Prozent erhöhten Werte von § 12 Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung zurückzugreifen.“

Wer einen Eigenanteil zur Miete für diesen Zeitraum verkraftet hat, stelle bitte den Antrag auf Überprüfung. Wichtig ist hierzu bereits der Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 24. September 2012 (Aktenzeichen L15 AS 1/12 B ER). Darin steht auf Seite 4, das Amtsgericht Bremen habe die Räumungsklage des Vermieters abgewiesen, weil der Mieter sich bemühe, Leistungen des Jobcenters zu erhalten, um seine Verbindlichkeiten zu tilgen (Aktenzeichen 5c 0473/11 vom 9. Juni 2012). Traumhaft!

Mit dem vorstehenden Beschluss sind die Mietobergrenzen der Verwaltungsanweisung vom 1. Januar 2011 ungültig. Das Landessozialgericht hat die neuen Werte selbst festgelegt. In der Verwaltungsanweisung vom 1. Januar 2011 steht bereits, dass die Mietobergrenzen ab Januar 2005 nicht richtig waren und Anträge auf Nachzahlung positiv zu entscheiden sind. Damit ist der Kreis geschlossen. Wer eine „Unterfütterung“ erduldet oder erduldet hatte, kann sich wehren.

Da die Mietobergrenzen in Bremen so oft falsch waren, ist von einer falschen Anwendung des Rechts auszugehen. Wenn das Gericht dem folgt, stehen die Fristen den Anträgen auf Überprüfung nicht entgegen. Bremen spielt außerdem auf Zeit: Die Fristen werden nicht eingehalten. Bekannt sind diese der Sachbearbeitung, wie in den Deputationsvorlagen sowie explizit in der Entscheidung des Landessozialgerichts vom 15. Juni 2018 (Aktenzeichen S28 AS 1213/16) nachzulesen ist. Auch durch diese Fristverschiebung spart Bremen Geld.

Wer aktuell unter einer „Unterfütterung“ leidet, sollte Widerspruch einlegen, falls die Frist noch nicht abgelaufen ist, und mit diesem Widerspruch, notfalls mithilfe des Gerichts im Eilverfahren, die Gegenwart gerade rücken. Eilverfahren sind ab Datum des Hilfesuchts, also der Klageerhebung möglich. Das Sozialgericht entscheidet nicht rückwirkend.

Der Widerspruchsbescheid muss nicht abgewartet werden, wenn der Betrag schmerzhaft ist. Auch zehn Euro Minderung wurden bei entsprechender Notlage bereits akzeptiert. Im Eilverfahren ist zu begründen, warum aus bisheriger Erfahrung mit einem schlüssigen Konzept bei den Mietobergrenzen nicht zu rechnen ist. Außerdem sind die zu benennenden Nachteile nur so zu vermeiden.

Für die Vergangenheit lässt sich ein Antrag auf Überprüfung stellen. Den Widerspruchsbescheid abwarten und bei Ablehnung innerhalb der Frist Klage erheben. Die wenigsten Menschen haben Erfahrungen mit dem Sozialgericht gemacht. Die Klagen verursachen keine Gerichtskosten und kein Kostenrisiko für den Rechtsanwalt des Jobcenters. Es ist möglich, ohne Anwalt zu erscheinen. Der Richter unterstützt dann Kläger oder Klägerin. Einfach mal hingehen und als Zuschauer in eine Verhandlung hineinschnuppern! Wie dies geht? Wir gehen mit! Kommt einfach vorbei!

Was kann ich tun, um die Politiker zu bewegen? Einfach montags ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz stehen und den Kopf zeigen: Ich will es besser! Wer es damit nicht belassen will, kann das Offene Mikrofon nutzen und sich äußern. Bitte diesen Aufruf weiterleiten und weitererzählen, wir haben viel Platz auf dem Marktplatz! Auch gesamte Demo-Termine können in Verbindung mit der Bremer Montagsdemo erfolgen, ohne dass euer Anliegen zu kurz kommt. Informiert uns bitte eine Woche vorher!

Bei jeder gewünschten Veränderung und Verbesserung steht das Geld und damit der gemeinsame Faktor für den Widerstand im Vordergrund: das Wünschen! Diese Veranstaltung ist aber nichts für Nazis und Rassisten. Wir stehen auch nicht auf dem Marktplatz, um einen Politikerschreibtisch gerade zu rücken. Wir wollen keine Gewalt, weil sie keine Lösung ist. Nichts ist schärfer als das gesprochene oder geschriebene Wort. Wie dies anzuwenden ist, vermitteln wir gerne!

Zwei Termine noch: Am **Donnerstag**, dem **23. August 2018**, tagen ab **15:15 Uhr** die **Sozialdeputationen** Stadt und Land im „**Gehörlosenzentrum Bremen**“, Schwachhauser Heerstraße 266. – Am **Freitag** findet zwischen **15 und 19 Uhr** im

„Forum Kirche“ in der Hollerallee die Fachtagung „Menschenrecht auf Wohnen“ statt, mit Vortrag und Arbeitsgruppen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

677. Bremer Montagsdemo am 27. 08. 2018

Chemnitz am Wochenende



Gewaltsam kommt ein Mensch zu Tode. Das ist schrecklich. Von wem getötet, steht noch nicht fest. Klar ist aber, dass rechtsextreme Kräfte seit Jahren und Wochen aktiv sind und die Stimmung der Ausländerfeindlichkeit anheizen. Dagegen tut die CDU/SPD-Regierung nichts. Besonders die CDU übt sich in Gewährenlassen, Verharmlosen und Wegschauen, setzt aber die Polizei gegen Demokraten und Linke ein.

Man denke nur an das Festhalten der ZDF-Reporter und die Behinderung durch die Polizei bei einer sogenannten Pegida-Demo.

Der Provokateur war ein bekannter LKA-Mitarbeiter, der privat mit der AfD sympathisiert oder mit noch weiter rechts. In Sachsen wird seit Jahren vor NPD und AfD gekuscht. Die neue Rechtsextreme soll eine neue Massenbasis aufbauen, um später die ganze Republik zu überziehen: So wollen es bestimmte Kreise des Monopolkapitals.

Der Staat ist mit seinem ganzen Apparat auf diesem Sektor in die rechtsextreme Förderung eingebunden. Rechtsextreme und Faschisten haben Teile der Polizei und der Bundeswehr bereits unterwandert, siehe NSU in Thüringen oder Schutz der Rechtsextremen in Sachsen an allen Ecken und Enden, wie die Exzesse in Freital und anderen Orten zeigen.

Auch im Westen gibt es viele Beispiele von „Zusammenarbeit“ und Vertuschung. Die AfD wird von „Verfassungsschutz“-Chef Maaßen persönlich beraten (Petry, Gauland, Brandner); er sei der Partei „wohlgesonnen“, zitiert eine Aussteigerin Maaßen. Die AfD hat diverse engste Verbindungen zum Staatsapparat und steht folglich auch nicht im „Verfassungsschutzbericht“.

Die meisten Menschen in Deutschland und Bremen lehnen diese Duldung und Hofierung ab. Wir von der Montagsdemo fordern die öffentliche Verurteilung von Provokationen und Vertuschung seitens des Staates und auch des Bremer Senats. Am 8. September 2018 wollen wir in Hannover gegen ein neues Polizeiaufgabengesetz protestieren, das jeglicher politischen Willkür seitens

der Polizei in Sachen gegen die Meinungsfreiheit Tür und Tor öffnet. Sogenannte „Gefährder“ können dann 74 Tage ohne Verbindung zu Anwälten „in Gewahrsam“ genommen werden. Viel breiter soll gegen demokratische Rechte und ihre Wahrnehmung vorgegangen werden.

In Bremen fordern wir von der Montagsdemo Senator Meurer auf, seinen Entwurf eines Bremer Polizeiaufgabengesetzes öffentlich vorzulegen, damit darüber in Breite diskutiert werden kann und nichts hinter verschlossenen Türen ausgemuschelt wird! Es ist notwendig, dass der ganze Polizeiapparat öffentlich kontrollierbar durchleuchtet wird, damit alle diese verdeckten Verbindungen zur rechten Szene aufgedeckt werden können.

In Bremen ist vermutlich nur eine kleine Minderheit der Polizei für rechtes Gedankengut ansprechbar, aber man muss das offensiv angehen. Das gilt auch für alle möglichen Sachen, wo Rechte sich neue Propagandawege verschaffen wollen, zum Beispiel durch Läden oder mobile Kioske. Wehret aktiv allen solchen Anfängen! Man denke auch an das üble Zusammenspiel der Staatsorgane im Fall Anis Amri, des Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäters, den man an langer Leine laufen ließ, bis er in zuschlug. Da hatte man dann gute Gründe, Gesetzesverschärfungen zu fordern und durchzusetzen.

Beim „G20“-Gipfeltreffen in Hamburg oder in Sachsen lässt man die Polizei so langsam und schläfrig sein, bis etwas passiert ist, um dann zuzuschlagen und Dinge zu behaupten, die von den Menschen und den Massen ganz anders wahrgenommen werden. Darum sind solche Aussagen wie vom CDU-Innenminister in Sachsen, erst müsse alles genau untersucht werden, zurückzuweisen. Ich glaube diesem Herrn kein Wort. Da wird nur Vertuschung und Schuldzuweisung an ganz andere herauskommen. Der Bremer Senat soll im Bundesrat diese Vertuschungsversuche und Schönfärberei der sächsischen Regierung ansprechen und scharf kritisieren!

Apropos Bürgermeister Sieling: Es steht immer noch eine Antwort aus in Sachen Übernahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer. Der „Aquarius“ schöne Fahrt zu wünschen – wie vor zwei Jahren bei der Verabschiedung – reicht nicht, nein: Taten zählen jetzt. Bremen muss die Initiative von Bonn, Köln und Düsseldorf, der sich auch Hamburg angeschlossen hat, unterstützen und ihr beitreten. Also ran, Herr Sieling und die ganze Bürgerschaft!

In der letzten Woche haben wir unsere Kundgebung zugunsten einer Demonstration der Jesiden abgebrochen und ihnen unsere Solidarität ausgesprochen. Das war wichtig, weil der faschistische türkische Erdogan-Staat genau am vierten Jahrestag des Überfalls des faschistischen sogenannten Islamischen Staates auf die Jesiden das Gebiet in ihrer Heimat im Irak erneut bombardiert hat. Unterstützen wir den Kampf der Türken, Kurden und Jesiden für eine freie gleichberechtigte Lebenswelt in der Türkei und anderen Ländern! Wir lehnen ein faschistisches Regime wie unter Erdogan in der Türkei ab!

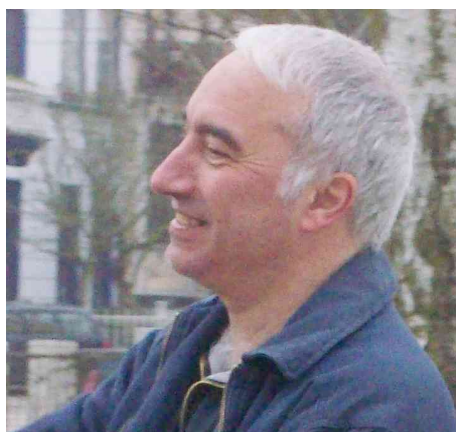
Jobst Roselius

Willkommenskultur ist für uns nicht naiv: Sie basiert auf
fundamentalen Menschenrechten („Aufstehn“)

Danke, Sahra und Oskar: Für die Handreichung von oben („Nachdenkseiten“)

„Wir sind die Moorsoldaten“: „Und wandern mit
dem Spaten ins Moor“ („Spiegel-Online“)

Schluss mit dem Braunkohle-Tagebau!



Der Energiekonzern RWE will ab Oktober die Rodungen des Hambacher Frost bei Aachen fortsetzen. Der RWE-Vorsitzende Schmitz erklärte am 21. August 2018, die Vernichtung großer Teile des restlichen Waldes und die Zerstörung weiterer Ortschaften sei „notwendig für den planmäßigen Fortgang der Tagebaubetriebe“. Das ist eine Provokation angesichts der dringend notwendigen *Beendigung* der klimaschädlichen fossilen Verbrennung!

Teile des Waldes sind von Klimaaktivist(inn)en besetzt. Eine von ihnen berichtete uns gestern aktuell über die bedrohliche Situation: „Seit einiger Zeit ist die Polizei fast täglich vor Ort, zum Abchecken und Fotografieren der Leute und Strukturen, aber natürlich auch als Abschreckung. Heute waren circa 600 Polizist(inn)en im Einsatz und haben in ihrem siebenstündigen Einsatz zwei Barrikaden räumen können. Es sind bereits Wasserwerfer, Räumpanzer und Helikopter in der Umgebung, um eine baldige Räumung umsetzen zu können.“

Bundesregierung und Landesregierung Nordrhein-Westfalen handeln mal wieder im Dienste der Konzerne. Dabei setzte das Bundeskabinett extra eine „Kohlekommission“ aus 31 Leuten ein mit dem spektakulären Namen „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Es ist eine skandalöse Offenbarung der Regierung, dass der Klimaschutz angesichts des drohenden Kollapses unseres Planeten scheinbar keine Rolle spielt. Die Ausrichtung dieser Kommission erfolgte wieder einmal durch die Monopolverbände.

So hat der Bundesverband der deutschen Industrie bereits klargestellt, die Kommission müsse „dafür sorgen, dass eine sichere Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in ganz Deutschland gewährleistet“ bleibe. Der Branchenverband der Energieversorger fordert, die „Eigentumsrechte der betroffenen Unternehmen“ dürften nicht verletzt werden. Es geht hier also nicht um den immer

wieder vorgeschobenen Umweltschutz oder die Arbeitsplätze, sondern um die Maximalprofite der Konzerne.

Das Märchen „ohne Kohle geht das Lichts aus“ glaubt fast niemand mehr. Mit den wissenschaftlich-technischen Fortschritten sind Verfahren entstanden, die eine Energieversorgung ohne fossile Verbrennung und ohne Atomstrom möglich machen. Durch eine effektive Nutzung von Sonnenenergie, Wind, Wasserkraft oder Geothermie und eine Kreislaufwirtschaft kann die drohende Klimakatastrophe verhindert werden. Wir erklären uns solidarisch mit allen Umweltschützer(inne)n, die sich für eine Wende in der Umwelt- und Klimapolitik einsetzen und den Hambacher Forst retten wollen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Rettet den Hambacher Forst!

Liebe Umweltaktivist(inn)en, wir haben schon mehrfach auf unserer seit 14 Jahren stattfindenden wöchentlichen Bremer Montagsdemonstration über euren Widerstand gegen die Abholzung des Hambacher Forstes berichtet. Jetzt erreichte uns gestern eine Alarmmeldung über die unmittelbar bevorstehende polizeiliche Räumung eurer Barrikaden und Baumhäuser. Es ist völlig unakzeptabel, dass RWE aus reinem Profitinteresse weitere 600 Hektar Wald zerstören will!

Obwohl die Extremhitze dieses Sommers uns allen die beschleunigte Entwicklung zu einer Klimakatastrophe vor Augen geführt hat, halten RWE und andere Konzerne mutwillig am Braunkohletagebau fest. Mit der fossilen Verbrennung muss endlich Schluss sein! Wir brauchen eine schnelle Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien und eine Kreislaufwirtschaft im Interesse von Mensch und Natur.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und von RWE: Hände weg vom Hambacher Forst! Sofortiger Abbruch aller Vorbereitungen zur Zerstörung des Waldes und der Dörfer und zur gewaltsamen Räumung des Widerstands der Umweltschützer(innen) im Hambacher Forst! Mit solidarischen Grüßen aus Bremen.

*Solidaritätserklärung der Bremer Montagsdemonstration
(einstimmig auf dem Marktplatz beschlossen)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

678. Bremer Montagsdemo

am 03. 09. 2018

Offensiv die Rechtsentwicklung von Staat und Kapital bekämpfen!



Solidarität stärkt! Die 678. Montagsdemonstration fand wieder bei sommerlichem Wetter statt. Es stand ganz im Gegensatz zu den Themen, über die zu sprechen war. Vor einer Woche schon äußerten wir unser Entsetzen über die rechtsradikalen Umtriebe in Chemnitz. Die Messerstecherei beim Stadtfest ist zu verurteilen. Die Hintergründe dafür sind noch nicht offengelegt. Aber die sich daran anschließende Zusammenrottung von Neonazis und Hooligans und die Hetzjagd auf alle „Fremden“ oder „Andersfarbigen“ sind auf das Schärfste zu verurteilen!

Bei den „Hitlergrüßen“ haben Neonazis, Pegida und AfD ihr wahres Gesicht gezeigt, aber vor der aktiven politischen Bekämpfung wird von oben zurückgewichen! Der „Verfassungsschutz“ soll es mal wieder richten. Nein, dieser Inlandsgeheimdienst ist ja gerade mit Faschisten und ihren Sympathisanten durchsetzt, siehe NSU-Verwicklung und „Pegida“-Sympathiebekundungen. Man muss sie schon aktiv angreifen und die Menschen richtig aufklären.

Am letzten Sonnabend, dem Antikriegstag, als mehrere Hundert Menschen – leider viel zu wenig – für den Weltfrieden und gegen die Aufrüstung hier auf dem Marktplatz protestierten, haben rechte Sympathisanten versucht, neue Kräfte zu gewinnen. Auch ich bekam so einen Zettel in die Hand gedrückt, auf dem stand, wo man sich bei Interesse per E-Mail melden solle. Ich konnte den Text nicht gleich studieren, aber als ich dann las, „die Kanzlerin muss weg“, war klar, woher das kam. Nein, danke!

Bei dem Satz „Wir schaffen das“ würde ich Frau Merkel wieder unterstützen, aber heute muss *die ganze Regierung* weg, von Merkel über Seehofer bis zu Scholz, weil sie im Namen des Finanzkapitals die Rechtsentwicklung vorantreiben, einen anderen Staat und eine neue Stufe der Faschisierung anstreben wollen. Eine überwältigende Menge von Bürgern in Deutschland hat damals, im

Herbst 2015, mit der Flüchtlingshilfe diese Aufgabe angepackt, während in den Ministerialstuben wie unter Herrn de Maizière die Gegenkräfte alles versucht haben, das zu bremsen und zu vereiteln und bewusst Chaos produziert haben. Und das tun sie bis heute!

Keine einzige gute Idee kommt aus Berlin, aber Menschen, die Probleme lösen wollen, wie die ehemalige Bremer BAMF-Leiterin Ulrike B., werden verunglimpft und an den Pranger gestellt. Das alles bewusst zur Verunglimpfung inszeniert worden war, stellte sich erst später heraus. Wir haben mit unserer Solidaritätserklärung für Ulrike B. einen kleinen Beitrag zur Unterstützung geleistet. Bestimmte Medien, dazu gehört auch der „Weser-Kurier“, tun ihr Bestes, die positive Stimmung zu zersetzen, und geben der AfD und anderen Rechten bereitwillig Raum. Fallen wir nicht darauf rein! Unterstützen wir alle, die mit positivem Beispiel, mit Solidarität und Gemeinsamkeit etwas nach vorn bringen wollen!

Eine besonders perfide Nummer hat sich der AfD-„Feudel“ Frau Weidel geleistet: Eine Gruppe von AfD-Freunden aus ihrem Wahlkreis durfte auf Staatskosten einen Besuch der Gedenkstätte Sachsenhausen machen. Dort zeigten sie, wes Geistes Kind sie sind: Sie störten die Führung, zweifelten Gaskammern und Holocaust-Opferzahlen an und belästigten andere Besucher. Weidel, selbst gar nicht dabei, hat das nicht kritisiert, sondern der Gedenkstättenleitung noch Vorwürfe gemacht.

Minister Maas dagegen fordert, vom Sofa aufzustehen und den Mund aufzumachen. Das ist gut. Die positiv Aktiven haben das schon lange getan. Aber dann soll die SPD auch mal den Mund aufmachen gegen solche Leute wie ihren Sarrazin, die immer nur reaktionären *Scheiß* absondern in ihrem rechtslastigen Dünkel!

In der letzten Woche hat die Bremische Bürgerschaft endlich Solidarität mit den Mittelmeer-Flüchtlings gezeigt. In Hamburg, wo das Bewusstsein anscheinend stärker ist, haben 10.000 Menschen bei der „Seebrücke-Demo“ teilgenommen. Dazu könnte sich Bremen ruhig noch etwas mehr anstrengen. Aber das muss auch von oben unterstützt werden. Bürgermeister Sieling hat am Sonnabend ein „Kunst/Zusammen/Leben“-Festival eröffnet. Das war nett, aber es muss politischer Druck her, und der wird von vielen in Bremen doch sehr vermisst!

Es gibt Solidarität und Unterstützung für die Aktivisten im Hambacher Forst. Wir sagen Nein zum Braunkohle-Abbau! Jetzt wird es Ernst: RWE will im Herbst mit dem Roden beginnen und Fakten schaffen. Die Energiewende wird überall hintertrieben. SPD-Gabriel war der erste, der das Neue-Energien-Gesetz so verkompliziert hatte, dass man sein „Rollback“ nicht bemerkt und die Bürger die Zechen an die Energiemonopole weiter zahlen.

Teile des Kapitals wollen aber noch mehr. Die Regierung tut alles, ihre selbstgesteckten Ziele nicht zu erreichen. Die Erde steht vor dem Kollaps, aber ändern soll und wird sich nichts! Mit Methoden von Brockdorf und Wackersdorf oder wie bei „Stuttgart 21“ wollen sie die Gegner in die Knie zwingen. Der „Rechtsstaat“ der Kapitalisten soll durchgesetzt werden. Wir kennen das. Unterstützt den Wi-

derstand gegen diesen reaktionären Kapitalismus! Für den Erhalt des Hambacher Forstes!

Da ist man schnell wieder bei der „honorigen“ Schweizer „Mont-Pèlerin“-Gesellschaft, die die wesentlichen Fäden in der kapitalistischen Welt zieht, wie als Polit-Satire in der ZDF-„Anstalt“ von November 2017 zu sehen. Die weltweite Zerstörung der Grundlagen der Menschheit, die davon ausgeht, sehen wir täglich.

Die bundesweite Montagsdemo ruft auf zur **Großdemonstration „Unteilbar“** am **13. Oktober 2018** in **Berlin**, zusammen mit zahlreichen anderen Initiativen für Menschenrechte und gegen Rassismus. Dazu kommen natürlich auch viele weitere Fragen nach sozialen Rechten, Kultur und Wohnungsfrage. Ich möchte zur Mitfahrt aufrufen. Wie hingefahren wird, wird sich noch klären. In einer Woche findet die 679. Montagsdemo wie immer um 17:30 Uhr statt.

Jobst Roselius

Grenzschießung als Lösung aller Probleme: Dann wäre der irakische Mordverdächtige in Bulgarien hängengeblieben (*„Spiegel-Online“*)

Verschleppte, geheime, unbegründete Entscheidungen: Was ist los mit dem Bundesverfassungsgericht? (*„Aktuelle Sozialpolitik“*)

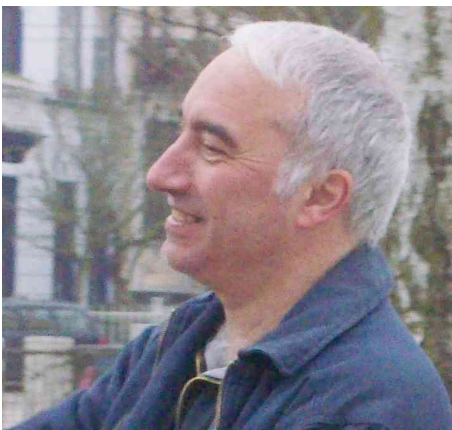
Die Manager wussten, dass Glyphosat das Krebsrisiko verdoppelt: Wie konnte Monsanto an Bayer verkauft werden? (*„Kontrast“*)

Desinformation: Wie „Wikipedia“ manipuliert wird (*„Nachdenkseiten“*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

679. Bremer Montagsdemo am 10. 09. 2018

Seehofer und Maaßen verharm- losen faschistische Hetzjagd



65.000 Menschen sind letzten Montag zum anti-faschistischen Konzert nach Chemnitz gekommen. Es war eine gewaltige Manifestation gegen die rassistischen und faschistischen Exzesse der letzten Tage und ihre Förderung durch Teile des Staates. Wie weit ist es gekommen, wenn Faschisten unter den Augen der Polizei ungestraft den Arm zum Hitlergruß zeigen dürfen, wenn sie Jagd machen auf Menschen mit ausländischem Aussehen, wenn sie grölen: „Elendes Viehzeug, haut ab! Für jeden

toten Deutschen einen toten Ausländer!“?

Diese Bilder aus Chemnitz erinnern daran, wie die NSDAP Ende der Zwanzigerjahre viele Menschen terrorisiert hat, die nicht auf ihrer faschistischen Linie lagen. Solche Ereignisse sind nur dadurch möglich, dass die Bundes- und Landesregierungen immer weiter nach rechts rücken und ihre rassistische und faschistoide Sympathie immer offener zeigen. „Verfassungsschutz“-Präsident Hans-Georg Maaßen ist eine dieser Figuren. Er hat schon mehrfach die AfD-Spitzen Petry und Gauland beraten. Jetzt versucht er, die rassistischen Vorfälle von Chemnitz zu verharmlosen.

Obwohl eindeutige Videos aus Chemnitz die faschistische Hetzjagd dokumentieren, behauptet er, dies seien „Fake News“. Gegenüber „Bild“ erklärt Maaßen rotzfrech: „Es liegen dem Verfassungsschutz keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben.“ Das kennen wir vom sogenannten Verfassungsschutz: Jahrelang hat er die NSU-Morde vertuscht und die vollständige Aufklärung und Bestrafung systematisch behindert. Das Maß ist voll – Maaßen muss zurücktreten, und der „Verfassungsschutz“ gehört aufgelöst!

Beim Abtritt kann er den rassistischen Scharfmacher Seehofer gleich mitnehmen. Am Rande der Klausurtagung seiner CSU-Landesgruppe erklärte Innenminister Horst Seehofer letzten Mittwoch allen Ernstes „die Migrationsfrage“ zur „Mutter aller Probleme.“ Seine rassistische Stimmungsmache steht in vollständi-

gem Widerspruch zur fortschrittlichen Rolle, die die Migration in der Geschichte der Menschheit spielt und gespielt hat.

Ohne ständige Migration ist die Geschichte der Menschheit undenkbar. Sie war die wesentliche Grundlage der Entfaltung von Ackerbau und Viehzucht genauso wie der Entfaltung der städtischen Zivilisation. Die Hochkulturen der Menschheit entstanden an Schnittstellen der Völkerwanderung. Seehofer ist selbst einer der Hauptverantwortlichen für die unsoziale Regierungspolitik in Berlin und München. Ausgerechnet er will jetzt die Migrant(inn)en zum Sündenbock für alles machen.

Wer ist schuld an den unbezahlbaren Mieten? Wer ist verantwortlich für den Pflegenotstand? Wer hat den kriminellen Betrug beim Dieselskandal begangen? Wer verhindert alle notwendigen Sofortmaßnahmen, um die Erde vor dem drohenden Kollaps zu retten? Für keines dieser Probleme ist die Migration verantwortlich! Das grundlegende Problem ist das kapitalistische System. Auf der ganzen Welt diktiert das internationale Finanzkapital die Ausbeutung von Mensch und Natur im Interesse seines maximalen Profits und seiner Macht.

Die Grenze verläuft zwischen oben und unten – und nicht zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, Jung und Alt oder zwischen den Nationalitäten. Schließen wir uns enger zusammen, damit „die da oben“ nicht mit uns machen können, was sie wollen! Die wachsenden Proteste – gegen die neuen Polizeigesetze, gegen Rassismus und faschistischen Terror, für eine fortschrittliche Flüchtlingspolitik, für die Rettung unserer Mutter Erde, für internationale Solidarität und für eine gesellschaftliche Alternative – geben der Rechtsentwicklung der Regierungen die richtige Antwort.

Wehret den Anfängen – das ist heute wieder brandaktuell! Deshalb wird sich die **Bremer Montagsdemo** auch an der **Großdemonstration „Unteilbar“** am **13. Oktober 2018** in **Berlin** beteiligen. Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

Harald Braun

„Unteilbar“ nach Berlin!

Liebe Montagsdemonstrant(inn)en und Freund(inn)en, die Koordinierungsgruppe der Bundesweiten Montagsdemos „Weg mit den Hartz-Gesetzen! Montag ist Tag des Widerstands!“ hat beraten und entschieden, die diesjährige Herstdemonstration gegen die Regierung, die schon länger für den 13. Oktober 2018 festgelegt war, als Teil der bundesweiten Großdemonstration „**Unteilbar**“ durchzuführen, die am gleichen Tag in **Berlin** stattfindet. Deren Motto lautet: „Solidarität statt Ausgrenzung – Für eine offene und freie Gesellschaft!“

Die Welt gerät aus den Fugen: 68 Millionen Menschen sind auf der Flucht, weil sie in ihrer Heimat nicht mehr menschenwürdig leben können, die Hälfte davon sind minderjährig. Auch hierzulande knapsen Rentner, Familien, Arbeitslose und Leiharbeiter häufig am Existenzminimum, während sich deutsche Topmanager und Großaktionäre durch kriminelle Machenschaften und die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten eine goldene Nase verdienen. Die Zerstörung der Umwelt macht ganze Landstriche unbewohnbar, regionale Unwetter und Dürre nehmen drastisch zu.

Immer mehr imperialistische Länder rüsten auf und bereiten sich auf einen Krieg vor. Mit den neuen Polizeigesetzen werden Regeln eingeführt, wie wir sie aus den dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte kennen. Revolutionäre und linke Menschen sowie organisierter Widerstand werden zunehmend kriminalisiert und diffamiert, während Faschisten und Kräfte wie die AfD ihr Unwesen treiben dürfen. Ob Merkel, Seehofer oder Scholz, aber auch AfDler – keine dieser Gestalten wird dafür sorgen, dass unsere Probleme gelöst werden. Deshalb müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen.

Der Gegenpol zur Rechtsentwicklung der Regierung ist ein fortschrittlicher Stimmungsumschwung in der Bevölkerung: Zwei Millionen Gewerkschafter haben dieses Jahr für höhere Löhne gestreikt, mehrere Hunderttausend sind gegen die neuen Polizeigesetze und die Flüchtlingspolitik auf die Straße gegangen. Es ist sehr wichtig, dass wir die Kräfte gegen die Rechtsentwicklung der Regierung weiter stärken, festigen und bündeln. Selbstverständlich darf die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung bei einer solchen Großdemonstration nicht fehlen.

Die bundesweite Montagsdemo ist Erstunterzeichnerin des Aufrufs für die **Demonstration am 13. Oktober 2018**, der auch wichtige soziale Fragen wie Agenda 2010, Niedriglöhne oder Mieten zum Thema macht. Wir werden auch noch einen eigenen Aufruf zur Demonstration herausgeben. Vertreter der Koordinierungsgruppe nehmen an den Vorbereitungstreffen der Großdemonstration teil. Wir werden auf jeden Fall gemeinsam mit dem „Internationalistischen Bündnis“ einen kämpferischen Block auf der Demo organisieren, mit Offenem Mikrofon und Kultur auf einem Lautsprecherwagen. Bringt Transparente, Schilder, Fahnen mit, kommt in Arbeitskleidung, lasst euch Interessantes, Auffälliges einfallen. Kommt zum Offenen Mikrofon!

Wir hatten dem Bündnis zur Großdemo vorgeschlagen und angeboten, die Koordination und Organisation eines der Demonstrationzüge – zum Beispiel zum Schwerpunkt soziale Fragen, Kampf gegen Hartz-Gesetze und Agenda 2010, Leiharbeit, Niedriglohnsektor, für bezahlbare Mieten, gleiche Rechte für Deutsche und Migranten – zu übernehmen. Das konnte bisher noch nicht positiv geklärt werden. Wahrscheinlich wird es doch kein Sternmarsch. Vieles zum konkreten Ablauf ist noch nicht klar, nicht kommuniziert und veröffentlicht. Zum genauen Ablauf, unserer Teilnahme an der Demonstration und ob wir gegebenenfalls einen eigenen Auftakt durchführen, melden wir uns so schnell wie möglich.

Bisheriger Demonstrationsbeginn ist 13 Uhr. Ab 17 Uhr soll es eine Abschlussveranstaltung am Brandenburger Tor geben. Organisiert umgehend die Anreise, bestellt Busse und schickt die Infos an [bundesweite_montagsdemo\(at\)gmx.de](mailto:bundesweite_montagsdemo(at)gmx.de) und [anreise\(at\)unteilbar.org](mailto:anreise(at)unteilbar.org), damit sie veröffentlicht werden und sich Interessierte melden können. Wendet euch dazu auch an Kräfte bei euch vor Ort, die die Demo unterstützen, wie Gewerkschaften, Kräfte aus dem „Internationalistischen Bündnis“, antifaschistische Initiativen, „Die Linke“, „Piraten“. Plant genug Reserve ein. Wir informieren euch umgehend, sobald mehr klar ist. Wir sehen uns in Berlin!

Aufruf der Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo

Seehofer und Maaßen zurücktreten!



Seehofer hat seit Jahren nichts anderes zuwege gebracht als stänkern, stänkern, stänkern – und sein Geheimdienst-Chef Maaßen hat nichts anderes fertig gekriegt, als Nazi-Leute aufzubauen und demokratische Kräfte zu zersetzen. Er ist ein bewusster Rechtshofierer. Wenn Frau Merkel das Heft in der Hand behalten will, soll sie diese Leute entlassen und nicht auch noch hofieren.

Chemnitz oder Köthen sprechen für sich. Man lässt die Rechten gewähren und schafft Zuspitzungen, um die Gesellschaft zu spalten. Maaßen ist der AfD wohlgesonnen und

schützt, wo er kann, die Rechtsextremen in Sachsen und sonst wo und bekämpft die Linken, wo er kann.

Nun ein positives Beispiel: Rund um die Welt, von Bangkok bis San Francisco, gab es am vergangenen Wochenende Demonstrationen gegen die Klimapolitik der Imperialisten. Aber die australische Regierung nimmt ihre Zusagen zum Kohlendioxid ausstoß zurück, um die Strompreise nicht ansteigen zu lassen für ihre Kapitalisten. Die Herrschenden wollen nur ihren Höchstprofit, das Fortschreiten der Klimakatastrophe interessiert sie nicht – aber uns!

Darum volle Unterstützung des Widerstands im Hambacher Forst gegen den Braunkohletagebau! Wir wollen keine polizeilichen Übergriffe wie in Brockdorf, Wackersdorf oder Gorleben! Umstellung auf erneuerbare Energien auf Kosten der Betreiber! Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte auf neue Tätigkeitsfelder, ebenfalls auf Kosten der Betreiber! Die Konzerne haben über Jahrzehnte die Men-

schen ausgebeutet und damit genug Geld gescheffelt für den Umbau der Energieversorgung und den Erhalt der Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen.

Zehn- bis fünfzehntausend Menschen haben in Hannover am letzten Sonntagabend gegen das geplante Polizeiaufgabengesetz in Niedersachsen demonstriert. Das war gut, reicht aber noch nicht zur Verhinderung. In Bremen muss Herr Senator Mäurer seinen „Entwurf“, besser: sein plumpes Abschreiben von der bayerischen Vorlage öffentlich vorlegen, damit er diskutiert werden kann. Wir lehnen Hinterzimmermauscheleien, alle reaktionären Manöver und auch solch ein Gesetz für Bremen ab!

Am **13. Oktober 2018** demonstrieren die bundesweite **Montagsdemobewegung** und viele andere Initiativen in **Berlin** gegen die ganze Breite der Regierungspolitik. „**Ungeteilt**“ ist das Motto. Nehmt bewusst daran teil! Wir werden die Frage, ob mit Bussen gefahren werden kann, noch klären.

In Schweden haben die faschistoiden „Schwedendemokraten“ ihr Ziel verfehlt, den Staat zu übernehmen, aber die alte Blockbildung ist auch vorbei. In Bremen hat der AfD-freundliche „Weser-Kurier“ eine Umfrage veröffentlicht, wonach SPD und CDU gleichauf liegen, Grüne und „Linke“ die großen Gewinner sind und die AfD bei sechs bis acht Prozent herumdümpelt. Strengen wir uns also an, noch mehr Menschen für den aktiven Widerstand gegen die Regierungspolitik in Berlin und Bremen zu gewinnen – für eine fortschrittliche, Mut machende Politik, ungeteilt für alle Menschen, die hier leben!

Bremen hat Deutschlands höchste Hartz-IV-Quote – nur mal wieder zur Erinnerung. Von SPD und CDU bis hin zur Rechten wollen sie nur davon ablenken. Alle sozialen Fragen von der Wohnungsfrage bis zu Pflege und Rente müssen ständig diskutiert werden, damit wir unsere Forderungen auch immer besser darstellen und die Menschen dafür gewinnen können. Die Zahl der Leiharbeiter steigt nach „offizieller“ Statistik auf über eine Million, Die Betroffenen fühlen sich wie Menschen zweiter Klasse. Allein kann man nichts erreichen. Darum organisiert euch, vereinigt euch mit anderen Leiharbeitern und kämpft gemeinsam!

Jobst Roselius

Was von der Schrumpffrente übrig bleibt, ist nicht armutsfest

1. In der „Tagesschau“ wurde am 16. August 2018 eine Studie des „Fraunhofer-Instituts“ zum **Klimawandel** vorgestellt: „Eigentlich hat die Regierung ihr Ziel aufgegeben, die Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Deutschland könnte sein ursprüngliches Klimaziel für 2020 zur Sen-

kung des Kohlendioxidausstoßes dennoch erreichen – zu diesem Schluss kommen jedenfalls die Autoren einer von ‚Greenpeace‘ beauftragten Studie.

Dem Bericht zufolge wäre das auch möglich, ohne dabei die Stromversorgung zu gefährden. Laut der heute vorgestellten Untersuchung des ‚Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik‘ müssten dafür die ältesten Braunkohleblöcke abgeschaltet werden und einige Braunkohlekraftwerke ihre Leistung leicht drosseln. Außerdem müsste die Wind- und Solarkraft wie im Koalitionsvertrag vereinbart ausgebaut werden.“



Warum diese Möglichkeit unbedingt genutzt werden muss, ist im Beitrag von „Titel, Thesen, Temperamente“ am 26. August 2018 über die Fotografen Cristina Mittermeier und Paul Nicklen zu erahnen. Es geht um das verschwindende Polareis. Schöne Fotos, aber den sterbenden Eisbären habe ich mir nicht angesehen. Wer noch an der Notwendigkeit einer Verhaltensänderung zweifelt, schaue einfach den Bären an.

Auch die anderen Themen sind sehenswert. Der Braunkohleausstieg kostet Geld, der sofortige Ausstieg noch etwas mehr – verhindert aber den Verlust an Mensch und Tier, auch an Pflanzenwelt. Selbst die Standfestigkeit der Zugspitze wäre so zu sichern. Die Änderung des Klimas ist vor der Haustür hörbar. Bei uns fehlt der Gesang der Vögel. Die Meisen sind trotz Fütterung rar, Amseln und Schwalben verschwunden.

Am Sonntagvormittag hatte eine Nachbarin eine Amsel „gefunden“ und ihr Wasser und Körner angeboten. Der Vogel blieb einfach am Fleck. Der „Weser-Report“ meldet: „Usutu-Virus – Das Amselsterben erreicht die Hansestadt. Durch ein afrikanisches Virus verenden in Deutschland zahlreiche Amseln. Nun hat die tödliche Krankheit den Norden erreicht. Davon ist auch besonders Bremen betroffen. Ein Ende der Amseln bedeutet dies aber nicht.“ Die Erwärmung hat es möglich gemacht. Es sind leider noch andere Überraschungen zu erwarten.

Zurück zum Beitrag des „Fraunhofer-Instituts“. Dort werden ausdrücklich die Stromversorgung und Energiesicherheit erwähnt. Um die Stromversorgung nach Abschalten der beiden Atomkraftwerke im Norden hat sich auch die Landesregierung in Hannover gesorgt. Zur Beruhigung steht in der „Braunschweiger Zeitung“: „Keine Probleme für Stromversorgung nach Atomkraftwerk-Aus. Das Abschalten der letzten zwei Atomkraftwerke in Niedersachsen in den Jahren 2021/22 wird laut Energieminister Lies keine Probleme für die Stromversorgung bringen. Sie sei durch erneuerbare Energien und eine Zuhilfenahme fossiler Energieträger wie Gas und Kohle gewährleistet, sagte der SPD-Politiker.“

Kohle als Lückenschließer – warum muss das sein? Es geht doch auch mit erneuerbaren Energien, oder? Die Windkraft wird gedrosselt, weil die Stromtrasse in den Süden noch nicht fertig ist. Diese Verzögerung der erneuerbaren Ener-

gien hat zur Folge, dass bei Abschaltung der AKWs die Kohle gebraucht wird. Wenn die zugesagten Rahmenbedingungen für die Windkraft endlich umgesetzt werden, ist die Kohle unnötig. Eines wird durch die Antwort von Herrn Lies klar: Das Argument von Herrn Altmaier, die Windkraft könnten wir erst ausbauen, wenn die Stromtrasse in den Süden fertig sei, ist einfach unstimmg. Atomstrom geht, Windkraft nicht – warum?

Durch das Abwarten und Verzögern verlieren wir eventuell bei der Technik. Im „Weser-Kurier“ steht: „In der Seestadt ist nur noch ein Hersteller von Windkraft-Anlagen übrig geblieben, und der hat Probleme. Was dem Offshore-Standort Bremerhaven gut täte, wäre die Ansiedlung eines weiteren Anlagen- Herstellers.“ Die vorstehenden Probleme sind von der Bundesregierung kurzfristig lösbar, das Nachfolgende auch.

Verschmutzungsrechte sind zugestandene Rechte zur Verschmutzung der Umwelt. Sie sind damals den Energieerzeugern angeboten worden, entsprechend ihrer damaligen Umweltbelastung. Die Energieunternehmen und die anderen Verschmutzer waren aber nicht interessiert. Schließlich wurden diese Verschmutzungsrechte den Energieerzeugern kostenlos überlassen. Außerdem durften die Energieerzeuger den nicht gezahlten Kaufpreis auf ihre Kunden umlegen. Der Stromverbraucher hat so die Bilanz der Energieversorger aufgepäppelt, ohne Gegenleistung.

Diese Verschmutzungsrechte sind an der Börse handelbar. Sie sind nicht ortsgelunden. Wer seine Umweltbelastung reduziert, kann die nicht mehr benötigten Verschmutzungsrechte verkaufen. Das Konzept der Verschmutzungsrechte wurde von der „Mont-Pèlerin-Society“ ersonnen. Das ZDF hat in der Sendung „Die Anstalt“ vom 27. Februar 2018 darüber aufgeklärt, eingebunden in eine erschreckende Zukunftsvision (siehe 660. Bremer Montagsdemonstration).

Die Politik muss auch dies prompt lösen und schnellstens diese Verschmutzungsrechte für ungültig erklären und neutralisieren! Die Handhabung solcher Verschmutzungsrechte blockiert jede Reduzierung der Umweltbelastung, zum Beispiel durch die Abschaltung dreckiger Kraftwerke! Altmeier ist auf Tour, einfach nachfragen: Wieso kann immer noch Natur vernichtet werden, um die Verbrennung von Braunkohle zu sichern? Stromerzeugung geht heute anders. Die Landesregierung kann diesen Irrsinn stoppen!

Natürlich eilen auch andere Vorhaben zur Umweltentlastung. Die Hardware-Nachrüstung bei Dieselfahrzeugen ist überfällig. Bei der Verhandlung können die Politiker gleich nach den Partikelfiltern für Benziner forschen. Vereinbarungsgemäß wurde diese Möglichkeit zur Verringerung der Umweltbelastung nicht eingebaut! Wer hat das vereinbart? Die Autobauer in Deutschland beim regelmäßigen Treffen der Fachleute. Erst ab 2017 hat die EU die Autohersteller zum Einbau verpflichtet.

Inzwischen wurde dem Verkehrsminister ein Gutachten über die Dieselnachrüstung erstellt. Diese sei möglich und sinnvoll, haben die Fachleute festgestellt. Der Verkehrsminister hat das Gutachten veröffentlicht. Die Gutachter monieren,

dass Eckwerte verändert wurden und so die Aussage des Gutachtens verfälscht wurde, entsprechend der verkannten Festlegung. So wurde aus „Hardware-Nachrüstung ist lohnend und machbar“ die Feststellung „lohnt nicht, zu teuer und risikoreich“. Hoffentlich veröffentlichen die Gutachter die Urform beziehungsweise die tatsächlichen Feststellungen.

2. Spätestens im letzten Drittel des Monats werden Menschen, die nicht einmal den ungekürzten Regelsatz zur Verfügung haben, ihren monatlichen Notfallplan befolgen. Warum so lange warten? Gegenwehr geht jederzeit. Wer aktuell einen Anteil seiner Miete aus dem Regelsatz bezahlen muss – einfach vorbeikommen oder zu einer Beratungsstelle gehen! Das Jobcenter auffordern und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen! In Bremen-Stadt geht es um rund 420.000 Euro monatlich. Die Details stehen in meinen Beiträgen auf unserer Seite.

Wie lebt es sich am sozialen Rand unserer Gesellschaft? „Mal ehrlich: Bedeutet Hartz IV Armut?“ Der „SWR-Bürgertalk mit Florian Weber“ vom 6. Juni 2018 war eine eindrucksvolle Sendung, die auch den Moderator mitnahm. Das ZDF hat in der Sendung „Die Anstalt“ vom 24. April 2018 „Hartz IV – nach der erfolgreichen Antragsstellung“ zum Thema, nachzulesen auf der Seite zur 662. Bremer Montagsdemonstration.

Die Eigenbeteiligung an den **Kosten der Unterkunft**, also der Miete, ist unerträglich und meistens änderbar, wenn die Betroffenen sich wehren. Das ist einfach, und der Regelsatz steht wieder ungekürzt zur Verfügung. Der Magen freut sich! Wie dies geht? Nachzulesen auf den Seiten zu den vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen. Oder einfach vorbeikommen! Bisher hat Bremen keine gerichtsfeste Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft hingelegt. Das gilt wahrscheinlich auch für die aktuelle. Weiter geht es zu diesem Thema am nächsten Montag. Bundesweit beträgt die „Unterfütterung“ bei den Kosten der Unterkunft 600 Millionen Euro im letzten Jahr!

Das Jobcenter kann nicht das Ausfüllen von Formularen zur Befragung einer eheähnlichen Gemeinschaft verlangen. Der Partner des Hilfeempfängers kann auch nicht vom Jobcenter zur Antragstellung gezwungen werden, hat das Sozialgericht Gießen mit Urteil vom 23. Februar 2016 (Aktenzeichen S22 AS 1015/14) entschieden: „Der Partner eines Leistungsberechtigten ist gegenüber dem Jobcenter nicht zur Auskunft über Einkommensverhältnisse verpflichtet. Die Formblätter des Jobcenters richten sich ausschließlich an Personen mit eigenem Anspruch auf SGB-II-Leistungen.“

„Die Linke“ lädt ein zur **Podiumsdiskussion „Hartz IV – Neuausrichtung oder Abschaffung“** mit Dr. Jonas Pieper, Fachreferent des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, am **13. September 2018 ab 19 Uhr**, im Pavillon Außer der Schleifmühle 55-61. Es geht auch um die Schummeleien bei der Regelsatzermittlung. Der „Paritätische“ fordert eine menschenwürdige Neuausrichtung der Grundsicherung für Arbeitslose und eine Regelsatzanhebung auf 571 Euro.

3. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Fraktion „Die Linke“, Fabio De Masi, der mit Anfragen das Chaos bei der Geldwäschebekämpfung beim Zoll aufdeckte, kommentiert die neusten Enthüllungen der „Wirtschaftswoche“, wonach entgegen der Aussagen des Finanzministeriums der Rückstau an unbearbeiteten Geldwäscheverdachtsmeldungen keinesfalls abgebaut wurde: „Der Bundestag wurde wohl in mehrfacher Hinsicht belogen. Finanzminister Olaf Scholz behauptete, der Rückstau bei unbearbeiteten Geldwäscheverdachtsmeldungen sei mit einem Jahr Verspätung erledigt. Darüber hinaus habe ich die Bundesregierung gefragt, ob es bei Verdachtsfällen der Terrorfinanzierung zum Verstreichen von Fristen kam, die dazu führten, dass Terrorgeld nicht eingefroren wurde. Dies wurde ebenfalls vom Finanzministerium verneint. In beiden Fällen stellt sich nun heraus, dass die Informationen der Bundesregierung unzutreffend waren.“

Deutschland hat etwas zur **Steuergerechtigkeit** geplant: Die Mehrwertsteuer für den Internethandel soll nun tatsächlich erhoben werden. Das „Umsatzsteuerkarussell“, ein Milliardenverlust für die Staatskassen, wird dagegen noch immer nicht abgeschafft. Der Betrug per Umsatzsteuer ist einem Bankraub vorzuziehen, nachzulesen auf der Seite zur 60. Bremer Montagsdemonstration. Inzwischen wurden Änderungen vorgenommen und Kontrollen eingebaut, aber der Betrug gelingt weiterhin.

Aktuell wurde wieder ein Fall der Selbstbedienung aufgedeckt: „Berliner Ermittler haben nach Angaben der Staatsanwaltschaft das deutschlandweit größte bekannt gewordene Umsatzsteuerkartell zerschlagen. Mehr als 50 Beschuldigte sowie mehr als 50 Firmen sollen am Handel mit Kupfer am Fiskus vorbei beteiligt gewesen sein, wie die Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilte. Es sollen Umsatzsteuern von mehreren 100 Millionen Euro hinterzogen worden sein.“ Hier wurde mit Kupfer gehandelt, wobei die Ware nur der Deckmantel ist. Begehrt sind die Euros!

Deutschland ist das Paradies der Geldwäscher. Die Finanzminister haben bisher alles getan beziehungsweise unterlassen, um anonyme Investitionen in „Betongold“-Immobilien zu ermöglichen. Ausweichen in die Steuerparadiese ist nur ein Umweg. In welchem Umfang Geld verschwindet, hat die ARD festgestellt: Eine Billion Euro aus dem Außenhandelsüberschuss sind nicht auffindbar, siehe 646. Bremer Montagsdemonstration.

In den Medien wird augenblicklich auf die „gute Kassenlage“ hingewiesen: „Es wird mehr Geld eingenommen als ausgegeben“. Mit dieser Feststellung wird die aktuelle Situation überlagert: Die Kassenlage im Bund ist nur deshalb so gut, weil die Zinsen so niedrig sind. Gern wird auch gesagt: „Wir haben Steuereinnahmen in bisher nicht erreichter Höhe.“ Die Inflation wirkt sich eben auch im Volumen aus. Ich habe nichts gegen volle Kassen, im Gegenteil, aber zielgerichtete Fehlinformationen sind in öffentlich-rechtlichen Medien unangebracht!

4. Die **Rente** soll gesichert werden. Sie ist inzwischen um rund 34 Prozent geringer als vor der Rentenreform, nachzulesen im „Faktencheck“ zur Sendung vom 4. April 2017 der Sendung „Die Anstalt“ im ZDF auf Seite 23. Damals waren es 30 Prozent weniger. Aktuell sind es 34 Prozent – es wurde neu gerechnet!

Im „Faktencheck“ erwähnt wird auch das Versilbern der Autobahnen an Konzerne. Die letzte Großkoalition hat den Versicherungskonzernen zugesagt, dass Kredite für den Autobahnbau nur von ihnen in Anspruch genommen werden, und dass die Konzerne eine garantierte Verzinsung von mindestens drei Prozent erhalten. Die gleiche Koalition hat soziale Verbesserungen *nicht* umgesetzt, obwohl diese im Koalitionsvertrag vereinbart waren.

Was von der Schrumpffrente übrig bleibt, ist nicht armutsfest. Sie festzuschreiben und weiterhin die überwiegende Zahl der Neurentner(innen) in die Armutsfalle zu schicken, ist eine Sackgasse. So lässt es sich nicht gut leben. Notwendig ist die Mindestrente! Sie muss langfristig zugesagt werden, schon um die Akzeptanz der Sozialversicherungsbeiträge zur Rentenversicherung zu erhalten.

In den Nachbarländern ist auch mit geringfügigem Einkommen beziehungsweise ganz ohne Einzahlung ein Leben mit gesetzlicher Rente oberhalb der Armutsgrenze zu genießen. In Dänemark ist mit der Grundrente auch das Pflegeheim bezahlbar. Die Gemeinden umsorgen die alten Menschen. Die Höhe der Grundrente ist eigentlich bereits bei der Geburt bekannt.

In Holland ist bereits mit der Grundrente ein gutes Auskommen möglich. Alle zahlen in die Rentenversicherung ein. Es gibt keine Beitragsbemessungsgrenze, auch Millionäre zahlen auf ihr gesamtes Einkommen Rentenversicherungsbeiträge. Die gut Verdienenden erhalten aber keine entsprechende Rente. Dies ist klar und wird als Solidarbeitrag akzeptiert. Mindestrente und Höchstrente sind an den Mindestlohn gekoppelt.

Auch in der Schweiz ermöglicht schon die Grundrente ein gutes Auskommen, wie in Holland. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung beträgt zehn Prozent des gesamten Verdienstes. Der Solidareffekt der Rentenobergrenze ist unstrittig und voll akzeptiert. Oftmals werden gerade die Steuerbelastungen in der Schweiz und in Deutschland miteinander verglichen. Die unterschiedliche Belastung durch die Rentenversicherung habe ich bisher nicht gesehen.

In Österreich zahlen alle in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Die normale Rente liegt circa 500 Euro monatlich höher als bei uns. Die eventuelle Pflege kann somit jeder selbst bezahlen; sonst springt der Staat ein. Eines haben all diese Nachbarn gemeinsam: Es sind staatliche Gesellschaften für die gesetzliche Rente zuständig, profitfrei für alle drei „Säulen“. Alle zahlen ein, beziehungsweise es wird für alle eingezahlt. Nur Österreich hat eine Beitragsbemessungsgrenze. Höchstbeiträge führen aber nicht zu Höchstrenten. Die Rentenhöhe ist auch nach oben gedeckelt.

In Dänemark setzt sich die „Folkepension“ aus einem Grundbetrag und einer Zulage zusammen. „Sie ist für alle Dänen gleich hoch, unabhängig vom Einkommen oder den gezahlten Beiträgen. Etwa 1.600 Euro vor Steuern sind es aktuell,

die jeder monatlich erhält, der zwischen seinem 15. Lebensjahr und Rentenbeginn mindestens 40 Jahre zwischen Nord- und Ostsee gewohnt hat. Wer es nicht auf volle 40 Jahre bringt, muss zwar Abschläge hinnehmen. Doch hier sind alle abgesichert. Ausnahmen wie in Deutschland für Millionen von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten gibt es nicht“ („Focus“).

Über das Rentensystem in Holland schrieb die Uni Münster im Jahr 2009: „Wer in den Niederlanden lebt, hat mit dem 65. Lebensjahr Anspruch auf eine Grundrente, die das Existenzminimum abdeckt. Unabhängig davon, ob er jemals Beiträge gezahlt hat, bekommt er 45 Prozent seines Durchschnittslohns und mindestens 70 Prozent des Nettolohns für einen Alleinstehenden. Die AOW-Pension wird mit jedem Berufsjahr um zwei Prozent aufgebaut.“ Die Grundrente beträgt 1.100 Euro.

Im November 2016 brachte Maybritt Illner ihre Talkgäste mit folgendem Spielfilm zum Staunen: „Zwei Facharbeiter verdienen je rund 50.000 Euro im Jahr. Einer arbeitet als Schweißer bei Lufthansa Technik in Hamburg, der andere als Elektriker bei einem Autohersteller in Österreich. Wenn der Deutsche (Jahresbrutto: 52.000 Euro) in Rente geht, kann er aus der gesetzlichen Rentenkasse mit einer monatlichen Zahlung von 2.211 Euro rechnen. Der Österreicher (Jahresbrutto: 49.000 Euro) kann dagegen laut Rentenbescheid mit 2.956 Euro Rente rechnen – und das sogar 14 Mal im Jahr, weil Rentner in der Alpenrepublik auch Weihnachts- und Urlaubsgeld bekommen. Auf den Monat gerechnet sind das rund 3.500 Euro brutto. Damit kommt der Österreicher auf eine Jahresrente von 41.384 Euro, der Deutsche aber nur auf 26.539 Euro – ein Unterschied von fast 40 Prozent.“

„In Österreich zahlen außerdem alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein, auch Selbstständige. Ausgenommen sind lediglich Beamte, deren Pensionen aus einem anderen Topf bestritten werden. Österreich zeige, dass der Einbezug der Selbstständigen und Beamten wirtschaftlich und rechtlich möglich und umsetzbar sei. Diesen Schritt hat Bundessozialministerin Andrea Nahles am Freitag auch für Deutschland vorgeschlagen.“

Und unsere Rente? Laut Zitaten aus dem „Focus“ ist Frau Nahles von der Regelung in Österreich begeistert. Dieser Bericht basiert auf der Sendung vom 25. November 2016. Was ist dann in die Pläne für unsere Rente eingeflossen? Aus meiner Sicht nur Unwesentliches. Festgeklopft wurde die bereits um 34 Prozent gekürzte Rente. Die geplante Aufstockung als „Solidarrente“ für Rentner(innen) mit geringer Rente ist an Voraussetzungen geknüpft, die sich hoffentlich noch in Luft auflösen!

Der „Focus“ hat über die Verweigerung der Rentenpläne von Frau Nahles durch Herrn Schäuble berichtet: „Am Tag nach dem Rentengipfel herrscht in Berlin Verwirrung um die Finanzierung der Pläne. Ein Sprecher von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) widersprach am Freitag der Darstellung von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD), dass die Kosten für die angekündigte Angleichung der Ostrenten an das Westniveau aus Steuergeld bezahlt würden. Es geht

um etwa 3,7 bis 3,9 Milliarden Euro pro Jahr. ‚Wir gehen davon aus, dass die Finanzierung aus dem System der Rentenversicherung erfolgt‘, sagte der Schäuble-Sprecher. Genau dagegen hatte sich Nahles aber immer gewehrt.“

Die Rentenangleichung Ost ist trotzdem misslungen. Die Änderungen verursachen neue Schlechterstellungen für Menschen in Ostdeutschland. Die Details ergeben sich aus der MDR-„Fakt“-Sendung „Alt und Arm – wenn die Rente nicht zum Leben reicht“ vom 29. Januar 2018, eingebunden in die präzise Schilderung vieler „Druckstellen“. Die Nachbesserung sollte schnellstens erfolgen – auch für die Menschen mit geringer Rente!

Deutschland hat mit Riester und Rürup die falschen Weichen gestellt. Die insgesamt schlechtere und risikoreichere Alterssicherung ist insbesondere für die Arbeitnehmer teurerer und schlechter als versprochen. Diese Beitragshöhe hätte die gesetzliche Rente nicht gebraucht. Die Deutsche Rentenversicherung muss keinen Gewinn erwirtschaften. Das Drei-Säulen-Modell hat nur über die gesetzliche Rentenversicherung eine breite Absicherung. Die privaten Rentenversicherer leisten dies nicht. Wurde dies bei den Rahmenbedingungen vergessen?

Es ist aktuell für die Arbeitnehmer in Deutschland noch risikoreicher geworden, weil die Rentenversicherung jetzt spekulativer und damit risikoreicher anlegen darf. Das gilt auch für die Betriebsrente. Besonders belastend ist, dass die Versicherungen bei der Betriebsrente keine Ablaufleistung nennen dürfen. Damit sind der Wettbewerb und die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Gesellschaften per Gesetz verhindert.

Die Rückkehr zur gesetzlichen Rente und die Erweiterung zur wirklichen Solidarrente ohne Profitabschlag sind auch in Deutschland möglich. Ansonsten sind die Argumente der Steinzeit wieder da: Es wird genau beziffert, dass ein Beitragszahler dann soundso viele Rentner versorgen muss. Es wird aber nicht andeutungsweise auf die Produktivitätssteigerung hingewiesen.

In die Zukunft zu schauen ist schwierig. „NDR Info“ brachte einen Bericht über den Getreideanbau: Die Saat wird per Drohne ausgebracht, sie setzt jedes Korn einzeln. Der Abstand wird konstant eingehalten. Die Entwicklung der Pflanzen und ein eventueller Schädlingsbefall werden per Drohne überwacht. Die Düngung erfolgt per Drohne in auf das Wachstum der einzelnen Pflanze abgestimmter Dosis.

Die Gegenwart ist bei der Rente eindeutig. Die Neurenten sind nicht armutsfest. Dies bedarf nicht einmal einer Rentenkommission und duldet auch keinen Aufschub! Sofort handeln ist nötig und auch möglich! In die Zukunft zu schauen und die Ergebnisse der gesellschaftlichen Veränderung durch „Industrie 4.0“ nicht einmal ansatzweise einzubeziehen, ist mehr als fahrlässig.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz

und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung!
Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Über jeder Maßnahme schwebt die Sanktionskeule: Ist die Forderung nach mehr Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen richtig? („Die Linke“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

680. Bremer Montagsdemo

am 17. 09. 2018

Rettet den Wald – und die Zechen!



Für diese Woche wurde in Gelsenkirchen eine ganz besondere Montagsdemo angekündigt: Das ganze Revier ist dazu aufgerufen, gegen die Stilllegung und Flutung der letzten Steinkohlezechen zu protestieren. Dabei geht es aber nicht um die Fortsetzung der Verbrennung der Kohle, denn dazu ist sie viel zu schade. Gebraucht wird sie vielmehr zur Herstellung von Kohlefaser für den Leichtbau und als wichtiger Rohstoff in Chemie und Pharmaindustrie.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Pinkwart, FDP, gab letzte Woche die Flutung der Zeche Auguste Victoria in Marl frei. Dorther kam bis Ende 2015 die Kohle fürs Kraftwerk Bremen-Hastedt, das allerdings *nicht* stillgelegt werden soll. Inzwischen wird die Kohle aus einem Tagebau in Australien hierher geschippert – wahrlich gut für die Umwelt! Durch die Flutung wird die Zeche unwiderruflich zerstört und, schlimmer noch, das darin lagernde PCB, ein extrem krebserregendes Gift, ins Grundwasser freigesetzt.

So tun Bundes- und Landesregierung alles, was die Betreibermonopole RAG und RWE wollen, koste es auch das Leben so vieler Menschen. Dem Profit der Konzerne dient auch die begonnene Rodung des Hambacher Waldes, wo im ersten Schritt die 50 Baumhäuser mit schwerem Gerät zerstört und die Besetzer vertrieben werden. Am Wochenende haben fünf- bis neuntausend Menschen dagegen demonstriert, diesen ökologisch wichtigen, 12.000 Jahre alten Wald, in dem jahrhundertalte Buchen und Eichen wachsen, plattzumachen für den Braunkohletagebau.

Die Verbrennung der Braunkohle ist einer der Hauptfaktoren in Deutschland für den extremen Ausstoß von Kohlendioxid und Feinstaub. Schluss mit der Kohleverbrennung, sofort! Rettet den Wald und die Zechen! Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien!

Folgen der menschengemachten Klimaerwärmung sind nicht nur die extreme Hitze- und Dürreperiode in diesem Jahr, sondern auch die Zunahme von Wirbelstürmen wie jetzt in den USA, wo es schon 23 Tote gibt, in China und auf den Philippinen. Der krisengeschüttelte Kapitalismus zerstört unsere Lebensgrundlagen und jene unserer Kinder, Enkel sowie der meisten Tier- und Pflanzenarten.

Vor zehn Jahren brach die Investmentbank Lehman Brothers zusammen. Das war der Auslöser der bisher größten und tiefsten Weltfinanz- und Wirtschaftskrise. Jetzt häufen sich die Vorzeichen für eine erneute, vielleicht noch viel tiefere Krise. Wieder hat sich eine extreme Spekulationsblase angestaut: Die Menge des umlaufenden Geldes ist zigmal höher, als es der Realwirtschaft entspricht. Auslöser könnte ein Handelskrieg zwischen den USA und China sein.

Trotz wachsender Gefahr eines atomaren dritten Weltkrieges gibt es Politiker der Bundesregierung, die die Auffassung vertreten, Deutschland könne auch ohne Bundestagsmandat, etwa im Rahmen der Nato, am Krieg in Syrien, aktuell in Idlib, aktiv teilnehmen. Dort stoßen momentan die Interessen und Kriegsvorbereitungen verschiedener imperialistischer Staaten aufeinander.

Mut macht, dass überall in Deutschland Tausende von Menschen auf die Straße gehen gegen die rechtsgerichtete Politik der Regierung und die Hetze gegen Flüchtlinge. Am Samstag waren es 12.000 in Köln, zwei Tage vorher 6.000 in Essen. Am **13. Oktober 2018** findet die **Großdemonstration „Unteilbar“** in Berlin statt, an der wir uns beteiligen.

Innenminister Seehofers Spruch, Migration sei die „Mutter aller politischen Probleme“ fällt auf ihn zurück: Er selbst ist der „Gefährder“, wie in einer Pressekarikatur richtig dargestellt. Sein Festhalten an „Verfassungsschutz“-Präsident Maaßen, der offen gelogen hat, mit Faschisten zusammenarbeitet und diese schützt (statt die Verfassung) macht es zwingend, dass Seehofer und Maaßen entlassen werden müssen. Die ganze Regierung muss weg, wegen ihres Rechtskurses und weil sie ausschließlich die Interessen der Monopole bedient!

Wolfgang Lange (MLPD)

Platsch der Seehopfer: Lügner Maaßen wird *nicht* zum Staatssekretär im Innenministerium befördert („*Spiegel-Online*“)

Es muss immer erst einer sterben: Nordrhein-westfälische Landesregierung unterbricht Räumung des Hambacher Forstes („*Spiegel-Online*“)

Brandgeruch noch im hundert Kilometer entfernten Bremen:
Nach dem Dürresommer fällt der Bundeswehr nichts Besseres ein,
als das Meppener Trockenmoor abzufackeln („*Tageszeitung*“)

Erst die Darmflora, dann der Wirtsorganismus: Glyphosat soll
Ursache für Bienensterben sein („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

681. Bremer Montagsdemo am 24. 09. 2018

Zurücktreten und Neuwahlen!



Hagelschauer und deshalb verzögert eintreffende Teilnehmer verspäteten den Start der Montagsdemo in dieser Woche. Die Regierung ist am Ende, sie muss zurücktreten! „Vernünftige“ Arbeit ist schon lange nicht mehr möglich und nicht gewollt. Seehofer will eine andere Republik und wird stänkern, solange es diese Regierung gibt. Fast 60 Prozent der Menschen sind unzufrieden damit. Zurücktreten und Neuwahlen!

Hans-Georg Maaßen ist CDU-Mitglied, er steht aber rechtsaußen, ist der AfD wohlgesonnen und sitzt bei Seehofer auf dem Schoß.

Er muss weg, er ist keine Lösung für eine demokratische politische Kultur. Nun will er mit Seehofer zusammen dafür sorgen, dass das Land immer weiter gespalten und entsolidarisiert wird. Was für ein elendes Theater!

Keine Lösung gibt es beim Abgasbetrug. Die Regierung hält den Autokonzernen weiter *die Hand unter den Arsch* auf Kosten der Gesundheit der Menschen und der AltaboBesitzer. Nein! Alle erforderlichen Nachrüstungen müssen auf Kosten der Verursacher, der betrügenden Autokonzerne erfolgen! Auch Leute wie Dobrindt und Scheuer gehören bei Neuwahlen abgewählt!

Die Bundeswehr hat ein Trockenmoor in Brand gesetzt. Es gab Raketentests trotz absoluter Waldbrandgefahr. Wie *bescheuert* muss man sein, so etwas anzuordnen? Von der Leyens „Entschuldigung“ ist absolut verlogen. Der Brand schwelt weiter, es ist keine Lösung in Sicht. Auch die Raketentests gehen bald weiter. Nein zur Zerstörung der Moore! Kein Testen für den Einsatz der Bundeswehr im Syrienkrieg! Auflösung der imperialistischen Nato, und zwar sofort!

Tausende Menschen protestieren für den Erhalt des Hambacher Forstes. Ein Journalist kommt ums Leben, weil die Polizei ihn hindert, seiner Dokumentationsarbeit nachzukommen. Die Profite von RWE zählen mehr als die Zukunft der Menschen. Auch hier ist keine Lösung in Sicht. Die Waldspaziergänge gehen weiter. Der Protest verdient unsere volle Unterstützung! Am Sonnabend nahmen über 600 Menschen an einer Demo in Bremen teil.

Es muss ein immer breiterer Protest gegen die ganze Regierungspolitik entwickelt werden! Dazu ist erst einmal die „**Ungeteilt**“-**Demonstration in Berlin** sehr wichtig. Die Linkspartei bietet **Busplätze** an, erhältlich im Abgeordnetenbüro von Doris Achelwilm, Doventorstraße 4. Der Preis für Hin- und Rückfahrt beläuft sich auf 20 Euro, ermäßigt zehn Euro; der Solipreis zur Finanzierung der ermäßigten Karten beträgt ab 40 Euro. Die Abfahrt am **13. Oktober 2018** ist um **7 Uhr** am **ZOB**. Je mehr Karten vorher gekauft werden, desto mehr Busse kommen zum Einsatz.

Das Verbot aller faschistischen Organisationen wird immer dringlicher. Maaßen will das verhindern, aber wir fordern es! Nein, sie sollen noch mehr aufgebaut werden, dafür steht Maaßen. Menschen in Rostock haben am Wochenende den AfD-Marsch weitgehend gestoppt und Höcke mit lauter Jazz-Musik zum Schweigen gebracht. Die reaktionären und faschistischen Parolen müssen aktiv angegriffen werden!

Eine breite Redekultur darf Faschisten nicht ein neues Forum bieten. Dass muss auch Steinmeier beachten, wenn er zum gemeinsamen Reden auffordert. Wir wollen eine freie Gesellschaft und die Integration aller Flüchtlinge. Das wird so bleiben, wenn wir alle mithelfen, überall. Hoch die internationale Solidarität!

Jobst Roselius

RWE bringt Menschen in Lebensgefahr: „Als die Polizei anfang, die Demonstranten aus den Baumhäusern zu drängen, kletterte ich auf die Leiter“ („Stern“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

682. Bremer Montagsdemo

am 01. 10. 2018

Wie sauber ist (deutscher) Strom?



Einfache Antwort: Das hängt davon ab, wie er hergestellt wird. Eigentlich ist der Ausdruck Strom nicht korrekt, denn er ist nur ein Bestandteil dessen, was uns die Kraftwerke liefern, nämlich elektrische Energie. Sie wird in der Stromrechnung auch Arbeit genannt und vom Stromzähler gemessen in Kilowattstunden. Es ist das Produkt aus elektrischer Leistung in Watt, die auf jedem Elektrogerät angegeben ist, mal der Zeit in Stunden, die das Gerät betrieben wird.

Es ist eine bequeme, künstliche Energieform, eine Sekundärenergie, die erst seit etwa 100 Jahren in jeden Haushalt so einfach geliefert wird, dass wir uns darum nicht zu kümmern brauchen und so den realen Bezug zu ihr verloren haben. Das soll auch so bleiben, denn Kunden, die möglichst nichts von einem Produkt verstehen, kann jeder Dreck verkauft werden – Hauptsache billig und bequem wie beispielsweise das Auto.

Damit verglichen ist die elektrische Energie, die schon immer mit dem falschen Wort Strom bezeichnet wird, etwas schwer Erfassbares. Deshalb wurden Leute, die damit zu tun hatten, tatsächlich Stromer genannt. Elektrische Energie wird bisher immer noch zu 90 Prozent aus mechanischer Energie als Primärenergie durch Drehen eines „Stromerzeugers“ (Generators oder Dynamos) hergestellt. Das Drehen dieses Generators kann durch einen natürlichen Antrieb wie Wind oder Wasser geschehen. Das wird heute regenerativ genannt.

Da aber für ein (überzogenes) Versorgungssicherheitsbedürfnis der Wind nicht zuverlässig genug und auch nicht zu steuern ist, wird auf höchst unsinnige, aufwendige, ineffiziente Art ein künstlicher „Wind“ in Form von heißem Dampf erzeugt. Dieser wird auf die Flügel des Generators geblasen, damit er sich dreht und elektrische Energie erzeugt. Die natürliche Methode, dass die Maschine, beispielsweise ein Mahlwerk, wie früher direkt vom Wind oder Wasser angetrieben wurde, gibt es kaum noch. Das wurde sogar mit der Entwicklung von Elektromotoren verboten, und so wurden schon die Windmüller in die Abhängigkeit von Elektroindustrie und dezentralen Energieversorgern (Stromern) gezwungen.

Eine weitere Verrücktheit, die noch heute fast jede(r) für normal hält: Der „Ofen“, auf dem der Kessel steht, in dem das Wasser zu Dampf kocht, wird mit Braunkohle gefeuert. Um auf diese Art die Energie von einer einzigen Kilowattstunde zu erzeugen, müssen dafür 1140 Gramm Kohlendioxid in die Luft geblasen werden. Diese Zahl wird Kohlendioxid-Äquivalent genannt. Es ist die größte Zahl und damit die dreckigste Methode, die es gibt, mit der im vermeintlichen High-Tech- Deutschland noch immer 36 Prozent der elektrischen Energie erzeugt werden.

Zum Vergleich: Wenn eine Kilowattstunde mit einem Generator erzeugt wird, dessen Flügel von richtigem Wind gedreht werden, beträgt das Kohlendioxid-Äquivalent nur 25 Gramm, ist also viel kleiner und die so erzeugte elektrische Energie viel sauberer. Das hat wahrscheinlich kein Politiker in der Grundschule gelernt oder begriffen. Nur so kann ich mir erklären, dass Wirtschaftskriminelle immer wieder mit plumpen Methoden ganze Volksgruppen betrügen dürfen beziehungsweise können. Verantwortungsbewusste, die dagegen etwas unternehmen, werden durch Gesetze ausgetrickst, kriminalisiert oder so gut bezahlt, dass sie das Maul halten.

Politiker, die Verantwortung übernehmen müssten, kooperieren mit Großstromern, Banken und Kapitalisten. Wie sonst ist das Drama im Hambacher Wald zu verstehen? Die legitime Forderung nach einer ehrlichen Energiewende und sauberer Luft, zu der jede(r) einen Beitrag leisten soll, wird kriminalisiert und zu einem sinnlosen Machtkampf. Hier sollen noch möglichst lange im Tagebau pro Jahr 40 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert werden, um einen riesigen alten Kohleofen namens Kraftwerk zu heizen, der elektrische Energie liefert, die nicht benötigt wird.

Deutschland produziert nämlich doppelt so viel davon, wie seine Bewohner verbrauchen. Bei der Verbrennung einer einzigen Tonne Braunkohle werden 3,25 Tonnen Kohlendioxid in die Welt geblasen. Das sind dann 130 Millionen Tonnen pro Jahr oder 356.000 Tonnen pro Tag, allein aus dem Hambacher Tagebau. Zum Vergleich: Der etwa dreiwöchige Moorbrand bei Meppen soll rund eine Million Tonnen Kohlendioxid freigesetzt haben. Das sind „nur“ etwa 48.000 Tonnen pro Tag. Ohne etwas zu beschönigen, soll hier der geplante Irrsinn verdeutlicht werden: Das Moor „dürfte“ noch etwa 7,5 Jahre so weiterbrennen, um das zu verursachen, was die aus dem Tagebau geförderte Kohle unter dem Hambacher Wald in einem einzigen Jahr anrichtet.

Sinnlos, hirnlos, skrupellos, immer zum Wohl der Shareholder, Spekulanten und des eigenen Geldsacks. Es ist schon tragisch genug, was Menschen aus Leichtsinns, Dummheit oder Ignoranz verursachen, doch wenn es aus reiner Willkür, Geld und Machtgier geschieht, ist es ein Verbrechen. Einer der Hauptverantwortlichen ist hier aus meiner Sicht der RWE-Vorstandschef Rolf Martin Schmitz. Nachdem diese Zusammenhänge nun bekannt sind, ist es wichtig entsprechende persönlichen Konsequenzen zu ziehen und daran mitzuarbeiten, sinnlose Umweltvernichtung und plumpe Volksverdummung zu stoppen. Eine Möglichkeit, an

der jede(r) teilnehmen kann, wird bereits kommenden Samstag geboten und ist in einem Flugblatt beschrieben.

Helmut Minkus (parteilos)

Hambi bleibt: RWE hat nicht dargelegt, warum ohne Rodung die Lichter ausgehen sollten („*Spiegel-Online*“)

Hauptseite ist ein fortschrittlicher Stimmungsumschwung



Die offene Regierungskrise wurde notdürftig beendet: Hans-Georg Maaßen wird doch nicht zum Staatssekretär befördert, sondern „nur“ zum Sonderbeauftragten Seehofers. Die Politiker von SPD, CSU und SPD haben die Massen völlig unterschätzt, Merkel, Seehofer und Nahles rapide weiter an Ansehen verloren. Wer weiß, was Maaßen als oberster Schlapphut über diese Personen in der Hinterhand hat? Dossiers anzulegen ist doch ganz normal

für einen Geheimdienst! Dann wurde auch noch Fraktionschef Kauder gegen den ausdrücklichen Wunsch Merkels abgewählt. Mit Ralph Brinkhaus erfolgt ein weiterer Rechtsschwenk, die Medien schreiben von „Kanzlerinnendämmerung“.

Die Großindustrie fordert die rigorosere Durchpeitschung ihrer Interessen, hat aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In der Bevölkerung wächst zwar die Polarisierung, denn die AfD legt zu, die Hauptseite ist aber ein fortschrittlicher Stimmungsumschwung. Das zeigte sich bei den zahlreichen Demonstrationen in den letzten Tagen und Wochen. Allein in Hamburg gingen am Samstag 37.000 Menschen auf die Straße, ich war auch dort. Über 450 Organisationen beteiligten sich. Es war eine tolle, große, vielfältige Demo, ein Ausdruck großer Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht und mit allen Unterdrückten.

Leider gab es auch einen Spaltungsversuch, der ernst genommen werden muss. Dem „Internationalistischen Bündnis“ wurde ein Tag vorher der bestellte und bezahlte Lastwagen weggenommen. Es gab 50 einheitlich bestellte Lastwagen mit Lautsprechern von einer selbsternannten, durch nichts legitimierten „Demoleitung“, die das 31 Organisationen umfassende „Internationalistischen Bündnis“ mit der MLPD gleichgesetzt hat, der wegen ihrer Unterstützung des palästinensischen Freiheitskampfes „Antisemitismus“ vorgeworfen wird. Die MLPD wollte sich das Zeigen ihrer Fahnen bei der Demonstration nicht nehmen lassen,

ebensowenig wie Linkspartei, DKP und „Piraten“. Drahtzieher waren teils Grüne, teils „Antideutsche“.

Im Kampf gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze müssen wir zusammenhalten und dürfen uns nicht vorschreiben lassen, wer dagegen kämpfen darf und wer nicht! In der „Attac“-Führung fand bereits ein Schwenk statt: Man wolle die Polizeiaufgabengesetze nicht mehr zu Fall bringen, sondern sie „kritisch begleiten“. Das erinnert mich an die Spaltung zu Beginn der Montagsdemobewegung vor 14 Jahren durch „Attac“ und DGB. Sie wollten der Montagsdemobewegung die Selbständigkeit wegnehmen, was ihnen nicht gelang – aber sie konnten sie schwächen.

Am **13. Oktober 2018** fahren wir zur **Großdemonstration „Ungeteilt“** nach Berlin. Mehrere Busse fahren (Abfahrt um **7 Uhr** am **ZOB**, Fahrkarten im „Linken“-Abgeordnetenbüro von Doris Achelwilm, Doventorstraße 4, Preis: zehn Euro ermäßigt, 20 Euro normal, 40 Euro „Soli“). Am Tag drauf ist Landtagswahl in Bayern. Hoffentlich endet sie so verheerend für Seehofers CSU, dass er als Innenminister und Parteichef nicht mehr tragbar ist. Für uns ist er das schon lange nicht mehr!

Wolfgang Lange (MLPD)

Tote und Verletzte in Kauf genommen: Warum hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung zum Konzernbüttel gemacht? („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

683. Bremer Montagsdemo

am 08. 10. 2018

Millionen sind stärker als Millionäre!



Immer mehr Leute lassen sich nicht mehr von der Regierung an der Nase herumführen! Mehr als 50.000 waren am Samstag im Hambacher Forst, um gegen dessen Abholzung für die Braunkohlegewinnung durch RWE zu demonstrieren, trotz schikanöser Behandlung durch die Polizei und versperrter Zugangswege: Es waren teils fünf Kilometer Fußmarsch, um in den Wald zu kommen. Weil diese Bewegung immer mehr answoll, hatten Gerichte zuerst einen Abholzstopp bis zur Hauptverhandlung verfügt, weil dadurch „kein Energieengpass zu erwarten“ sei, und später das Demonstrationsverbot aufgehoben.

Jetzt kommt es darauf an, dranzubleiben und nachzusetzen und nicht etwa beruhigt zurückzulehnen bis zur Hauptverhandlung! Der Hambacher Forst ist ein 12.000 Jahre alter, wertvoller Wald. Er soll immer noch plattgemacht werden, trotz des deutlich sichtbaren Umschwungs in die Klimakatastrophe, für die Gewinnung der dreckigsten aller Energiearten, der Braunkohle – Welch ein Irrsinn! Aber vielen Leuten geht auch ein Licht auf, wer in diesem Land das Sagen hat und wessen Interesse die Regierung vertritt.

Auch gegen den weiteren Rechtsruck gab es erneut große Demonstrationen: Am 30. September waren es 37.000 Menschen in Hamburg, am 3. Oktober mehr als 40.000 in München, zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen Zehntausende, die auf die Straße gingen. Die **Demonstration „Unteilbar“** am **13. Oktober 2018** in **Berlin** wird alles andere in den Schatten stellen. Die **Busse** aus Bremen fahren um **7 Uhr** vor dem **Cinemaxx** ab, Karten gibt es im Abgeordnetenbüro von Doris Achelwilm („Die Linke“) in der Doventorstraße 2.

Am Tag darauf ist Bayernwahl. Weg mit Seehofer, weg mit Söder! Seehofer kann man zwar als Bundesinnenminister am Sonntag nicht abwählen, aber ob er den prognostizierten Absturz der CSU politisch überlebt? Bei der CSU schlagen sie sich zurzeit schon fast gegenseitig die Köpfe ein, aber aufgepasst: Auch hier wäre es fatal zu meinen, mit einer Abwahl beziehungsweise einem Sturz oder Rücktritt hätte man die Rechtsentwicklung bereits gestoppt.

Jetzt kommt es darauf an, den breiten Protest gegen Fremdenhass, Rassismus und Faschisierung wie bei den Polizeigesetzen nachhaltig zu machen, also den Widerstand breiter aufzubauen, zum Beispiel durch Stärkung des „Internationalistischen Bündnisses“, der Montagsdemobewegung, der Arbeiter-, Umwelt- und Frauenbewegung – und nicht zuletzt dem Aufbau revolutionärer Organisationen wie der MLPD.

Momentan profitieren die Grünen viel zu sehr vom Machtkampf innerhalb der CSU und deren Zerfall. Wes Geistes Kind die Grünen aber sind, hat nicht nur gezeigt, dass sie 2004 in der Schröder/Fischer-Regierung die Miturheber der Hartz-Gesetze waren, gegen die wir auch heute hier demonstrieren und denen wir Armut sowie jene Zeit- und Leiharbeit verdanken, mit der „normale“ Arbeitsplätze systematisch zugunsten des Billiglohnssektors verdrängt wurden.

Auch haben wir nicht vergessen, dass die Grünen ohne Wenn und Aber den Krieg gegen Jugoslawien rechtfertigten. Heute greifen sie völlig zu Unrecht Innenminister Mäurer (SPD) an. Er hat vor zehn Tagen in der Bürgerschaft Verständnis dafür geäußert, wenn gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Afrin oder gegen die Hinrichtung Dutzender Palästinenser am Grenzzaun durch die israelische Armee demonstriert wird. Dafür wird er von Grünen und CDU angegriffen, die seinen Rücktritt fordern. Zum Teil versteigen sie sich sogar dahingehend, er habe „antisemitische Lügen verbreitet“.

Mäurer hat recht. Was ist es anderes als eine Hinrichtung, wenn ohne Gerichtsbeschluss gezielt Demonstranten erschossen werden, größtenteils Jugendliche? Auch wenn die USA Drohnen auf Menschen schießen lassen, ohne dass es eine Gerichtsverhandlung oder ein Urteil gibt, nenne ich das Hinrichtung. Schade, dass Mäurer sich inzwischen halbherzig von seinen Worten distanziert hat, die Wortwahl sei „unglücklich“! Ich bleibe dabei: Kritik an der rassistischen Politik der israelischen Netanjahu-Regierung hat nichts mit Antisemitismus zu tun! Solidarität mit dem palästinensischen Freiheitskampf ist gerechtfertigt!

Auch in Österreich formiert sich der Protest gegen die reaktionär-faschistoide Kurz/Kickl-Regierung. Neulich gingen mehr als 20.000 Menschen in Wien auf der Straße, die „Kickl, du Trump!“ riefen. Vor einigen Wochen demonstrierten 100.000 Menschen in Wien gegen die Arbeitszeitverlängerung auf zwölf 12 Stunden.

Der „Dieselgipfel“ zeigte, wem die Regierung hierzulande dient. SPD-Ministerin Schulze verteidigt lächerliche, völlig unverbindliche Regelungen, denn es gibt keine obligatorische Hardware-Nachrüstung, keine verbindliche Schadenersatzregelung und keine Strafen. Selbst die bürgerlichsten Journalisten kommen nicht umhin, diesen „Dieselgipfel“ als Gipfel des Betrugs am Verbraucher zu entlarven. Die Monopole müssen für die Schäden herangezogen werden! Die Verantwortlichen in den Chefetagen gehören vor Gericht und ins Gefängnis! Millionen sind stärker als Millionäre!

Wolfgang Lange (MLPD)

Geschlossene Grenzen sind rassistisch: 150.000 bis 240.000 Menschen kommen zum Aufbruch in eine solidarische Gesellschaft („*Spiegel-Online*“)

Strategisches Versagen der CSU: Das verständnisvolle Ranschmeißen an einen vermeintlichen rechten Zeitgeist bringt nichts („*Sprengsatz*“)

Das ist links: „Von Bedürfnissen und Rechten aus zu denken, danach die Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu stellen und erst dann über begrenzte Ressourcen zu sprechen“ („*Tageszeitung*“)

Die nächste Bremer **Montagsdemonstration** beginnt am **15. Oktober 2018** wegen des Freimarktes um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**.

In Bremen haben zahlreiche Menschen gegen das geplante neue **Fracking-Bohrloch** im Trinkwasserschutzgebiet Panzenberg bei **Verden** unterschrieben. Umweltverbände werden die Sammlung bis zum internationalen „**Frackdown-Day**“ fortsetzen und am **15. Oktober 2018** gemeinsam mit der Bremer Montagsdemo auf dem **Hanseatenhof** protestieren.

Gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus: Lasst uns in Bremen am **15. Oktober 2018** um **19 Uhr** im „**Biobiss**“ (Altes Fundamt), Auf der Kuhlen 1a, erstmals zusammenkommen, um uns kennenzulernen und ein sichtbares Zeichen zu setzen. Lasst uns gemeinsam aufstehen für Frieden und soziale Gerechtigkeit! („**Aufstehen Bremen**“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

684. Bremer Montagsdemo am 15. 10. 2018

Gemeinsam Fracking stoppen!



Am „Global Frackdown Day“ rund um den 13. Oktober 2018 finden weltweit dezentrale Aktionen für ein Fracking- Verbot statt. Wir sind ein lebendiger Teil dieser internationalen Bewegung. Auf Initiative der „Umweltgewerkschaft“ haben wir in den letzten Wochen und Monaten die Bevölkerung in Bremen über die umwelt- und gesundheitsschädliche Gefahr von Fracking informiert und Unterschriften gegen die geplante Ausweitung des Gasbohrens durch DEA und für ein vollständiges und echtes

Verbot von Fracking gesammelt.

Trotz aller Beschwichtigungsversuche der Gas- und Ölindustrie liegen die Gefahren des Fracking nach wie vor klar auf der Hand: Grundwasserkontaminationen, Erdbeben, die Freisetzung radioaktiver Stoffe aus dem Untergrund, eine ungelöste Entsorgungsproblematik und eine miserable Klimabilanz sind die Folgen des gefährlichen Gasbohrens.

Der vor Kurzem vorgelegte Sonderbericht des Weltklimarates IPCC zeigt, dass schnelle, weitreichende Veränderungen hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien erforderlich sind, um die drohende Klimakatastrophe noch abzuwenden. Die Anwendung der Fracking- Technik zur Gas- und Ölgewinnung ist auch aufgrund der damit verbundenen Methanemissionen untragbar. Fracking muss ohne Ausnahmen in jeder Gesteinsschicht verboten werden!

„Ich hätte nicht gedacht, dass hier gefrackt werden darf“, so reagierten zahlreiche Passanten, als wir Unterschriften für das Verbot von Fracking gesammelt haben. Von der Gasindustrie werden systematisch die Gefahren vertuscht und verharmlost. Dabei wird gelogen, dass sich die Balken biegen: Angeblich enthielten die Fracfluide „Wasser mit völlig ungefährlichen Substanzen“. Beim Fracking werden aber gigantische Mengen hochgiftiger Chemikalien in erdgashaltiges Gestein gepresst.

Dadurch werden die notwendigen Risse im Gestein ausgelöst, damit das Gas besser entweichen kann. Nur so erreichen die Energiekonzerne die größten Fördermengen und den maximalen Profit. Die hochgiftigen Substanzen sind gesundheitsgefährdend, erbgutschädigend und wassergefährdend. Die Wasserwerke be-

fürchten zu Recht eine Verseuchung des Wassers der „Rotenburger Rinne“, aus der 370.000 Menschen, auch in Bremen, mit Trinkwasser versorgt werden.

Besorgt und empört haben viele Menschen für die Rettung des Bremer Trinkwassers unterschrieben. Die positive Resonanz war sehr groß: Über 50 Personen nahmen Listen, um selber zu sammeln, und einige von ihnen wurden neue Mitglieder der „Umweltgewerkschaft“. Beim „Umweltspaziergang“ am Panzenberg bei Verden haben wir in einer Protestaktion die ersten 500 Unterschriften am Bohrloch Völkersen Z4/H1 aufgehängt.

Die Versammlung mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Althusmann (CDU) am 4. Juli 2018 in Verden hat uns darin bestärkt, den Kampf für ein echtes Verbot von Fracking zu verstärken. Die Bürgerinitiativen aus Rotenburg und Verden und wissenschaftliche Experten haben den Wirtschaftsminister ordentlich in die Zange genommen. Der Umweltmediziner Dr. Bantz wies den direkten Zusammenhang von Erdgasförderung und erhöhten Krebserkrankungen in Rotenburg und die Häufung von Früh- und Fehlgeburten nach.

In den Diskussionen gab es manchmal Zweifel, ob Protestieren etwas positiv verändern kann, denn „die da oben machen doch, was sie wollen“. Sie müssten uns nicht belügen und betrügen, wenn sie keine Angst davor hätten, dass die Bevölkerung Widerstand leistet, dass sich immer mehr für die Rettung des Planeten vor dem drohenden Kollaps engagieren und dass der Wunsch nach einer Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur immer größer wird.

Die großen und mutigen Proteste für die Rettung des Hambacher Waldes und für das Ende der Kohleverfeuerung zeigen doch wieder einmal, dass die Menschen im gemeinsamen Kampf stärker sind als die Umweltzerstörer in den Konzernen, Banken und Regierungen. Letzten Samstag haben sich 250.000 Menschen in Berlin der Rechtsentwicklung der Regierungen entgegengestellt!

Deshalb nutzt die Chance und unterschreibt gegen die tickende Zeitbombe namens Fracking! Inzwischen haben wir die „Schallmauer“ durchbrochen und 1.200 Unterschriften zusammen. Kommt mit zur **Übergabe der Unterschriften** an den niedersächsischen Umweltminister am **24. Oktober 2018** im **Landtag von Hannover!** Macht mit in der „Umweltgewerkschaft“!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die große Mehrheit will nicht diese Rechtsentwicklung

Am Samstag war der „Frackdown Day“, ein weltweiter Kampftag gegen Fracking. Deswegen sind heute nicht nur die Montagsdemonstranten da, sondern auch viele Umweltschützer. Herzlich willkommen! Überhaupt war es ein erfreuliches

Wochenende: Am Samstag demonstrierte circa eine Viertelmillion Million Menschen in Berlin unter dem Motto „Unteilbar“ gegen Rassismus, Faschismus, Rechtsentwicklung und für Toleranz und Menschlichkeit.



Über 500 Organisationen hatten dazu aufgerufen. Zahlreiche tolle Künstler wie Herbert Grönemeyer und Konstantin Wecker traten auf. Auch aus Bremen kamen zwei volle Busse und viele auf anderen Wegen, per Bahn oder Auto. Es war eine tolle Stimmung, denn wir sind *mehr!* Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland will nicht diese Rechtsentwicklung, wie sie von der Bundesregierung vorangetrieben wird!

Am Sonntag verloren dann bei der Wahl in Bayern CSU und SPD zusammen 21,3 Prozentpunkte. Es war eine laute Watschn, nicht nur gegen die bayerische Regierung, nicht nur gegen Seehofer, sondern vor allem auch gegen die Bundesregierung! Die CSU bekommt bloß noch 37,2 Prozent, die SPD als fünftstärkste Partei gar nur 9,7 und muss bald um das Überspringen der Fünfprozenthürde zittern!

Nur Tage vor der Wahl hat Nahles angedeutet, die Agenda 2010 „überdenken“ zu wollen. Das hat ein gewisser Schulz auch vor der Bundestagswahl gesagt. Was hat er dann getan? Nichts für uns jedenfalls, sondern ist immer schön nach der Pfeife der Konzernbosse getanzt und hat gemeint, die Menschen wären so dumm, das nicht zu merken.

Zugestimmt hat Nahles auch der Beförderung von „Verfassungsschutz“-Präsident Maaßen, diesem widerwärtigen AfD-Unterstützer, obwohl der ganze Geheimdienst schon seit seiner Gründung von alten und neuen Nazis durchsetzt ist. Diesen Typen noch mit einem Staatssekretärsposten zu belohnen, zeigt doch, wie Nahles tickt, die große SPD-Vorsitzende!

Die Grünen sind mit 17,5 Prozent die großen Gewinner der Wahl, jedoch zu Unrecht. Natürlich freue ich mich, dass auch viele Grünen-Anhänger mitdemonstriert haben in Berlin, auch „SPDler“. Aber ihre Führung? In Baden-Württemberg zeigen die Grünen mit ihrer Umsetzung von „Stuttgart 21“ und ihrer Zustimmung zum reaktionärsten Polizeigesetz in ganz Deutschland, wie sie als Regierungspartei ticken. In Nordrhein-Westfalen stimmten sie für die Abholzung des Hambacher Waldes für den Braunkohle-Tagebau von RWE. In Hamburg stimmten sie, kaum in der Regierung, für den Bau der größten Dreckschleuder Deutschlands: des Braunkohlekraftwerks Moorburg. So richtig grün ist das nun nicht gerade!

Schon vor „Unteilbar“ in Berlin am Samstag waren in wenigen Wochen über eine Million Menschen auf der Straße. Eines ist sicher, das haben diese großen Demonstrationen der letzten Zeit gezeigt: Die Herrschenden können nicht alles so durchziehen, wie sie gern möchten! Sie haben die Massen gewaltig unterschätzt und gedacht, die lassen sich vor lauter Angst um die Arbeitsplätze alles gefallen, vom Diesel-Beschiss bis zur Waldabholzung.

Ein positives Ergebnis ist auch, dass die AfD mit 10,2 Prozent weit unter den Prognosen von 16 Prozent und unter ihrem Bundestagswahlergebnis blieb. Immer neue Meldungen zeigen, dass die AfD ein Sammelbecken für Faschisten ist und einer faschistischen Partei den Weg bereitet. Jetzt wollen sie mit einem unglaublichen Denunziantenportal die Lehrer verängstigen, um zu verhindern, dass diese ihrem Auftrag nachkommen und die Schüler zu Antifaschisten erziehen.

Seehofer klammert sich noch an den Parteivorsitz, aber weder diesen noch sein Amt als Innen- und „Heimatminister“ wird er wohl noch lange behalten können. Er muss weg! Sein unsäglicher Spruch, die Migration sei die „Mutter aller politischen Probleme“ ist auf ihn selber zurückgefallen, denn tatsächlich ist der Kapitalismus, die weltweite Herrschaft des Finanzkapitals gegen Mensch und Natur, ist die Mutter aller Probleme.

Migration aber ist die Mutter aller Gesellschaften und der Entwicklung der Menschheit! Das Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen wird jetzt „entschärft“: Statt 70 sind „nur noch“ 14 Tage Haft ohne Richterbeschluss und ohne konkreten Tatvorwurf möglich, wenn die Polizei „Gefahr“ wittert. Die Polizeigesetze müssen nicht „entschärft“ und nicht „kritisch begleitet“ werden, wie von „Attac“ und Teilen von SPD und Grüne bemängelt, sie müssen samt und sonders weg! Es ist eine gute Zeit, aktiv zu werden!

Die nächsten Montagsdemonstrationen bis zum Jahresende bleiben wir auf dem Hanseatenhof. Wir wechseln also nicht wie in den vergangenen Jahren zwischen Frei- und Weihnachtsmarkt wieder auf den dunklen und wenig belebten Marktplatz. Da sind wir uns einig. Die nächste Montagsdemo auf dem **Marktplatz** ist also erst im neuen Jahr, am **7. Januar 2019**.

Am kommenden Montag, dem **22. Oktober 2018**, wollen wir über einen weiteren **Vorschlag abstimmen**, nämlich im November und Dezember jeweils nur eine **Montagsdemonstration** auf dem **Hanseatenhof** zu machen, und zwar am jeweils ersten Montag im Monat, also am **5. November** und am **3. Dezember 2018**. Für eine **Weihnachtsfeier** im Anschluss daran könnten wir im Jugendfreizeitheim Buntentor anfragen.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

685. Bremer Montagsdemo

am 22. 10. 2018

Wie kämpfende Arbeiter als „Terroristen“ kriminalisiert werden sollen

Die Umfragewerte der Parteien der ehemals „Großen Koalition“ rauschen weiter in den Keller: Die CDU liegt noch bei 25, die SPD bei 14 Prozent. Zusammen sind das also nur noch 39 Prozent. Diese Regierung hat vollständig abgewirtschaftet und muss zurücktreten! Neuwahlen! Nach der Hessen-Wahl am kommenden Sonntag wird es hoffentlich so weit sein, dass sie nicht mehr so weiterwurschteln können. Seehofer deutet bereits seinen Rücktritt an – das ist auch überfällig! Seebrücke statt Seehofer! Immer mehr Städte beziehungsweise Bürgermeister fordern sichere Fluchtwege sowie Rettung und Aufnahme der Geflüchteten, denn die internationalen Monopole wie Nestlé zerstören die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen, vor allem in Afrika. Dazu kommen die Kriege um Land und Bodenschätze.

Im Land Nordrhein-Westfalen wird jetzt das neue Polizeiaufgabengesetz nach den großen Protesten überarbeitet, und die SPD stimmt zu. Aber wenn man das anguckt, ist es noch schlimmer als der bisherige Entwurf: Vier Wochen „Vorbeugehaft“ sollen möglich werden, heute ist es ein Tag! Statt „drohender Gefahr“ ist jetzt von einem neuen Katalog „terroristischer Straftaten“ die Rede. Das sind dann nicht mehr Mord, Totschlag oder Geiselnahme,



sondern zum Beispiel die „Störung öffentlicher Betriebe“ oder des Verkehrs. Schon ist man dabei, Streiks als „Terrorismus“ zu verfolgen – oder auch Straßenbesetzungen und Verkehrsblockaden wie im Jahr 1997, als die Bergarbeiter die Straßen im Ruhrgebiet blockierten oder die Daimler-Arbeiter die B10 bei Stuttgart. Das sollen alles „Terroristen“ sein?

Daimler führt bereits einen „Datenabgleich“ aller Beschäftigten mit der „EU-Terrorliste“ durch. Darauf stehen Befreiungsbewegungen etwa aus Kurdistan oder Palästina. Wer also von Erdogans Geheimpolizei als „Terrorist“ denunziert wird, weil er sich kritisch gegen das Regime äußert oder für die Rechte des kurdischen Volkes eintritt, findet sich auf dieser Liste wieder. Laut EU-Verordnung darf kein Lohn bezahlt werden an mutmaßliche Kollegen, die auf solchen Listen stehen,

daher erfolgt eine sofortige Kündigung. Daimler macht sich zum Erfüllungsgehilfen von Geheimdiensten!

„Bild“, CSU und AfD jaulen auf, dass bei Demos gegen Abschiebungen oder der Großdemonstration „Unteilbar“ mit fast einer Viertelmillion Teilnehmenden in Berlin letzten Samstag „Linksradikale“, Kommunisten, DKP und MLPD mitmarschiert sind. „Bild“ fordert die Organisatoren auf, sich von diesen zu teilen, also zu spalten. Ausgerechnet jene, die solche Polizeigesetze zu verantworten haben, die Abschiebungen, den ganzen Rechtsruck, maßen sich an zu bestimmen, wer bei den Protesten dabei sein darf und wer nicht! Maas und Nahles sind noch schnell auf den Zug aufgesprungen, aber das wird ihnen nichts nützen. Gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung! Wir lassen uns nicht spalten!

Hier um den Hanseatenhof herum hängen lauter Plakate der AfD, auf denen zu einer Veranstaltung am **Donnerstag, dem 25. Oktober 2018, um 18 Uhr** in der **Bürgerschaft** eingeladen wird, und zwar von Landessprecher Frank Magnitz, einem guten Freund von Faschist Höcke. Es ist ein Skandal und nicht hinnehmbar, dass der AfD, die dabei ist, eine faschistische Partei aufzubauen und offene Faschisten in ihren Reihen hat, in der Bremischen Bürgerschaft Veranstaltungen durchführen kann! **Beteiligt euch am Protest gegen die AfD** und gegen die Zurverfügungstellung von Räumen durch Bürgerschaftspräsident Weber!

Das neue VW-Konjunkturprogramm besteht aus Preisnachlässen und Prämien bei gleichzeitig steigenden Listenpreisen, aber für die Nachrüstung einer Diesel-Abgasreinigung gibt es keinen Cent. Audi wurde zu 800 Millionen Euro Strafe verurteilt. Das Geld geht an Niedersachsen und Bayern. Keinen Cent erhalten die betrogenen Autofahrer und die Opfer von Feinstaub und Stickoxid. Die verantwortlichen bewussten Betrüger und Vergifter müssen in den Knast, statt weiter Bonizahlungen zu kassieren!

Wolfgang Lange (MLPD)

Panik vor der Hessen-Wahl: Merkel will Abgas-Grenzwerte manipulieren, um Fahrverbote in Frankfurt zu verhindern („*Spiegel-Online*“)

Bremen zahlt Mietkosten nach: Die Antwort des Senats auf eine Anfrage der FDP ist trotz der Unklarheiten und Unwahrheiten ein Schritt in die richtige Richtung. Die Sozialdeputation wird am 1. November 2018 öffentlich informiert. Tagesordnung und Tagungs-ort werden kurz vorher bekannt gegeben. (*Hans-Dieter Binder*)

Begleitung zu Ämtern: Einladung zum Workshop am Samstag, dem 27. Oktober 2018, von 11 bis 15 Uhr im „GoMokry“ („*Wilhelmsburg solidarisch*“)

Absturz um 20 Prozentpunkte: Eine Große Koalition ist in Hessen kaum noch möglich („*Die Zeit*“)

Jetzt noch Nahles und Seehofer: Merkel verkündet nach
Wahldebakel Verzicht auf Parteivorsitz („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

686. Bremer Montagsdemo am 29. 10. 2018

Unterdeckung bei den Mieten soll nur zu 40 Prozent beseitigt werden

Die Sozialdeputation tagt am Donnerstag, dem 1. November 2018, ab 15:15 Uhr im „Martinsclub Bremen“, Buntentorsteinweg 24/26. Die Tagesordnung sowie erläuternden Drucksachen stehen auf der Website des Sozialressorts. Es geht im Wesentlichen um die **Kosten der Unterkunft**, allerdings steht die Antwort des Senats auf die Anfrage der FDP bisher nicht auf der Tagesordnung.

Die Richtwerte der Kosten der Unterkunft sollen ab 1. November erhöht werden, und zwar rückwirkend zum 1. März 2018. Der Entwurf der neuen Verwaltungsanweisung sowie die Begründung für die Erhöhung sind Tagesordnungspunkt 6. Die Verwaltungsanweisung besagt, dass die rückwirkende Erhöhung ab März 2018 vom Jobcenter ohne Antrag bewilligt werden soll. Gilt das sinngemäß auch für die anderen Leistungsträger?



Unter „Behörden erkennen höhere Mieten an“, „Richtwert für Sozialhilfeempfänger soll steigen“ ist im „Weser-Kurier“ nachzulesen, dass es für die Betroffenen um monatlich 18 Euro gilt. Die Gesamtkosten werden auf 2,2 Millionen Euro geschätzt.

Die in der Begründung der Veränderung als Fußnote angezogene Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt für März 2018 eine Unterdeckung in Bremen-Stadt: Laut Tabelle 1a betragen die tatsächlichen Mieten 20.735.740 Euro, anerkannt wurden nur 20.315.651 Euro. Damit besteht eine Unterdeckung von 420.089 Euro an nicht erstatteten Kosten der Unterkunft. Aufs Jahr hochgerechnet sind das rund fünf Millionen Euro. Allein aus diesen Zahlen ergibt sich, dass die Erhöhung nicht der Wirklichkeit und den Notwendigkeiten gerecht wird.

Die Tagesordnung kann kurzfristig ergänzt werden. Dann kann auch die Senatsvorlage noch behandelt werden. Auslösend war das Urteil der 28. Kammer des Sozialgerichts vom 15. Juni 2018 mit Aktenzeichen S28 AS 1213/16. Demnach beruhen „die aufgrund der Verwaltungsanweisung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen der Freien Hansestadt Bremen zu § 22

SGB II, §§ 35, 36 SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz vom 1. Januar 2014 für den Zeitraum Januar 2014 bis Februar 2017 festgesetzten Mietobergrenzen nicht auf einem schlüssigen Konzept im Sinne der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.

Dementsprechend ist für den genannten Geltungszeitraum die seitens des Jobcenters Bremen nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch zu tragende Bruttokaltmiete nicht auf die dort festgesetzten Werte zu begrenzen. Da zumindest für die Zeit bis zum 1. März 2016 ein Ausfall lokaler Erkenntnismöglichkeiten gegeben ist, ist zur Bestimmung der Obergrenze der angemessenen Bruttokaltmiete daher auf die um einen Sicherheitszuschlag in Höhe von zehn Prozent erhöhten Werte von § 12 Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung zurückzugreifen.“

In der Antwort an die FDP hat Bremen eine Nachzahlung an die Leistungsbezieher(innen) akzeptiert – verschlüsselt, aber eingeschränkt. In der Tagesordnung stehen weitere interessante Themen, allerdings ist der Beitrag „Zappenduster“ wenig erhellend. Also bis Donnerstag! Falls zu den Kosten der Unterkunft noch etwas unklar ist, einfach mit Nutzung unserer Suchmöglichkeiten nachlesen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Weiter so“, das wird nichts!



Bei der Hessen-Wahl konnte sich Merkel nicht rauswinden: Ministerpräsident Bouffier hatte sich im ganzen Wahlkampf als ihr treuer Vasall gezeigt. Deswegen sind die 11,3 Punkte Verlust für die CDU, die dort mit 27 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 50 Jahren erzielte, die Antwort der Wähler für die nach rechts gerückte Politik der Bundesregierung. Mit 19,8 Prozent erzielte die SPD ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Krieg und mit minus 10,9 Punkten fast gleich hohe Verluste wie die CDU. Zusammen sind das also 22,2 Punkte weniger für die Parteien der „Großen“ Koalition. 70 Prozent der Befragten in Hessen sprachen sich in einer Umfrage gegen die Bundesregierung aus.

Wenn Merkel jetzt ankündigt, auf dem CDU-Parteitag im Dezember nicht wieder als Parteivorsitzende anzutreten, aber bis 2021 Kanzlerin bleiben zu wollen, und Nahles erst mal so weitermachen will, um dann 2019 „Bilanz“ zu ziehen, kann man nur sagen: Daraus wird nichts! Das Volk hat schon Bilanz gezogen: Wir wollen diese Regierung nicht mehr! Diese Regierung hat kein Vertrauen mehr. Die Mehrheit der Bundesbürger ist durch sie nicht mehr vertreten. Sie muss abtreten, zu allererst Innen- und „Heimat“-Minister Seehofer!

Auch in Österreich und Italien wächst der Widerstand gegen die ultrarechten Regierungen. In Italien gab es am Freitag einen Generalstreik und am Samstag große Demonstrationen gegen die Regierung. Der Widerstand gegen gesetzlich flankierte Niedriglöhne, gegen die rücksichtslose Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen für den Profit, gegen den unmenschlichen Umgang mit Geflüchteten und Armen wächst nicht nur bei uns.

Märchenhafte Profite gibt es bei den reichsten Familien wie Quandt (BMW; mit 38 Milliarden Euro Vermögen die Reichsten), Schwarz (Lidl) und Albrecht (Aldi) oder auch bei der Bremer Familie Lürßen, die ungeniert weiter Kriegsschiffe nach Saudi-Arabien liefert und daran Milliarden verdient. Auch nach der brutalen Ermordung des Journalisten Khashoggi durch saudische Mörder, mutmaßlich im Auftrag des Kronprinzen, geht das weiter. So sieht die Bundesregierung keinen Anlass, die Polizeiausbildung – derzeit sind 70 deutsche Ausbilder in Saudi-Arabien – zu beenden.

Auch die faschistische türkische Regierung wird weiterhin unterstützt. Einträchtig zeigten sich Merkel und Macron letzte Woche mit Putin Seite an Seite mit Erdogan. Am Sonntag ließ er Dörfer bei Kobanê bombardieren, um den „Islamischen Staat“ zu unterstützen. Ein Zufall? Der Journalist Adil Yigit, der bei Erdogans Besuch in Berlin für Pressefreiheit demonstrierte, sollte nach 36 Jahren Aufenthalt in Deutschland abgeschoben werden, in den ziemlich sicheren Tod. Wohl unter dem Eindruck der Hessen- Wahl –und dass die Bevölkerung sensibler geworden ist für die reaktionäre Politik der Regierung – wurde diese Entscheidung wieder aufgehoben. Noch beim „G20“-Gipfel war ihm – völlig zu Unrecht – die Akkreditierung entzogen worden, wohl auf Hinweis des türkischen Geheimdienstes.

In Bremen wurde Pejman Mohseni, IT-Fachmann im städtischen Klinikkonzern „Gesundheit Nord“, am 16. Oktober 2018 fristlos entlassen. Er musste sofort seinen Schreibtisch räumen und sein Büro bei der GeNo verlassen. Sein Vergehen: Er hatte einen Brief geschrieben, in dem er die geplante brutale Lohnkürzung für zahlreiche Mitarbeiter kritisierte. Eine GeNo Küchenkraft verdient derzeit 2.200 bis 2.700 Euro brutto, also circa 13 bis 16 Euro pro Stunde. Nach Ausgliederung in eine Tochtergesellschaft sollen sie nur noch knapp 1.800 Euro bekommen. Das liegt mit 10,90 Euro pro Stunde nur noch knapp über dem Mindestlohn.

Er hatte geschrieben: „Es verletzt das soziale Gerechtigkeitsgefühl der breiten Öffentlichkeit, wenn Leitungskräfte, deren Monatseinkommen so hoch ist wie das Jahresgehalt von Mitarbeiter(inne)n der Speisenversorgung, diesen hart arbeitenden Menschen das kleine Gehalt noch weiter schmälern wollen“. Das sehe ich genauso! Auch wenn Daimler Bremen, nachdem Milliarden an Profiten eingefahren und verbrecherisch Abgaswerte von Dieselmotoren manipuliert worden sind, jetzt 250 Leiharbeiter entlässt und immer mehr Werkteile, zum Beispiel die Logistik in Halle 9, in Billigfirmen ausgliedert.

Die GeNo, ein stadteigener Betrieb mit Gesundheitssenatorin Quandt als oberster Chefin, macht es genauso: Millionen wurden beim Neubau Klinikum Mitte in den Sand gesetzt, ein neuer Chef wurde mit fürstlichem Millionengehalt ein-

gestellt, aber die Kollegen mit den niedrigsten Löhnen schickt man in den Billiglohnsektor – das ist SPD-Politik par excellence, das ist Hartz-Politik wie im Bilderbuch – und da wundert ihr euch bei der SPD, wenn euch immer weniger Leute wählen? Solidarität mit Pejman Mohseni! Sofortige Rücknahme der Kündigung von Mohseni und der Daimler-Leiharbeiter! Keine Ausgliederung von Beschäftigten der Krankenhäuser und von Daimler in Billiglohngesellschaften!

Wolfgang Lange (MLPD)

Endlich ein frisches Gesicht: Ein Privatvermögensverwalter ist bestimmt der Richtige, um das Volksvermögen neoliberal zu verteilen („*Die Zeit*“)

„Wir suchen die schon sehr lange“: Kann Maaßen den Kontakt zu diesen ominösen „linksradiakalen Kräften in der SPD“ mal herstellen? („*Spiegel-Online*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

687. Bremer Montagsdemo

am 05. 11. 2018

1288 Unterschriften „Stop Fracking“ an Umweltminister Lies übergeben



Am 24. Oktober 2018 sind wir mit einer Delegation nach Hannover gefahren. Im Gepäck hatten wir 1.288 Unterschriften, die wir Umweltminister Olaf Lies (SPD) persönlich übergeben wollten. Das war klar und deutlich mit ihm vereinbart, aber es kam anders. In einer Presse-Erklärung berichten wir zwei Tage später über den Vorgang.

„Die ‚Umweltgewerkschaft Bremen/Oldenburg‘ hat am 24. Oktober 2018 in Hannover 1.288 Unterschriften an das niedersächsische Umweltministerium übergeben.

Mit ihren Unterschriften haben die Bürgerinnen und Bürger den geplanten neuen Erdgasbohrungen von DEA im Wasserschutzgebiet Panzenberg bei Verden eine klare Absage erteilt. Die Gasförderung mit hochgiftigen Chemikalien ist eine tickende Zeitbombe. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen den direkten Zusammenhang zwischen Erdgasbohren und erhöhten Krebserkrankungen.

Bremen bezieht 13 Prozent seines Trinkwassers aus dem Wasserschutzgebiet Panzenberg. Mit ihren Unterschriften verlangen die Bremer(innen) ausdrücklich ein vollständiges Verbot von Fracking. Wir waren doch sehr erstaunt, dass Umweltminister Lies den Termin zur persönlichen Übergabe der Unterschriften einfach kurzfristig abgesagt hat. Wie mit ihm vereinbart, wäre dies in einer Sitzungspause des Landtags leicht möglich gewesen. „Das zeugt nicht gerade von großem Interesse an den „Bürgerstimmen“ und am Stopp von Fracking, erklärt die aus Bremen angereiste Delegation, „aber wir werden dranbleiben und prüfen, was aus dem Anliegen der Bürger(innen) wird.“

Inzwischen haben wir einen Brief an den Umweltminister geschrieben, in dem wir seine geringe Wertschätzung gegenüber dem Anliegen der Bremer Bürger(innen) kritisieren und ihm brennende Fragen zur Fracking-Politik der Landesregierung Niedersachsen stellen: „Wie wollen Sie sicherstellen, dass Pannen und Pfusch wie in Bothel, Böthersen, Söhlingen und Völkersen, verursacht durch Ignoranz und Profitmaximierung, sich nicht wiederholen? Halten Sie unabhängi-

ge ärztliche Gutachten bezüglich der gehäuften Krebserkrankungen in Fracking-Gebieten für unqualifiziert? Wie erklären Sie die häufigen Krebsfälle und Frühgeburten in Fracking-Gebieten? Warum und wie lange wollen Sie noch an der fossilen Energieversorgung festhalten?“



Es ist ein Skandal, dass Wirtschaftsminister Althusmann (CDU) die Erdgaskonzerne aufgefordert hat, Probebohrungen in Schiefergestein und Ton zu beantragen. „Für die wissenschaftlich begleiteten Erprobungsmaßnahmen können sich nach dem Willen Althusmanns nun auch Unternehmen in Niedersachsen bewerben und eine Erlaubnis erhalten“, so der „NDR“ vom 16. Mai 2018.

Hintergrund ist, dass die Erdgasreserven in den letzten zehn Jahren um 70 Prozent gesunken sind, und zwar von 218 auf 63 Milliarden Kubikmeter. Davon liegen übrigens 31,6 Milliarden, also 50 Prozent, im Bereich Weser-Ems. Im Interesse der Natur und unserer Gesundheit kann es nicht darum gehen, auch noch in weiteren Gesteinsarten zu fracken, sondern nur darum, das Fracking vollständig einzustellen. Schluss mit der extrem klimaschädlichen fossilen Verbrennung, schneller Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **19. November 2018** um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**, die übernächste am

3. Dezember und die letzte in diesem Jahr am **17. Dezember**. Daran findet im Anschluss ab **19 Uhr** eine **Weihnachtsfeier** statt im „Freizeitheim **Buntentor**“, **Geschwornenweg 11a**, zu der wir herzlich einladen. Für Glühwein ist gesorgt, aber es werden noch Freunde gebraucht, die Plätzchen, Kuchen, Salate und eventuell Würstchen mitbringen, außerdem kulturelle Beiträge! – An den **Montagen ohne Offenes Mikrofon** treffen sich trotzdem Mitstreiter(innen) der Montagsdemo zum Klönen und Beraten zur gewohnten Zeit am Hanseatenhof. Die nächste **Montagsdemo** auf dem **Marktplatz** ist also erst im neuen Jahr, am **7. Januar 2019**.

Das nächste **Treffen** von „**Aufstehen Bremen**“, eine literarische Lesung, findet am **12. November 2018** um **19:30 Uhr** in der „**Villa Ichon**“, Goetheplatz 4, statt. – Eine **Vollversammlung** ist für den **21. November 2018** ab **19 Uhr** im „**Bürgerzentrum Neue Vahr**“, Berliner Freiheit 10, geplant.

Dämpfer für Trump: Mehrheit im Abgeordnetenhaus fällt bei den US-Zwischenwahlen an die Demokratische Partei („*Rote Fahne News*“)

Beides nicht geht nicht: Es muss entweder einer harte Grenze durch Irland geben oder eine Zollunion Großbritanniens mit der EU („*Die Welt*“)

Bundesverfassungsgericht will Mitte Januar über Hartz-IV-Sanktionen verhandeln: „Aber möglicherweise warten sie noch ab, ob sich die Große Koalition bis dahin auflöst“ („*Russia Today*“)

„Wir sind vielleicht selbst bald alle arbeitslos“: Darum will die SPD Hartz IV jetzt doch abschaffen („*Der Postillon*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

688. Bremer Montagsdemo am 19. 11. 2018

Ein Erfolg vor allem der Montagsdemobewegung



Schon über 14 Jahre dauert der Kampf gegen die Hartz-Gesetze. Die Montagsdemo hat ihn nie aufgegeben und ist immer laut geblieben. Keine Gesetze sind so verhasst wie die Armutsgesetze namens Hartz I bis IV. Jetzt kommt langsam Bewegung in die Sache, denn das Bundesverfassungsgericht hat für Mitte Januar einen Verhandlungstermin anberaumt über die Frage, ob die Hartz-IV-Sanktionen nicht doch verfassungswidrig sind.

Wer von seinen 416 Euro Hartz IV die Hälfte oder mehr gestrichen bekommt, wegen Meldefehlern oder dergleichen, weil er einfach die demütigende Behandlung nicht mehr erträgt oder oftmals auch ganz ohne jeglichen plausiblen Grund, dem bleibt nur noch Betteln, Klauen oder der Hunger – und das in einem Land, wo die Milliardäre immer reicher werden. Wenn das Verfassungsgericht der Vorlage des Sozialgerichts Gera folgt, ist Hartz IV faktisch erledigt.

Auch Grüne und SPD sind plötzlich gegen Hartz IV, also ausgerechnet jene Parteien, unter deren Führung zur Regierungszeit Schröder/Fischer die „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen beschlossen wurden. Derzeit verspüren die Grünen Aufwind: Sie liegen in Umfragen schon bei 23 Prozent, wollen auch die „soziale Frage“ mit abdecken und der SPD weitere Wähler abjagen. Die SPD, jetzt auf 14 Prozent abgestürzt, will ihrem freien Fall entgegenwirken.

Bloß aufgepasst: Beide Parteien haben nicht etwa die Liebe zu den einfachen Leuten, Arbeitern, Arbeitslosen und von den Armutsgesetzen betroffenen Kindern, Frauen und Jugendlichen entdeckt – sie kämpfen nur für sich und lassen allerlei Schlupflöcher übrig, etwa dass es „im Allgemeinen keine Sanktionen“ geben solle. Trotzdem ist das ein Erfolg des jahrelangen Kampfes gegen die Hartz-Gesetze, ein Erfolg vor allem der Montagsdemobewegung!

Die CDU geht einen anderen Weg: Mit der „Kandidatenkür“ für das Amt des nächsten Parteivorsitzenden will sie die weitere Rechtsentwicklung festigen. Am extremsten wird das bei Friedrich Merz deutlich: „Wer mehr als ein Flugzeug besitzt, gehört nicht mehr zu Mittelschicht“, witzelte Oliver Welke bezeichnenderwei-

se in der „Heute-Show“. Tatsächlich besitzt Merz zwei Flugzeuge, hat nach eigenen Angaben ein Jahreseinkommen von circa einer Million Euro und ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Black Rock Deutschland“, der weltgrößten „Heuschrecke“. Vor ein paar Jahren erklärte diese „fette Made“, 134 Euro im Monat würden ausreichen für einen Hartz-IV-Empfänger. Er war auch Erstunterzeichner gegen den „Atomausstieg“.

Gegen die Rechtsentwicklung, gegen Faschismus und unmenschliche Flüchtlingspolitik sind am Mittwoch 5.000 Menschen in Bremen auf die Straße gegangen. Einen Tag später marschierten ein paar Hundert Revolutionäre im Gedenken an die Revolution vor 100 Jahren, als am Bremer Rathaus die Rote Fahne gehisst wurde, und zwar ausdrücklich nicht nur als Marsch zur Erinnerung, sondern für heute, wo der Kapitalismus mit seiner gnadenlosen Vernichtung von Mensch und Natur so unerträglich geworden ist.

20.000 Protestierende gab es am Samstag in Rom gegen die faschistische Flüchtlingspolitik der Regierung. In Bielefeld stellten sich 6.000 Menschen einem Naziaufmarsch entgegen. Hunderttausende waren am Freitag beim Generalstreik in Frankreich auf der Straße, gegen Steuererhöhungen und überhaupt gegen die massenfeindliche Politik Macrons, der bei Schröders „Agenda“ abgeguckt hat, wie er die Massen schröpfen kann.

Immer mehr zeigt sich: Die Zeit der Ruhe ist vorbei, und es ist an der Zeit aufzustehen und sich zu wehren. Das gilt natürlich auch im Kampf gegen die bei VW geplanten Massenentlassungen in Emden und Hannover sowie im Kampf gegen die Rodung des Hambacher Waldes und der Bremer Platanen. Gemeinsam sind wir stark!

Weil die Forderung „Weg mit Hartz IV“ auf unseren Plakaten von immer mehr Leuten, vor allem den jungen Leuten, die bei Einführung der Hart-Gesetze noch im Kindergarten waren, falsch verstanden wird, weil sie denken: „Wollen die uns jetzt noch die 416 Euro wegnehmen?“, sollten diese Plakate in Zukunft nicht mehr aufgehängt werden. Stattdessen sollte es heißen: „Weg mit den Hartz-ArmutsGesetzen!“, und es sollte zusätzlich Plakate mit positiven Forderungen geben.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **3. Dezember** um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**, die letzte in diesem Jahr am **17. Dezember**. Daran findet im Anschluss ab **19 Uhr** eine **Weihnachtsfeier** statt im „**Freizeitheim Buntentor**“, **Geschwornenweg 11a**, zu der wir herzlich einladen. Für Glühwein ist gesorgt, aber es werden noch Freunde gebraucht, die Plätzchen, Kuchen, Salate und eventuell Würstchen mitbringen, außerdem kulturelle Beiträge! – An den **Montagen ohne Offenes Mikrofon** treffen sich trotzdem Mitstreiter(innen) der Montagsdemo zum Klönen und Be-

raten zur gewohnten Zeit am Hanseatenhof. Die nächste **Montagsdemo** auf dem **Marktplatz** ist also erst im neuen Jahr, am **7. Januar 2019**.

Ein Erfolg der Montagsdemos? Wohl kaum...

Ich kann mich Wolfgang's Meinung nicht anschließen, dass die vermeintliche Einsicht von Rot-Grün, mit Hartz IV gescheitert zu sein, ein Erfolg der Montagsdemos wäre. Die Montagsdemos haben vielleicht in den ersten zwei bis drei Jahren noch etwas bewegt, dann ebten sie völlig ab. Die Montagsdemos werden doch kaum noch wahrgenommen.

Nein, dafür sind bei der SPD die erodierenden Wahl- und besonders die Umfrageergebnisse verantwortlich. Die SPD wird im Osten bei den nächsten drei Landtagswahlen vielleicht kaum noch die zehn Prozent erreichen. Dies ist auch Folge davon, dass viele frustrierte ehemalige SPD-Wähler jetzt die AfD wählen. Was etwas absurd ist, denn die meisten sozialpolitischen Forderungen der AfD erinnern eher an CSU/FDP – allerdings nicht alle, zum Beispiel ein längerer ALG-I-Bezug.

Die Grünen sehen trotz guter Wahlergebnisse und Umfragen, dass sie die CDU nicht überholen können. Sie wollen Grün-Schwarz und nicht Schwarz-Grün. So versucht man jetzt, die Verlierer der Hartz-IV-*Deform* zu locken. Was ist denn faktisch bisher passiert?

Die Sanktionen werden dieses Jahr wohl wieder ein Rekordhoch erreichen, weiterhin verschwinden in den Jobcentern Unterlagen, unseriöse Amtsärzte schreiben Kranke gesund. Bisher scheint dies nur ein Ablenkungsmanöver zu sein. Zumindest ist das Thema wieder mehr in den Medien und auch etwas kritischer. Aber die Montagsdemos werden auch dort gar nicht mehr erwähnt.

Zuschrift von Christian König

„Ende der Wohlstandsillusion“: Auch ein ehrlicher Obdachloser würde einen anständigen Finderlohn wahrscheinlich nur versaufen („*Die Welt*“)

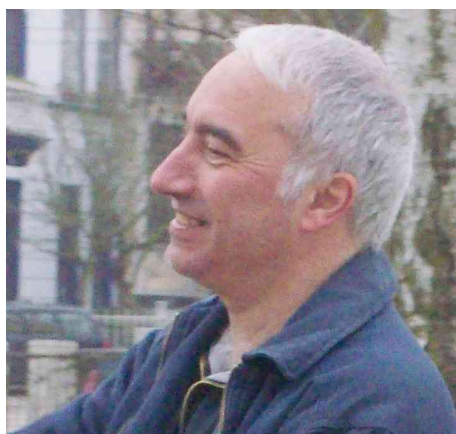
Abgehoben: Grünen-Ministerpräsident Kretschmann fliegt mit dem Hubschrauber zur Wanderung ins Naturschutzgebiet („*Focus*“)

Sozialer Protest mit gelben Westen: Neue französische Sammlungsbewegung braucht keine „Handreichung von oben“ („*Die Zeit*“)

Für ein progressives Bündnis zur Sozialstaatsreform: „Wenn man diese Veränderung will, muss man sich gegen Hetzkampagnen immunisieren“
(„Tageszeitung“)

Verfassungsrichter urteilen in eigener Sache: „Beamte sind nicht dazu verpflichtet, stärker als andere zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte beizutragen“ – und Arbeitslose? („Die Zeit“)

Autoindustrie geschützt, Klimaziele verfehlt



Liebe Umweltfreundinnen und Umweltfreunde, wir möchten am **8. Dezember 2018**, dem internationalen **Klimatag**, in **Bremen** gemeinsam ein Zeichen setzen für die Rettung unseres Planeten vor dem drohenden Kollaps.

Die 24. Weltklimakonferenz findet vom 3. bis 14. Dezember in Katowice/Polen statt. Wie bei den 23 vorherigen Konferenzen sind auch dieses Mal keine verbindlichen und radikalen Sofortmaßnahmen zu erwarten. Diese sind aber dringend notwendig angesichts der dramatischen Entwicklung. Die Hitzewelle 2018 in Europa ist nur ein „kleiner Vorgeschmack“: Die neueste Studie des „Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung“ warnt vor einer „Heißzeit“ mit bis zu fünf Grad höheren Temperaturen in den nächsten Jahrzehnten.

Die Bundesregierung erklärt lapidar, dass Deutschland seine „Klimaziele verfehlt“. Diese Bankrotterklärung der Regierung geht einher mit einem Festhalten an der Verbrennung fossiler Energieträger, mit einem Ausbremsen der Energiewende und mit einer schützenden Hand über der Automobilindustrie. Der große Widerstand zur Rettung des Hambacher Waldes hat zu einem wichtigen Teilerfolg geführt. Dies ermutigt uns, die Rettung unserer „Mutter Erde“ weiterhin konsequent selbst in die Hand zu nehmen.

Am **8. Dezember 2018** werden überall auf der Welt **Demonstrationen**, **Kundgebungen** und **Aktionen** stattfinden. Wir möchten dazu beitragen, dass es auch in **Bremen** zu einem deutlich sichtbaren Protest kommt. Deshalb schlagen wir vor, auf antifaschistischer Grundlage gemeinsam und gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Jede Person, Gruppe, Organisation oder Partei kann sich beteiligen und die Aktion befruchten. Die gemeinsame Klammer ist das Eintreten für drastische Sofortmaßnahmen für den **Klimaschutz**.

Deshalb schlagen wir vor, dass sich alle interessierten Organisationen, Parteien und Personen aus Bremen und „umzu“ zur Vorbereitung möglicher Aktivitäten treffen. Vorschlag: **Donnerstag, 29. November 2018**, um **20 Uhr** im Café des „Bürgerhauses **Weserterrassen**“. Wer Interesse hat, aber an diesem ersten Treffen nicht teilnehmen kann, jedoch am 8. Dezember dabei sein möchte, melde sich bitte bis zum 28. November, damit wir einen Überblick haben, per Mail an [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloudmail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de).

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Weltweit gegen Unterdrückung und Gewalt an Frauen und Mädchen!

Lasst uns am **24. November 2018** gemeinsam auch in Bremen ein Zeichen setzen, mit einer **Kundgebung ab 13 Uhr** in der **Sögestraße** (bei den „Schweinen“), mit Kultur und Beiträgen am Offenen Mikrofon!

Auf der ganzen Welt erleben wir Gewalt gegen Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Dabei gibt es besonders brutale Formen wie Massenvergewaltigungen in Kriegen, Steinigungen und Frauenmorde, Genitalverstümmelung und Frauenhandel als einer der größten Profitquellen auf der Welt. Zugleich suchen 40.000 Frauen in Deutschland jedes Jahr Zuflucht vor häuslicher Gewalt in Frauenhäusern. Jede dritte Frau erleidet im Laufe ihres Lebens Prügel, sexuelle Nötigung, Mobbing oder andere Demütigungen. Der alltägliche Sexismus macht die Sexualität zur Ware.

Gewalt gegen Frauen hat gesellschaftliche Wurzeln durch Ausbeutung und Unterdrückung, durch patriarchale Verhältnisse, den Zwang zur Flucht oder politische Verfolgung bis hin zur Inhaftierung und Ermordung von Widerstandskämpferinnen. Mit der Rechtsentwicklung der Regierungen wird ein rückschrittliches Frauenbild gefördert und die Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen und Sexismus ausgebaut.

Immer mehr Mädchen und Frauen wehren sich gegen Rassismus und Sexismus und leisten Widerstand für die Beseitigung von Gewalt an Frauen weltweit. In Bremen setzten sie ein erstes starkes Zeichen gegen rechte Rattenfänger(innen).

Unübersehbar formiert sich eine starke Bewegung gegen die Rechtsentwicklung der Regierung. An Protestaktionen haben sich dieses Jahr bereits über eine Million Menschen beteiligt. Frauenwiderstand ist eine starke Kraft, um gemeinsam die Rechtsentwicklung zu stoppen! Schluss mit Gewalt an Frauen und Mädchen! Die Kraft zur Veränderung liegt in unserer Hand! Wir sagen Nein zu Rassismus und Sexismus! Wir sagen Ja zu internationaler Freundschaft und Solidarität!



Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen gibt es auch eine Veranstaltung der „Stadtfrauenkonferenz“ am 25. November 2018 um 11 Uhr beim Verein „Birati“, Friedrich-Ebert-Straße 20, unter dem Motto „Weltweiter Widerstand gegen Gewalt an Frauen und Mädchen – Zukunftsvisionen für die Befreiung der Frau“.

Es gibt einen Vortrag mit Diskussion, szenische Bilder und internationales Buffet. Lebendige Berichte aus verschiedenen Ländern zeigen, dass Gewalt an Frauen viele Gesichter hat. Die Rechtsentwicklung vieler Regierungen auf der Welt nährt Rassismus, Faschismus und Gewalt an Frauen. Wir werden ihnen die Welt nicht überlassen! Wir leisten Widerstand und nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand. Wir weben eine weltweite Einheit von Kämpfen, Solidarität und Zukunftsperspektiven der Frauenbefreiung.

Das nächste Bündnistreffen zur Vorbereitung der Demonstration am Frauentag, dem 8. März 2019, ist am 10. Dezember 2018 um 16 Uhr bei „Birati“, Friedrich-Ebert-Straße 20.

„Bremer Stadtfrauenkonferenz“

„Aufstehen“ plant eine **Vollversammlung** für den **21. November 2018** ab **19 Uhr** im „Bürgerzentrum Neue Vahr“, Berliner Freiheit 10.

Totaler Kommunikationsausfall: Kanzlerin landet hart auf dem Boden der Realität („Spiegel-Online“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

689. Bremer Montagsdemo

am 03. 12. 2018

Aufruf zur Sicherung der Ansprüche von Menschen mit Leistungsbezug



Wenn die Miete nicht zu 100 Prozent vom Jobcenter oder Sozialamt erstattet wird, bitte vor Jahresende einen Antrag auf Überprüfung stellen! Sinngemäß braucht nur Folgendes drinzustehen: „Ich bitte um Überprüfung der **Kosten der Unterkunft** und Nachzahlung des Fehlbetrags oder der Differenz ab Datum der ersten Unterzahlung. Die Begründung reiche ich nach.“ Diesen Antrag mit Daten und

Unterschrift nachweislich beim Jobcenter oder Sozialamt einreichen!

Die Begründung hat Zeit. Es kommt darauf an, dass der Antrag noch dieses Jahr bei der Behörde eingeht. Bitte den tatsächlichen Zeitraum der Minderzahlung angeben und nicht wegen möglicher Verjährung einschränken. Ob die Ansprüche vor dem 1. Januar 2017 untergegangen sind, wird eventuell erst mithilfe des Gerichts zu klären sein, weil Bremen Fehler bei der Festlegung der Mietrichtwerte beziehungsweise Mietobergrenzen gemacht hat.

Falls die Wohnung gewechselt wurde, für jede Wohnung einen Extra- Antrag stellen, ruhig mit gleichem Text, aber abweichendem Datum, damit die Antwort des Jobcenters oder Sozialamts zugeordnet werden kann. Falls die Nebenkostenabrechnungen nicht voll erstattet wurden, ist dies eine Differenz der Kosten der Unterkunft und durch den Antrag abgedeckt. Auch wer nicht im laufenden Leistungsbezug ist oder war, kann diese Differenz überprüfen lassen. Natürlich geht dies alles ebenso für Neuanträge. Wer zum Beispiel die Nebenkostenabrechnung bisher nicht beantragt hat, kann dies jetzt noch nachholen.

Zu den Einzelheiten für eine Begründung sage ich Anfang nächsten Jahres etwas. Einige Fakten sind noch unklar, auch das Verhalten Bremens zu den Minderzahlungen. Wer nicht bis zum 31. Dezember 2018 einen Anspruch geltend macht, verliert ihn jedoch mit Sicherheit. Bremen hat nur im Jahr 2011, rückwirkend ab 1. Januar 2005, freiwillig Kosten der Unterkunft nachgezahlt.

Für jeden Menschen ist es wichtig, den Anspruch zu sichern. Wenn Bremen freiwillig nachzahlt, hat der Antrag auf Überprüfung gewirkt. Wenn Bremen nur

teilweise nachzahlt, bleibt der Restanspruch strittig. Den Wunsch nach Rücknahme des Antrags nur erfüllen, wenn das Geld auf dem Konto klingelt!

Zusätzlich kann Schadenersatz eingefordert werden, selbst wenn Bremen freiwillig nachzahlt. Bitte die Seite zur 642. Bremer Montagsdemonstration und die Hinweise sowie Fundstellen für die Anspruchssicherung der vorherigen Jahreswechsel lesen, prüfen und bei Bedarf umsetzen! Bitte auch prüfen, ob alle entsprechenden Zeiten durch das laufende Widerspruchsverfahren oder sie Klage abgedeckt sind. Fehlende Zeiten jetzt beantragen. Dazu ist ein neuer Antrag beziehungsweise neuer Überprüfungsantrag nötig.

Für alles ist eine Korrektur oder Nachforderung bis zurück zum 1. Januar 2017 möglich. Bei den Kosten der Unterkunft ist aufgrund besonderer Fakten wahrscheinlich ein längerer Zeitraum zu erreichen, daher den Antrag für den tatsächlichen Zeitraum stellen. Erweitern wird den Antrag niemand. Wenn der Anspruch sich als unbegründet herausstellt, wird er gekürzt. Dies erfolgt kostenlos. Insgesamt ist der Überprüfungsantrag einschließlich der eventuellen Hilfe vom Gericht kostenlos.

Alles eigentlich ganz einfach. Der Leistungsträger, Jobcenter oder Sozialamt. wird reagieren. Falls ihm die Begründung zu lange braucht, kann er diese mit angemessener Fristsetzung anfordern. Wichtig ist, die in der Antwort genannten Fristen einzuhalten. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Bremen hat viele Beratungsstellen und auch fachkundige Anwälte.

Vor dem Gespräch mit einem Anwalt bedenken: Bereits bei der Terminvereinbarung muss die Zusage erfolgen, dass der Anwalt auf Basis der Prozesskostenhilfe tätig wird, ohne Zusatzkosten. Aussagen wie „Das können Sie beim Termin klären“, können teuer werden. Ein Anwalt muss seine Honorarkosten nicht vereinbaren. Er muss nicht einmal auf das Entstehen dieser Kosten hinweisen. Der Anspruch entsteht durch die Tätigkeit. Per Gesetz ist der Vergütungsanspruch des Anwalts gesichert.

Bremen und die Kosten der Unterkunft, das ist eine lange Geschichte. Die Differenz zwischen den *tatsächlichen* und den *anerkannten* Kosten der Unterkunft ist für den Rechtskreis des Arbeitslosengeldes II in der Statistik zu sehen, nachzulesen auf der Seite zur 672. Bremer Montagsdemonstration. Die dort beschriebenen Auswertungen sind inzwischen auch für weitere Monate abrufbar. Es geht um viel Geld, das den Leistungsberechtigten vorenthalten wird! Die Folgen sind vielfältig, allesamt negativ, und teilweise mit langfristigen Beeinträchtigungen verbunden.

Außerdem fehlt das Geld in der Ladenkasse des ortsansässigen Einzelhandels. Bundesweit erhalten die Leistungsberechtigten die tatsächlich gezahlten Mieten nur teilweise erstattet. Im Jahr 2017 wurden die Erwerbslosen mit rund 600 Millionen Euro Kürzung durch einen Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft belastet, siehe 675. Montagsdemonstration für Bremen:

„Die Antwort der Bundesregierung hat für Bremen-Land eine Unterdeckung von 2,2 Prozent im Jahr 2017 ermittelt (Seite 6). Als absolute Zahl sind das bruta-

le 5.908.000 Euro. Leiden mussten 6.516 Menschen mit ihren Angehörigen. Das waren 12,3 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in Bremen-Land. Im Jahr 2011 betrug die Unterdeckung in Bremen-Land 3,4 Prozent, das sind brutale 8.089.000 Euro. Leiden mussten 17.557 Menschen mit ihren Angehörigen, somit 34,5 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in Bremen-Land.“

Das Sozialgericht Bremen hatte über die hiesigen Mietobergrenzen zu entscheiden. Festgestellt wurde, dass ab 2011 bis März 2017 die Mietrichtwerte oder Mietobergrenzen nicht richtig ermittelt wurden. Die Folgen sind aus den vorgenannten Statistiken ersichtlich, allerdings nur in Euro. Das Gericht hat mehr als einen Fehler gefunden, nachzulesen in den Ausführungen unter Aktenzeichen S28 AS 1213/16, siehe 686. Bremer Montagsdemonstration.

Die nachträglich zum 1. März 2017 erhöhten Mietrichtwerte treffen aber nicht die Wirklichkeit. Für die endgültige Entscheidung ist wieder die Hilfe des Sozialgerichts gefragt. Dies dauert naturgemäß. Auch die Entscheidung des Sozialgerichts Bremen zugunsten der Leistungsberechtigten sichert leider nicht die lückenlose Nachzahlung.

Bremen beruft sich bisher auf die Regelung zur Begrenzung der Nachzahlung. Muss darüber wieder das Gericht entscheiden, oder zahlt Bremen freiwillig und in der richtigen Höhe? Nur abwarten geht nicht! Erst einfach den Überprüfungsantrag stellen und dann abwarten. Je mehr Menschen klarmachen: „Wir wehren uns!“, desto entgegenkommender ist die Freiwilligkeit.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Inwieweit Hartz IV mit seinen Sanktionen noch eine Zukunft hat, darüber verhandelt Mitte Januar das Bundesverfassungsgericht. Die Parteien sprechen wieder über die Frage der Existenzsicherung. Der lange Widerstand, zum dem wir einen Beitrag geleistet haben, trägt Früchte. Das ist auch ein Grund, zusammen zu feiern! Nach der letzten **Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon in diesem Jahr, die am **17. Dezember** um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** beginnt, findet im Anschluss ab **19 Uhr** eine **Weihnachtsfeier** statt im „**Freizeitheim Buntentor**“, **Geschwornenweg 11a**, zu der wir herzlich einladen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Ich habe Verständnis für die tiefe Wut im Land“: Macron verspricht nach Protesten staatliche Mindestlohn-Aufstockung von 100 Euro im Monat („*Spiegel-Online*“)

Die Einheit von Mensch und Natur kann nur *gegen* die Profitwirtschaft wieder hergestellt werden



1. Diesen Montag hat die Weltklimakonferenz in Kattowitz begonnen. Immer mehr Menschen fordern verbindliche Sofortmaßnahmen, nicht bloß unverbindliche Absichtserklärungen wie bei der Pariser Klimakonferenz vor drei Jahren. 36.000 Demonstranten gingen dafür am Samstag in Berlin und Köln auf die Straße. Auch das Pariser Abkommen war Trump bekanntlich schon zu viel, weshalb er es aufkündigte. Für ihn haben auch die verheerenden Feuer

in Kalifornien und jetzt die sintflutartigen Regenfälle nichts mit Klimaerwärmung zu tun, sondern mit „schlechter Forstwirtschaft“. Auf seinen Wunsch wird das Abkommen in der Abschlusserklärung des „G20“-Treffens in Buenos Aires als „arbeitsplatzvernichtend“ bezeichnet.

Monopole gehen über Leichen, wenn es um ihren Profit geht. Die globale Umweltkatastrophe ist nur noch zu stoppen, wenn der Kampf gegen die Umweltvernichter als systemverändernder Kampf geführt wird. Deshalb reicht es absolut nicht aus, nun eben die Grünen zu wählen. Wo die mit an der Macht sind, vertreten sie genauso die Konzerninteressen wie CDU oder SPD. Der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat sich jetzt mit dem Hubschrauber zum Wandern fliegen lassen und für die Flugstrecke von 167 Kilometern 4.000 Euro und 260 Liter Kerosin verbraucht.

Kretschmann sollte sich ein Beispiel an dem neuen linken Präsidenten Mexikos, Lopez Obrador, nehmen: Der ließ gleich zum Amtsantritt den Regierungsjet im Wert von 218 Millionen Dollar verkaufen, mit dem sein Amtsvorgänger vor ein paar Tagen noch zum Gipfel nach Argentinien gereist war. Obrador will in Zukunft nur noch Linie fliegen. Das sollte Frau Merkel auch lieber so machen, nach ihrem Pannenflug mit dem „Konrad Adenauer“, dem Regierungsflieger.

Auch die SPD versucht weiter, Arbeitsplätze gegen Umweltschutz auszuspielen. Das hat bei ihr eine lange Tradition und wurde schon von Karl Marx grundsätzlich am damals ansonsten noch revolutionären SPD-Programm kritisiert: Die Einheit von Mensch und Natur kann nur *gegen* die Profitwirtschaft wieder hergestellt werden – nicht *mit* ihr! Das wird umso wichtiger, als die Monopole Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten wollen. In der Autoindustrie wird jeder zweite Arbeitsplatz durch Umstellung auf Elektromobilität bedroht. Volkswagen will mindestens 30.000 Stellen vernichten, General Motors 14.000 und dafür

acht Werke schließen. Auch die Chemieindustrie ist betroffen: Bei Bayer sollen 12.000 Stellen verloren gehen, vor allem in Leverkusen und Wuppertal.

Der Kampf um jeden Arbeitsplatz muss mit aller Härte geführt und dabei die Verbindung von Umwelt-, Arbeiter- und Volksbewegung geschaffen werden! Interessant ist in dem Zusammenhang der Kampf der „Gelbwesten“ in Frankreich. Sie fordern höhere Mindestlöhne und höhere Renten, die Rücknahme der Streichung der Vermögensteuer und den Rücktritt der Macron-Regierung, die jetzt ein erstes Zugeständnis machen musste, nämlich die Steuererhöhung auf Diesel, Strom und Gas wenigstens vorerst zurückzunehmen.

Der Massenprotest ruft auch ultrarechte, faschistische Kräfte auf den Plan, die sich dranhängen wollen. Das kennen wir ja schon bei der Montagsdemo, dass „Pegida“-Leute sie für sich nutzen wollten. Wirklicher Protest ist aber immer links! Die große Schwäche der Kämpfe in Frankreich ist, dass sie noch zu wenig klar organisiert sind, was auch rechten Kräften die Tür offenlässt.

Dieser Tage wurde der Novemberrevolution vor 100 Jahren gedacht. Ihre entscheidende Lehre ist, dass die Gründung der KPD am 30. Dezember 1918 zu spät erfolgte. Die Revolution konnte so, vor allem mithilfe der SPD, niedergeschlagen werden. Zur **Jahresabschlussfeier** der **MLPD** unter dem Motto „100 Jahre Novemberrevolution – 50 Jahre Parteaufbau“ am **30. Dezember 2018**, also dem Jahrestag der Parteigründung der KPD, im „**Freizeitheim Buntentor**“, Geschworenweg 11a, ab **17 Uhr** mit Vortrag, Liedern, Bildern, Buffet und Tanz lade ich euch ganz herzlich ein!

2. Zum Beitrag von Christian König: Wenn Christian der Meinung ist, die Montagsdemos hätten keinen Beitrag dazu geleistet, dass die Hartz- Gesetze nach wie vor die unbeliebtesten Gesetze in Deutschland sind, mit denen sich die Betroffenen nie abgefunden haben, und sie deshalb von SPD und Grünen heute zumindest teilweise in Frage gestellt werden, und dass Mitte Januar voraussichtlich das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungswidrigkeit von Sanktionen verhandelt, so ist das *seine* Sache. Es stimmt zwar nicht, aber das ist eben seine Meinung.

Aber dass er behauptet, die AfD wolle die **Bezugsdauer** von ALG I verlängern, ist einfach falsch. Ob bewusst gelogen oder falsch informiert, sei mal dahingestellt. Das Gegenteil ist nämlich der Fall: Die AfD will das Arbeitslosengeld I abschaffen! Vor allem soll der Arbeitgeberanteil entfallen.

Im Parteiprogramm der AfD heißt es dazu: „Wir wollen das Arbeitslosengeld I privatisieren. Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Aufbaus von Ersparnissen.“

Die AfD ist eben keine Protestpartei und schon gar keine Partei der „kleinen Leute“. Sie ist eine Partei, die nicht nur Faschisten in ihren Reihen hat, son-

dern auch am Aufbau einer faschistischen Partei arbeitet. Dazu gehört die soziale Demagogie. In Wirklichkeit ist sie eine Partei des Großkapitals, geschaffen für Zeiten, in denen deren Herrschaft in Gefahr gerät.

Wolfgang Lange (MLPD)

Da ihr sicher keine direkten Links zum AfD-Programm freischaltet, hier eine Gegenüberstellung der Forderungen zum Thema Arbeitsmarkt, inklusive jener der AfD, von neutraler Seite, der „Schweriner Volkszeitung“. Dort findet sich die Aussage, die AfD wolle „die Zahldauer beim ALG I verlängern“. Das Programm der AfD von 2015 stammt noch aus der Lucke-Zeit und ist stark neoliberal geprägt.

Vieles ist längst korrigiert, durch Ergänzungen oder Änderungen, die auf dem letzten Parteitag beschlossen worden sind, zu vieles aber noch nicht. Vermutlich wird dies auch nie der Fall sein. Ein Sonderparteitag zum Thema Arbeitsmarkt/Sozialpolitik/Renten ist aber erst im nächsten Jahr geplant. Ich habe auch keine besonders große Sympathie für die AfD, wähle sie aber aus taktischen Gründen, weil ansonsten meine Stimme wieder an der Fünf-Prozent-Sperrklausel zerschellt.

Mir missfällt an der AfD vieles, zum Beispiel dass sie die Problematik der vielen „verschwundenen“ Unterlagen in den Jobcentern ignoriert – übrigens ein bundesweites Phänomen, wie mir selbst ein Anrufer, der im Auftrag der Jobcenter eine telefonische Umfrage unter den „Kunden“ durchführte, bestätigte. Auch das Festhalten an Sanktionen und die Nichtbeschränkung von Leih-, Werks- und Zeitarbeit gefällt mir nicht. Diese Beschränkung gab es ja mal. Damals regierte kein „Linkssozialist“, sondern Helmut Kohl.

Die Montagsdemos haben sicher 2005 und noch 2006 einiges bewegt, aber die Beteiligung ist nur noch minimal. Der Außeneffekt der Demos geht leider gegen Null. Von einem Dutzend Demonstranten pro Stadt lässt sich keine Partei beeindrucken. Wenn sie allerdings von 20 auf 15 Prozent abrutscht und in Ostdeutschland einseitig zu werden droht, dann schon.

Zuschrift von Christian König

Wie kommt die „Schweriner Volkszeitung“ darauf, die AfD wolle „die Zahldauer beim ALG I verlängern“? Mit dem Parteiprogramm lässt sich das nicht belegen. Eine Internetsuche zum Thema liefert eher völlig gegenteilige Aussagen. Aus der Schublade fischen lässt sich immerhin folgende Stellungnahme des arbeitsmarktpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Professor Dr. Ralph Weber, vom 23. Februar 2017:

„Eine echte Reform des Arbeitslosengeldes I muss zwingend die Lebensarbeitsleistung der Bürger berücksichtigen. Sozial gerecht ist allein, wenn Arbeit-

nehmer für eine langjährige sozialversicherungspflichtige Tätigkeit entsprechend länger ALG I erhalten. Dies wäre ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die hier lange gearbeitet und Steuern gezahlt haben.“

Daran schließt sich nahtlos Fremdenfeindliches an, und es klingt insgesamt deutlich einschränkend. Dass die AfD die Zahldauer beim Arbeitslosengeld I verlängern wolle, ist weder belastbar belegt noch als Forderung von der Partei offensiv vertreten worden. Hier wird der AfD ein „soziales Mäntelchen“ umgehängt und behauptet, sie tue etwas für die Armen und Arbeitslosen. Es ist ein Versuch, die AfD weißzuwaschen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

So treibt man der AfD Wähler zu: Vater soll nicht mehr mit Tochter am Babyschwimmen teilnehmen, weil sich muslimische Mütter gestört fühlen („*Focus*“)

Die letzte **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **17. Dezember** um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Daran findet im Anschluss ab **19 Uhr** eine **Weihnachtsfeier** statt im „**Freizeitheim Buntentor**“, **Geschwornenweg 11a**, zu der wir herzlich einladen. Für Glühwein ist gesorgt, aber es werden noch Freunde gebraucht, die Plätzchen, Kuchen, Salate und eventuell Würstchen mitbringen, außerdem kulturelle Beiträge und helfende Hände, die alles schön richten! – An den **Montagen ohne Offenes Mikrofon** treffen sich trotzdem Mitstreiter(innen) der Montagsdemo zum Klönen und Beraten zur gewohnten Zeit am Hanseatenhof. Die nächste **Montagsdemo** auf dem **Marktplatz** ist also erst im neuen Jahr, am **7. Januar 2019**.

It's an *Event*, Stupid: Demonstrationsaufrufe strudelt der „Facebook“-Algorithmus eher weniger häufig in den Nachrichtenstrom („*Spiegel-Online*“)

Sitzen geblieben: Sahra Wagenknecht räumt ein, dass ihr Verhalten gegenüber der „*Unteilbar*“-Demonstration ein Fehler war („*Neues Deutschland*“)

Aufgestanden: Linkspartei sieht im „absolut gerechtfertigten“ Protest der „*Gelbwesten*“ eine „Ermutigung für Deutschland“ („*Spiegel-Online*“)

Arbeitsdienst für alle: CDU will wieder 40 Prozent schaffen – mit Gretel Kipp-Kannenschlucker („*N-TV*“)

CDU im Loyalitätsdurcheinander: Paule Ziemiak zum neuen Generalkampfrinker ernannt („*Spiegel-Online*“)

Merz kehrt zurück in die Wirtschaft: Wie der Springer-Konzern versucht hat, Merkels Nachfolge zu bestimmen („*Tageszeitung*“)

Nach Protesten: DEA frackt Förderpläne



Beim Vorbereitungstreffen zur gemeinsamen Aktion am **Weltklimatag** in Bremen haben wir beraten, dass angesichts der Hitzewelle 2018, wissenschaftlicher Studien zu einer bevorstehenden „Heißzeit“ und eines ungebremst wachsenden Kohlendioxid-ausstoßes drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz dringend notwendig sind.

Deshalb lädt das Aktionsbündnis dazu ein, am **Samstag, dem 8. Dezember 2018, ab 11 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** auch in Bremen ein Zeichen zu setzen. Dort wird es Infostände und ein Offenes Mikrofon geben, und jede(r) kann sich mit Unterschrift für die Zulassung des Volksbegehrens zur Rettung der Platanen am Neustädter Deich und für die Beendigung des umwelt- und gesundheitsschädlichen Fracking engagieren. Alle sind herzlich eingeladen, bei unserer Bündnisaktion mitzumachen!

Dort werden wir auch einen ersten Teilerfolg feiern: Die DEA musste aufgrund der großen Proteste die für Januar/Februar 2019 geplante Suche nach neuen Erdgasfeldern in den Landkreisen Diepholz, Verden, Osterholz und Rotenburg aussetzen und den Antrag auf Genehmigung ihres Vorhabens zurückziehen. „Protest gegen Erdgas erreicht Bremen“ – zwei Tage hintereinander bestimmte der aktive Widerstand der Bevölkerung die Titelseite des „Weser-Kuriers“. Wir freuen uns, am Samstag mit Vielen von euch gemeinsam für die Rettung unserer Mutter Erde einzutreten!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Stoppen Sie Seehofer!

1. Sehr geehrter Herr Al-Wazir, Tunesien hat zwar eine demokratisch gewählte Regierung, aber seit 2015 gilt dort der Ausnahmezustand. Die Bürgerrechte sind stark eingeschränkt. Nach Angaben von „Amnesty International“ nimmt die Verfolgung friedlich Demonstrierender zu, und das neue Antiterrorgesetz in Tunesien erhöht die Gefahr von Folter und anderen Misshandlungen. Wird ein Staat als „sicher“ eingestuft, wird vermutet, dass dort „in der Regel“ keine politische Verfolgung stattfindet. Über Asylanträge wird dann in einem juristisch fragwürdigen **Schnellverfahren** entschieden.

Das Schnellverfahren erhöht das Risiko, dass Menschen, denen politische Verfolgung oder sogar Folter droht, abgeschoben werden. Außerdem werden Geflüchtete aus diesen Ländern dauerhaft in Lagern untergebracht und dürfen nicht arbeiten. In ganz Nordafrika leistet die EU keine Entwicklungshilfe mehr, sondern stellt nur noch Unsummen für Militär und Polizei bereit und macht neben dem Mittelmeer auch die Sahara zum Massengrab für Migranten. Und alles zum Wohle von „uns Europäern“? Wer soll da noch an einen Migrationspakt glauben, der es ermöglichen könnte, durch private Arbeitseinsätze der Betroffenen ihre Familien ehrenhaft zu unterstützen?

2. Ich habe noch ein weiteres Anliegen. Bei der Hessen- und Bayernwahl hat mich besonders gefreut, dass die Haupt-Hartz-Parteien so schön abgestürzt sind. Bitte setzen Sie sich im Bundesrat dafür ein, dass der latente **Verfassungsbruch** mit Hartz IV endlich eingedämmt wird! Mit folgenden Maßnahmen:

1. Bedarfsdeckende und auskömmliche Regelleistungen von nicht unter 600 Euro
2. Unterkunftskosten in einer Höhe, in der es möglich ist, tatsächlich eine Wohnung zu finden
3. Sofortige Aufgabe des Sanktionierungssystems
4. Tatsächliche Förderung und Weiterbildung für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt
5. Deutlich höhere Hinzuverdienste im SGB II/SGB XII
6. Bedarfsdeckende und auskömmliche Renten
7. Bedarfsdeckende und auskömmliche Leistungen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
8. Deutliche Anhebung der Vermögensfreibeträge im SGB II/SGB XII
9. Deutliche Erhöhung des Mindestlohnes auf wenigstens elf Euro netto
10. Aufgabe von Minijobs
11. Begrenzung von Zeitarbeit auf maximal drei Monate
12. Öffentliche Förderung von Gemeinwohl- und Ehrenamtsarbeit
13. Einführung eines Verwaltungspraxiskodex, als Rechtsanspruch ausgestaltet und in das SGB I integriert, entsprechend dem „Europäischer Kodex für gute Verwaltungspraxis“

Die „Bedarfsgemeinschaft“ verkehrt den besonderen Schutz der Familie aus dem Grundgesetz zum besonderen Fluch, wenn die gesamte Rente eines Partners mit den zu niedrigen Regelsätzen verrechnet wird und er somit das schändliche Hartz-IV-System noch mit der eigenen Rente unterstützen muss. Mit freundlichem Gruß.

Zuschrift von Michael Waldmann, Karlsbad

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

690. Bremer Montagsdemo

am 17. 12. 2018

Durch Sanktionsmöglichkeit wurde die Lohnabwärtsspirale gedreht



Sanktioniert werden erwerbslose Menschen, die nicht rechtzeitig zum Kaffee oder Tee erscheinen. Die Einladung steht, der Fallmanager erwartet den Menschen und gönnt sich besagten Kaffee oder Tee, der einbestellte Mensch schaut zu. Oder der einbestellte Mensch kommt *nach* dem Kaffee. Das Büro ist abgeschlossen, der Fallmanager nicht aufzufinden.

Natürlich kann alles auch vorschriftsmäßig ablaufen, aber was will der Fallmanager dem Erwerbslosen mitteilen oder von ihm erfragen, in einer Zeit von rund 30 Minuten? Festgestellt wird: Der Mensch lebt noch. Durch sein Erscheinen wird auch die Richtigkeit der Anschrift bestätigt. Der Fallmanager fragt: „Gibt es etwas Neues?“ – „Nein, sonst hätte ich es Ihnen bereits mitgeteilt.“ – „Haben Sie sich beworben?“ – „Ja, die Bewerbungsschreiben habe ich hier.“ Der Fallmanager schaut sich die Bewerbungen und den Antrag auf Kostenerstattung an.

Der Fallmanager hat *keine* stimmigen Unterlagen. Ausbildungen wie Gehilfenbrief, Meisterbrief und anderes sind nicht mehr vermerkt. Wer längerfristig im Leistungsbezug ist, dessen Qualifikation und somit ein Stück seiner Existenz, seines Lebenswerks wird gelöscht. Sein Wissen wird nicht überprüft. Er wird nicht gefragt, er wird nicht informiert. Aufmerksame Menschen merken dies am Wechsel der Sachbearbeitung.

Wir haben einen absoluten Facharbeitermangel, zum Beispiel auf dem Bau. Maurer werden gebraucht. Mit stimmigen Eintragungen könnten die Jobcenter vorhandenes Wissen heben und beleben. Allerdings wäre die verlogene Aussage, die Langzeitarbeitslosen seien überwiegend ungelernt, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Der Fallmanager hat eine Zielvereinbarung. Er soll seinen „Kundenstamm“ verringern, letztlich egal wie. Es zählen die Köpfe, die als Erwerbslose in der Statistik landen. Egal ob in Arbeit oder anders: Jeder Kopf weniger bringt den Fall-

manager seinem Arbeitsziel näher. In der Zielvorgabe sind auch die zu verhängenden Sanktionen festgeschrieben.

Der Fallmanager muss sein Ziel in allen Punkten erreichen, wenn er eine positive Leistungsbeurteilung möchte. Die verhängten Sanktionen werden von ihm ins System eingepflegt, somit ist jederzeit der erreichte Stand abrufbar. Die Leistungen der Teams werden miteinander verglichen, entsprechender Druck lastet auf den Einzelnen.

Die Unterzahlungen durch Sanktionen sind Bestandteil der Zielvereinbarung zwischen dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit. Die Minderauszahlung ist eingeplant, eingekleidet als Leistungsangebot des Jobcenter an die vorgesetzte Dienststelle. Ich kann es nicht verhehlen: Die Sanktionen quälen!

In Modellaktionen haben Jobcenter eine Erhöhung der Vermittlungsquote durch den erklärten Verzicht auf Sanktionen erreicht. Das lässt sich nachahmen, aber die Sanktionsmöglichkeit soll Erwerbslose ja zwingen, *jede* Tätigkeit anzunehmen. Tariflohn ist nicht nötig, ortsüblicher Lohn reicht. Mindestlohn gibt es nur, wenn keine Ausnahmemöglichkeit mehr greift. Das Kleingedruckte im Arbeitsvertrag ist kein Grund, die Arbeit nicht anzunehmen.

So wurde durch die Sanktionsmöglichkeit die Lohnabwärtsspirale gedreht, auch weil ein Überangebot an Arbeitskraft besteht. Vollzeitbeschäftigung bedeutet heute eine 30-Stunden-Woche. Bei Mindestlohn ist der Mensch dabei weiterhin auf das Jobcenter angewiesen. Arbeitgeber können mit 30-Stunden-Verträgen für mehr Neueinstellungen Fördergeld vom Jobcenter erhalten. Die Statistik weist mehr Vollzeitbeschäftigung aus.

Der Regelsatz wurde jetzt nach neuen Kriterien ermittelt. Damit wurde eine größere Erhöhung vermieden. Die CDU hat unter Frau Merkel die untersten 15 Prozent der Einkommen bestimmt und den Zirkelschluss durch eingerechnete Sozialleistungen nicht herausgerechnet. Dieser Regelsatz soll das Existenzminimum abdecken. Leider erfüllt er nicht einmal diesen Anspruch.

Das Arbeitslosengeld II soll den Übergang zwischen zwei Beschäftigungen abfedern. Erwerbslose sind aber teilweise aus der Sozial- oder Arbeitslosenhilfe ins ALG II gerutscht. Diese besonderen Belastungen werden nicht berücksichtigt. Bei Ausfall von Gebrauchsgegenständen wie der Waschmaschine kann ein Darlehn beantragt werden. Die Rückzahlung wird vom Jobcenter vom Regelsatz einbehalten.

Die Jobcenter sind nicht die Rechtssicheren. Der Gesetzgeber hat viele Änderungen vorgenommen. Oftmals wurde, wenn ein Sachverhalt per Gericht geklärt wurde, das Gesetz geändert. Es war wieder unklar und nur per Gericht zu klären. Als die Widersprüche vom den Jobcentern nicht mehr zeitnah bearbeitet werden konnten, wurde bestimmt, dass 30 Prozent aller Widersprüche abzulehnen sind, egal was darin stand.

Rückwirkend bedeutet im Sozialrecht: vier Jahre rückwirkend. So war es auch im SGB II/ALG II. Diese Möglichkeit wurde auf ein Jahr rückwirkend geändert. So

wurden die Jobcenter nicht zu fehlerfreien Entscheidungen motiviert, sondern die Leistungsberechtigten in ihrer Gegenwehr eingeschränkt.

Wie fehlerhaft die Jobcenter arbeiten, wird auch durch die Innenrevision nicht ermittelt. Diese prüft nur auf Fehler zulasten der Behörde. Fehler zulasten der Erwerbslosen werden nicht ermittelt und somit auch nicht von Amts wegen korrigiert. Oder hat jemand im Leistungsbezug eine solche Korrektur von Amts wegen erlebt?

Bei den Kosten der Unterkunft ist der Antrag auf Überprüfung vor Jahreswechsel wichtig, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Auch wer eine Nebentätigkeit ausübt und vom Jobcenter keine Nachzahlung für die Differenz zwischen angenommenem und tatsächlichem Zuverdienst erhalten hat, sollte noch in diesem Jahr Antrag auf Überprüfung und Abrechnung stellen. Bitte auch die Anregungen zum Jahreswechsel auf der Seite zur 642. Bremer Montagsdemonstration lesen und die eigene Lage kritisch hinterfragen!

Die Sanktionen zerstören Zukunft. Es sieht in den Amtsstuben anders aus als eingangs geschildert. Heutzutage müssen die Bewerbungsnachweise zum Beispiel am 2. Werktag im Jobcenter bei der Anmeldung abgegeben werden, nicht beim Sachbearbeiter. Wer dies einen Tag später erledigt, wird sanktioniert.

Wer immer noch die Sanktionierung beibehalten will, muss vorher den Regelsatz insgesamt anheben. Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ hat genauer gerechnet und 511 Euro als unterste Grenze ermittelt: Auch bei 511 Euro gibt es keine „Luft“ zur Kürzung. Wer das Lohnabstandsgebot einfordert, muss vorher den Mindestlohn so erhöhen, dass mit einer Vollzeittätigkeit von 30 Stunden pro Woche das Geld für ein angenehmes Leben verdient wird.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Die nächste **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **7. Januar 2019** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Dort sollen auch die weiteren Montagsdemos im Januar und Februar stattfinden, weil es auf dem Hanseatenhof in der dunklen Jahreszeit etwas belebter ist als auf dem Marktplatz.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Ah, Kacka: Niemand aus der SPD-Führungsclique hat eine Chance gegen Gretel Kipp-Kannenschlucker („Die Zeit“)

Auch Terror wird den Massenprotest nicht bremsen



1. Die Weltklimagipfel in Kattowitz ist zu Ende gegangen. Rausgekommen ist nichts als heiße Luft! Erst in fünf Jahren sollen überhaupt erst Bestimmungen in Kraft treten – aber das sind gar keine: Es bleibt bei „freiwilligen Selbstverpflichtungen“. Sanktionen oder Strafen werden kategorisch ausgeschlossen. Es bleibt völlig den einzelnen Staaten überlassen, was sie machen.

Einige Länder haben selbstgesteckte Ziele, aber in Deutschland zum Beispiel ist jetzt schon klar, dass sie nicht eingehalten werden. Es gibt keinen Kohleausstiegsplan, es gilt: Nach uns die Sintflut! Polen wiederum will bis 2050 „großzügig“ die Kohleverbrennung halbieren, aber als „Ausgleich“ dafür ein Kernkraftwerk bauen. Nur der aktive Widerstand kann unsere Welt und unsere Lebensgrundlagen retten – gegen die Profitwirtschaft, gegen die konzernhörigen Regierungen.

Arbeiter- und Umweltbewegung dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, wie es die SPD immer versucht! In Wien gingen am Samstag mehr als 50.000 Menschen gegen die reaktionäre Politik auf der Straße, in Budapest 3.000 gegen das „Sklavengesetz“, das zu 400 (bisher 200) Überstunden zwingen will. Demonstranten fordern den Rücktritt Viktor Orbáns, des extrem reaktionären Ministerpräsidenten.

In Frankreich haben die „Gelbwesten“ gezeigt, wie man innerhalb kürzester Zeit die Regierung zu Zugeständnissen zwingen kann: Steuererhöhungen wurden zurückgenommen, Mindestlohn und Renten angehoben. Wie gerufen erfolgte nun ein faschistischer Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg – oder wurde er „gerufen“, also inszeniert?

Wie zu erwarten und wie im Fall Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt vor zwei Jahren wurde der Attentäter erschossen, bevor er eine Aussage machen konnte – und sofort trat Macron im Fernsehen auf und forderte angesichts der nationalen Trauer und Bedrohung das sofortige Ende der „Gelbwesten“-Bewegung. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Aber solche Manöver haben erfahrungsgemäß nur kurzfristige Wirkung.

2. Besorgt blicken wir auf die Lage in der Türkei und Syrien: Türkische Flugzeuge bombardieren jesidische Siedlungen in Sindschar und das Flüchtlingslager Machmur. Erdogan droht mit einem Großangriff auf **Rojava**, das kurdische Autonomiegebiet im Norden Syriens, das heldenhaften Widerstand gegen „Islamischen Staat“ geleistet hat.

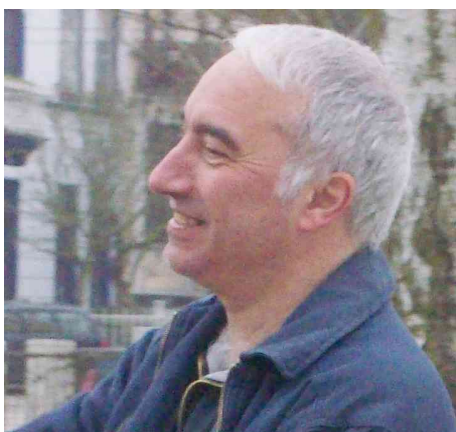
Kobanê ist uns ein Begriff für weitestgehende demokratische Rechte für alle Menschen, für Gleichberechtigung aller Religionen und Ethnien sowie von Mann und Frau, für die Einheit von Mensch und Natur. Dass diese Werte dort nicht nur auf dem Papier stehen, sondern gelebt werden, ist der faschistischen Erdogan-Regierung ein Dorn im Auge, denn Erdogan will das Großanatolische Reich wieder aufleben lassen.

Nun plant er dazu einen Genozid an den Kurden, offensichtlich mit Zustimmung der Trump-Regierung: Unmittelbar nach dem Besuch des US-Sonderbeauftragten für Syrien, Jeffrey, in der Türkei erfolgte die Drohung Erdogans. Diesen Samstag gibt es in etlichen Großstädten Demonstrationen dagegen. Hände weg von Rojava! Freiheit für Kurdistan! Schluss mit der finanziellen und militärischen Unterstützung des faschistischen Erdogan-Regimes durch die Bundesregierung! –

Zur **Jahresabschlussfeier** der **MLPD** unter dem Motto „100 Jahre Novemberrevolution – 50 Jahre Parteaufbau“ am **30. Dezember 2018**, also dem Jahrestag der Parteigründung der KPD, im „**Freizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a, ab **17 Uhr** mit Vortrag, Liedern, Bildern, Buffet und Tanz lade ich euch ganz herzlich ein!

Wolfgang Lange (MLPD)

Den Klimaschutz gemeinsam in die eigenen Hände nehmen!



Am letzten Samstag fanden in vielen Städten der Welt Proteste anlässlich des „Weltklimatages“ statt. Auch in Bremen haben wir auf dem Hanseatenhof ein Zeichen gesetzt für radikale Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz und für die Rettung unserer „Mutter Erde“ vor dem drohenden Kollaps. Trotz Dauerregen und Weihnachtstrubel gab es interessante Gespräche. Einige Passanten blieben lange bei unserer Kundgebung stehen und meldeten sich am Offenen Mikrofon selbst zu Wort.

Dabei war eine wichtige Erkenntnis, dass zwar jede(r) durch die Veränderung bisheriger Gewohnheiten etwas für das Klima tun kann: Müll vermeiden, Konsum einschränken, viel mit dem Rad und „nur zur Not“ mit dem Auto fahren, sich gesund und tierschützend zu ernähren oder zu einem Stromanbieter mit erneuerbaren Energien wechseln – aber diese persönliche Veränderung wird nicht ausreichen, um unseren Planeten zu retten.

Es muss damit einhergehen, die Hauptverursacher – die großen Konzerne mit ihrer Profitgier und die ihnen dienenden Regierungen – politisch so stark unter Druck zu setzen, dass der Ausstoß von Kohlendioxid radikal reduziert werden muss. „Euer Protest bringt doch alles nichts! Die da oben machen sowieso, was sie wollen, und es ist eh alles zu spät“: Solche Reaktionen haben wir natürlich auch erlebt. Aber wenn wir nicht gemeinsam aufstehen und eine große Widerstandsbewegung aufbauen, kann der Planet Erde ganz sicher nicht mehr gerettet werden!

Wir haben doch erlebt, dass Massenproteste erfolgreich sein können und „die da oben“ eben nicht machen konnten, was sie wollten. So mussten in Deutschland acht Atomkraftwerke nach der Katastrophe von Fukushima abgeschaltet werden, weil Millionen Menschen dafür auf die Straße gegangen sind. Der Hambacher Wald wäre längst vollständig zerstört, wenn es nach dem Willen von RWE und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens gegangen wäre. Mutige Baumschützer und 100.000 Demonstranten haben den Kahlschlag verhindert.

Aktuell musste DEA ihre Pläne zum Ausbau des Fracking in der Region südwestlich von Rotenburg an der Wümme zunächst zurückziehen, weil sich ganze Dörfer den seismographischen Messungen nach Erdgas entgegengestellt haben. In diesem Widerstand entstehen starke Bürgerinitiativen, die großes Interesse an einer Zusammenarbeit für den Umweltschutz und die Arbeitsplätze haben.

Während der Weltklimakonferenz kam es weltweit zu Streiks für Klimaschutz in den Schulen. Die 15-jährige schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hatte den Anstoß für die Schulstreiks gegeben. Unter der Losung „Wir streiken, bis ihr handelt!“ beteiligten sich am letzten Freitag bundesweit Tausende Schüler unter anderem in Aachen, Berlin, Göttingen, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Osnabrück und anderswo.

Mit großem Tamtam und einer wahren Medienhype werden die „Fortschritte“ der 24. UN-Klimakonferenz in Kattowitz verkündigt. Alle haben „kräftezehrend bis in den Morgen verhandelt“. Herausgekommen sei dabei die glorreiche Geburt eines „Regelbuches“. Damit sollen künftig die Maßnahmen der einzelnen Länder verglichen werden.

Aber vergleichen kann man bereits jetzt: Allein Äthiopien, Marokko und Nepal sind auf dem Kurs, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das sind drei von 194 anwesenden Ländern auf der 24. Weltklimakonferenz! Deutschland ist im Vergleich von Platz sechs (2009) inzwischen auf Platz 27 abgerutscht. Der Grund: keine Verkehrswende, kein Kohleausstieg. Die Regierungen wollen uns mit dem Trick vom Erfolg des „Regelbuches“ wieder einmal Sand in die Augen streuen.

Sogar der „Weser-Kurier“ von diesem Montag muss in seinem Kommentar auf Seite 1 den Weltklimagipfel für gescheitert erklären: „Die Zeit wird knapp. Weltweit erreichen die Emissionen neue Rekordwerte. Doch ein entschlossenes Handeln der Staaten fehlt – auch von deutscher Seite. Der Klimagipfel hat vor allem eines gezeigt: Wirtschaftsinteressen gehen vor Klimaschutz.“

Das müssen und können wir nur gemeinsam ändern! Immer weniger Menschen lassen sich verdummen, und immer mehr nehmen den Klimaschutz selbst in die Hand. Allerdings sind es noch längst nicht genug! Wenn man sich die Ergebnisse von Kattowitz anschaut, dann müssten die Schulstreiks weitergehen und auch Streiks in den Fabriken und überall organisiert werden.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

So klappt es jedenfalls nicht: Die „Aufstehen“-Bewegung zerbröselte schon vor dem „Aufstehen“ („Tageszeitung“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: Hans-Dieter Binder („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, [GDBinder\(at\)web.de](mailto:GDBinder(at)web.de);
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, [Wolfgang.Lange\(at\)nord-com.net](mailto:Wolfgang.Lange(at)nord-com.net)

Zuschriften an: [Initiative\(at\)Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de) (Verteiler),
[Manuskripte\(at\)Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de) (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum/Datenschutz: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz